



Der Beitrag der ländlichen Räume Baden-Württembergs zu wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Kohäsion – Positionsbestimmung und Zukunftsszenarien

Forschungsvorhaben im Auftrag des
Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg

Förderkennzeichen: 0328E

Endbericht

erstellt durch das

Institut für Raumordnung und Entwicklungsplanung (IREUS)
Universität Stuttgart
Prof. Dr.-Ing. Stefan Siedentop (Projektleiter)
Dr.-Ing. Richard Junesch
Norbert Uphues M.A.

unter Mitarbeit von
Dipl.-Ing. Martina Straßer

in Zusammenarbeit mit

Forschungsgruppe Stadt+Umwelt (FGSU), Ludwigsburg
Univ. Prof. Günther Schöfl

Stuttgart, August 2011

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	1
Abbildungsverzeichnis.....	3
Tabellenverzeichnis	7
Kurzfassung	9
1 Anlass und Zielsetzung	17
1.1 Einführung	17
1.2 Hintergrund: Ländliche Räume in der Wissensgesellschaft	19
1.3 Räumliche Abgrenzung des ländlichen Raumes	23
1.4 Untersuchungszeitraum	26
2 Der ländliche Raum als Produktionsraum.....	29
2.1 Entwicklung der Wertschöpfung	29
2.2 Beschäftigtenentwicklung	33
2.2.1 Beschäftigte mit Hochschulabschluss	40
2.2.2 Beschäftigte in forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen	44
2.2.3 Geringfügig entlohnte Beschäftigte	47
2.2.4 Arbeitslosigkeit	50
2.3 Patentanmeldungen.....	54
2.4 Schulübergänge	55
2.5 Zusammenfassung	58
3 Der ländliche Raum als Lebensraum	61
3.1 Demografische Entwicklung	61
3.1.1 Trends der Bevölkerungsentwicklung	61
3.1.2 Wanderungsgeschehen	70
3.2 Erreichbarkeitsverhältnisse.....	77
3.3 Ausmaß des Berufspendelns	97
3.4 Kriminalitätsstatistik.....	98
3.5 Öffentliche Finanzen	102
3.5.1 Steuerkraft.....	102
3.5.2 Schulden der Gemeinden	109
3.6 Zusammenfassung	112
4 Der ländliche Raum im Ländervergleich	115
4.1 Abgrenzung der ländlichen Räume und Überblick über zentrale Strukturkennzahlen	115
4.2 Wirtschaftliche Struktur und Entwicklung	118
4.3 Demografische Entwicklung	126
4.4 Zusammenfassung	129

5	Raumtypen des Ländlichen Raumes	131
5.1	Bestimmung der räumlichen Analyseeinheit.....	131
5.2	Auswahl der Indikatoren	133
5.3	Auswahl des Fusionierungsalgorithmuses	135
5.4	Ergebnisse des Gruppierungsverfahrens.....	136
5.5	Zusammenfassung	142
6	Szenarien der zukünftigen demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung	143
6.1	Methodische Vorbemerkungen	143
6.2	Status-quo-Szenario.....	144
6.3	Alternativ-Szenario.....	149
6.4	Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung	155
6.5	Zusammenfassung	157
7	Ergebnisse der Interviews	159
7.1	Fachkräftemangel und Nachwuchsförderung	160
7.1.1	Beispiele aus der Praxis	165
7.2	Innovationsmanagement und Technologietransfer	167
7.2.1	Beispiele aus der Praxis	170
7.3	Unternehmensnetzwerke und Cluster.....	171
7.3.1	Beispiele aus der Praxis	173
7.4	Kommunale Fallstudien aus den fünf Gebietstypen der Clusteranalyse	175
7.4.1	Fazit aus den Fallstudien	176
7.4.2	Bewertung der Ergebnisse der Clusteranalyse.....	177
7.4.3	Standortqualifizierende Strategien und Maßnahmen	180
7.4.4	Standortbewertung und Standortperspektiven	182
7.5	Bewertung sozialer Kohäsion und ihres Einflusses auf die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit	184
8	Empfehlungen für die ländliche Entwicklungspolitik	187
8.1	Vorbemerkungen	187
8.2	Handlungsempfehlungen	189
8.2.1	Räumliche Schwerpunktbildung ländlicher Entwicklungsförderung	189
8.2.2	Sicherung und Entwicklung des Humankapitals	190
8.2.3	Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderung	195
8.2.4	Sicherung einer Infrastruktur und Daseinsvorsorge	198
8.2.5	Kommunikation und bürgerschaftliches Engagement	199
8.2.6	Mobilisierung regionaler Akteure und regionale Kooperation	200
8.2.7	Evaluierung der Förderpolitik	201
9	Literaturverzeichnis	203
	Anhang 1: Zuordnung der Wirtschaftszweige	210
	Anhang 2: Kommunale Fallstudien	211

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Räumliche Abgrenzungen des ländlichen Raumes.....	25
Abbildung 2: Jährliche Veränderung der nominellen Bruttowertschöpfung	31
Abbildung 3: Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftssektoren (2007)	32
Abbildung 4: Wachstum der nominellen Bruttowertschöpfung 1996 - 2008	33
Abbildung 5: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1996 – 2010 (Basisjahr 1996 =100)	35
Abbildung 6: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Sektoren (2007)	36
Abbildung 7: Entwicklung der Bruttowertschöpfung (linke Darstellung) und der SVP- Beschäftigten (rechte Darstellung) nach Sektoren (Ländlicher Raum) (Basisjahr 1999 = 100)	37
Abbildung 8: Entwicklung der SVP-Beschäftigten in den Gemeinden des Ländlichen Raumes (1996 – 2010).....	38
Abbildung 9: Entwicklung der Beschäftigung nach Gemeindegrößenklassen und Sektoren (1999 – 2007)	39
Abbildung 10: Anteil der Hochschulabsolventen an den SVP-Beschäftigten in verschiedenen Räumen und Raumkategorien 2009 (nach LEP Baden- Württemberg)	40
Abbildung 11: Anteil von Hochschulabsolventen an den SVP-Beschäftigten nach Gemeindegrößenklasse 2009.....	41
Abbildung 12: Hochschullandschaft Baden-Württembergs	42
Abbildung 13: Anteil der SVP-Beschäftigten mit Hochschulabschluss	43
Abbildung 14: SVP-Beschäftigte in forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen nach Raumkategorie (2007)	45
Abbildung 15: Anteil der SVP-Beschäftigten in forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen (2007).....	46
Abbildung 16: Sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnte Beschäftigte im ländlichen Raum (2010)	47
Abbildung 17: Entwicklung der Anzahl der geringfügig entlohten Beschäftigten im ländlichen Raum (2000 - 2009)	48
Abbildung 18: Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig und der ausschließlich geringfügig entlohten Beschäftigten (Basisjahr 2000 = 100).....	49
Abbildung 19: Anteil der ausschließlich geringfügig entlohten Beschäftigten nach Raumkategorie und nach Gemeindegröße des ländlichen Raumes (2008) ..	50
Abbildung 20: Arbeitslosenquote nach Raumkategorie und nach Gemeindegröße des ländlichen Raumes (2010)	51
Abbildung 21: Entwicklung der Anzahl der Arbeitslosen seit 1998 (Basisjahr 1998 = 100)	53
Abbildung 22: Entwicklung der Anzahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren (Basisjahr 1998 = 100)	54
Abbildung 23: Aufteilung der Patentanmeldungen (Summe der Jahre 2000 - 2005).....	55
Abbildung 24: Schulübergänge nach Schulformen (Schuljahr 2008/2009).....	56
Abbildung 25: Entwicklung der Schulübergänge im ländlichen Raum	57
Abbildung 26: Schulübergänge auf Gymnasien nach Raumkategorie (Schuljahr 2008/2009)	58
Abbildung 27: Veränderung der Einwohnerzahl (1996 – 2009; Basisjahr 1996=100)	62
Abbildung 28: Veränderung der Bevölkerung gegenüber dem Vorjahr	63

Abbildung 29: Bevölkerungsveränderung im ländlichen Raum nach Gemeindegößenklassen (1996 – 2009; Basisjahr 1996 = 100)	65
Abbildung 30: Bevölkerungsveränderung im ländlichen Raum (1996 – 2009)	66
Abbildung 31: Beitrag der Komponenten der demografischen Entwicklung in den Gemeinden des ländlichen Raumes im Jahr 1996 (obere Darstellung) und 2009 (untere Darstellung)	68
Abbildung 32: Beitrag der Komponenten der demografischen Entwicklung in den Gemeinden des ländlichen Raumes (1996 - 2009)	69
Abbildung 33: Wanderungen in Baden-Württemberg zwischen den Jahren 1996 und 2009	71
Abbildung 34: Wanderungen zwischen den Raumkategorien (1996 – 2009)	72
Abbildung 35: Wanderungsintensität im Lebenslauf (bundesweite Daten)	73
Abbildung 36: Entwicklung des Saldos der Bildungswanderung je 1.000 Einwohner der Altersgruppe (1996 – 2009)	74
Abbildung 37: Entwicklung des Saldos der Familienwanderung je 1.000 Einwohner der Altersgruppen (1996 – 2009)	75
Abbildung 38: Bildungswanderung (obere Darstellung) und Familienwanderung (untere Darstellung) in den Gemeinden des ländlichen Raumes (2002 - 2009)	76
Abbildung 39: Erreichbarkeit von Realschulen (obere Darstellung) und Gymnasien (untere Darstellung) in den Gemeinden des ländlichen Raumes	79
Abbildung 40: Erreichbarkeit von Hochschulen (obere Darstellung) und kommunalen öffentlichen Bibliotheken (untere Darstellung) in den Gemeinden des ländlichen Raumes	81
Abbildung 41: Erreichbarkeit von Autobahnen (obere Darstellung) und internationalen Flughäfen (untere Darstellung) in den Gemeinden des ländlichen Raumes	83
Abbildung 42: Erreichbarkeit von Haltepunkten des überregionalen Schienenverkehrs (obere Darstellung) und des regionalen Schienenverkehrs (untere Darstellung) in den Gemeinden des ländlichen Raumes	85
Abbildung 43: Erreichbarkeit von Hausärzten (obere Darstellung) und Hausarztbesatz (untere Darstellung) in den Gemeinden des ländlichen Raumes	87
Abbildung 44: Erreichbarkeit von Krankenhäusern der Grundversorgung (obere Darstellung) und Apotheken (untere Darstellung) in den Gemeinden des ländlichen Raumes	89
Abbildung 45: Gewichtung der Arbeitsplätze in Abhängigkeit der Fahrzeit	91
Abbildung 46: Einfache (obere Darstellung) und gewichtete (untere Darstellung) Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen (2008)	92
Abbildung 47: Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen mit ≥ 2 MBit/s (obere Darstellung) und ≥ 50 MBit/s (untere Darstellung)	94
Abbildung 48: Erreichbarkeitsverhältnisse im ländlichen Raum und Agglomerationsraum (in Minuten)	95
Abbildung 49: Erreichbarkeitsverhältnisse nach Raumkategorie im Vergleich zum Landesdurchschnitt	96
Abbildung 50: Häufigkeitszahl für die erfassten Fälle insgesamt	99
Abbildung 51: Häufigkeitszahl für Raub, räuberische Erpressung und räuberischen Angriff auf Kraftfahrer	100
Abbildung 52: Häufigkeitszahl für Körperverletzung	100
Abbildung 53: Häufigkeitszahl für Diebstahl insgesamt	101
Abbildung 54: Häufigkeitszahl für Delikte der Gewaltkriminalität	101
Abbildung 55: Steuerkraft der Gemeinden des ländlichen Raumes im Jahr 2009.	104

Abbildung 56: Steuerkraft je Einwohner nach Raumkategorie und Gemeindegroßenklasse des ländlichen Raumes (in Euro)	105
Abbildung 57: Veränderung der Steuerkraft des ländlichen Raumes und des Agglomerationsraumes im Zeitraum 1996 bis 2009 (Basisjahr 1996 = 100)	106
Abbildung 58: Steuerkraftquote der Gemeinden des ländlichen Raumes im Jahr 2009	107
Abbildung 59: Veränderung der Steuerkraftquote des ländlichen Raumes und des Agglomerationsraumes im Zeitraum 1996 bis 2009 (Basisjahr 1996 = 100)	108
Abbildung 60: Veränderung der Steuerkraftquote nach Gemeindegroßenklassen des ländlichen Raumes im Zeitraum 1996 bis 2009.....	109
Abbildung 61: Verschuldung der Gemeinden des ländlichen Raumes im Jahr 2009	111
Abbildung 62: Schulden je Einwohner nach Raumkategorien und Gemeindegroßenklasse des ländlichen Raumes (in Euro)	112
Abbildung 63: Raumabgrenzung der untersuchten Bundesländer nach dem Kriterium der Besiedlung	116
Abbildung 64: Anteil Erwerbstätiger im ländlichen Raum an der Gesamtbevölkerung des Landes (2008).....	118
Abbildung 65: Entwicklung der (nominalen) Bruttowertschöpfung im ländlichen Raum (Basisjahr 1996 = 100)	119
Abbildung 66: Bruttowertschöpfung nach Sektoren im ländlichen Raum (2007)..	120
Abbildung 67: Anteil der produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung 1996 und 2007.....	121
Abbildung 68: Entwicklung der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (1996 – 2007) (Basisjahr 1996 = 100).....	122
Abbildung 69: Entwicklung der Anzahl der Erwerbstätigen im ländlichen Raum (1996 – 2007) (Basisjahr 1996 = 100)	123
Abbildung 70: Struktur der Beschäftigung im ländlichen Raum (2007)	124
Abbildung 71: Erwerbstätige nach Sektoren im ländlichen Raum (2007).....	125
Abbildung 72: Relative Veränderung der Erwerbstätigen im ländlichen Raum nach Sektoren (1996 – 2007)	126
Abbildung 73: Veränderung der Bevölkerung in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz (31.12.1995 – 31.12.2008) (Basisjahr 1995 = 100)	127
Abbildung 74: Veränderung der Bevölkerung in den ländlichen Räumen in Baden- Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz (31.12.1995 – 31.12.2008) (Basisjahr 1995 = 100).....	128
Abbildung 75: Altersstruktur der Bevölkerung in den ländlichen Räumen in Baden- Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz am 31.12.2008	129
Abbildung 76: Räumliche Lage der Beispielgemeinde Zweiflingen und ihrer Umgebung.....	133
Abbildung 77: Zuordnung der Gemeinden zu Clustern	139
Abbildung 78: Werteverteilung bei den Indikatoren der Clusteranalyse nach Clustern	141
Abbildung 79: Erwartete Entwicklung der Gesamtbevölkerung bis 2020/30 nach Clustern im Status-quo Szenario.....	146
Abbildung 80: Erwartete Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis 2020/30 nach Clustern im Status-quo Szenario	147
Abbildung 81: Veränderung der Bevölkerungszahl (linke Darstellung) und der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (rechte Darstellung) ohne Wanderungen bis 2020/30 im Status-quo Szenario	148

Abbildung 82: Wanderungssalden Gesamtbevölkerung (Wanderungen je 1.000 Einwohner)	150
Abbildung 83: Wanderungssalden 18 – unter 25-jährige (Wanderungen je 1.000 Einwohner der Altersgruppe)	150
Abbildung 84: Außenwanderungssalden je 1.000 Einwohner	151
Abbildung 85: Erwartete Bevölkerungsentwicklung in den Szenarien	154
Abbildung 86: Erwartete Entwicklung der Gesamtbevölkerung bis 2020/30 nach Clustern im Alternativszenario	155
Abbildung 87: Schülervorausrechnung für Baden-Württemberg	163
Abbildung 88: TRIZ-Methode	171

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übergangsquoten und Erreichbarkeit von Gymnasien nach Gemeindegröße	57
Tabelle 2: Bevölkerung in Baden-Württemberg und im ländlichen Raum	64
Tabelle 3: Bevölkerungsveränderung im ländlichen Raum nach Gemeindegrößenklassen (1996 – 2009)	64
Tabelle 4: Gemeinden des ländlichen Raumes nach Typen der Bevölkerungsdynamik (1996 – 2009).....	67
Tabelle 5: Übersicht über die eingesetzten Erreichbarkeitsindikatoren	78
Tabelle 6: Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen nach Raumkategorien (2008)	91
Tabelle 7: Strukturdaten zum Berufspendeln in den Raumkategorien Baden-Württembergs (2010)	98
Tabelle 8: Abgrenzungen des Ländlichen Raumes Baden-Württembergs (Werte für 2007).....	116
Tabelle 9: Vergleich der ländlichen Räume der Bundesländer nach absoluten Werten und Anteilen an der Summe der jeweiligen Bundesländer (Werte für 2007).....	117
Tabelle 10: Variablen der Clusteranalyse	134
Tabelle 11: Übersicht über die letzten 10 Fusionierungsschritte und die Entwicklung der Fehlerquadratsumme.....	136
Tabelle 12: Auswertung der Indikatoren für die Cluster (grün = positivster Wert, rot = negativster Wert aller Cluster)	140
Tabelle 13: Veränderung der Bevölkerungszahl und -zusammensetzung bis 2030.....	145
Tabelle 14: Vergleich der Entwicklung der Bevölkerungszahl bis 2030 mit und ohne Wanderungen (Status-quo-Szenario)	148
Tabelle 15: Durchschnittlicher Wanderungssaldo der Jahre 2005 – 2008 je 1.000 Einwohner	153
Tabelle 16: Beispielhafte Nennung von Handlungsansätzen im Rahmen der Strategien „aktive Entwicklung“ und „Anpassung“	188

Kurzfassung

Aufgabenstellung und Ansatz

Baden-Württemberg ist im Vergleich zu anderen Bundesländern durch vergleichsweise geringe räumliche Disparitäten geprägt. Verantwortlich dafür ist die ausgeglichene Verteilung von wirtschaftlichen Aktivitäten im Land, welche mit einem nur moderaten räumlichen Konzentrationsniveau der Bevölkerung korrespondiert. In den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts verlief die Veränderung von Beschäftigung und Bevölkerung im ländlichen Raum des Landes sogar meist günstiger als in den Verdichtungsräumen. Ländliche Räume konnten ihre Wertschöpfungs- und Bevölkerungsanteile seit dem 2. Weltkrieg in nicht unerheblichem Maße ausbauen.

Der sich derzeit verschärfende demografische Wandel könnte das bisher hohe Maß an wirtschaftlicher Prosperität und Lebensqualität in ländlichen Räumen aber mittel- bis langfristig in Frage stellen. In den kommenden Jahrzehnten wird sich das Erwerbspersonenpotenzial stark verringern und sich in seiner Altersstruktur signifikant verändern – ein Trend, der durch gegenwärtig beobachtete Veränderungen des Wanderungsverhaltens insbesondere jüngerer Haushalte noch verstärkt wird („Reurbanisierung“). Auch die bereits eingetretenen bzw. zukünftig erwarteten Energiepreissteigerungen, welche die in ländlichen Räumen ansässigen Haushalte und Unternehmen mit höheren Raumüberwindungsaufwendungen konfrontieren, könnten sich vermehrt als Risikofaktoren darstellen.

Vor diesem Hintergrund verfolgte das Forschungsvorhaben die Aufgabe, eine sachlich breit angelegte und räumlich tief gegliederte Bilanzierung des Beitrags des ländlichen Raums zur wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des Landes vorzunehmen und dabei neben einer ex-post auch eine in die Zukunft gerichtete Perspektive einzunehmen. Mit einer breiten Auswertung verfügbarer statistischer Daten zu Beschäftigung, Wertschöpfung, Bildung und Qualifikation sowie Bevölkerung und Daseinsvorsorge wurde der Ländliche Raum Baden-Württembergs als Produktions- und Lebensraum bewertet. Neben einer Bilanzierung von Entwicklungen im Ländlichen Raum Baden-Württembergs insgesamt wurden auch Gemeindetypisierungen eingesetzt, um spezifische Entwicklungsrichtungen innerhalb des ländlichen Raumes identifizieren zu können. Über die Auswertung von sekundärstatistischen Datenmaterial konnten mit Hilfe von Interviews mit Vertretern aus der Kommunalpolitik, der Wirtschaftsförderung und den Kammern sowie ausgewählten Unternehmen im ländlichen Raum auch solche Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung berücksichtigt werden, die mit rein statistischen Auswertungen nicht oder nur eingeschränkt fassbar sind.

Auf diesen Grundlagen wurden Handlungsansätze für eine zukunftsgerichtete Entwicklung des Ländlichen Raumes in Baden-Württemberg erarbeitet. Dies stützt sich auch auf verfügbare Bevölkerungs- und Erwerbstätigenprognosen sowie ergänzende Szenarioannahmen, jeweils mit einem Zeithorizont bis 2030. Die Formulierung von Handlungsansätzen gründet auf einer Bewertung der allgemeinen Handlungserfordernisse, aber auch einer Einschätzung teilräumlicher Problemschwerpunkte.

Wirtschaftliche und demografische Entwicklung

Wie einleitend ausgeführt weist Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen westdeutschen Bundesländern eine weitgehend konvergente wirtschaftliche Entwicklung auf. In den letzten 10 Jahren fielen die Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung im ländlichen Raum zum Teil höher aus als in den verdichteten Landesteilen. Die wirtschaftliche Entwicklung beider Raumkategorien hat sich insgesamt in bemerkenswertem Gleichschritt vollzogen. Auch bei der Beschäftigungsentwicklung ist eine auffällige Gleichmäßigkeit in der Entwicklung beider Raumkategorien erkennbar. Im Zeitraum zwischen 1996 und 2010 konnten der ländliche Raum und der Agglomerationsraum ein beachtliches Beschäftigungswachstum von mehr als 5% realisieren. Rückgrat dieser Entwicklung ist im ländlichen Raum das produzierende Gewerbe, welches seinen Wertschöpfungsanteil in den vergangenen Jahren sogar – gegen den Bundes- und Landestrend – weiter ausbauen konnte. Die insgesamt positive wirtschaftliche Entwicklung drückt sich auch in einer geringen Arbeitslosenquote aus, die 2008 bei 5% lag und damit deutlich geringer ausfiel als im Agglomerationsraum (6,2%).

Allerdings weist der ländliche Raum in den wissensintensiven Wirtschaftsbereichen erkennbare Defizite auf. So waren 2007 42% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Agglomerationsraum Baden-Württembergs in einem forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweig tätig, während dieser Anteil im ländlichen Raum nur bei etwa 34% lag. Es lässt sich ferner feststellen, dass das Qualifikationsniveau der Beschäftigten im ländlichen Raum signifikant unterdurchschnittlich ist, gemessen am Niveau des Agglomerationsraumes. So lag der Anteil der Hochschulabsolventen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2009 mit 13,3% im Agglomerationsraum deutlich höher als im ländlichen Raum, der lediglich eine Quote von 6,3% aufwies. In diesem Zusammenhang verdient auch Erwähnung, dass die Übergangsquoten auf Gymnasien im ländlichen Raum vergleichsweise gering sind. Während im Agglomerationsraum etwa 45% aller Grundschüler auf ein Gymnasium wechseln, sind es im ländlichen Raum deutlich unter 35%. Die somit zu konstatierende unterdurchschnittliche Humankapitalausstattung des ländlichen Raumes hat aber bislang nicht zu Einbußen der wirtschaftlichen Prosperität beigetragen. In einer zunehmend wissensbasierten Ökonomie dürfte diesem Sachverhalt aber zukünftig mehr Bedeutung zukommen.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung hat den ländlichen Raum über viele Jahre hinweg attraktiv für überregionale Zuwanderung gemacht. Hierzu beigetragen hat zweifelsohne auch der Ausbau der Daseinsvorsorge in den Städten und Gemeinden. Die lokale Infrastrukturversorgung des ländlichen Raumes kann heute in den allermeisten Gemeinden als sehr gut oder gut bezeichnet werden. Mit wenigen Ausnahmen verfügen ländliche Regionen Baden-Württembergs über ein funktionsfähiges Netz von Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Die mittleren Pkw-Fahrzeiten zu Einkaufsstätten, Arztpraxen oder Apotheken liegen nur geringfügig über denen im Agglomerationsraum. Im öffentlichen Personenverkehr müssen Erreichbarkeitsdefizite in einigen Landesteilen eingeräumt werden. Dies betrifft vor allem die Einbindung in den überregionalen Schienenverkehr.

Ungeachtet der positiven wirtschaftlichen Rahmbedingungen lässt sich in den vergangenen Jahren allerdings eine Dynamisierung des demografischen Wandels im ländlichen Raum beobachten. Während in den Jahren 1996 bis 2001 noch eine – gemessen am Landesdurchschnitt – überdurchschnittliche Bevölkerungszunahme zu verzeichnen war, hat

sich das Bild seit dem Jahr 2002 deutlich verändert. Die Bevölkerungsentwicklung des ländlichen Raumes liegt seitdem unter dem Landesdurchschnitt und der Abstand wird von Jahr zu Jahr größer. In den Jahren 2006 bis 2009 traten im ländlichen Raum negative, jährliche Veränderungsdaten auf. Dieser Trend wird in den kommenden Jahren an Dynamik gewinnen. Immer mehr Gemeinden im ländlichen Raum werden sich zukünftig einem „Zangengriff“ von natürlicher Schrumpfung und Abwanderung ausgesetzt sehen.

Eine genauere Betrachtung zeigt, dass der demografische Wandel vor allem kleinere Gemeinden ohne leistungsfähige Infrastruktur mit einer forcierten Schrumpfung ihrer Bevölkerungsbasis konfrontiert. Insbesondere jüngere Menschen im Ausbildungsalter zog es in den vergangenen Jahren verstärkt in die größeren Städte des ländlichen Raumes und des Agglomerationsraumes. Den betroffenen Gemeinden droht eine forcierte Alterung mit weitreichenden Auswirkungen auf die örtliche Daseinsvorsorge. Eine Auswertung der Wanderungsstatistik zeigt ferner, dass die negative Bevölkerungsentwicklung im Ländlichen Raum auch durch eine zurückgehende Zuwanderung aus den verdichteten Landesteilen verursacht wird. Zogen im Jahr 1996 per Saldo noch mehr Menschen aus dem Agglomerationsraum in den ländlichen Raum als umgekehrt, hat sich dies bis 2008 ins Gegenteil verkehrt. Seit 2005 ist der Wanderungssaldo des ländlichen Raumes mit dem Agglomerationsraum (Baden-Württembergs) negativ. Dies wiegt insofern schwer, als dass die natürliche Bevölkerungsentwicklung Abwanderungsbewegungen nicht länger bremsen kann, im Gegenteil, in den vergangenen Jahren trug auch der Saldo von Geburten und Sterbefällen zur demografischen Schrumpfung bei. Die abnehmende Anzahl von Frauen im gebärfähigen Alter sowie der allgemeine Rückgang der Fertilität (Anzahl der Kinder je Frau) können diesen Trend erklären. Der Mythos hoher Fruchtbarkeit der ländlichen Bevölkerung gehört längst der Vergangenheit an.

Insgesamt machen die Auswertungen deutlich, dass die Bevölkerungsentwicklung im Ländlichen Raum Baden-Württembergs in den Jahren seit etwa 2002 einen erheblichen Trendbruch erfahren hat. Während der „kippende“ natürliche Bevölkerungssaldo im Wesentlichen auf einen Altersstruktureffekt zurückzuführen ist, bedarf die sich zu Lasten des ländlichen Raumes verändernde Wanderungsbilanz weitergehender Erklärungen. Mehr und mehr erkennbar wird eine „neue Attraktivität der großen Städte“ als Wohn- und Lebensort, eine Entwicklung, die nicht primär auf ökonomische Entwicklungen zurückzuführen ist. Möglicherweise spielt auch eine veränderte soziokulturelle Bewertung von „Stadt“ und „Land“ insbesondere bei jüngeren Menschen eine Rolle. Denkbar ist auch, dass angesichts steigender Energiekosten Standorte mit guter Erreichbarkeit und Infrastruktur als Wohnort präferiert werden.

Teilräumliche Entwicklungen im ländlichen Raum

Neben den im vorangegangenen Abschnitt dargestellten Entwicklungstrends für den ländlichen Raum insgesamt wurden mit Hilfe einer Clusteranalyse teilräumliche Entwicklungslinien nachgezeichnet. Im Rahmen dieses Forschungsvorhabens wurde eine Clusteranalyse für alle Gemeinden des ländlichen Raumes durchgeführt. Dabei wurden 10 Indikatoren aus den Bereichen wirtschaftliche Entwicklung (Beschäftigungsentwicklung und Qualifikationsniveau der Beschäftigung), Demografie und Erreichbarkeit eingesetzt. Der Betrachtungszeitraum umfasst meistens die Jahre zwischen 2002 und 2008. Eine Besonderheit der Clusteranalyse ist, dass jede Gemeinde im Kontext ihres Einzugsbereiches betrachtet wird. Im Ergebnis wurden fünf Cluster identifiziert, die jeweils exemplarisch für ländliche

Entwicklungspfade stehen und die die erhebliche Spannweite der Entwicklung im ländlichen Raum ausdrücken. Dabei offenbart sich ein beginnender Polarisierungstrend im ländlichen Raum. Während nicht wenige Gemeinden auf eine äußerst erfolgreiche wirtschaftliche und eine vergleichsweise stabile demografische Entwicklung verweisen können, werden andere Gemeinden mit starken Schrumpfungsprozessen wirtschaftlicher und demografischer Art konfrontiert. Die wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen im ländlichen Raum stellen sich damit bereits heute stark unterschiedlich dar und auch für die Zukunft ist mit einer andauernden Polarisierungsneigung der raumstrukturellen Entwicklung zu rechnen.

Szenarien zur demografischen Entwicklung

Aufbauend auf den oben in knapper Form wiedergegebenen Ergebnissen wurden in einem nächsten Schritt Szenarien entwickelt, die über einen Zeitraum von 20 Jahren denkbare Entwicklungspfade im ländlichen Raum und seinen Teilen skizzieren. Die Szenarien sollen dazu dienen, Herausforderungen und Handlungserfordernisse für eine räumliche Entwicklungspolitik auf verschiedenen Ebenen aufzuzeigen. Zwei Szenarien wurden – basierend auf der regionalisierten Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes – vorgelegt, ein „Status-Quo-Szenario“ und ein „Alternativszenario“. Das sog. Status-quo-Szenario entspricht den Ergebnissen der Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes. Mit seinem Stützzeitraum von 2000 bis 2008 schreibt das Szenario die in diesem Zeitraum prägenden Entwicklungsbedingungen in die Zukunft fort. Unterstellt wird damit eine anhaltende Attraktivität ländlicher Gemeinden für internationale Zuwanderer wie auch für Zuwanderer aus anderen Regionen Deutschlands. Angenommen wird, dass die positive wirtschaftliche Entwicklung auf der einen Seite und die Wohn- und Lebensqualität des ländlichen Raumes auf der anderen Seite Garant für eine ausgeglichene Wanderungsbilanz sein werden. Dies äußert sich in einem nur moderaten Rückgang der Bevölkerungszahl (etwa 4% bis 2030), welcher nur geringfügig über dem des Agglomerationsraumes rangiert. Allerdings wird der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter spürbarer sein; hier wird ein Rückgang bis 2030 um etwa 12% erwartet. Dies äußert sich auch in einem sinkenden Anteil der Erwerbsbevölkerung an der Gesamtbevölkerung – im Jahr 2030 werden über 40% der Einwohner nicht im erwerbsfähigen Alter sein (2010: 34%). Auch ist darauf hinzuweisen, dass in einigen Teilen des Landes deutlich höhere Bevölkerungsverluste als im Landesmittel erwartet werden. In Gemeindecluster mit der negativsten Entwicklung könnte dies bis 2030 etwa 8% betragen.

Die im Status-quo-Szenario aufgezeigten Entwicklungen beruhen auf vergleichsweise optimistischen Annahmen zur Wanderungsbilanz des ländlichen Raumes und seiner Teilräume. Die Auswertung der Wanderungsstatistik der vergangenen Jahre hat jedoch gezeigt, dass seit etwa 2005 ein signifikanter Trendbruch bei den Wanderungsverflechtungen stattgefunden hat. Würde dieser in seinen Effekten in die Zukunft fortgeschrieben, müsste mit deutlich höheren Wanderungsverlusten und damit auch Bevölkerungsverlusten im ländlichen Raum gerechnet werden. Aus diesem Grund wurde ein alternatives Szenario erstellt, welches sich in starkem Maße an den aktuell beobachtbaren Trends orientiert. Das Ziel bestand dabei nicht in der Prognose einer mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung, sondern vielmehr darin, die untere Schwelle für den zukünftig wahrscheinlichen Entwicklungskorridor abzustecken.

Das Alternativszenario nimmt an, dass es in Baden-Württemberg zu einer dauerhaften Reurbanisierungstendenz kommt, die sich in einer verstärkten Abwanderungstendenz insbesondere jüngerer Menschen aus dem ländlichen Raum, aber auch einer abgeschwächten Zuwanderung von Familien und älteren Menschen in ländliche Gemeinden äußert. Im Ergebnis kündigt sich eine fortschreitende Polarisierung zwischen ländlichem Raum und Agglomerationsraum, aber vor allem auch innerhalb des ländlichen Raumes an. Während die Bevölkerungsabnahme bis 2030 im Agglomerationsraum mit 4% noch in etwa in der Größenordnung jener der Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes liegt, fällt der ländliche Raum in diesem Szenario deutlich ab. Für sein Gesamtgebiet muss im gleichen Zeitraum mit Einbußen oberhalb von 7% gerechnet werden. Die problematischen Auswirkungen eines weiterhin negativen Geburtenaldos können nicht mehr durch Zuwanderung abgemildert werden, sondern werden sogar durch Abwanderung aus Gebieten geringer Attraktivität noch verstärkt. So könnte die demografische Schrumpfung im negativsten Gemeindecluster einen Wert von bis zu 17% bis 2030 erreichen. Noch weitaus gravierender wären die Einbußen beim Erwerbspersonenpotenzial, die sich allerdings mit der hier zum Einsatz gekommenen Methode nicht quantifizieren ließen.

Die Auswirkungen der in den Szenarien skizzierten demografischen Entwicklungen auf die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des ländlichen Raumes sind angesichts der Vielzahl unbekannter Variablen nur eingeschränkt abschätzbar. Unstrittig dürfte aber sein, dass die Abnahme des Erwerbspersonenpotenzials in den aufgezeigten Dimensionen zwischen 10 und möglicherweise mehr als 20% bis 2030, gekoppelt an einen starken Zuwachs des Durchschnittsalters der Erwerbstätigen, auch bei zu unterstellenden Produktivitätszuwachsen (und damit geringerem Arbeitskräftebedarf) nicht einfach kompensiert werden können. Schon heute beklagen viele Unternehmen im ländlichen Raum einen ausgeprägten Fachkräftemangel. Ohne entschiedenes Handeln auf allen relevanten Ebenen sind positive Rückkopplungen von demografischen Entwicklungen auf die Entwicklung von Wertschöpfung und Beschäftigung nicht auszuschließen. Insbesondere in den vom demografischen Wandel überdurchschnittlich betroffenen Gemeinden könnten zirkulär kumulative Prozesse in Gang kommen, die zu einer dynamischen wirtschaftlichen und demografischen Abwärtsentwicklung beitragen.

Ergebnisse der Interviews und Fallstudien

Die gegenläufige Entwicklung von zunehmender Wertschöpfung der innovativen Unternehmen des ländlichen Raumes einerseits und der abnehmenden Zahl von Fachkräften, insbesondere des gut ausgebildeten Nachwuchses andererseits, gefährdet die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Diese Schlussfolgerung vermitteln die Interviews auf den vier Handlungsebenen der Wirtschaftsförderung: kommunale und übergemeindliche Ebene, sowie die Ebenen von Landkreis und Region.

Für die Unternehmen sind vor allem kommunale und übergemeindliche Einrichtungen der Wirtschaftsförderung wichtige Partner vor Ort. Die Entwicklung überregional wahrgenommener, professionell geführter Standorte bestimmen diese Handlungsebenen. Die Organisation des Innovationsmanagements und Technologietransfers, der Aufbau und die neutrale Leitung von Netzwerken und Clustern, insbesondere aber die Qualifizierung und

Weiterbildung von Fachkräften sind Aufgaben der Raumschaften¹ und Regionen. Diese Arbeitsteiligkeit in der systematischen Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und der wissensbasierten Wertschöpfung ist vor allem für kleine und mittlere Unternehmen, Gründer und Ausgründungen von Bedeutung, denn diese sind auf niederschwellige Zugänge zu Institutionen der Beratung, Forschung und Entwicklung angewiesen. Ein wichtiges Ergebnis der Interviews ist daher die Anregung zu intensivem vertikalem Austausch zwischen den Handlungsebenen der Wirtschaftsförderung.

Eckpunkte einer zukunftsfähigen Entwicklungspolitik

Die Ergebnisse des Forschungsvorhabens haben Handlungsherausforderungen für eine räumliche Entwicklungspolitik im ländlichen Raum deutlich hervortreten lassen. Der absehbare Bevölkerungsrückgang, gekoppelt an eine starke Alterung der Bevölkerung und ein Abschmelzen des Erwerbspersonenpotenzials fordert die Politik heraus. Ohne unterschiedenes politisches Handeln auf allen relevanten Ebenen – vom Land bis zur Kommune – droht dem ländlichen Raum ein verstärkter Polarisierungsprozess mit spürbaren wirtschaftlichen Disparitäten und übermäßig abweichenden Lebensbedingungen.

Grundsätzlich kann sich die Politik zweier sehr unterschiedlicher Strategien bedienen: Erstens kann mit einer aktiven Entwicklungspolitik versucht werden, dem demografischen Wandel sowie wirtschaftlicher Stagnation entgegenzuwirken. Eine solche Politik zielt darauf ab, Rahmenbedingungen für Zuwanderung von Bevölkerung und Unternehmen aus dem Ausland und der Bundesrepublik zu generieren, mit welcher die zunehmenden natürlichen Bevölkerungsverluste zumindest teilweise kompensiert werden können. Klassische Instrumente solcher Politikkonzepte sind die Verkehrs- und Infrastrukturpolitik und die regionale Strukturpolitik. Zweitens kann das Ziel der Politik eher in einer Anpassung an die veränderten demografischen und ökonomischen Bedingungen gesehen werden. Anpassung bedeutet nicht in erster Linie, einem als problematisch angesehenen Trend entgegenwirken zu wollen. Anpassung bedeutet vielmehr, bestehende Strukturen und Systeme auf veränderte Bedingungen (hier eine erodierende Bevölkerungsbasis) einzustellen. Für ländliche Räume können insbesondere der Umbau der örtlichen Siedlungsstruktur sowie Anpassungen der regionalen und lokalen Infrastruktursysteme (als sog. Daseinsvorsorge) an eine schrumpfende Nachfrage erforderlich werden. Im Verständnis dieses Berichts bedeutet „Anpassung“ somit keinesfalls „Aufgabe“ oder „passive Sanierung“, sondern eher qualitätssichernde „Redimensionierung“ des Bestands.

Die räumliche Entwicklungspolitik sollte von beiden Strategien in regional bzw. örtlich angepasster Weise Gebrauch machen. In bislang wirtschaftlich erfolgreichen Regionen des ländlichen Raumes können Verbesserungen der technischen und sozialen Infrastruktur mit dem Ziel einer Attraktivierung für Zuwanderung durchaus sinnvoll sein. Das gleiche gilt möglicherweise aber nicht für Regionen, in denen bereits heute Schrumpfungsprozesse in relevantem Umfang festzustellen sind und in denen folglich die Tragfähigkeit der Daseinsvorsorge unter Druck steht. Hier sind eher Anpassungs- und Umbaukonzepte vonnöten, die darauf abzielen, eine hohe Standort- und Lebensqualität auch unter Bedingungen geringerer demografischer Tragfähigkeit zu erhalten. Erforderlich ist damit eine stärker regional- und standortdifferenzierte Entwicklungs- und Strukturpolitik, die auf die

¹ Als Raumschaft werden Gemeinden im Einzugsbereich eines zentralen Ortes verstanden. Es handelt sich nicht um eigene Gebietskörperschaften.

spezifischen teilträumlichen Bedingungen und Zukunftsaussichten abstellt. Die in diesem Bericht vorgestellte Clusterlösung kann diesbezüglich eine erste territoriale Orientierung geben.

Ein in diesem Sinne standortdifferenzierte ländliche Entwicklungspolitik sollte in ein territoriales Raumkonzept für das gesamte Land eingebunden werden. Die Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs kann weiter gestärkt werden, indem die ausgeglichene Raumstruktur ausgebaut wird, ohne veränderte Realitäten aus dem Blickfeld zu verlieren. Zu stärken ist ein Netz leistungsfähiger Zentren aber auch ländlicher Mittelstädte, in denen attraktive Bildungs-, Forschungs- und Kulturstätten mit verantwortbaren Vorhaltungskosten angeboten werden können. Wenn im Übergang zur Innovationsökonomie Wissen zum entscheidenden Produktionsfaktor wird, sind solche Standorte aktiv zu stärken, an denen die Weitergabe von Wissen und die Diffusion von Innovationen aufgrund der räumlichen Nähe von „Wissensarbeitern“, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und betrieblichen FuE-Abteilungen einfacher vonstatten geht – dies sind primär die Groß- und Mittelstädte. Eine territoriale Fokussierung der Entwicklungs- und Förderpolitiken erscheint auch angesichts verengter fiskalischer Handlungsmöglichkeiten dringend geboten, gleichwohl erfordert sie erhebliche politische Vermittlung bei den lokalen und regionalen Entscheidungsträgern. Denn in Zukunft werden auch solche Gebiete benannt werden müssen, in denen ein Ausbau von Infrastruktur und eine Neuerschließung von gewerblichen Nutzflächen in größerem Umfang nicht mehr sinnvoll erscheinen. Hier steht die Pflege, der Umbau und in extremeren Fällen auch der Rückbau von Siedlungssubstanz und Infrastruktur im Vordergrund.

Es wurde bereits mehrfach betont, dass das rückläufige Erwerbspersonenpotenzial die größte Bürde für eine auch zukünftig stabile wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raumes darstellt. Die hier ansässigen (oder ansiedlungswilligen) Unternehmen sind auf einen ausreichend großen Pool qualifizierter Arbeitskräfte angewiesen. Deren Rekrutierung und Bindung erfordert in Zukunft verstärkte Anstrengungen. Dabei kommt der Zuwanderung von gut ausgebildeten Fachkräften wie auch der Weiterbildung älterer Arbeitnehmer entscheidende Bedeutung zu. Es steigen die Anforderungen an die Integrationspolitik, die bislang einen ausgeprägten Großstadtbezug aufweist. Neben der Zuwanderung muss auch die Fortbildung und Weiterqualifizierung verbessert werden. Hier kann das Konzept der „offenen Hochschule“ Impulse geben, indem ländlichen Fachhochschulen niedrigschwellige Weiter- und Fortbildungsangebote insbesondere an (auch ältere) Arbeitnehmer aus kleinen und mittleren Unternehmen richten. Auch die örtlichen Berufsschulzentren können diesbezüglich wichtige Aufgaben übernehmen. Die Etablierung bzw. der Ausbau solcher regionaler Wissensnetzwerke kann helfen, regionsexternes Wissen in die Regionen und die dort ansässigen Unternehmen zu lenken. Letztere sind aufgerufen, ihre Erfolgsfaktoren (wie z.B. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die unternehmensinternen Aufstiegsmöglichkeiten) jüngeren Zielgruppen nahezubringen.

Die Sicherung der Arbeitskräfteverfügbarkeit impliziert auch eine Veränderung der Grundsätze ländlicher Infrastrukturpolitik. Sinnvoll erscheint eine konsequente Schwerpunktverlagerung von der technischen („harten“) zur wissensbezogenen („weichen“) Infrastruktur. In einem Land mit einem, im Vergleich mit anderen Bundesländern, überdurchschnittlichen Ausbaugrad der Verkehrsinfrastruktur kann ein solcher Strategiewechsel vergleichsweise einfach vollzogen werden. Verfügbare Strukturmittel sollten zukünftig verstärkt in solche Maßnahmen fließen, die einen aktiven Beitrag zur Förderung regiona-

ler Wissensnetzwerke versprechen. Neben dem Ausbau der Hochschulinfrastruktur rücken dabei Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramme für ältere Arbeitnehmer in den Vordergrund.

Die Anpassung an den demografischen Wandel verlangt überdies nach einer umfassenden kommunalen Entwicklungspolitik. Während die Gemeinden die Ursachen des demografischen Wandels kaum beeinflussen können, verfügen sie bei der Anpassung an rückläufige Bevölkerungszahlen und eine alternde Gesellschaft über wirkungsvolle Instrumente, mit welchen negative Auswirkungen begrenzt werden können. Insbesondere die Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge muss hier als prioritäres Handlungsfeld genannt werden, welches den Entscheidungsträgern bereits heute langfristig orientierte Entscheidungen abverlangt. Von zentraler Bedeutung sind dabei eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit und übersektorale Perspektive bei der Planung und Bewirtschaftung von Infrastrukturleistungen. Aber auch das Land steht in Verantwortung, Umbau- und Anpassungskonzepte mit geeigneten Förderinstrumentarien zu unterstützen.

In diesem Kontext sei festgestellt, dass demografische Schrumpfung kein abrupt auftretendes Phänomen ist. Bei einsetzenden Bevölkerungsverlusten nehmen die Haushaltszahlen regelmäßig noch zu und auch die anhaltende Wohnbautätigkeit kann die Illusion nähren, dass Bevölkerungsverluste nur eine vorübergehende Entwicklungsphase darstellen. Die Erfahrungen in Regionen mit früherer Betroffenheit durch den demografischen Wandel zeigen aber, dass eine frühzeitige Auseinandersetzung mit dem im Großen und Ganzen gut prognostizierbaren demografischen Entwicklungspfad einer Region oder einer Kommune von entscheidender Bedeutung ist. Wird erst reagiert, wenn Schrumpfungprobleme augenscheinlichen Charakter annehmen, können Fehlentwicklungen kaum mehr abgewendet werden. Die Landes-, Regional- und Kommunalpolitik sollte daher bereits in einem frühen Stadium absehbare demografische Perspektiven und ihre möglichen Implikationen offensiv und öffentlichkeitswirksam kommunizieren.

Nicht nur im Hinblick auf die Sicherung der Daseinsvorsorge stellt regionale Kooperation ein wirkungsvolles Instrument dar. Bei zahlreichen Handlungsfeldern (Tourismuskonzepte, Landschaftsschutzmaßnahmen, gemeinsame Abstimmung des ÖPNV, Regionalmarketing) lassen sich Synergieeffekte erzielen, werden gemeinsame Strategien im Sinne eines „Regionalmanagements“ entwickelt. Neben den durch die Zusammenarbeit ermöglichten Verbesserungen muss auch die Überwindung von Konkurrenzdenken und Misstrauen zwischen kommunalen Entscheidungsträgern als eines der Erfolgskriterien regionaler Kooperation gelten. Der maßvolle Einsatz von Förderwettbewerben kann hier wichtige Impulse liefern. Darüber hinaus sollte in Zukunft auch über einen vermehrten Einsatz von Evaluierungsinstrumenten in der Förderung ländlicher Regionen nachgedacht werden. Über eine Untersuchung der Impulswirkung lassen sich Erkenntnisse darüber erzielen, in welchen Kontexten Fördermaßnahmen in besonderem Maße zu einer Überwindung von Entwicklungshemmnissen beitragen. Dabei sind Evaluierungsmaßnahmen im besten Fall nicht nur als temporäre Unterstützungsleistung sondern als permanente strategische Komponente in die Förderlandschaft zu implementieren. Sie leisten einen Beitrag in der Konkretisierung von Förderzielen und der Benennung messbarer Erfolgsindikatoren und wirken auf diese Weise bereits in der Entstehungsphase in die Ausgestaltung von Fördermaßnahmen hinein.

1 Anlass und Zielsetzung

1.1 Einführung

Baden-Württemberg ist im Vergleich zu anderen Bundesländern durch vergleichsweise geringe räumliche Disparitäten geprägt. Die räumliche Verteilung von wirtschaftlichen Aktivitäten wie auch der Bevölkerung zeigt ein nur moderates räumliches Konzentrationsniveau. In den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts verlief die Veränderung von Beschäftigung und Bevölkerung im ländlichen Raum des Landes sogar meist günstiger als in den Agglomerationsräumen (Dominé 2007). Ländliche Räume konnten insbesondere ihre Wertschöpfungs- und Bevölkerungsanteile in nicht unerheblichem Maße ausbauen.

In der jüngeren Vergangenheit werden aber vermehrt Risikofaktoren deutlich, welche das hohe Maß an wirtschaftlicher Prosperität und Lebensqualität in ländlichen Räumen mittel- bis langfristig gefährden könnten und politisches Anpassungshandeln erfordern. Als diesbezüglich relevant gelten

- das sich im Zuge des demografischen Wandels verringernde bzw. sich in seiner Altersstruktur verändernde Erwerbspersonenpotenzial – ein Trend, der durch gegenwärtig beobachtete Veränderungen des Wanderungsverhaltens insbesondere jüngerer Haushalte noch verstärkt wird (These von der „Reurbanisierung“, siehe hierzu Siedentop 2008; Herfert/Osterhage 2011),
- die sich im Globalisierungsprozess transformierende Wirtschaft hin zu einer Wissensökonomie mit einem Bedeutungsgewinn städtischer Produktionsstandorte mit hoher Humankapitaldichte (Geppert/Gornig 2010; Buch et al. 2010),
- die bereits eingetretenen bzw. zukünftig zu erwartenden Energiepreiserhöhungen, welche ländliche Räume aufgrund ihrer höheren Raumüberwindungsaufwendungen mit relativen Kostennachteilen konfrontieren. Davon betroffen wären insbesondere diejenigen Teile des ländlichen Raumes, die eine starke Pendlerverflechtung mit den Agglomerationskernen aufweisen.

Erste Anzeichen eines Trendbruchs lassen sich insbesondere im Wanderungsverhalten der Bevölkerung finden. Nach einer langen Phase des Bevölkerungszuwachses verlief die demografische Entwicklung des ländlichen Raumes in den vergangenen Jahren deutlich ungünstiger als in den stärker verdichteten Regionen. Diese Entwicklung hat noch nicht zu gravierenden Problemen in der Verfügbarkeit von Arbeitskräften oder der Auslastung ländlicher Infrastruktur geführt. Nicht wenige Experten erwarten aber eine anhaltende demografische Gewichtsverschiebung zu Gunsten der höher verdichteten, städtischen Räume, was schon in wenigen Jahren zu erheblichen Standortnachteilen ländlich geprägter Regionen kumulieren könnte (siehe z.B. Brachat-Schwarz 2008).

Vor diesem Hintergrund verfolgte dieses Forschungsvorhaben zwei Hauptziele. Erstens wurde eine sachlich breit angelegte und räumlich tief gegliederte Bilanzierung des Beitrags des ländlichen Raumes zur wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des Landes

durchgeführt. Dazu wurden verfügbare statistische Daten zu Beschäftigung, Wertschöpfung und Innovation über einen längeren Zeitraum ausgewertet, um neben einer auf einen aktuellen Zeitpunkt bezogenen Darstellung auch eine Trendanalyse vornehmen zu können. Neben einer Bilanzierung von Entwicklungen im Ländlichen Raum Baden-Württembergs insgesamt wurden auch clusteranalytische Gemeindetypisierungen eingesetzt, um spezifische Entwicklungspfade innerhalb des ländlichen Raumes identifizieren zu können. Darüber hinaus diente ein Ländervergleich dazu, die Spezifik der Entwicklung in Baden-Württemberg herauszustellen. Ergänzende Interviews mit Vertretern von Kommunen, Verbänden, Wirtschaftsförderungsgesellschaften und Unternehmen runden das auf diese Weise gewonnene Bild des ökonomischen Gewichts des ländlichen Raumes in Baden-Württemberg ab.

Zweitens wurden – basierend auf den Ergebnissen der empirischen Untersuchungen – Handlungsansätze für eine zukunftsgerichtete Strukturpolitik erarbeitet. Dies stützte sich auch auf verfügbare Bevölkerungs- und Erwerbstätigenprognosen sowie eigene Szenariostudien, jeweils mit einem Zeithorizont bis 2030. Dabei kommt der zukünftigen Verfügbarkeit von Fachkräften und Beschäftigungsmöglichkeiten besondere Bedeutung zu. Die Formulierung von Handlungsansätzen gründet auf einer Bewertung der allgemeinen Handlungserfordernisse, aber auch einer Einschätzung teilräumlicher Problemschwerpunkte.

Der vorliegende Abschlussbericht gliedert sich in acht Hauptabschnitte. Nach einer knappen Zusammenfassung des aktuellen Diskussionstandes zu Fragen ländlicher Wirtschaftsentwicklung und der Erläuterung der in diesem Forschungsvorhaben verwendeten Gebietsdefinitionen (Kapitel 1) wird der Beitrag des ländlichen Raumes zum wirtschaftlichen Wachstum und zur Beschäftigungsgenerierung im Land eingehend analysiert (Kapitel 2). Kapitel 3 bewertet die Qualitäten des ländlichen Raumes als Lebensraum; hier geht es um die Qualitäten als Wohnstandort, was durch eine Analyse demografischer Veränderungen (insbesondere des Wanderungsverhaltens) und potenziell wanderungsbeeinflussender Faktoren erfolgt. Kapitel 4 beinhaltet die Ergebnisse eines durchgeführten Ländervergleichs. Verglichen wurde die Entwicklung ländlicher Gebiete in Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Hessen. Kapitel 5 stellt die Ergebnisse der Clusteranalysen vor, deren Ziel es war, spezifische Entwicklungspfade und Entwicklungsgefälle innerhalb des Ländlichen Raumes Baden-Württembergs sichtbar zu machen. Vorgestellt werden fünf Typen ländlicher Gemeinden, die die erhebliche Bandbreite wirtschaftlicher und demografischer Entwicklung aufzeigen. Kapitel 6 beinhaltet Szenarien zur demografischen Entwicklung in Baden-Württemberg, abgeleitet aus den vorliegenden Bevölkerungsvorausrechnungen des Statistischen Landesamtes sowie eigener Szenarioannahmen. Während die Kapitel 2 bis 6 im Wesentlichen auf der Auswertung sekundärstatistischer Datenmaterials beruhen, stützen sich die Ausführungen in Kapitel 7 auf die Ergebnisse durchgeführter Interviews in ausgewählten Gemeinden. Kapitel 8 schließt mit der Darstellung von strategischen Handlungsansätzen für die Entwicklungspolitik ländlicher Räume unter veränderten demografischen, ökonomischen und fiskalischen Rahmenbedingungen.

1.2 Hintergrund: Ländliche Räume in der Wissensgesellschaft

Für nicht wenige Wirtschaftswissenschaftler war die Beobachtung einer ökonomischen Erholung der großen Städte (häufig wird dabei von „Renaissance“ oder „Reurbanisierung“ gesprochen) – sichtbar durch die erheblichen Beschäftigungszuwächse der Verdichtungskerns seit Anfang der 2000er Jahre (Geppert/Gornig 2010; Buch et al. 2010) – eine Überraschung. Denn die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik war lange Zeit durch eine stabile räumliche Dekonzentration der Wirtschaftsleistung gekennzeichnet. In den alten Bundesländern hatten sich die regionalen Disparitäten bis 1990 erkennbar abgeschwächt und Erwartungen einer mittelfristig erreichbaren Konvergenz der regionalen Einkommensentwicklung genährt (Peschel/Bröcker 1986; Seitz 1995; Bade/Niebuhr 1999). Suburbane und nicht wenige ländliche Räume Westdeutschlands verzeichneten vor allem in den 1980er und 1990er Jahren deutlich höhere Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung als die Kernstädte und ihren ersten Ring aus stark verdichteten Umlandgemeinden (Bade 2006; Siedentop et al. 2003). Zwar gab es bis zur Wende auch in den alten Ländern Regionen mit stabilen Strukturschwächen und einem nur schwachen ökonomischen Aufholprozess, insgesamt überwog jedoch der Trend einer konvergenten räumlichen Entwicklung. Erst mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und der 1990 einsetzenden Deindustrialisierung in den neuen Ländern stiegen die regionalen Disparitäten wieder sprunghaft an (siehe z.B. Gornig/Häußermann 1994) und mit dem Beginn des neuen Jahrtausends mehren sich darüber hinaus die Anzeichen sich wieder verstärkender ökonomischer Disparitäten zwischen städtisch und ländlich geprägten Regionen (Geppert/Gornig 2010).

In der Tat zeigt eine Auswertung der Beschäftigungsstatistik spürbare Verschiebungen der regionalen Beschäftigungsstrukturen. Die deutschen Agglomerationsräume konnten gegenüber 1998 ihre Beschäftigung bis 2008 um 2% ausweiten. In der Summe der verdichteten Räume beträgt der Zuwachs 1%. Die ländlichen Räume dagegen verlieren in der Summe an Beschäftigung. Gegenüber dem Ausgangsniveau 1998 beträgt der Rückgang immerhin 3%. Umgekehrt schneiden die Großstädte mit mehr als 500.000 Einwohnern noch besser ab als der Durchschnitt der Agglomerationsräume. Ihr Beschäftigungsniveau lag 2008 um gut 4% höher als 1998 (Siedentop et al. 2011; Geppert/Gornig 2010; Buch et al. 2010).

Auch mit Blick auf derartige empirische Befunde besteht in der neueren wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion weitgehender Konsens, dass die derzeit mehrheitlich positive wirtschaftliche Entwicklung der Agglomerationszentren und -räume das (Zwischen-) Ergebnis eines äußerst komplexen ökonomischen und demografischen Transformations- und Restrukturierungsprozesses ist. Die sog. „Reurbanisierung“ sei das siedlungsstrukturelle Echo des Übergangs von der Industrie- zur Wissensgesellschaft. Großstädte mit großem Humankapital und hohem Besatz an wissensbasierten Branchen gelten dabei als primäre Orte der Wissens- und Innovationsproduktion, was sich in einer überdurchschnittlichen wirtschaftlichen Wachstumsfähigkeit ausprägt. Darüber existieren mannigfaltige empirische Hinweise dahingehend, dass Reurbanisierungstendenzen in übergeordnete Prozesse der Metropolitanisierung und Regionalisierung eingebettet sind (Hesse 2010). Reurbanisierung wird dabei mehrheitlich keinesfalls als ein „Ende“ oder gar eine „Umkehr“ der Suburbanisierung verstanden, sondern als ein Teilprozess im Rahmen regionalmaßstäblicher Reorganisationsprozesse, die zu stärker polyzentrisch geprägten

Raumstrukturen führen (Champion 2001). Reurbanisierung und Suburbanisierung schließen sich damit nicht gegenseitig aus. Zentrifugale und zentripetale Kräfte wirken gleichermaßen in allerdings von Region zu Region unterschiedlicher Intensität.

Wirtschaftswissenschaftler verweisen in diesem Kontext auf die überragende Bedeutung des Wissens in einer zunehmend „nachindustriell“ geprägten Gesellschaft: „Die nachindustrielle Gesellschaft ist in zweifacher Hinsicht eine Wissensgesellschaft: einmal, weil Neuerungen mehr und mehr von Forschung und Entwicklung getragen werden (oder unmittelbarer gesagt, weil sich aufgrund der zentralen Stellung des theoretischen Wissens eine neue Beziehung zwischen Wissenschaft und Technologie herausgebildet hat); und zum anderen, weil die Gesellschaft – wie aus dem aufgewandten höheren Prozentsatz des Bruttosozialprodukts und dem steigenden Anteil der auf diesem Sektor Beschäftigten ersichtlich – immer mehr Gewicht auf das Gebiet des Wissens legt“ (Bell 1985, S. 219).

Mit dem Bedeutungszuwachs des Wissens werden den klassischen Agglomerationsvorteilen – vor allem als lokal wirksame „Externalitäten“ und „Spillovers“ – eine erneut wichtigere Rolle zugewiesen (Storper/Scott 2009; Thierstein et al. 2011; HM Treasury 2006). Die kleinräumliche Vernetzung und Kooperation wirtschaftlicher Akteure erhöhe die Konkurrenzfähigkeit auf überregionalen Märkten. Große verdichtete Siedlungsstrukturen böten eher räumliche Kulissen für personengebundene Wissenstransfers (über sog. „Face-to-face“ Kontakte) als suburbane und ländliche Gebiete. Die wissensintensive Produktion von Gütern und Dienstleistungen finde in großen Städten mit ihren dichtebedingt überdurchschnittlichen Kontakt- und Austauschmöglichkeiten, ihrer ausgeprägten Wissensinfrastruktur mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen, ihrem ebenfalls überdurchschnittlichen Angebot an qualifizierten Arbeitnehmern und ihrer Einbindung in globale Handels- und Geschäftsnetzwerke sehr gute Bedingungen für die Anbieter solcher Leistungen (Geppert/Gornig 2010). Nach diesem Verständnis übt die Schaffung neuer Arbeitsplätze in wissensintensiven Branchen auch Anreize für die Zuwanderung aus, so dass ökonomische Reurbanisierungsprozesse mit demografischen Sogwirkungen einhergehen.

Von einigen Wirtschaftswissenschaftlern wird die derzeit positive wirtschaftliche und demografische Entwicklung der Metropolen aber auch mit Konsumentenpräferenzen erklärt. Dieser Erklärungsansatz stellt die Nachfrage nach genuin urbanen Leistungen, insbesondere den („high end“) Konsummöglichkeiten und kulturellen Angeboten großer Städte (im Englischen wird von „urban amenities“ gesprochen), in den Mittelpunkt der Erklärung von Reurbanisierung (Glaeser/Gottlieb 2006; Florida 2002). Steigende Einkommen hätten die Nachfrage nach derartigen Leistungen vergrößert. Aber auch demografische und soziokulturelle Wandlungen hätten die Attraktivität der Städte als Wohnstandort wieder zunehmen lassen. Im Zuge des zweiten demografischen Übergangs gewännen Haushaltsformen wie junge, kinderlose Berufstätige, doppelt berufstätige Paare, Paare nach Auszug der Kinder (empty nesters) und Alleinerziehende mit eher großstadtaffinen Wohnstandortbedürfnissen an Bedeutung (Siebel 2008; Häußermann 2009). Daher präferierten nicht nur hoch gebildete Menschen (die „kreative Klasse“ im Sinne von Florida) urbane Wohnstandorte mit hoher Zentralität und geringen Zugangskosten zu großstädtischen Infrastruktur- und Kultureinrichtungen. Das überdurchschnittliche Humankapital in Großstädten sei dann Bedingung einer überdurchschnittlichen Fähigkeit, neue und vor allem hoch qualifizierte und überdurchschnittlich entlohnte Beschäftigung zu generieren, was wiederum demografische Wachstumsimpulse auslöse. Derartige Erklärungen korrespon-

dieren mit stark normativen Konzepten der Stadtentwicklung wie der "Creative City" (siehe z.B. Kunzmann 2004; Florida 2002).

Unabhängig von der Frage, ob die wirtschaftliche Entwicklung demografisches Wachstum auslöst oder umgekehrt, ist aus raumwissenschaftlicher wie raumordnungspolitischer Sicht besonders die Frage interessant, wie sich der wirtschaftliche Strukturwandel regional differenziert auswirkt. In der neoklassischen Theorie der Regionalentwicklung wird davon ausgegangen, dass eine unausgewogene regionale Entwicklung zu einem Auftreten von Knappheiten an Produktionsfaktoren führt. Aufgrund der so bedingten Preissteigerungen kommt es zu Anpassungsreaktionen seitens der Wirtschaftssubjekte. Sie suchen Regionen mit geringeren Faktorpreisen auf und beseitigen so die Ursache der Preissteigerung. Eine andere Möglichkeit des regionalen Ausgleichs besteht in der Spezialisierung der Regionen auf Güter, die sie im Vergleich zu anderen Regionen aufgrund lokal begründeter komparativer Vorteile günstiger herstellen können. Über einen Austausch von Gütern kann so eine höhere Güterproduktion der Regionen bei gleichem Faktoreinsatz erreicht werden.

Wie oben ausgeführt, wird jedoch entgegen der Logik der neoklassischen Ausgleichsmechanismen nicht nur in Deutschland beobachtet, dass sich Regionen oftmals wirtschaftlich divergierend entwickeln (Südekum 2002). Die kritische Auseinandersetzung mit der Neoklassik brachte eine Reihe von Hypothesen hervor, die aufgrund ihres gemeinsamen Denkansatzes als Polarisierungstheorien zusammengefasst werden können. Entgegen der neoklassischen Theorie argumentieren sie, dass vorhandene regionale Ungleichgewichte sich nicht über veränderte Faktorpreise oder Warenaustausch nivellieren, sondern dass diese einen kumulativen Entwicklungsprozess in Gang setzen, der die Ungleichgewichte weiter verstärkt. Diesem Ansatz folgend wirkt sich eine negative Veränderung einer Variablen, z.B. die Schließung einer Produktionsstätte mit einhergehender Freisetzung von Arbeitskräften, auch für andere Wirtschaftssubjekte der Region negativ aus. So kann es in anderen Teilbereichen der Wirtschaft zu einem Nachfragerückgang durch das verminderte Einkommen der freigesetzten Arbeitskräfte kommen. Auch entfällt die Nachfrage nach Vorprodukten und Dienstleistungen durch die geschlossene Produktionsstätte selbst. Über die Einkommenseinbußen in anderen Branchen kann es dann zu weiteren Arbeitskräftefreisetzungen kommen. Die verringerte Wirtschaftsleistung geht mit geringeren Einnahmen der öffentlichen Hand einher, so dass diese möglicherweise mit Steuererhöhungen oder einer Verminderung öffentlicher Investitionen reagiert, was die Attraktivität für Neuansiedlungen weiter herabsetzt. Ebenso ist jedoch eine entgegengesetzte Entwicklung möglich, in der über das wirtschaftliche Wachstum eines Wirtschaftszweigs und ein höheres verfügbares Einkommen der Erwerbstätigen eine sich selbst verstärkende positive Entwicklung der Region erreicht wird.

Neuere Theorien, wie die „neue Wachstumstheorie“, die sich auf diesen Denkansatz stützen, rücken dabei den Faktor Wissen als entscheidende Triebfeder von Wirtschaftswachstum in den Vordergrund. Lange Zeit galt eine hohe Kapitalausstattung als wichtigstes Kriterium für eine positive Entwicklung einer Region. Großkonzernen, die über hinreichend Kapital verfügten, war es möglich, in großen automatisierten Produktionsstätten durch Beschränkung auf die Herstellung weniger Standardprodukte positive Skalenerträge zu erzielen. Der Fokus lag dabei auf einer Kostensenkung im Produktionsprozess, um einer möglichst großen Konsumentengruppe den Kauf der Produkte zu ermöglichen. Der Anstieg des Lebensstandards in den Industrieländern veränderte allerdings auch die Kon-

sumbedürfnisse der Gesellschaft. So führte die Pluralisierung der Lebensstile auch zu einer Individualisierung des Konsumverhaltens. Ein gewachsenes Verlangen nach Produktvielfalt war die Folge. Als Reaktion auf diese Nachfrageänderung traten vermehrt Nischenanbieter in die Märkte ein. Die größeren vormals vertikal integrierten Unternehmen gingen dazu über, sich im Sinne eines „lean managements“ auf ihre Kernkompetenzen zu beschränken und Produktionsprozesse an Zulieferer und externe Dienstleister auszulagern. Dies wiederum erhöhte den Grad und die Komplexität der Zusammenarbeit zwischen den Akteuren, so dass wiederum der Wert der räumlichen Nähe zwischen ihnen in seiner Bedeutung einen Zuwachs erhielt (Falck/Heblich 2008, S.15).

Dem gegenüber stehen die Hoffnungen, dass moderne Informations- und Kommunikationstechnologien einem fortschreitenden Konzentrationsprozess entgegen wirken und durch Auslagerung von Dienstleistungen, insbesondere auch in peripheren Regionen, zu einem Beschäftigungszuwachs führen könnten. Dies setzt jedoch zum einen voraus, dass kein signifikantes Gefälle in der infrastrukturellen Ausstattung zwischen Zentren und Peripherie vorliegt, aber auch, dass der persönliche Kontakt zwischen Mitarbeitern eines Unternehmens und seiner Kooperationspartner vernachlässigbar ist. Wie oben ausgeführt, ist jedoch anzunehmen, dass gemeinsames Arbeiten an Ideen und der Austausch von implizitem Wissen bei einem Großteil der wirtschaftlichen Aktivitäten weiterhin face-to-face-Kontakte und damit räumliche Nähe erfordern.

Aber auch soziale Strukturen üben einen Einfluss auf die Wirtschaftsdynamik aus. Nicht nur von der räumlichen Nähe hängt es ab, ob es zu einem Wissensaustausch in einer Region kommt, sondern vor allem vom Grad der sozialen Vernetzung der Akteure. Die für ländliche Räume charakteristischen stabilen persönlichen Beziehungen zwischen Verantwortungsträgern ermöglichen ein soziales Sanktionspotenzial, das helfen kann, „Trittbrettfahrertum“ und „moral hazard“-Effekte einzuschränken. Neben einer Humankapitalausstattung in Form des Wissens und der Fähigkeiten der Bevölkerung einer Region kann auch von einem Sozialkapital gesprochen werden, dessen Qualität auf dem Vertrauen und der Interaktionsneigung jener basiert (ebd., S.16).

Im Allgemeinen werden jedoch große Städte und ihr engeres Umland als Knotenpunkte der für die wissensbasierte Ökonomie bedeutenden Wirtschaftsbereiche angesehen. Sie strahlen in Form eines reichhaltigen Reservoirs an hochqualifizierten Arbeitskräften, einer effizienten Infrastruktur sowie den in vielfältiger Form vorhandenen Wissensressourcen die größte Attraktivität auf die Unternehmen in wissensintensiven Branchen aus. Insbesondere die Kernstädte präsentieren sich als Räume hoher Wissens- und Kulturproduktion und bieten Möglichkeiten für postindustrielle Arbeits- und Lebensformen. Nicht nur ihre höhere Akteursdichte und -vielfalt wird ihnen als Vorteil zugeschrieben, sondern auch ihre stärkere Einbindung in globale (Wissens-) Netzwerke (Brandt et al. 2008, S.9).

Mit diesem Interpretationsmuster neuerer raumstruktureller Entwicklungen und der Betonung der Bedeutung von Wissen korrespondiert ein Paradigmenwechsel in der Raumordnungs- und Strukturpolitik. Lange Zeit dominierten hier ausgleichsorientierte Politikkonzepte, mit denen der Aufholprozess zurückbleibender Regionen befördert werden sollte. Unter anderem angestoßen durch die Lissabon Strategie der Europäischen Union haben demgegenüber in den vergangenen Jahren stärker wachstumsorientierte Politiken an Bedeutung gewonnen, die eine räumlich fokussierte wirtschaftliche Entwicklungspolitik

intendieren. Eine implizite Annahme derartiger Strategien ist, dass eine flächenhafte Ausgleichspolitik zu gesamtwirtschaftlichen Effizienzeinbußen führen könnte.

Mit den Leitbildern der Raumordnung (BMVBS/BBR 2006) wurde dieser Paradigmenwechsel zum Teil in der deutschen Raumordnungspolitik aufgegriffen. Beides hat eine intensive und äußerst kontroverse Diskussion ausgelöst, welche Rolle ländlichen Räumen im Rahmen einer stärker wachstumsorientierten Raumordnungspolitik zukünftig zukommen soll. Insbesondere das Konzept einer auf „Metropolregionen“ bezogenen Wachstums- und Strukturpolitik hat starke Gegenreaktionen ausgelöst. Befürchtet wird, dass der mögliche Beitrag ländlicher Gebiete zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum durch eine einseitig zentrenorientierte Wirtschafts- und Strukturpolitik nicht ausgeschöpft wird (Hahne 2009). Das in diesem Zusammenhang diskutierte Konzept interregionaler „Partnerschaften“ oder „Verantwortungsgemeinschaften“ (Aring/Sinz 2006) zwischen den metropolitanen Wachstumspolen und den sie umgebenden metropolitanen Verflechtungsräumen leide an einem Mangel an wirksamen Umverteilungsmechanismen und bleibe daher wenig effektiv (Leber/Kunzmann 2006, S.59).

Insgesamt ist somit festzuhalten, dass die (positive) Rolle ländlich geprägter Räume im Rahmen des wirtschaftlichen Strukturwandels und hier insbesondere dem Bedeutungszuwachs wissensintensiver Wertschöpfung bislang kaum spezifiziert wurde. Im Rahmen der vorliegenden Studie soll vor dem Hintergrund dieses Disputs der Beitrag des ländlichen Raumes zur gesamtwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des Landes Baden-Württemberg einer umfassenden Analyse und Bewertung unterzogen werden. Gesucht wird damit auch nach einer neuen Rolle ländlicher Ökonomien unter den Rahmenbedingungen von Globalisierung, Wissensökonomie und demografischem Wandel. Angesichts des bedeutenden wirtschaftlichen Gewichts des Ländlichen Raumes in Baden-Württemberg erscheint eine diesbezüglich zeitgemäße Positionierung von besonderer strukturpolitischer Relevanz.

1.3 Räumliche Abgrenzung des ländlichen Raumes

Eine Beurteilung des Beitrags ländlicher Räume zur wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit eines Landes oder Staates spielt die Festlegung, was als ländlicher Raum verstanden wird, eine entscheidende Rolle. Sowohl in wissenschaftlichen als auch in regionalpolitischen Debatten wird die Definition dessen, was als „Ländlicher Raum“ bezeichnet wird, seit Jahren kontrovers diskutiert. Eine allgemein akzeptierte Definition ist weder in Deutschland noch in Europa vorhanden. Bestehende Definitionen und Abgrenzungen verlieren aufgrund von sich ändernden Lebens- und Arbeitsformen nach Ansicht einiger Autoren zunehmend ihre Eindeutigkeit (Franzen 2008, S.1). Hinzu kommt, dass jede Abgrenzung des ländlichen Raumes vom nicht-ländlichen Raum immer willkürlich sein muss, weil die Übergänge in der Realität eher als räumliches Kontinuum anzusehen sind. Spätestens seit den 1990er Jahren hat sich auch in der Raumordnungspolitik die Erkenntnis durchgesetzt, dass der ländliche Raum kein homogenes Gebilde ist.

Als unbestritten typische Eigenschaften des ländlichen Raumes werden die aus der kleinteiligen Siedlungsstruktur folgernde geringere Bevölkerungsdichte und Siedlungsdichte betrachtet, die in jüngerer Zeit durch Erreichbarkeitsmerkmale ergänzt wird. In neueren Abgrenzungen, wie beispielsweise den Raumtypen „ROB 2010“ des Bundesinstituts für

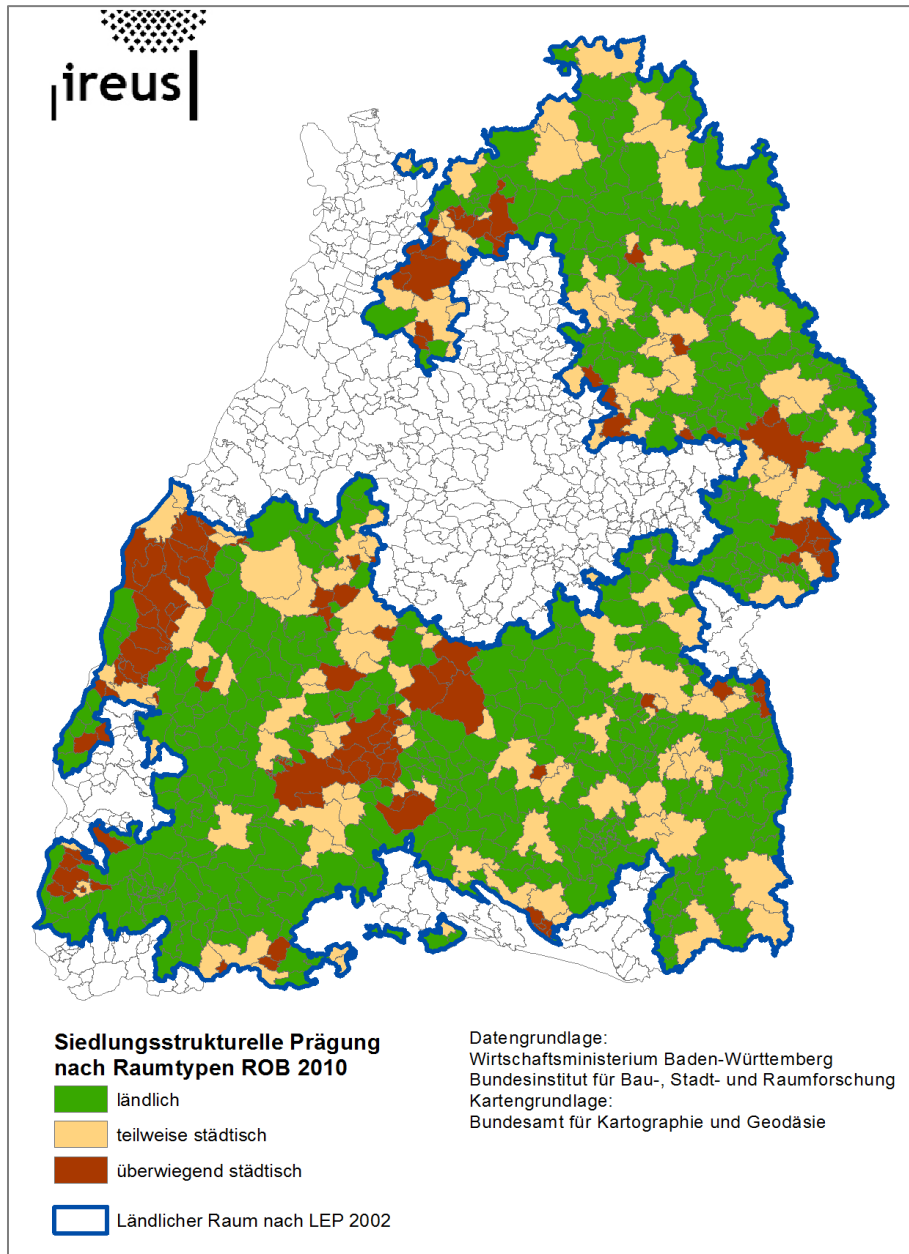
Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), werden zunehmend auch Erreichbarkeitsmerkmale berücksichtigt. Nach dieser Klassifizierung haben 648 Kommunen in Baden-Württemberg eine ländliche oder lediglich teilweise städtische Prägung (Abbildung 1; ausführlich hierzu auch Kapitel 4).

Für die vorliegende Untersuchung, deren Ergebnisse für die Politik des Landes Baden-Württemberg relevant sein sollen, ist es zunächst sinnvoll, eine bestehende Abgrenzung des ländlichen Raumes zu verwenden, die für die Landesverwaltung ausschlaggebend ist, auch wenn nach Auffassung des Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg die ländlichen Räume über die Abgrenzung des Landesentwicklungsplanes hinausreichen.² Im Landesentwicklungsplan 2002 Baden-Württemberg (LEP) werden 656 der 1102 Gemeinden³ dem ländlichen Raum zugeordnet, von denen 57 als zu einem Verdichtungsgebiet im ländlichen Raum zugehörig kategorisiert werden. Die Abgrenzung der Raumkategorien des Landesentwicklungsplanes 2002 erfolgte anhand eines Gesamtindikators der Siedlungsverdichtung, der sich aus vier gewichteten Einzelindikatoren zusammensetzt. Neben dem Siedlungsflächenanteil und der Siedlungsdichte gehen auch die Einwohner-Arbeits-Dichte sowie das Baulandpreisniveau in den Gesamtindikator ein. Obwohl im Landesentwicklungsplan die Rolle des ländlichen Raumes als eigenständige Raumkategorie festgelegt ist, erfolgt seine Abgrenzung allein mit einer Negativ-Definition. Alle Gemeinden, die nicht zu den Verdichtungsgebieten und ihren Randzonen gehören, werden dem ländlichen Raum zugeordnet. Als ländlicher Raum werden in dem vorliegenden Bericht der Ländliche Raum im engeren Sinn sowie die Verdichtungsgebiete im ländlichen Raum verstanden, während die Bezeichnung „Agglomerationsraum“ Verdichtungsgebiete und deren Randzonen umfasst. Abbildung 1 verdeutlicht die vorgenommene Abgrenzung sowie die Unterschiede zwischen den räumlichen Ausprägungen der Abgrenzungen nach BBSR und LEP.

² (http://mlr.baden-wuerttemberg.de/Laendlicher_Raum/68691.html , Abruf am 4.5.2010)

³ Gebietsstand 1.1.2009, einschließlich Gutsbezirk Münsingen

Abbildung 1: Räumliche Abgrenzungen des ländlichen Raumes



Ein besonderes Problem entsteht aus der verwendeten Abgrenzung des ländlichen Raumes des Landesentwicklungsplans 2002. Diese erfolgte gemeinscharf und ist mit Kreisgrenzen nicht deckungsgleich. Eine Zuordnung von ganzen Landkreisen zu den Raumkategorien des Landesentwicklungsplanes ist daher weder möglich noch sinnvoll. Auf der anderen Seite werden aber eine Vielzahl von in der Untersuchung verwendeten statistischen Daten auf der Gemeindeebene nicht erhoben oder ausgewiesen, sondern erst ab der räumlichen Ebene der Stadt- und Landkreise dargestellt. In diesen Fällen sind Schätzungen notwendig, um den Anteil des ländlichen Raumes an den betrachteten Merkmalsausprägungen zu ermitteln. Die Schätzungen erfolgen grundsätzlich, indem der Anteil einer Schlüsselgröße, die für alle Gemeinden bekannt ist und bei der ein sachlicher Zusammenhang zwischen der Schlüsselgröße und dem betrachteten Phänomen unterstellt werden, verwendet wird. Bei Kreisen, die sowohl Gemeinden des ländlichen Raumes als auch des Verdichtungsraumes enthalten, wird der Anteil der Schlüsselgröße in den

Gemeinden des ländlichen Raumes ermittelt. Die zu schätzende Größe wird proportional zum Anteil der Schlüsselgröße dem ländlichen Raum zugeordnet.

1.4 Untersuchungszeitraum

Die Konzeption des Forschungsvorhabens sieht für die Längsschnittanalyse sozio-ökonomische Daten für einen längeren Zeitraum vor. Die Verwendung von Daten in Längsschnittanalysen setzt voraus, dass sie über den gesamten Betrachtungszeitraum vergleichbar sind, das heißt, dass die Erhebungsmethode und die verwendeten Definitionen in diesem Zeitraum keinen wesentlichen Änderungen unterlagen.

Diese methodische Voraussetzung hat Konsequenzen für das Forschungsvorhaben, weil bei einigen Statistiken, die im Forschungsvorhaben eine zentrale Rolle spielen, in den letzten 15 bis 20 Jahren erhebliche Änderungen vorgenommen wurden, die die Interpretation eines zeitlichen Vergleichs entweder stark einschränken oder gar nicht erlauben. Am Beispiel der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVP-Beschäftigte) kann diese Problematik verdeutlicht werden. Mit der Einführung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 (ESVG95) wurde den Mitgliedsstaaten vorgeschrieben, dass für die Berechnung regionaler Daten eine europaweit einheitliche Methode zu verwenden ist. Durch zwei große Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in den Jahren 1999 und 2005 sind durch die Verwendung von neuen Konzepten und Definitionen und die Erschließung von neuen Datenquellen Vergleiche mit früheren Werten nicht mehr möglich, weil die „Auswirkungen der ... datenbedingten und methodischen Änderungen auf die Regionalergebnisse ... sich im Einzelnen nicht getrennt qualifizieren“ lassen.⁴ Die Ergebnisse der Revision 2005 sind rückgerechnet worden und ab dem Jahr 1996 in einer sachlichen Differenzierung für Baden-Württemberg auf Ebene der Stadt- und Landkreise verfügbar. Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für frühere Jahre stehen nach der aktuellen Systematik nicht zur Verfügung. Hinsichtlich der Aktualität der Daten entsteht ein zweites Problem dadurch, dass die regionalen Ergebnisse für ein Jahr in der Regel erst mit einem Nachlauf von 19 Monaten veröffentlicht werden.

Der zweite größere Problembereich lässt sich anhand der Beschäftigtenstatistik darstellen, die auf Primärdaten der Bundesagentur für Arbeit beruht. Um eine einheitliche Zuordnung von Unternehmen und Betrieben zu einzelnen Wirtschaftszweigen bzw. Branchen zu ermöglichen, erfolgt die Zuordnung nach dem Tätigkeitsschwerpunkt mit Hilfe von hierarchischen, verbindlichen Klassifikationen der Wirtschaftszweige (WZ). Die der Beschäftigtenstatistik zugrundeliegenden Klassifikationen wurden im Lauf der Zeit mehrfach angepasst, so dass zwischen 1990 und 2008 insgesamt vier unterschiedliche Klassifikationen angewendet wurden. Bis 1998 wurde die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1973 (WZ1973), angewendet. Diese wurden von 1999 bis 2002 von der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993, und zwischen 2003 und 2007 von der Klassifikationsausgabe 2003 abgelöst. Ab dem Jahr 2008 gilt die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008. Nach Aussagen der Experten des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg sind die Brüche hinsichtlich der Zuordnung von Betrieben zwischen der Systematik von 1973 und der nachfolgenden Systematik von 1993 sowie zwischen

⁴ http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/infoRevision.asp, Abruf am 17.5.2010

den Systematiken von 2003 und 2008 so gravierend, dass bereits auf der Ebene der vier verwendeten Wirtschaftssektoren keine Vergleiche über einen längeren Zeitraum mehr möglich sind. Für den Zeitraum von 1999 bis 2007 sind Vergleiche mit Einschränkungen möglich.

Aufgrund der oben beschriebenen Probleme wurde der Beginn des Untersuchungszeitraumes der Studie generell auf das Jahr 1996 festgelegt. Diese Abgrenzung wird gestützt durch die Tatsache, dass das Land seit 1996 mindestens einen vollständigen Konjunkturzyklus durchlaufen hat. Trotz dieser allgemeinen Festlegung sind in manchen Sachbereichen aus methodischen Gründen oder Gründen der Datenverfügbarkeit andere Betrachtungszeiträume notwendig.

2 Der ländliche Raum als Produktionsraum

Baden-Württemberg stellt heute in Bezug auf seine Wirtschaft eines der leistungsfähigsten deutschen Bundesländer dar. Sowohl in seinen Agglomerationen als auch in seinem Ländlichen Raum finden sich zahlreiche Unternehmen, die auf ihren Gebieten zu den Weltmarktführern gezählt werden dürfen. In beiden Raumkategorien stehen die Unternehmen im weltweiten Wettbewerb, was hohe Ansprüche an ihre Innovationsfähigkeit stellt. In den vergangenen Jahren konnten die Unternehmen diesen Ansprüchen genügen, was sich in einem kontinuierlichen Wirtschaftswachstum und einer starken Beschäftigungsausweitung in städtischen wie in ländlichen Regionen äußerte. Nichtsdestoweniger lassen sich zwischen „Stadt“ und „Land“ auch Unterschiede in ihrer wirtschaftlichen Struktur und Entwicklung identifizieren. Von Interesse sind vor allem die Fragen, inwieweit die Unternehmen des ländlichen Raumes zur Güterproduktion des Landes beitragen, sowie ihre Fähigkeit, ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten in diesem Raum zu bieten.

2.1 Entwicklung der Wertschöpfung

Als Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird gemeinhin die Bruttowertschöpfung verwendet. Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stellt sie ein Maß für den Wert der produzierten Güter einer Region bzw. eines Wirtschaftssektors innerhalb einer Berichtsperiode dar. Vom reinen Produktionswert der Güter unterscheidet die Bruttowertschöpfung, dass Vorleistungen, die außerhalb der Region oder des betrachteten Sektors erbracht wurden, abgezogen werden (Brümmerhoff 2007, S.43). Die Bewertung des Bruttoproduktionswerts erfolgt dabei zu Herstellungspreisen, während die Vorleistungen auf Basis der Anschaffungspreise ermittelt werden (Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder 2007, S.9). Im Gegensatz zum Bruttoinlandsprodukt berücksichtigt die Bruttowertschöpfung keine Gütersteuern und -subventionen und stellt damit einen unmittelbareren Indikator der Wirtschaftsleistung dar.

Basis für die verwendeten Zahlen ist die Veröffentlichung der Statistischen Landesämter „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, dessen Erhebungsmethodik auf der entsprechenden Verordnung von 1995 der damaligen Europäischen Gemeinschaft beruht. Die Regionalisierung der Daten erfolgt dabei aufgrund der eingeschränkten regionalen Datenverfügbarkeit über eine Top-down-Methode. Im Gegensatz zu primären Statistiken wird keine Summierung auf Basis der kleinsten regionalen Gebietseinheiten bis zu einem bundeslandweiten oder nationalen Ergebnis vollzogen, sondern das gesamtwirtschaftliche Aggregat auf Bundesebene mittels Schlüsselgrößen auf die einzelnen Regionen verteilt. Die regionale Aufteilung reicht dabei bis auf das Niveau der Stadt- und Landkreise herab (Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder 2007, S.4). Unterhalb dieser Verwaltungsebene werden keine Werte ausgewiesen.

Da jedoch der ländliche Raum seitens des Landesentwicklungsplans auf Gemeindeebene abgegrenzt wird, wird im Rahmen dieser Studie eine Schätzmethode nötig, die es erlaubt, den Anteil der Bruttowertschöpfung zu beziffern, der dem ländlichen Raum und dem Agglomerationsraum zuzuordnen ist. Diese Schätzmethode wird in 17 Landkreisen

angewendet, die sowohl Gemeinden des ländlichen Raumes als auch des Agglomerationsraumes umfassen. Als Schlüsselgröße soll in diesem Zusammenhang die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dienen. Während die Bruttowertschöpfung von den Statistischen Landesämtern nur auf Stadt- und Landkreisebene veröffentlicht wird, liegen Daten zur Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftssektoren auch auf Gemeindeebene vor. Sie stützen sich auf die der Agentur für Arbeit gemeldeten Fälle sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, die direkt den jeweiligen Gemeinden zugeordnet werden können. Entsprechend lässt sich für die Wirtschaftssektoren das quantitative Verhältnis zwischen den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Gemeinden des ländlichen Raumes und den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Gemeinden des Agglomerationsraumes der betroffenen Landkreise bestimmen. Über dieses Verhältnis wird anschließend die Bruttowertschöpfung auf die beiden Raumkategorien aufgeteilt.⁵ Dabei erfolgt die Zuweisung für jedes Jahr gesondert auf Basis der jeweiligen Beschäftigungssituation.

$$BWS_{LR} = BWS_{KR} * \frac{SVP_{LR}}{SVP_{KR}}$$

BWS_{LR} : Bruttowertschöpfung des ländlichen Raumes eines Landkreises

BWS_{KR} : Bruttowertschöpfung des Landkreises

SVP_{LR} : Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der Gemeinden des ländlichen Raumes

SVP_{KR} : Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte des Landkreises

Es werden vier Wirtschaftssektoren unterschieden: der Primäre Sektor, das produzierende Gewerbe, der Dienstleistungssektor „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ sowie der Sektor der sonstigen Dienstleistungen. Die Zuordnung der Unternehmen zu den jeweiligen Wirtschaftssektoren basiert auf der Wirtschaftszweigklassifikation (WZ) 2003 bzw. auf europäischer Ebene auf der „Nomenclature statistique des activités économiques dans la Communauté européenne“ (NACE) Rev. 1.1. Eine detaillierte Auflistung der Wirtschaftszweige und ihrer Zugehörigkeit zu den genannten Wirtschaftssektoren findet sich im Anhang.

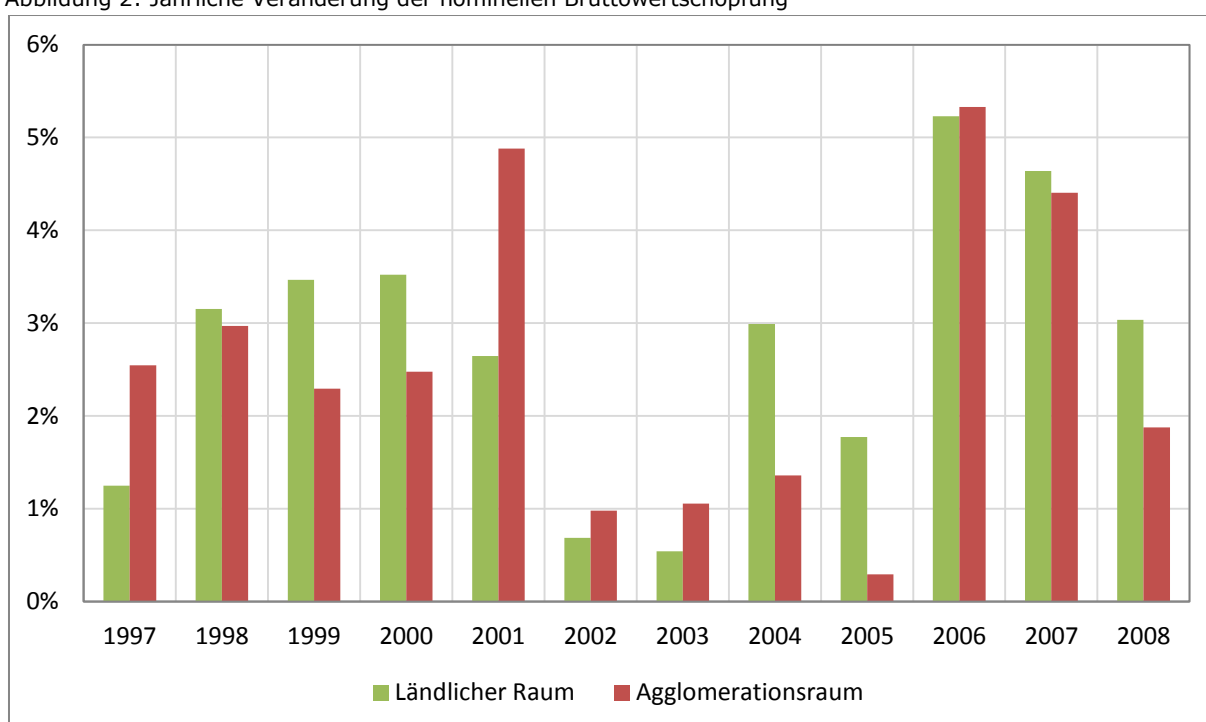
Die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs in den Jahren 1996 bis 2008 zeichnete sich durch ein moderates Wachstum aus, das mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate der nominellen Bruttowertschöpfung⁶ von 2,1% in etwa der bundesweiten Entwicklung glich. Dabei lassen sich drei Phasen unterschiedlicher Wachstumsdynamik ausmachen. Nachdem sich die Wirtschaft Baden-Württembergs vom Konjunkturreinbruch im Jahr 1993 ausgelöst durch die EWS-Krise erholt hatte, konnte man im Zeitraum von 1996 bis 2001 im Schnitt jährliche Wachstumsraten von knapp 3% verzeichnen. Die starke Weltkonjunktur sicherte der baden-württembergischen Wirtschaft bedingt durch eine starke Nachfrage aus Osteuropa und den aufstrebenden Ländern Asiens wachsende Exporterlöse. Die Hoffnungen der Industrieländer auf ein anhaltend starkes Wachstum auf Basis von Produktivitätssteigerung durch neue Informations- und Kommunikations-

⁵ Grundidee dieser Schätzmethode ist ein starker statistischer Zusammenhang zwischen der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Höhe der Bruttowertschöpfung. Für die Kreise Baden-Württembergs liegt der Korrelationskoeffizient nach Pearson für alle Jahre oberhalb von 0,95. Eine Ausnahme bildet lediglich der primäre Sektor. Hier liegen die Korrelationskoeffizienten zwischen 0,65 und 0,75.

⁶ Im Rahmen der Studie wird wenn nicht anders beschrieben stets die nominelle Bruttowertschöpfung verwendet. Im Gegensatz zur realen Bruttowertschöpfung lässt sie Unterschiede im Preisniveau zwischen den Jahren unbeachtet. Preisbereinigte Angaben werden von Seiten der Statistischen Landesämter lediglich auf Bundeslandebene angeboten.

technologien wurden jedoch nicht erfüllt. Stattdessen führte das „Platzen“ der „Dotcom-Blase“ im Jahr 2000 zu Vermögensverlusten im In- und Ausland, die über eine verminderte Nachfrage auch in Baden-Württemberg zu einem wirtschaftlichen Abschwung führten (Fischer et al. 2009, S.8). Hinzu kamen die Anschläge am 11. September 2001, die sich ebenfalls negativ auf die Weltkonjunktur auswirkten. Im Zeitraum 2002 bis 2005 wurden nur geringe Wachstumsraten erreicht. Preisbereinigt muss für die Jahre 2002 und 2003 sogar von einer Rezession in Baden-Württemberg gesprochen werden. Erst die Jahre 2006 und 2007 brachten wieder einen deutlichen Konjunkturaufschwung mit einem Anstieg der Bruttowertschöpfung von mehr als 5% bzw. 4%. Das schwächere Wachstum im Jahr 2008 darf bereits als erstes Anzeichen der einsetzenden weltweiten Finanzkrise gelten, die schließlich im Jahr 2009 zu einem starken Rückgang der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Baden-Württembergs führte. Aktuellere Zahlen dazu waren allerdings bis zum Redaktionsschluss dieses Berichts regionalisiert nach Kreisen nicht verfügbar.

Abbildung 2: Jährliche Veränderung der nominellen Bruttowertschöpfung



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder 2011, eigene Berechnungen

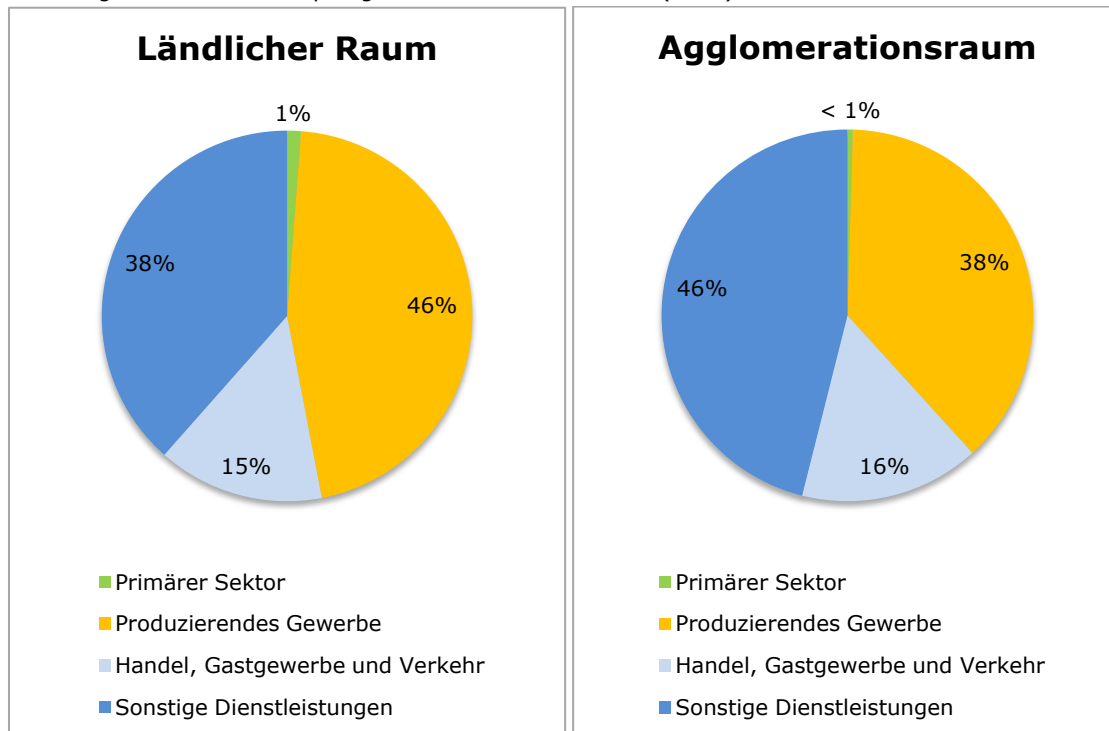
Das Wirtschaftswachstum vollzog sich jedoch nicht in allen Teilräumen Baden-Württembergs zeitlich synchron. Bereits eine Gegenüberstellung des ländlichen Raumes mit dem Agglomerationsraum fördert Unterschiede zu Tage. Der Anteil der Wirtschaftsleistung, der im ländlichen Raum erbracht wurde, schwankte im betrachteten Zeitraum insgesamt in nur geringem Maße und konnte mit 29,6% im Jahr 2008 im Vergleich zum Jahr 1996 sogar noch um knapp 0,5% erhöht werden. Vor allem in den Jahren 2004, 2005 und 2008 konnte der ländliche Raum ein signifikant stärkeres Wachstum als der Agglomerationsraum verzeichnen. Beachtet werden muss jedoch, dass die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigem mit 60.151 Euro niedriger liegt als im Agglomerationsraum mit 65.083 Euro (2007).⁷ Die höchsten Werte für die Bruttowertschöpfung je Erwerbstä-

⁷ Die Zahl der Erwerbstätigen lag auf Gemeindeebene im Rahmen der Pendlerrechnung lediglich für das Jahr 2007 vor.

tigem wiesen im Jahr 2007 im ländlichen Raum die Landkreise Biberach und die ländlichen Gemeinden des Alb-Donau-Kreises mit 67.996 Euro bzw. 70.470 Euro auf.

Bei einem Vergleich der Aufteilung der Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftssektoren tritt die starke Stellung des produzierenden Gewerbes im ländlichen Raum hervor. Während im Jahr 2007 landesweit 40,1% der Bruttowertschöpfung durch die Unternehmen dieses Sektors erwirtschaftet wurden, sind es in den Gemeinden des ländlichen Raumes 45,8%. Seine Position konnte das produzierende Gewerbe seit 1996 im ländlichen Raum wie auch in ganz Baden-Württemberg sogar noch ausbauen. So lag sein Anteil an der Bruttowertschöpfung 1996 im ländlichen Raum noch bei 41,5. Vor allem der Sektor der sonstigen Dienstleistungen hat im gleichen Zeitraum im ländlichen Raum an Bedeutung eingebüßt. So fiel sein Anteil von 43,3% (1996) auf 38,4% (2007). Der Sektor Handel, Gastgewerbe und Verkehr hingegen konnte seinen Anteil im ländlichen Raum von 12,9% auf 14,5% steigern. Der Primäre Sektor trug bereits im Jahr 1996 nur noch mit 2,3% zur Bruttowertschöpfung bei. Dieser Anteil hat sich bis 2007 nochmals fast halbiert.

Abbildung 3: Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftssektoren (2007)

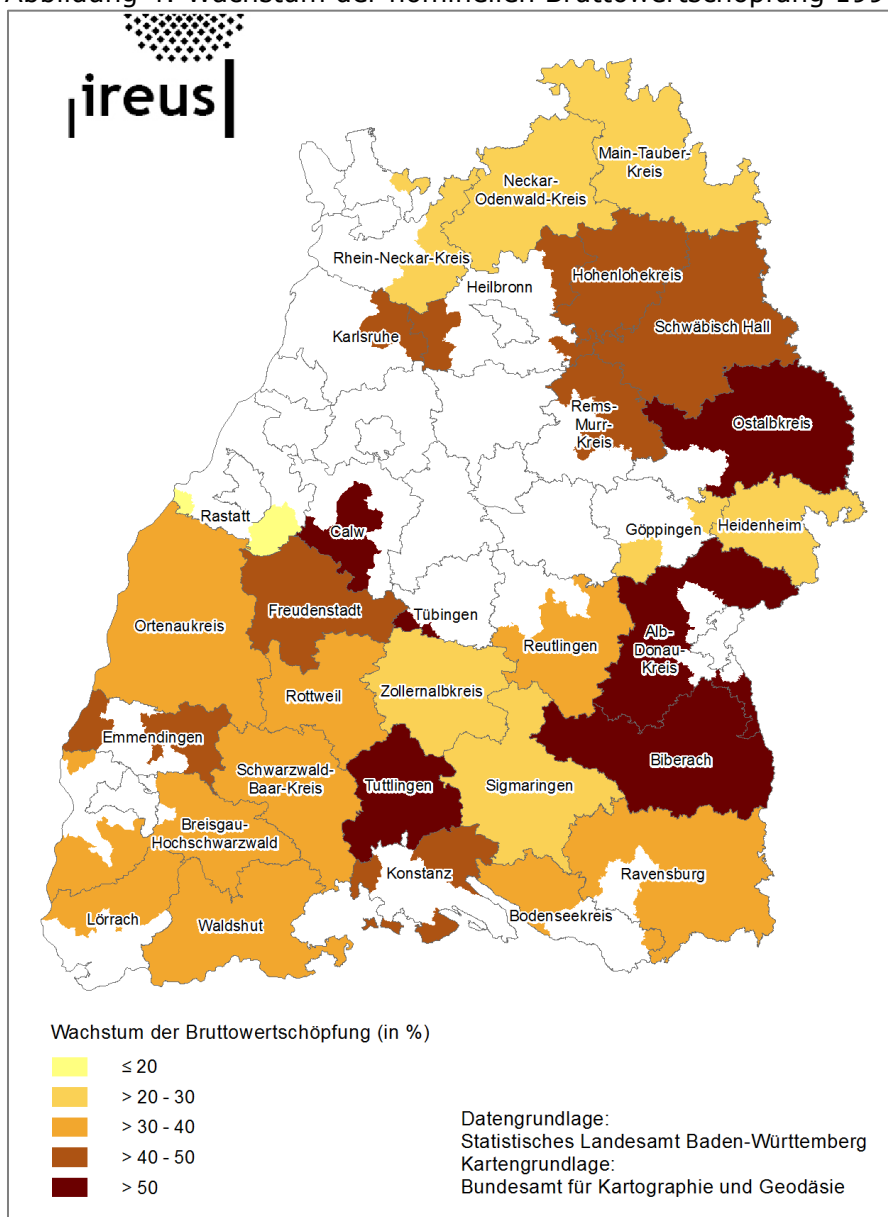


Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder 2011, eigene Berechnungen

Auch regional zeigt sich eine stark differenzierte Wirtschaftsdynamik. So konnte die Bruttowertschöpfung im Ländlichen Raum der Kreise Biberach, Ostalbkreis und Alb-Donau-Kreis in elf Jahren nominell mehr als verdoppelt werden. Besonders positiv ist in allen drei Räumen die Entwicklung des produzierenden Gewerbes und des Sektors Handel, Gastgewerbe und Verkehr verlaufen, während die sonstigen Dienstleistungen für die Zuwächse eine untergeordnete Rolle spielen. Demgegenüber weisen eine Vielzahl von Kreisen, die teilweise oder vollständig dem ländlichen Raum zuzuordnen sind, eine nur schwache Dynamik mit einem Gesamtwachstum unterhalb von 30% auf. Deutlich wird somit, dass die insgesamt positive Entwicklung des ländlichen Raumes von erheblichen Disparitäten begleitet ist. Ob diese an Dynamik zugenommen oder sich eher

abgeschwächt haben, kann an dieser Stelle aufgrund des Fehlens längerer Zeitreihendaten aber nicht beantwortet werden.

Abbildung 4: Wachstum der nominellen Bruttowertschöpfung 1996 - 2008



2.2 Beschäftigtenentwicklung

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist in der Regel eng verknüpft mit der Entwicklung der Wirtschaftsleistung. Stabilität oder sogar eine Steigerung der Erwerbstätigkeit lassen sich oftmals nur bei gleichzeitigem Wachstum der Bruttowertschöpfung erreichen. Trotzdem können sektoral und regional auch Unterschiede zwischen diesen beiden Bereichen identifiziert werden. Von Seiten der amtlichen Statistik werden auf der Ebene der Gemeinden lediglich die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftssektoren differenziert zur Verfügung gestellt. Da jedoch nur auf dieser Ebene eine trennscharfe Unterscheidung von ländlichem Raum und Agglomerationsraum möglich ist, soll ihre quantitative Entwicklung als Indikator für die generelle Beschäftigungsentwicklung in den

jeweiligen Räumen dienen. Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten umfassen etwa 75% bis 80% aller abhängig Beschäftigten. Nicht in dieser Statistik geführt werden Selbständige, Beamte, unbezahlt mithelfende Familienangehörige und Personen, die lediglich eine geringfügige Beschäftigung ausüben.⁸ Im Allgemeinen besteht ein starker statistischer Zusammenhang zwischen der Veränderung der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Veränderung der Anzahl aller Erwerbstätigen.⁹

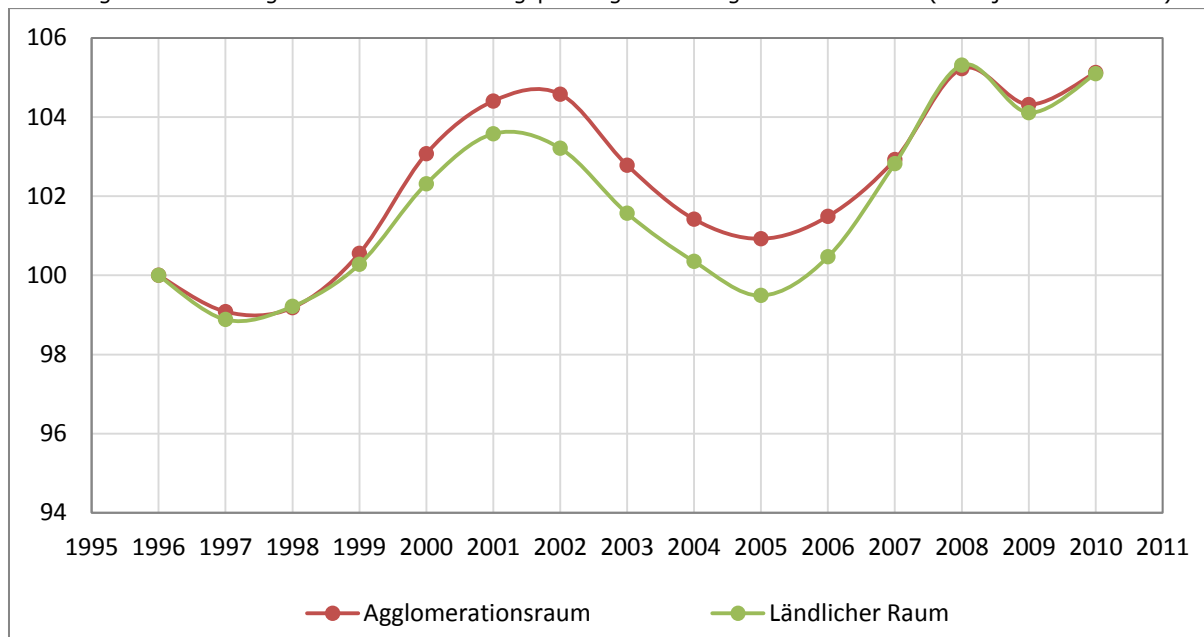
Auch aus der Darstellung der Beschäftigungsentwicklung im Agglomerationsraum und Ländlichen Raum Baden-Württembergs lassen sich die verschiedenen Phasen wirtschaftlicher Entwicklung im Land ablesen. Nach einem leichten Rückgang zu Beginn des Untersuchungszeitraumes stieg die Beschäftigung in beiden Raumkategorien deutlich an. Einen ersten Höchstwert erreichte sie im ländlichen Raum 2001 mit 1.137.766 und im Agglomerationsraum 2002 mit 2.717.656 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Jahre 2003 bis 2005 – gekennzeichnet durch nur schwache Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung – brachten auf dem Arbeitsmarkt einen Beschäftigungsabbau mit sich. Erst im Jahr 2008 konnte im ländlichen Raum wie im Agglomerationsraum der zwischenzeitliche Beschäftigungshöchststand von 2001 bzw. 2002 übertroffen werden. Die im Jahr 2009 folgende Wirtschaftskrise führte zwar zu einem moderaten Abbau von Beschäftigungsverhältnissen, der jedoch durch die positive Entwicklung im Folgejahr bereits wieder kompensiert werden konnte.

Die Zahl der SVP-Beschäftigten pro 1.000 Einwohner betrug 1996 im ländlichen Raum 306, während dieser Quotient im Agglomerationsraum mit 382 deutlich höher lag. Gründe hierfür können in der unterschiedlichen Altersstruktur der Bevölkerung liegen, aber auch in einer geringeren Nachfrage nach sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen durch die Bevölkerung als Ausdruck abweichender Erwerbsbeteiligung oder einem eingeschränkten Angebot an solchen im ländlichen Raum begründet sein. Bis 2010 konnte dieser Kontrast nur in geringem Maße abgemildert werden: mit 312 SVP-Beschäftigten je 1.000 Einwohner lag der Wert des ländlichen Raumes noch immer deutlich unter jenem des Agglomerationsraumes (382).

⁸ <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Arbeitsmarkt/Sozialversicherungspflichtige/Aktuell,templateId=renderPrint.psml>, Abruf am 17.05.2010

⁹ So beträgt der Korrelationskoeffizient nach Pearson für die Variablen „Veränderung der Anzahl der Erwerbstätigen 1996 - 2007“ und „Veränderung der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1996 - 2007“ für die Kreise Baden-Württembergs 0,953.

Abbildung 5: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1996 – 2010 (Basisjahr 1996 = 100)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit 2011, eigene Berechnungen

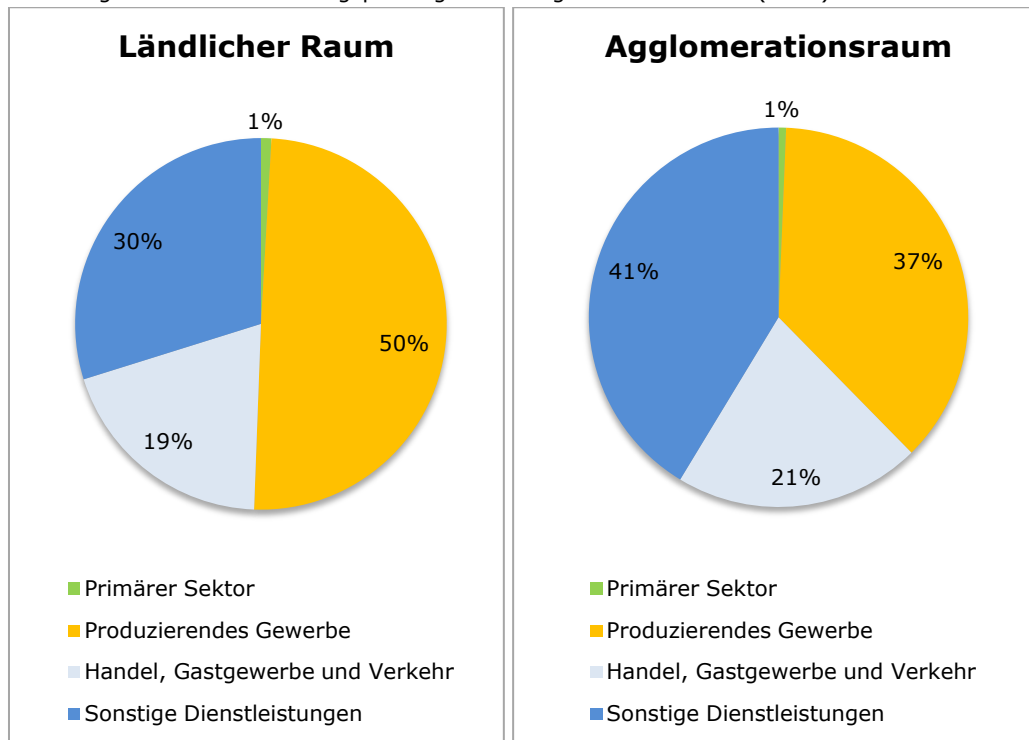
Auch an dieser Stelle soll eine sektorspezifische Betrachtung vorgenommen werden. Noch deutlicher als bei der Analyse der Bruttowertschöpfung zeigt sich hier die Dominanz des produzierenden Gewerbes im ländlichen Raum. Im Jahr 2007 arbeitete fast die Hälfte aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesem Sektor. Nichtsdestoweniger weist die Beschäftigung dieses Sektors im Zeitraum 1999 bis 2007¹⁰ einen Rückgang um rund 20.000 Arbeitsplätze auf. Auch der Anteil des produzierenden Gewerbes an der Gesamtbeschäftigung im ländlichen Raum lag 1999 um knapp drei Prozentpunkte höher. Es zeigt sich, dass eine deutliche Steigerung der Bruttowertschöpfung eines Sektors (im gleichen Zeitraum nominal um 32,9%) nicht zwingend mit einem Ausbau der Beschäftigung in selbigem einher geht. Das hohe Maß an internationaler Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen des produzierenden Gewerbes geht – dies kann mit Blick auf die Daten plausibel vermutet werden – auch auf innerbetriebliche Rationalisierungsmaßnahmen mit produktivitätssteigernder Wirkung zurück.

Im Vergleich zum Agglomerationsraum fällt überdies die geringe Bedeutung des Sektors der sonstigen Dienstleistungen auf. Lediglich 30% der Beschäftigten finden hier ihren Arbeitsplatz. Er stellt jedoch in beiden Raumkategorien einen Wirtschaftsbereich mit positiver Beschäftigungsbilanz dar. Im ländlichen Raum konnten durch ihn seit 1999 rund 35.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden, was einer Erhöhung seines Anteils an der Gesamtbeschäftigung um mehr als 2 Prozentpunkte entspricht. Im Agglomerationsraum zeigte sich das Beschäftigungswachstum noch stärker, so dass hier der Anteil der sonstigen Dienstleistungen von 36,4% auf 41,3% gesteigert wurde. Weniger dynamisch wuchs in beiden Raumkategorien die Beschäftigung des Sektors „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“. Sein Anteil erhöhte sich in acht Jahren im ländlichen Raum um weniger als einen Prozentpunkt, im Agglomerationsraum ging er sogar unwesentlich zurück. Bot der primäre Sektor Mitte des vergangenen Jahrhunderts noch

¹⁰ Für sektorenspezifische Analysen wurde lediglich der Zeitraum 1999 – 2007 herangezogen, da es 1999 und 2008 jeweils Veränderungen in der Zuordnungssystematik von Wirtschaftszweigen zu den vier Sektoren gab.

mehr als einem Viertel der baden-württembergischen Arbeitnehmerschaft eine Erwerbstätigkeit (Flik 2002, S.46), spielt er heute für die Beschäftigung in beiden Raumkategorien nur noch eine äußerst untergeordnete Rolle.

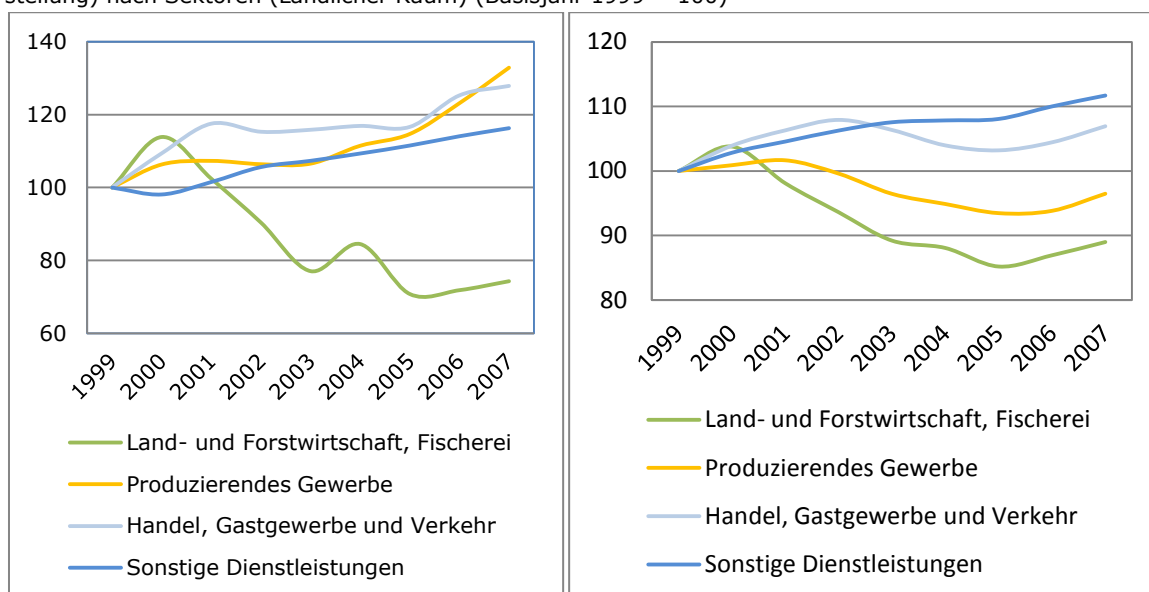
Abbildung 6: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Sektoren (2007)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Es wird deutlich, dass die sektorenspezifische Entwicklung von Bruttowertschöpfung und Beschäftigung durchaus Unterschiede aufweist. Bei der Gegenüberstellung beider Zeitreihen fällt vor allem das starke Wachstum der Bruttowertschöpfung des produzierenden Gewerbes auf, welches im gleichen Zeitraum jedoch seine Beschäftigung reduzierte. In den Dienstleistungsbranchen hingegen bewirkte das Wirtschaftswachstum über den gesamten Zeitraum betrachtet auch einen Ausbau der Beschäftigung im ländlichen Raum.

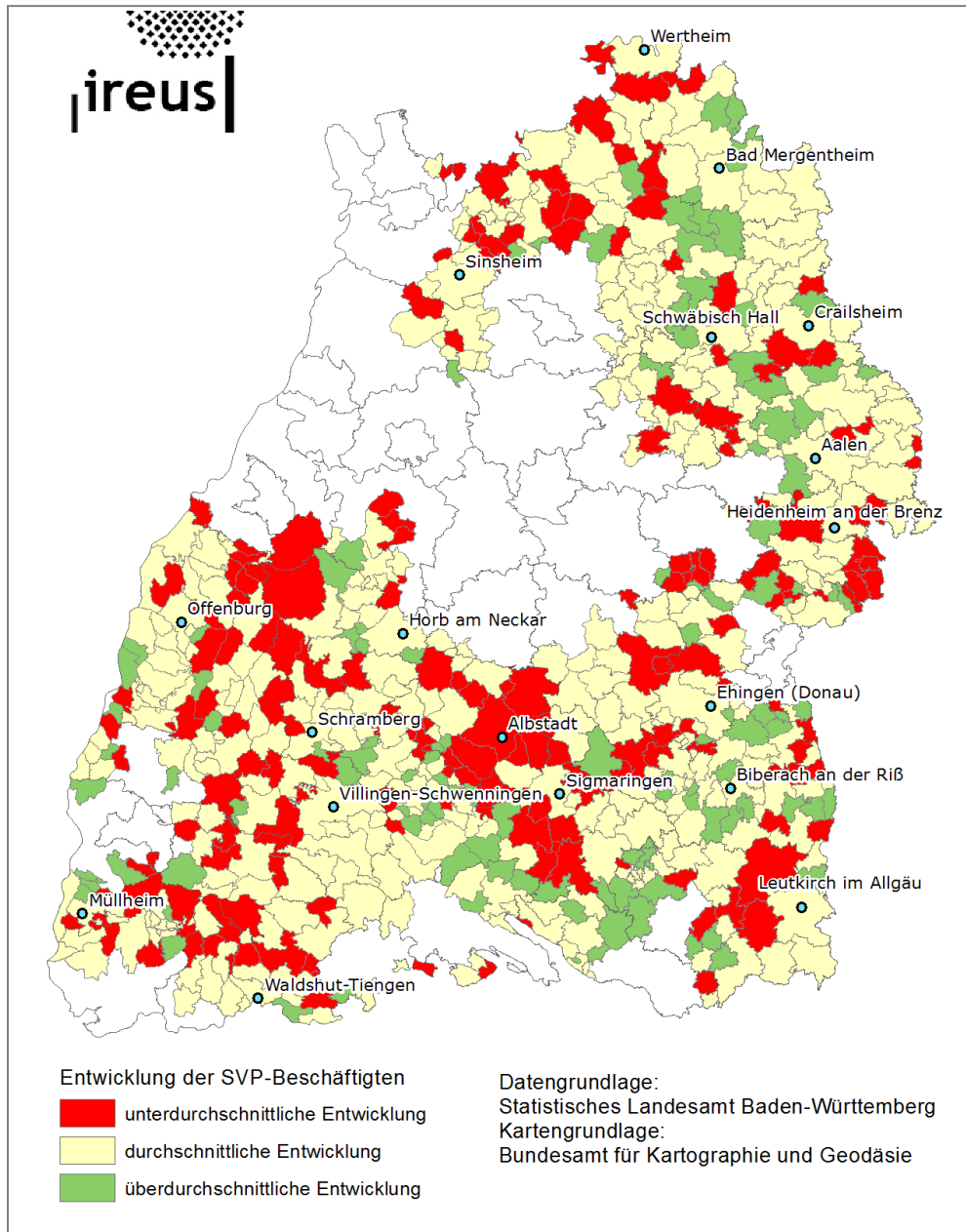
Abbildung 7: Entwicklung der Bruttowertschöpfung (linke Darstellung) und der SVP-Beschäftigten (rechte Darstellung) nach Sektoren (Ländlicher Raum) (Basisjahr 1999 = 100)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Auf Ebene der Gemeinden zeigt sich das Beschäftigungswachstum kleinräumig stark differenziert (Abbildung 8). So befinden sich in allen Kreisen sowohl Gemeinden mit über- als auch mit unterdurchschnittlicher Beschäftigungsentwicklung im Zeitraum 1996 bis 2010. Als durchschnittlich wird hier eine Veränderung bezeichnet, die sich innerhalb eines Bereichs von einer halben Standardabweichung um den Mittelwert des Landes befindet. Wenn angenommen werden kann, dass die betrachtete Größe normal verteilt ist, liegen rund 38% der Werte in diesem Streubereich.

Abbildung 8: Entwicklung der SVP-Beschäftigten in den Gemeinden des Ländlichen Raumes (1996 – 2010)

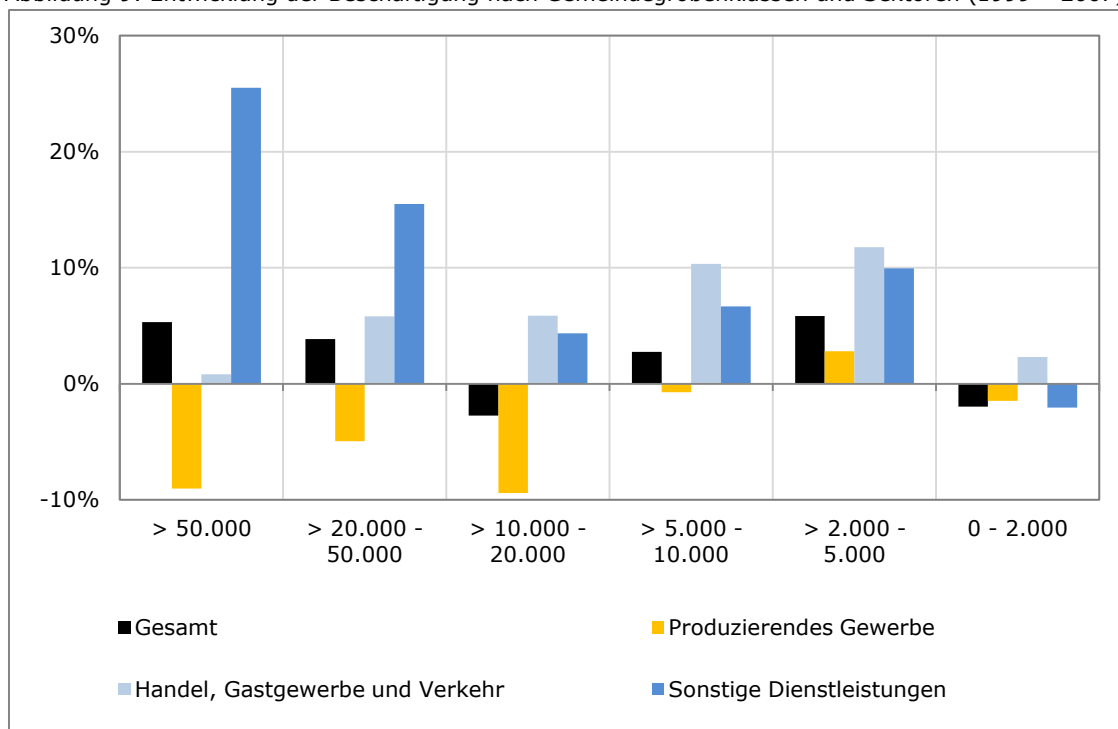


Besonders positiv treten die Landkreise Biberach und der Hohenlohekreis hervor, die laut Landesentwicklungsplan vollständig dem ländlichen Raum zuzuordnen sind. Die Beschäftigung konnte hier in 14 Jahren um mehr als 18% gesteigert werden. Ein Beschäftigungsabbau hingegen ließ sich im gleichen Zeitraum in den rein ländlichen Kreisen Heidenheim, Zollernalbkreis und Neckar-Odenwald-Kreis beobachten. All diesen Regionen gemein ist eine starke Ausrichtung auf das produzierende Gewerbe. So lag der Anteil der Beschäftigten dieses Sektors an der Gesamtbeschäftigung 1999 jeweils bei über 50%. Wie bereits geschildert, zeichnete sich das produzierende Gewerbe in den Folgejahren jedoch durch einen Abbau an Beschäftigungskapazitäten aus. Dieser betrug in den genannten Regionen bis 2007 zwischen 11% (Neckar-Odenwald-Kreis) und 18% (Heidenheim). Im Gegensatz dazu entwickelte sich in den Kreisen Biberach und dem Hohenlohekreis die Beschäftigung auch im produzierenden Gewerbe positiv. Mit einem Wachstum von mehr als 16% innerhalb von acht Jahren nimmt der Landkreis Biberach

dabei mit deutlichem Abstand die Spitzenstellung im Ländlichen Raum Baden-Württembergs ein.

Auch eine Differenzierung nach ihrer Bevölkerungszahl kann dazu beitragen, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, inwieweit sich die wirtschaftliche Entwicklung in den verschiedenen Gemeinden des ländlichen Raumes unterschiedlich vollzogen hat. Über eine Einteilung in sechs Größenklassen und eine sektorenspezifische Betrachtung lassen sich deutliche Unterschiede in der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen ablesen. So sind es speziell die Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern und die Gemeinden mit 10.000 – 20.000 Einwohnern, die Einbußen bei der Gesamtbeschäftigung hinnehmen mussten (Abbildung 9).

Abbildung 9: Entwicklung der Beschäftigung nach Gemeindegrößenklassen und Sektoren (1999 – 2007)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

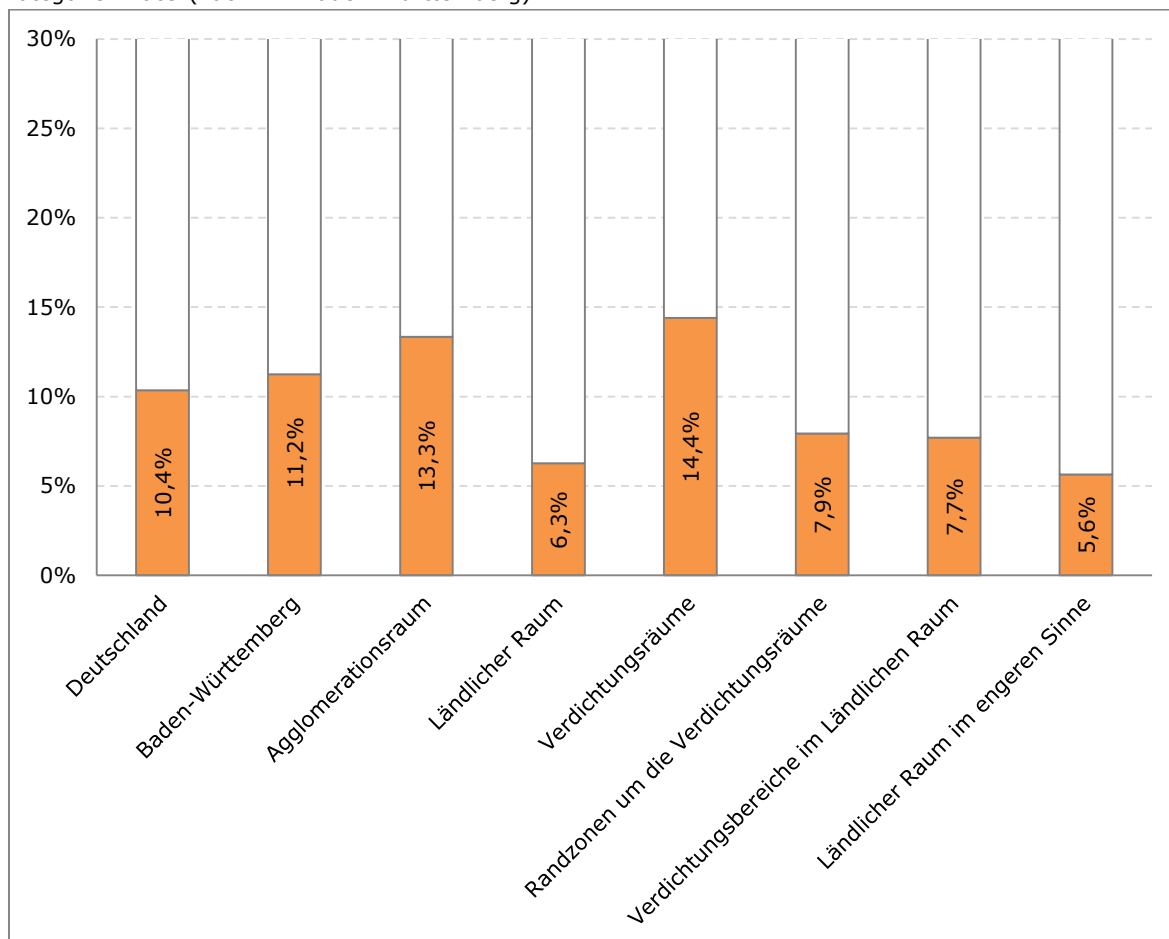
Vor allem aber die sektorale Differenzierung offenbart Unterschiede – so zeigt sich, dass der Beschäftigungsrückgang im produzierenden Gewerbe die Gemeinden mit mehr als 10.000 Beschäftigten weit stärker trifft als dies in kleineren Gemeinden der Fall ist. Eine Hypothese zur Erklärung dieses Sachverhalts wäre, dass Arbeitsplätze vor allem in der Industrie mit Sitz in größeren Gemeinden abgebaut wurden. Demgegenüber sind die Arbeitsplätze im sekundären Sektor in bevölkerungsarmen Gemeinden eher dem Handwerk zuzuordnen. Auf der anderen Seite zeigt sich die positive Beschäftigungsentwicklung bei den sonstigen Dienstleistungen am stärksten in den Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern. Der Sektor Handel, Gastgewerbe und Verkehr verzeichnet über alle Größenklassen hinweg Zuwächse in der Beschäftigung, wobei diese in den Gemeinden mit 2.000 – 10.000 Einwohner am stärksten ausfallen. Es kann also in den größeren Gemeinden des ländlichen Raumes mit Blick auf die Beschäftigung durchaus von einem Strukturwandel ausgehend von einem dominanten produzierenden Sektor hin zu einer stärker dienstleistungsorientierten Wirtschaft gesprochen werden. Der in Abbildung 9 nicht dargestellte

primäre Sektor weist für alle Gemeindegrößenklassen starke Arbeitsplatzverluste in der Größenordnung von 24% bis 58% auf.

2.2.1 Beschäftigte mit Hochschulabschluss

Der Wandel der Wirtschaft zu einer Wissensökonomie zeichnet sich durch steigende Anforderungen an das Bildungsniveau der Arbeitnehmer aus. Entsprechend ist es von Interesse zu betrachten, inwieweit sich die Qualifikationsstruktur der Arbeitnehmerschaft des ländlichen Raumes von jener des Agglomerationsraumes unterscheidet, bzw. ob es Teilräume des ländlichen Raumes gibt, die sich durch eine deutlich besser qualifizierte Arbeitnehmerschaft auszeichnen. Als Indikator des Bildungsniveaus soll in diesem Zusammenhang der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Abschluss an einer Hochschule oder Fachhochschule an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dienen. Gemeinhin wird dem ländlichen Raum ein vergleichsweise niedriges Bildungsniveau nachgesagt (OECD 2006, S.27). Diese Annahme kann auch mit Blick auf den Ländlichen Raum Baden-Württembergs bestätigt werden.

Abbildung 10: Anteil der Hochschulabsolventen an den SVP-Beschäftigten in verschiedenen Räumen und Raumkategorien 2009 (nach LEP Baden-Württemberg)



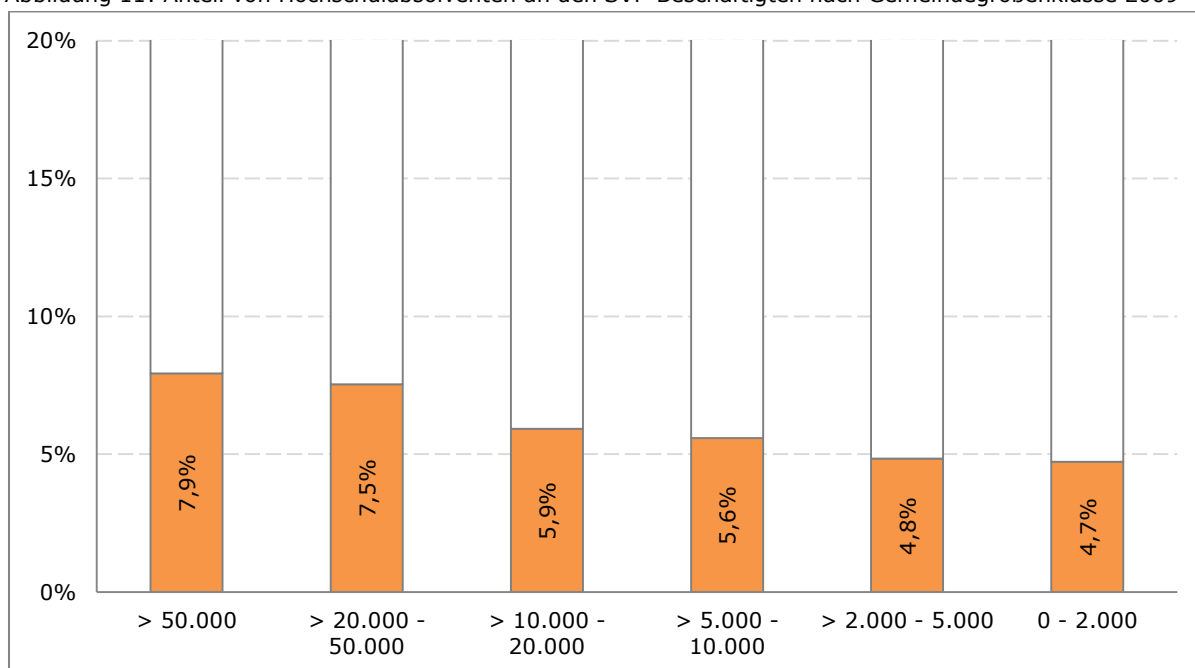
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Während der Wert für das gesamte Bundesland im Jahr 2009 noch knapp einen Prozentpunkt über dem Bundesdurchschnitt liegt, zeigt sich die Disparität innerhalb des Landes zwischen Agglomerationsraum und ländlichem Raum bei diesem Indikator sehr deutlich (Abbildung 10). So lag der Anteil der Hochschulabsolventen an allen sozialversicherungs-

pflichtig Beschäftigten mit 13,3% im Agglomerationsraum deutlich höher als im ländlichen Raum, der lediglich eine Quote von 6,3% aufwies. Weiterhin lässt sich bei der Differenzierung nach Raumkategorien eine hierarchische Gliederung erkennen. Die Gemeinden der Raumkategorie 1 des Landesentwicklungsplans – also der Verdichtungsraum im engeren Sinne – besitzen mit 14,4% mit Abstand den höchsten Besatz an Hochschulabsolventen. Während der Unterschied zwischen den Randzonen um die Verdichtungsräume und den Verdichtungsbereichen im Ländlichen Raum nur schwach ausgeprägt ist, haben die Gemeinden des ländlichen Raumes im engeren Sinne mit 5,6% einen deutlich niedrigeren Anteil an Akademikern als alle anderen Vergleichsräume.

Innerhalb des ländlichen Raumes lässt sich ein deutlicher statistischer Zusammenhang zwischen Gemeindegröße und dem Anteil von Hochschulabsolventen an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nachweisen. Dabei gilt: je kleiner eine Gemeinde, desto geringer der Prozentsatz der Beschäftigten, die einen Hochschulabschluss besitzen. Sind es in der Größenklasse der Gemeinden zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern noch knapp 8%, so sinkt dieser Wert mit Abnahme der Bevölkerungszahl kontinuierlich bis auf 4,7% in den Gemeinden mit weniger als 2.000 Bewohnern.

Abbildung 11: Anteil von Hochschulabsolventen an den SVP-Beschäftigten nach Gemeindegrößenklasse 2009

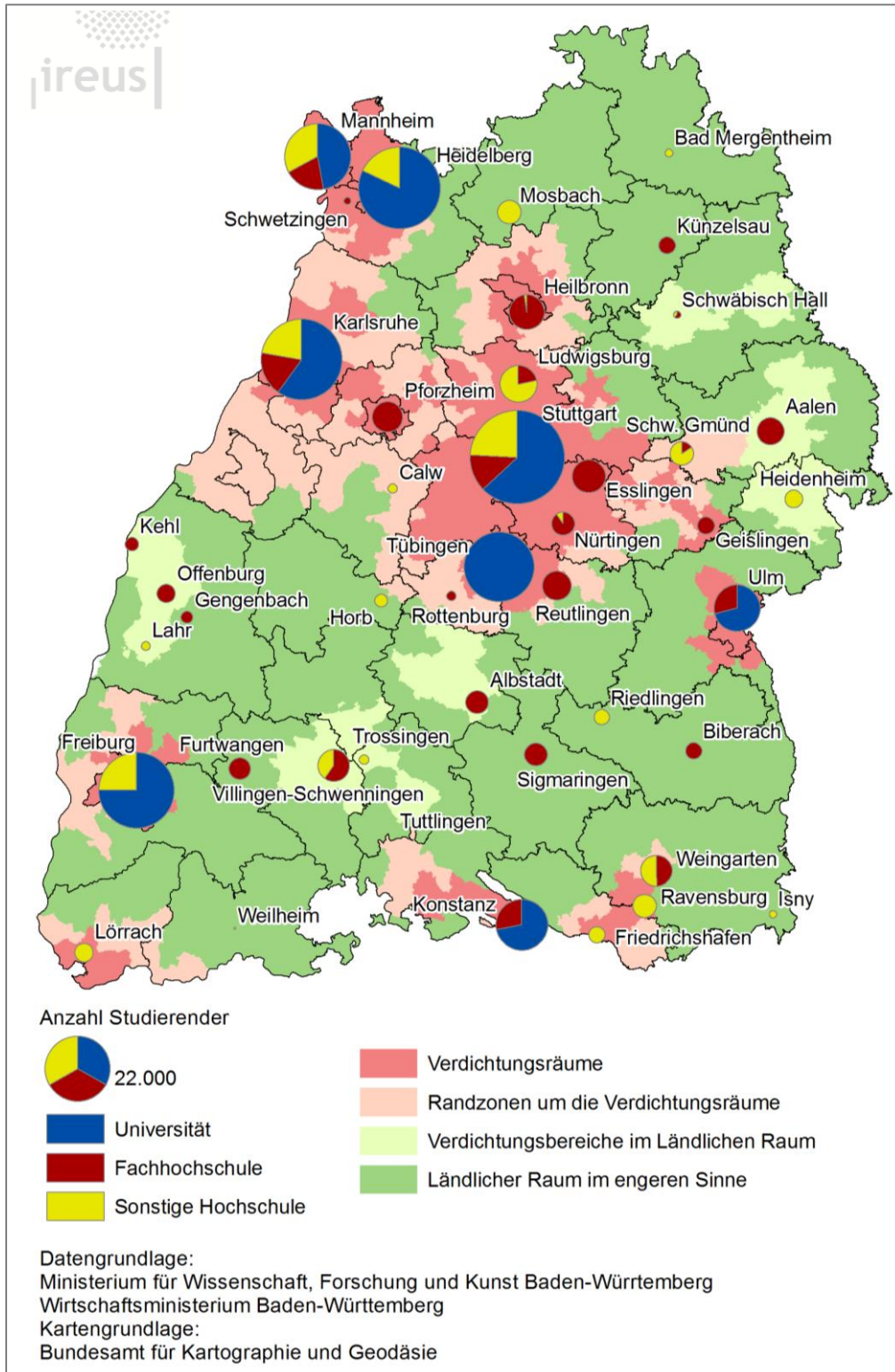


Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Die deutlichen Unterschiede in den Werten der Raumkategorien dürften unter anderem in der räumlichen Verteilung der Hochschulen in Baden-Württemberg begründet liegen. Abbildung 12 zeigt, dass die Mehrzahl der Hochschulstandorte sich in den Verdichtungsräumen befindet. Dabei besitzt der Ländliche Raum Baden-Württembergs keine eigene Universität. Er dient lediglich als Standort von Fachhochschulen und kleineren Hochschulen, die sich auf einzelne Fachbereiche spezialisieren. Noch deutlicher wird diese Disparität bei Gegenüberstellung der Studierendenzahlen: waren in den Hochschulen des Verdichtungsraumes zum Wintersemester 2008/09 über 250.000 Studierende eingeschrieben, so be-

trug diese Zahl im ländlichen Raum lediglich 30.000. Von diesem Wert entfallen rund zwei Drittel auf die Fachhochschulen, sowie knapp 7.500 auf die Dualen Hochschulen.¹¹

Abbildung 12: Hochschullandschaft Baden-Württembergs

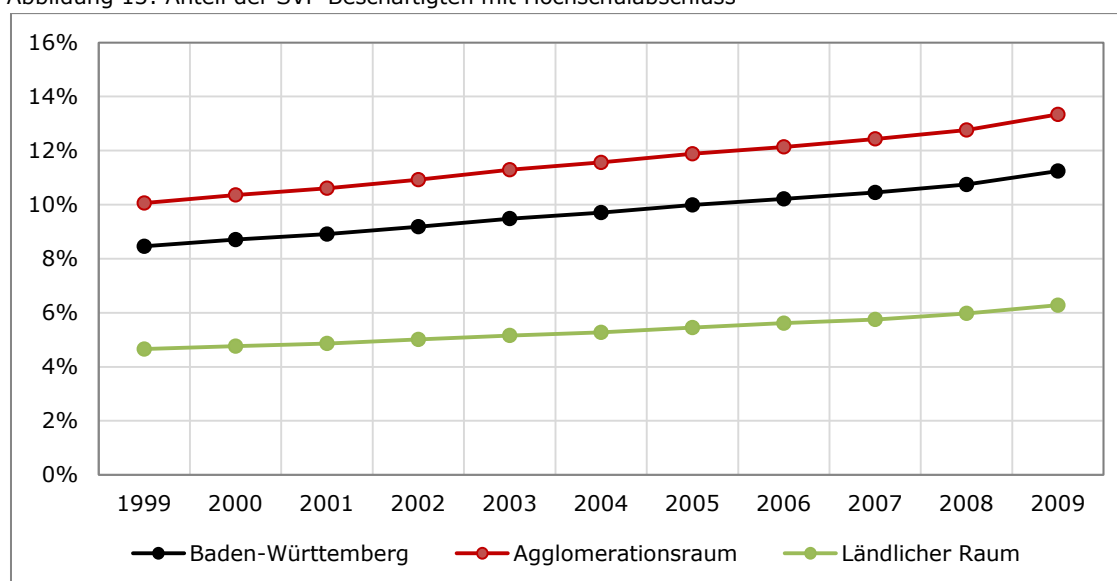


¹¹ <http://mwk.baden-wuerttemberg.de/themen/hochschulen/>, Abruf am 17.05.2010

Es ist davon auszugehen, dass die Aufnahme eines Studiums ein wesentliches Wandermotiv junger Erwachsener darstellt. Studien über den Ländlichen Raum Bayerns konnten zeigen, dass trotz großer Zufriedenheit mit einem ländlichen Wohnstandort bei Schülern von Gymnasien überwiegend die Bereitschaft gegeben ist, zu Ausbildungszwecken einen Umzug in weit entfernte Gebiete in Kauf zu nehmen. Bei Fragen der Berufswahl dominieren die Argumente „positive Berufsaussichten“, „persönliche Interessen“ und „Verdienstmöglichkeiten“ deutlich den Faktor „Nähe zum Wohnort“. Es ist daher zweifelhaft, ob die positive Bewertung der eigenen Heimat als Wohnstandort letztendlich zu einer Rückkehr in diese führt (Braun et al. 2008, S.265; siehe hierzu auch Kapitel 3). Insgesamt kann festgestellt werden, dass der ländliche Raum bei weiter ansteigenden Qualifikationsanforderungen an eine überregional wettbewerbsfähige Güter- und Dienstleistungsproduktion einen deutlichen Standortnachteil aufweist, da die Verfügbarkeit hochqualifizierter Beschäftigter gegenüber dem Agglomerationsraum deutlich geringer ausfällt. Ob dies schon heute zu Standortpräferenzen wissensintensiverer Unternehmen zugunsten der höher verdichteten Räume beiträgt, kann an dieser Stelle aber nicht bewertet werden.

Betrachtet man die Entwicklung der Qualifikationsstruktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Baden-Württemberg, so zeigt sich eine im ländlichen Raum seit 1999 leicht überdurchschnittliche Zunahme von Arbeitnehmern mit Hochschulabschluss (Abbildung 13). So stieg ihr Anteil an den Gesamtbeschäftigten im Agglomerationsraum von 10% im Jahr 1999 auf 11,2% im Jahr 2009 und im ländlichen Raum im gleichen Zeitraum von 4,6% auf 6,3%. Blendet man die allgemeine Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus und analysiert nur die absolute Veränderung derjenigen Beschäftigten mit Hochschulabschluss, zeigt sich, dass ihr Zuwachs im ländlichen Raum mit 40% denjenigen des Agglomerationsraumes (37,5%) übertrifft. Es kann also im Untersuchungszeitraum auf Basis dieser Daten keineswegs von einem Brain Drain, also einer überproportionalen Abwanderung höher qualifizierter Erwerbstätiger aus dem ländlichen Raum gesprochen werden. Vielmehr zeigt die Entwicklung im ländlichen Raum eine auffällige Konvergenz zu jener des Verdichtungsraumes, wenngleich auch auf deutlich niedrigerem Niveau.

Abbildung 13: Anteil der SVP-Beschäftigten mit Hochschulabschluss



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Lediglich in 93 der 656 Gemeinden des ländlichen Raumes ging der Anteil der Hochschulabsolventen in den Jahren 1999 bis 2009 zurück. Auf Gemeindeebene lassen sich dabei kaum räumliche Muster ablesen. Aggregiert auf Kreisebene hingegen zeigt sich, dass vor allem die Landkreise Biberach und der Ost-Alb-Kreis ein starkes Wachstum sowohl bei der absoluten Anzahl an Beschäftigten mit Hochschulabschluss als auch bei der Veränderung ihres relativen Anteils an der Gesamtbeschäftigung verzeichnen können. In beiden Landkreisen stieg dieser in zehn Jahren um mehr als 2,5 Prozentpunkte. Darüber hinaus wiesen beide Landkreise schon 1999 einen überdurchschnittlichen Besatz an Arbeitskräften mit Hochschulabschluss auf. Dies korrespondiert mit den oben dargestellten Befunden zur überdurchschnittlich positiven Entwicklung der Wertschöpfung und Beschäftigung in den betreffenden Gebietskörperschaften.

Weniger dynamisch zeigten sich hingegen der Neckar-Odenwald-Kreis, sowie die ländlichen Gemeinden des Rhein-Neckar-Kreises. Zwar stiegen auch hier die Anzahl und der Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss, jedoch blieben die Zuwächse mit unter 20% (absolute Anzahl) bzw. weniger als einem Prozentpunkt (relativer Anteil) hinter der durchschnittlichen Entwicklung des ländlichen Raumes zurück.

2.2.2 Beschäftigte in forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen

Eine Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung in Bezug auf ihre Forschungs- und Entwicklungs- bzw. Wissensintensität setzt zunächst eine Definition voraus, welche Wirtschaftszweige als „forschungs- und wissensintensiv“ angesehen werden können. Hier wurde auf einen Ansatz des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung (NIW) zurückgegriffen (Gehrke et al. 2007). Auf Basis der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) werden 69 der insgesamt 222 Wirtschaftszweige durch das NIW als forschungs- und wissensintensiv definiert. Für ihre Abgrenzung werden Inputkriterien wie das Qualifikationsniveau der Beschäftigten oder der finanzielle Aufwand, der für Forschungstätigkeiten erbracht wird, herangezogen. Aber auch Outputkriterien wie Patentanmeldungen, Innovationen und Gründungsdynamik finden Berücksichtigung.

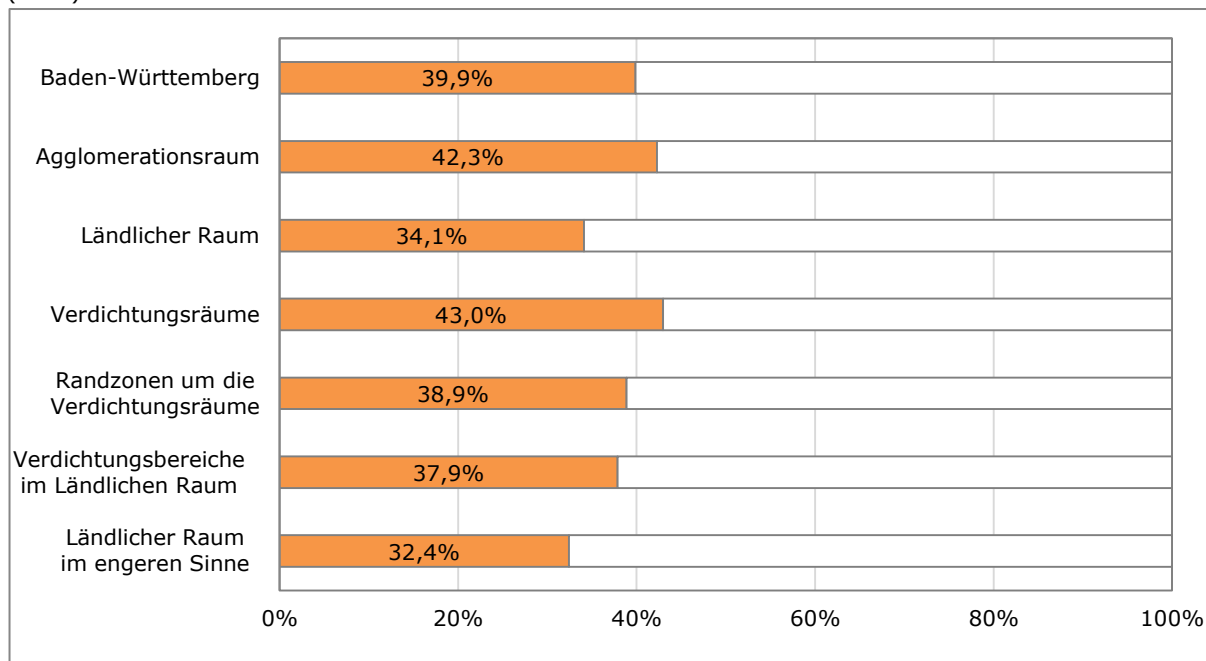
Im Produzierenden Gewerbe gelten jene Wirtschaftszweige als forschungsintensiv, deren Unternehmen in den OECD-Länder mehr als 2,5% des Umsatzes in Forschung und Entwicklung investieren. Dabei wird unterschieden zwischen dem Bereich der „Gehobenen Gebrauchstechnologie“ (bis zu 7% des Umsatzes fließt in Forschung und Entwicklung) und jenem der „Spitzentechnologie“ (über 7% des Umsatzes fließt in Forschung und Entwicklung), wobei diese Einteilung nicht als qualitative Wertung ihrer Relevanz zu verstehen ist. Demgegenüber lassen sich die Kriterien zur Klassifikation der wissensintensiven Dienstleistungen weniger klar herausarbeiten. Hier werden vor allem der Anteil der hochqualifizierten Beschäftigten sowie der mit Planung, Konstruktion und Design befassten Personen zugrunde gelegt (ebd., S.16).

Den Anlass für diese Abgrenzung bildet der Grundgedanke, dass für Unternehmen forschungs- und wissensintensiver Wirtschaftszweige die Schaffung von neuem Wissen den entscheidenden Erfolgsfaktor darstellt. Sie stellen Güter her, die sich durch einen hohen Grad an Spezialisierung und technischen Neuerungen auszeichnen und auf internationa-

len Märkten daher hohe Preise erzielen. Trotz komparativer Produktionskostenvorteile in anderen Ländern ermöglicht dies die Generierung hoher Beschäftigungsstände und Realinkommen. Dem Wissen kommt dabei die Rolle eines knappen Gutes zu, dessen vergleichsweise reichliche Verfügbarkeit in Deutschland eine entscheidende Standortgunst bedingt. Daher werden diesen Wirtschaftszweigen besonders gute Chancen zugeschrieben, auch in Zukunft im Wettbewerb zu bestehen und hochwertige Beschäftigung bieten zu können (ebd., S.11).

Mit Blick auf den Ländlichen Raum Baden-Württembergs lässt sich konstatieren, dass der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in einem forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweig arbeitet, deutlich geringer ausfällt als im Agglomerationsraum. Differenziert nach den Raumkategorien des Landesentwicklungsplanes 2002 zeigt sich eine deutliche Hierarchie. So waren 2007 43% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Verdichtungsräumen Baden-Württembergs in einem forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweig tätig, während dieser Anteil in den Verdichtungs-bereichen des ländlichen Raumes nur bei 37,9% lag. Der ländliche Raum im engeren Sinne weist hier mit 32,4% den mit Abstand niedrigsten Wert auf (Abbildung 1). In allen Raumkategorien hat sich im Zeitraum zwischen 1999 und 2007 die Zahl der Beschäftigten in diesen Wirtschaftszweigen erhöht. Dabei lagen Agglomerationsraum mit einem Zuwachs von 5,7% und ländlicher Raum mit einem Plus von 6,1% etwa gleich auf. Die Raumkategorie, welche die stärkste Zunahme verzeichnete, sind die Randzonen um die Verdichtungsräume mit über 12,7%. Damit bestätigt sich das bereits im vorangegangenen Abschnitt formulierte Zwischenfazit, dass der ländliche Raum zwar über ein insgesamt geringeres Humankapital verfügt, dass zugleich aber nicht von einem sich vergrößernden Abstand zu den stärker verdichteten Landesteilen gesprochen werden kann.

Abbildung 14: SVP-Beschäftigte in forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen nach Raumkategorie (2007)

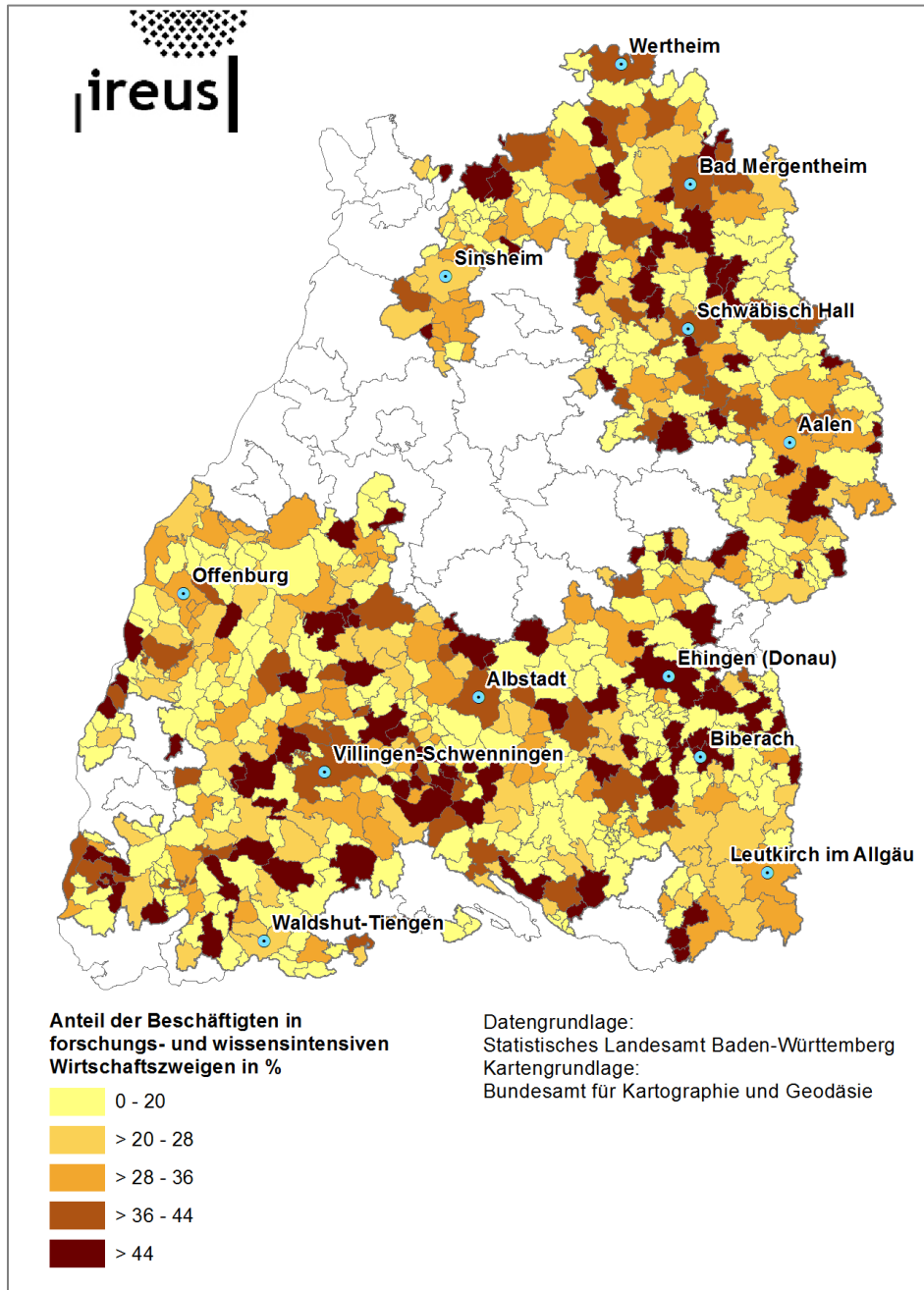


Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Die zunächst plausibel erscheinende Annahme, dass sich der Anteil der Beschäftigten in forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen mit abnehmender Gemeindegröße

verringert, kann für den ländlichen Raum nicht bestätigt werden. So weisen die Gemeinden in der Größenklasse zwischen 20.001 und 50.000 Einwohnern relativ gesehen die meisten Beschäftigten in forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen auf, während es in der Größenklasse zwischen 5.001 und 10.000 die wenigsten sind. In noch kleineren Gemeinden ist ihr Anteil jedoch wieder etwas höher.

Abbildung 15: Anteil der SVP-Beschäftigten in forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen (2007)



Eigene Darstellung

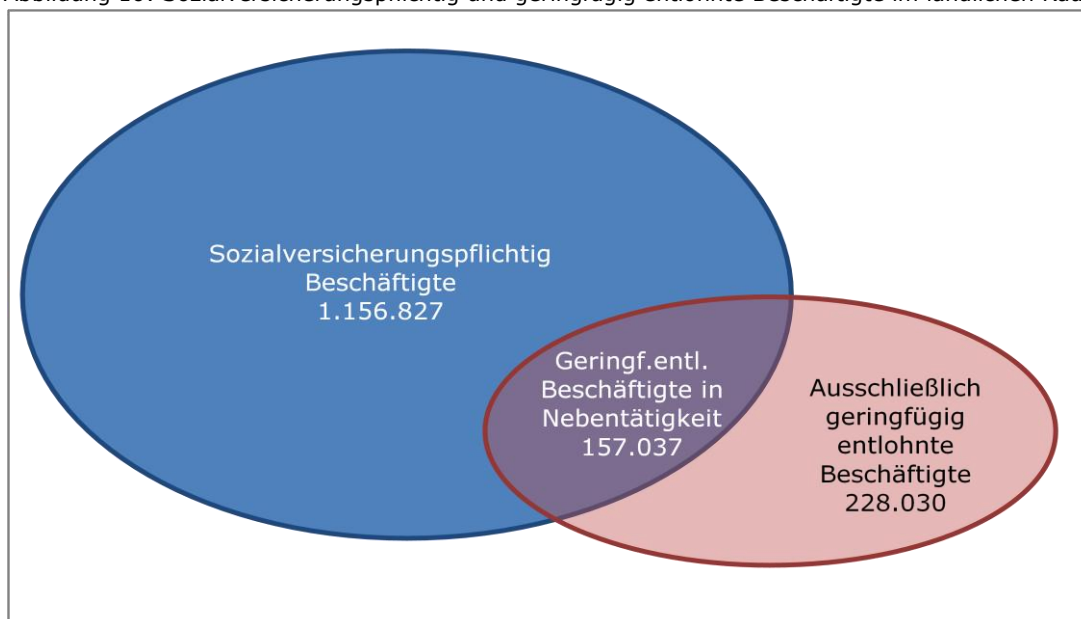
Abbildung 15 illustriert wie die Anteile an forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen zwischen den Gemeinden des ländlichen Raumes variieren. Dabei zeigen sich zum Teil überraschend hohe räumliche Disparitäten innerhalb des ländlichen Raumes. Während eine Reihe von Mittelzentren (z.B. Biberach, Überlingen, Ebingen, Tuttlingen, Heidenheim, Rottweil) Anteilswerte von über 44% erreichen, die somit über dem Durchschnitt des Agglomerationsraumes liegen, weisen zahlreiche größere wie kleinere Ge-

meinden des ländlichen Raumes Werte unterhalb von 20% auf. Es kann gefolgert werden, dass sich innerhalb des ländlichen Raumes in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten eine Reihe von Standortclustern mit hoher Forschungs- und Wissensintensität herausgebildet haben, die oftmals auch ein hohes Wertschöpfungs- und Beschäftigungsniveau der betreffenden Räume garantieren.

2.2.3 Geringfügig entlohnte Beschäftigte

Neben den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen stellen seit einigen Jahren auch die geringfügig entlohnten Beschäftigungsverhältnisse eine beachtliche Größe der Beschäftigtenstatistik dar. Der Terminus „geringfügig entlohnte Beschäftigung“ bezeichnet dabei ein nicht sozialversicherungspflichtiges und für den Beschäftigten steuerfreies Beschäftigtenverhältnis. Seit dem 01.04.2003 gilt für diese Beschäftigungsverhältnisse eine Obergrenze des monatlichen Arbeitsentgelts von 400 Euro, die nicht regelmäßig überschritten werden darf. Die Wochenarbeitszeit hingegen ist seit diesem Datum nicht mehr begrenzt. Zuvor war sie auf 15 Wochenarbeitsstunden limitiert, die Obergrenze des monatlichen Arbeitsentgelts betrug 325 Euro. Diese gesetzliche Neuregelung gilt es insbesondere bei der Auswertung von Zeitreihen zu beachten (Bundesagentur für Arbeit 2010, S.6). Auch ist zu unterscheiden zwischen Beschäftigten, die ausschließlich einer geringfügig entlohnten Beschäftigung nachgehen und solchen, die eine geringfügig entlohnte Beschäftigung lediglich als Nebenerwerb betreiben (Abbildung 16).

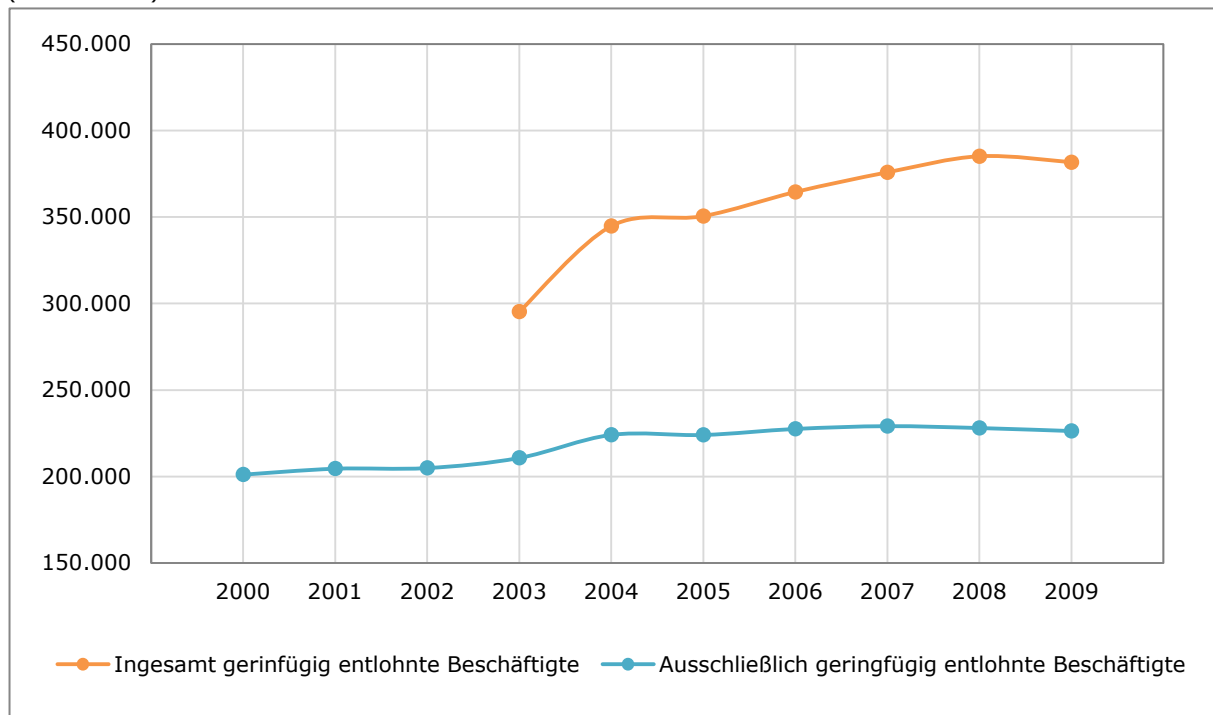
Abbildung 16: Sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnte Beschäftigte im ländlichen Raum (2010)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2010, eigene Darstellung

Intention dieser Gesetzesentwürfe war, die Beschäftigung quantitativ auszuweiten und somit Arbeitslosigkeit reduzieren zu können. Insbesondere im Anschluss an die Neuregelung im Jahr 2003 kam es im Ländlichen Raum Baden-Württembergs wie im gesamten Bundesgebiet zu einem starken Wachstum der Anzahl geringfügig entlohnter Beschäftigungsverhältnisse als Haupt- und Nebenbeschäftigung (Abbildung 17). Bei isolierter Betrachtung könnte also von einer erfolgreichen Ausweitung der Beschäftigung gesprochen werden.

Abbildung 17: Entwicklung der Anzahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten im ländlichen Raum (2000 - 2009)



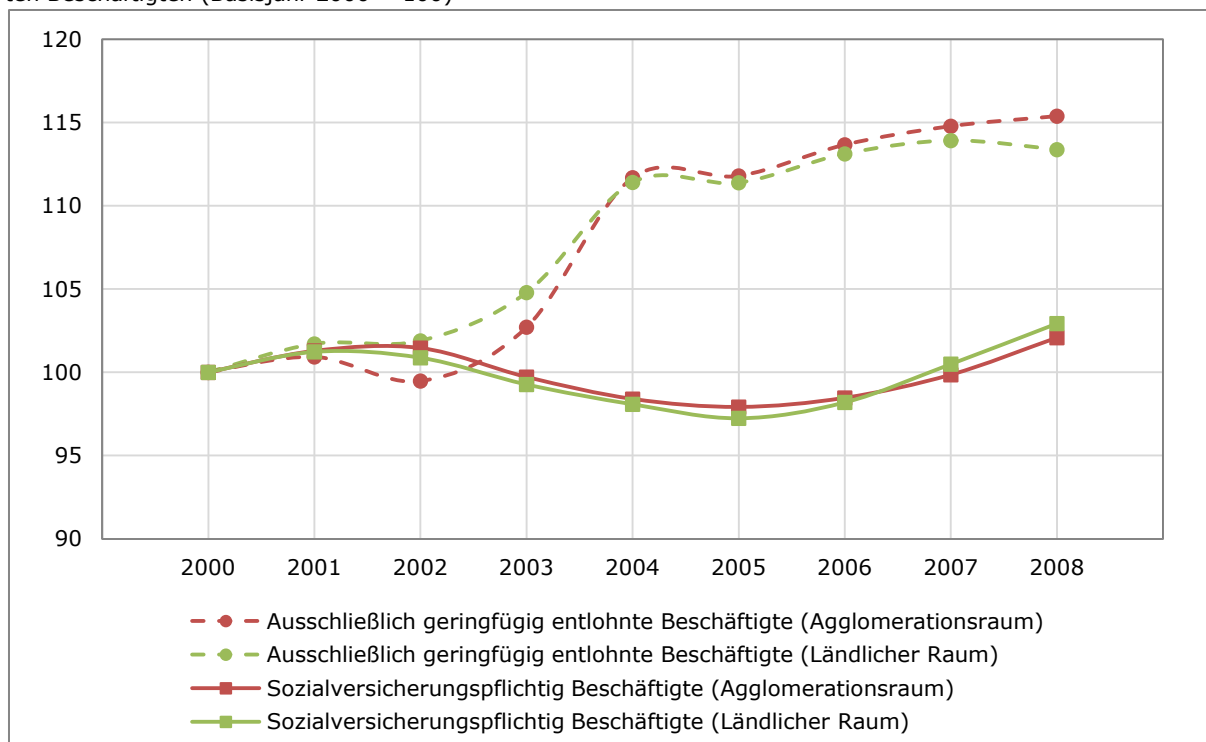
Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2010, eigene Berechnungen

Andererseits wird jedoch argumentiert, dass die Ausweitung geringfügig entlohnter Beschäftigung einem Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse Vorschub leistet. So bietet die geringere finanzielle Belastung durch geringfügig entlohnte Beschäftigte mutmaßlich einen Anreiz für Unternehmen, Tätigkeiten, die zuvor durch sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ausgeführt wurden, durch geringfügig entlohnte Beschäftigte erbringen zu lassen. Untersuchungen für den Zeitraum 2002 – 2003 konnten zeigen, dass jene Betriebe, die sozialversicherungspflichtig Beschäftigte abgebaut haben, häufiger geringfügig entlohnte Beschäftigte eingestellt haben als Betriebe, welche die Zahl ihrer sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im gleichen Zeitraum ausgebaut haben (Kaldybajewa et al. 2006, S.127). Dies spricht für die These, dass die Schaffung von geringfügig entlohnten Beschäftigungsverhältnissen öfter zur Substitution regulärer Beschäftigungsverhältnisse dient als zum Aufbau zusätzlicher flexiblerer Beschäftigung.

Abbildung 18 setzt die Entwicklung der geringfügig entlohnten Beschäftigten im ländlichen Raum und im Agglomerationsraum in Beziehung zu jener der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Es zeigt sich, dass in den wachstumsschwachen Jahren 2002 – 2005 die geringfügig entlohnte Beschäftigung in beiden Raumkategorien kontinuierlich gestiegen ist, während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erst nach 2005 wieder gesteigert werden konnte. Auffällig ist wie bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die Gleichmäßigkeit, mit der die geringfügig entlohnte Beschäftigung im ländlichen Raum und im Agglomerationsraum ausgebaut wurde. Beide Raumkategorien folgen damit einem globalen Trend; signifikante interregionale Gefälle lassen sich nicht beobachten. Auch hinsichtlich des Stellenwertes der geringfügig entlohnten Beschäftigung unterscheiden sich die Raumkategorien in relativ geringem Maße. Beträgt der Anteil der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten an der Summe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftig-

ten im Agglomerationsraum 14,7%, liegt er im ländlichen Raum mit 16,4% nur leicht darüber.

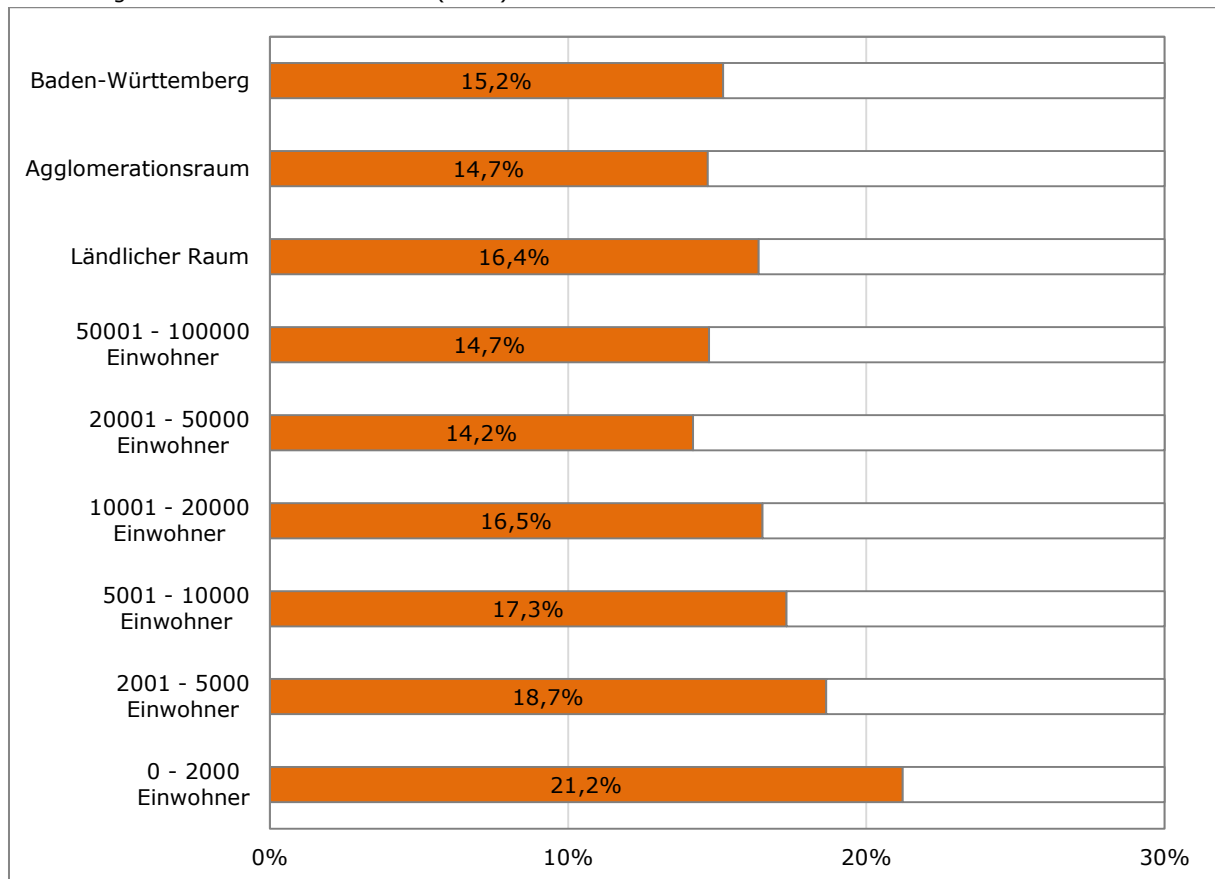
Abbildung 18: Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig und der ausschließlich geringfügig entlohn-ten Beschäftigten (Basisjahr 2000 = 100)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2010, eigene Berechnungen

Markanter sind die Disparitäten zwischen den Gemeindegrößenklassen innerhalb des ländlichen Raumes. Kleinere Gemeinden weisen einen deutlich höheren Anteil an geringfügig entlohn-ten Beschäftigungsverhältnissen auf als Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern (Abbildung 19). Bei einer Auswertung nach dem Wohnort der Beschäftigten zeigt sich der Gegensatz etwas schwächer ausgeprägt. Während 15,8% dieser Gruppe von Beschäftigten mit einem Wohnort in einer Gemeinde mit mehr als 50.000 Einwohnern im Jahr 2008 lediglich einer geringfügig entlohn-ten Beschäftigung nachgingen, sind es in Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern 16,6%. Es lässt sich also das Fazit ziehen, dass kleinere Gemeinden häufiger Beschäftigungsverhältnisse mit geringer Entlohnung bieten, die Einkommensdisparität jedoch durch Pendlerbeziehungen vermutlich abgemildert werden kann.

Abbildung 19: Anteil der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten nach Raumkategorie und nach Gemeindegröße des ländlichen Raumes (2008)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2010, eigene Berechnungen

Insgesamt kann aber der Schluss gezogen werden, dass die in den vergangenen Jahren beobachtete positive Beschäftigungsentwicklung im ländlichen Raum nicht in überdurchschnittlichem Maße auf geringfügig entlohnten Beschäftigungsverhältnissen beruht.

2.2.4 Arbeitslosigkeit

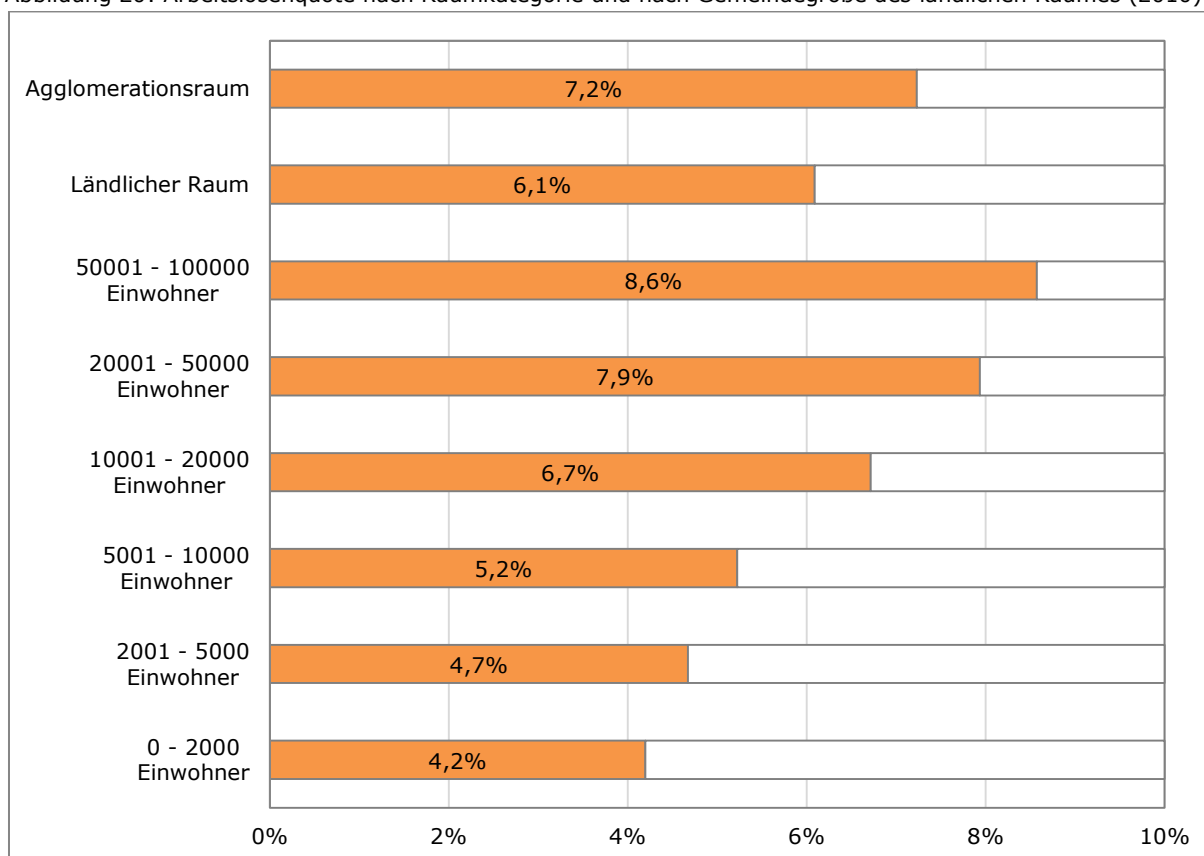
Arbeitslosigkeit stellt bereits seit einigen Jahrzehnten in Deutschland eine zentrale Herausforderung an die Politik dar. So wird erfolgreiche Wirtschaftspolitik oftmals daran gemessen, in wie weit es ihr gelingt, Arbeitssuchenden zu adäquaten Beschäftigungsmöglichkeiten zu verhelfen. Für die von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen stellt die Arbeitslosigkeit oftmals nicht nur ein finanzielles sondern auch ein soziales Problem dar, das ihre Teilhabe am sozialen Zusammenleben limitiert. Als arbeitslos gilt in Deutschland derjenige, der sich im arbeitsfähigen Alter befindet und weniger als 15 Stunden pro Woche arbeitet, jedoch die Absicht hat, mehr als 15 Stunden pro Woche zu arbeiten. Die Person muss dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und bereit sein, jede zumutbare Arbeit anzunehmen. Eine Meldung der Arbeitslosigkeit erfolgt entweder nach dem Sozialgesetzbuch III bei der Bundesagentur für Arbeit oder nach dem Sozialgesetzbuch II bei einer Arbeitsgemeinschaft oder Optionskommune. Personen, welche an Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit teilnehmen, gelten aufgrund der nicht gegebenen Verfügbarkeit nicht als arbeitslos. Ebenfalls nicht berücksichtigt sind Personen, deren Krankheit eine Arbeitsunfähigkeit bedingt und Personen, die zwar auf der Suche nach einer Arbeitsstelle

sind, dies jedoch nicht der zuständigen Behörde melden (Bundesagentur für Arbeit 2009, S.6).

Um eine Arbeitslosenquote zu berechnen, kann die Zahl der Arbeitslosen zu verschiedenen Kenngrößen in Beziehung gesetzt werden. Gebräuchlich ist etwa ein Quotient aus den Arbeitslosen und der Summe der Arbeitslosen und aller ziviler Erwerbspersonen. Ebenso ist es möglich, die Zahl der Arbeitslosen durch die Summe der Arbeitslosen und aller abhängigen zivilen Erwerbspersonen zu teilen.¹²

Jedoch liegen nicht alle zur Berechnung einer solchen Quote nötigen Angaben auf Gemeindeebene vor (z.B. Zahl der Beamten, Zahl der Menschen in Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit). Um trotzdem eine Kennziffer zu erhalten, die einen Vergleich zwischen den Gemeinden bezüglich ihrer Arbeitsmarktsituation erlaubt, wird die Zahl der Arbeitslosen durch die Summe der Arbeitslosen und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort dividiert. Ein Vergleich der so errechneten Arbeitslosenquote mit jener, die durch die Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht wird, ist nicht zulässig, da die kleinere Bezugseinheit die Arbeitslosigkeit stets etwas erhöht erscheinen lässt.

Abbildung 20: Arbeitslosenquote nach Raumkategorie und nach Gemeindegröße des ländlichen Raumes (2010)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2010, eigene Berechnungen

Im Ländlichen Raum Baden-Württembergs liegt die Arbeitslosenquote nach der hier zugrundegelegten Definition mit 6% unter jener des Agglomerationsraumes. Bei Differenzierung nach Gemeindegröße zeigt sich zudem, dass vor allem in kleineren Gemeinden der Anteil der Arbeitslosen geringer ausfällt (Abbildung 7). Diese Werte können zu-

¹² <http://statistik.arbeitsagentur.de> Abruf: 16.11.2010.

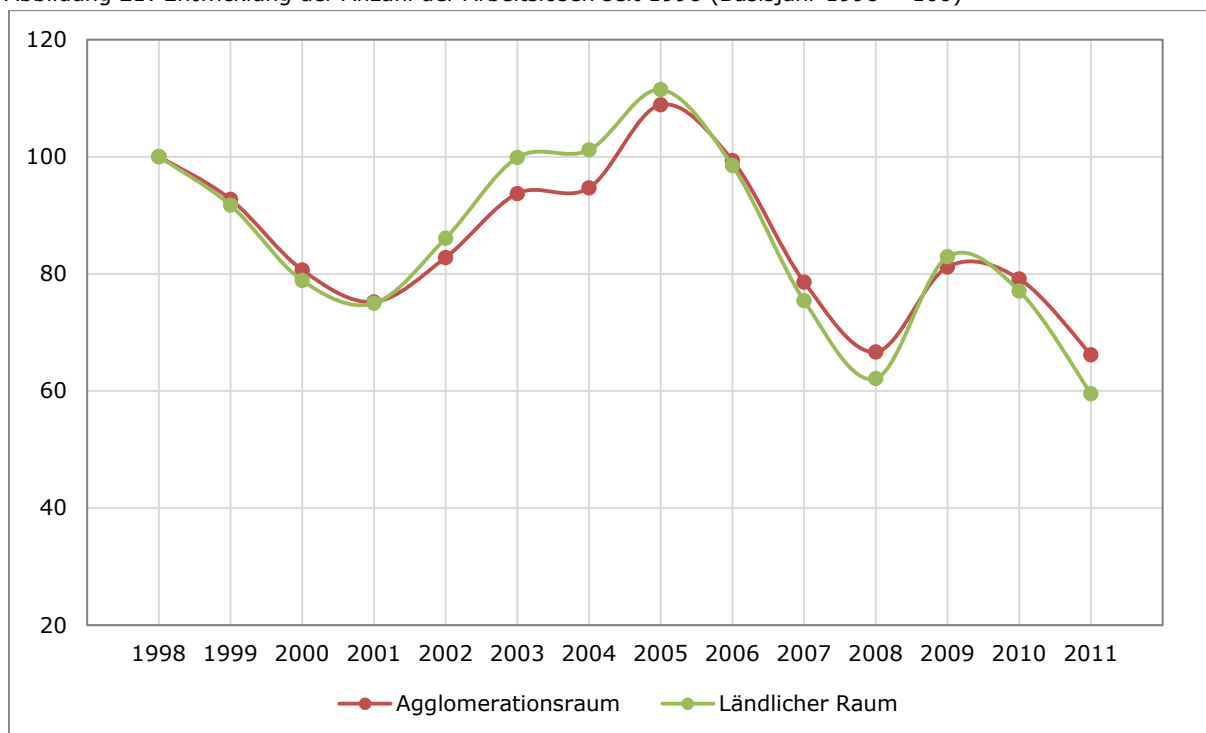
nächst als Indiz günstigerer Arbeitsmarktbedingungen in den eigenen oder nahe liegenden Gemeinden interpretiert werden. Allerdings gilt es zu beachten, dass in der Bezugseinheit keine Beamten, Selbstständige, Auszubildende, geringfügig Beschäftigte und mithelfende Familienmitglieder berücksichtigt sind, deren Anteil an der gesamten zivilen Erwerbsbevölkerung eventuell in den verschiedenen Raumkategorien und Gemeindegrößen variiert. Es ist sehr plausibel, dass in größeren Städten als Behördenstandorte der Anteil der Beamten überdurchschnittlich ausfällt.

Eine Untersuchung der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen wird durch eine Reihe von Systembrüchen in der Arbeitslosenstatistik erschwert. Für den Zeitraum 1998 – 2008 sind insbesondere drei Zeitpunkte zu erwähnen, die bei der Interpretation der Zeitreihen berücksichtigt werden müssen:

1. Seit dem 01.01.2004 zählen Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik nicht zu den Arbeitslosen im Sinne der Statistik.
2. Mit der Einführung des Sozialgesetzbuches II und der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum 01.01.2005 wurde eine bedeutende Anzahl von erwerbsfähigen Sozialhilfeempfängern erstmals in der Arbeitslosenstatistik erfasst. Des Weiteren kam es zur unvollständigen Übermittlung von Arbeitslosenzahlen durch die erstmals für die Arbeitsvermittlung zuständigen kommunalen Träger, deren Effekt jedoch über nachträgliche Schätzungen abgedeckt werden konnte.
3. Zum 01.01.2008 wurde die Möglichkeit für ältere Arbeitslose und erwerbsfähige Hilfebedürftige eingeschränkt, Arbeitslosengeld in Anspruch zu nehmen, sofern sie nicht bereit sind, jede Möglichkeit zu nutzen, ihre Beschäftigungslosigkeit zu beenden. Sie besteht nur noch, wenn der Arbeitslose vor diesem Datum das 58. Lebensjahr vollendet hat und ein Anspruch auf Leistung aus der Zeit vor diesem besteht. Diese Neuregelung wird sich vor allem in kommenden Jahren in Form einer leichten Erhöhung auf die Arbeitslosenzahl auswirken (Bundesagentur für Arbeit 2009, S.19).

Da sich die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen über alle Raumkategorien und Gemeindegrößenklassen des ländlichen Raumes hinweg durch eine bemerkenswerte Parallelität auszeichnet, werden an dieser Stelle lediglich die Raumkategorien ländlicher Raum und Agglomerationsraum verglichen (Abbildung 21). Sehr gut lassen sich die stärkeren und schwächeren Konjunkturphasen Baden-Württembergs erkennen, die sich – unter Beachtung der oben dargestellten Restriktionen für längsschnittanalytische Auswertungen – unmittelbar auf den Arbeitsmarkt beider Raumkategorien auswirken. So konnte das Wirtschaftswachstum in den Jahren 1998 bis 2001 die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg um etwa 25% verringern. Die folgenden vier Jahre – gekennzeichnet durch ein schwaches Wirtschaftswachstum – ließen die Zahl der Arbeitslosen wieder deutlich ansteigen, bevor die Jahre 2006 – 2008 wiederum eine Erholung auf dem Arbeitsmarkt mit sich brachten. Nach einem Ansteigen der Zahlen im Zuge der weltweiten Finanzkrise 2008/09 hat sich die Arbeitslosigkeit im Mai 2011 wieder auf dem Stand des Jahres 2008 eingefunden.

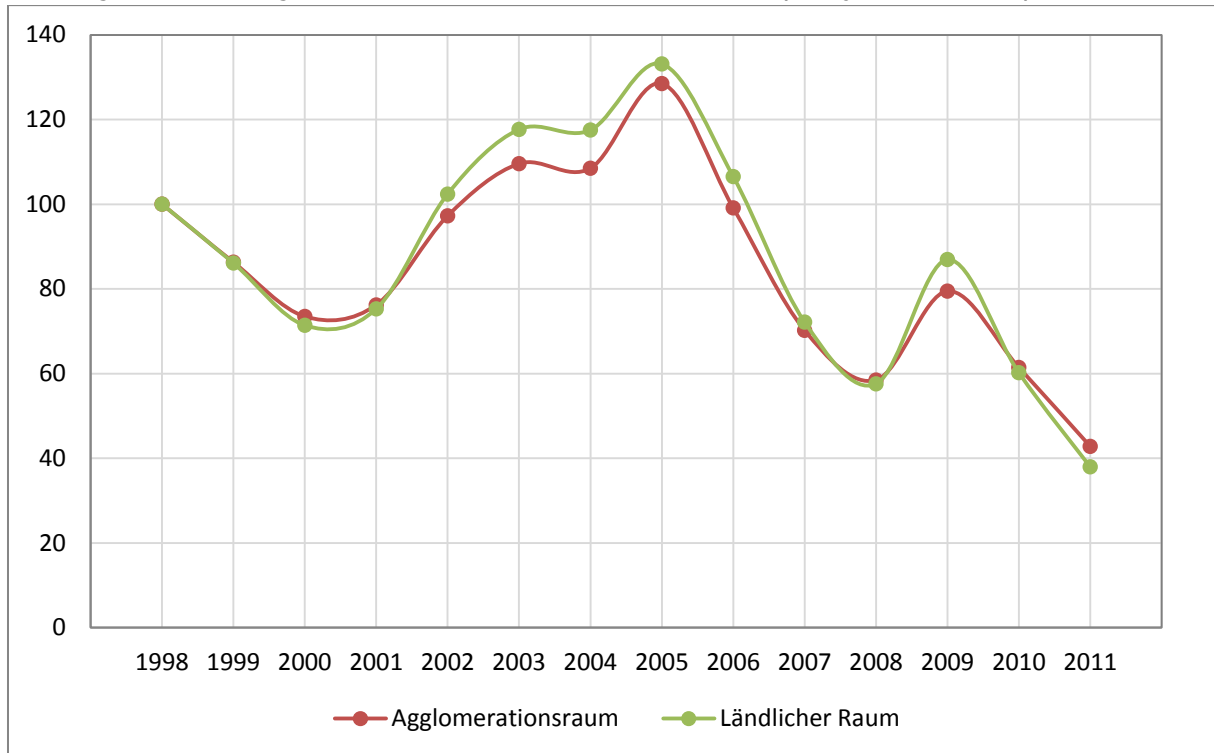
Abbildung 21: Entwicklung der Anzahl der Arbeitslosen seit 1998 (Basisjahr 1998 = 100)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2010, eigene Berechnungen

Über die Betrachtung der Gesamtzahl der Arbeitslosen hinaus soll das Augenmerk noch auf die Jugendarbeitslosigkeit (Arbeitslose unter 25 Jahren) gerichtet werden. Die Entwicklung der Zahl der jungen Arbeitslosen gleicht dabei sehr stark jener der gesamten Arbeitslosenzahl. Zuwächse und Abnahmen ereignen sich in beiden Raumkategorien zeitlich synchron und folgen der Gesamtkonjunktur. Lediglich eine leicht erhöhte Konjunkturabhängigkeit scheint gegeben, die sich vor allem in den wachstumsschwachen Jahren 2002 - 2005 durch einen überproportionalen Anstieg der Arbeitslosenzahlen zeigt. Auch der darauffolgende Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit fällt stärker aus als der der Arbeitslosigkeit aller Altersklassen (Abbildung 22).

Abbildung 22: Entwicklung der Anzahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren (Basisjahr 1998 = 100)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2010, eigene Berechnungen

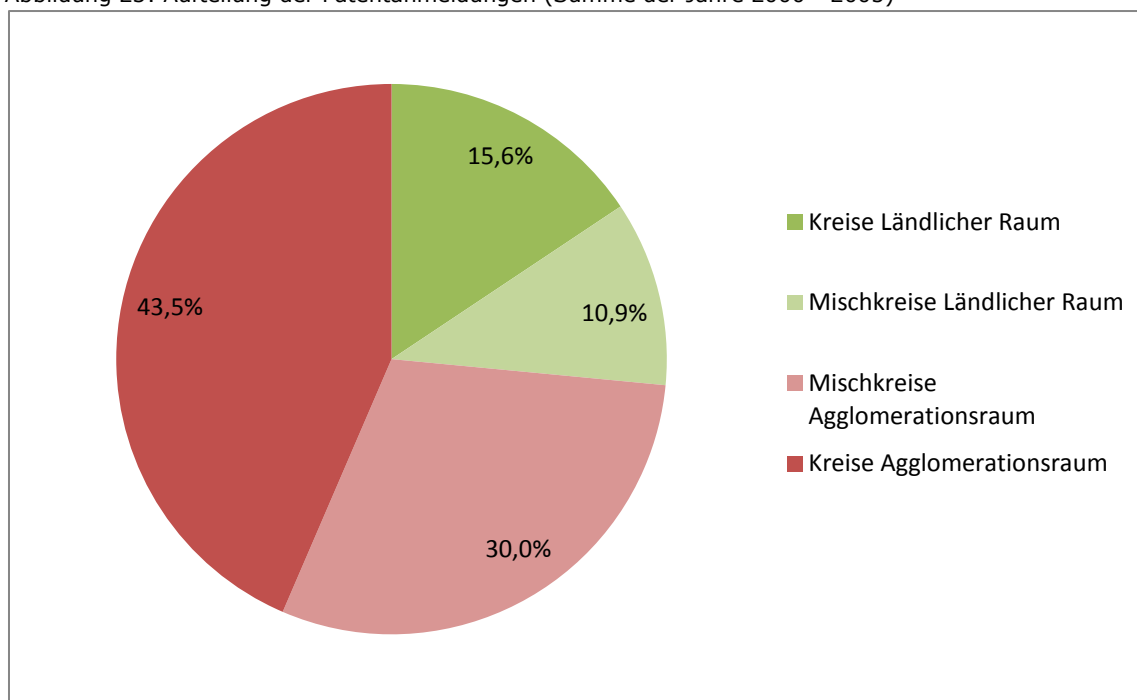
Zusammengenommen wird deutlich, dass der ländliche Raum in den vergangenen Jahren eine insgesamt positive Beschäftigungsentwicklung verzeichnet hat, wodurch die Arbeitslosigkeit in bemerkenswertem Umfang reduziert werden konnte. Im Vergleich zum Agglomerationsraum fiel der rückläufige Trend der Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum sogar noch etwas stärker aus. Damit bestätigt sich noch einmal die Einschätzung, dass der signifikante Trendbruch bei der demografischen Entwicklung im ländlichen Raum (siehe hierzu ausführlich Kapitel 3) nicht in erster Linie arbeitsmarktinduziert ist.

2.3 Patentanmeldungen

Neben dem Anteil der hochqualifizierten Beschäftigten kann die Anzahl der Patentanmeldungen als Indikator der Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit des ländlichen Raumes eingesetzt werden. Im Rahmen dieser Studie wurden Daten des deutschen Patent- und Markenamtes für die Jahre 2000 bis 2005 ausgewertet, die im Rahmen des Patentatlas Deutschland für alle Kreise Deutschlands veröffentlicht wurde. Wie bereits bei der Bruttowertschöpfung findet eine Schätzmethodik Anwendung, die den Anteil des ländlichen Raumes in den Landkreisen beziffern soll, die nach dem Landesentwicklungsplan 2002 keine eindeutige Zuordnung zu einer der beiden Raumkategorien erfahren haben. Als Schlüsselgröße dient das Verhältnis der Einwohnerzahl zwischen ländlichem Raum und Agglomerationsraum in diesen Landkreisen, da jene im Vergleich zu anderen möglichen Schlüsselgrößen, die ebenfalls auf Gemeindeebene vorliegen, die höchste Korrelation mit der Verteilung der Zahl der Patentanmeldungen aufweist.¹³

¹³ Die Korrelationskoeffizienten zwischen den Variablen „Anzahl der angemeldeten Patente“ und „Einwohnerzahl“ auf Kreisebene liegen zwischen 0,82 und 0,85, während jene der Variablen „Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten“ bzw. „Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Hochschulabschluss“ sich unterhalb von 0,8 bzw. 0,71 bewegen.

Abbildung 23: Aufteilung der Patentanmeldungen (Summe der Jahre 2000 - 2005)



Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt, eigene Berechnungen

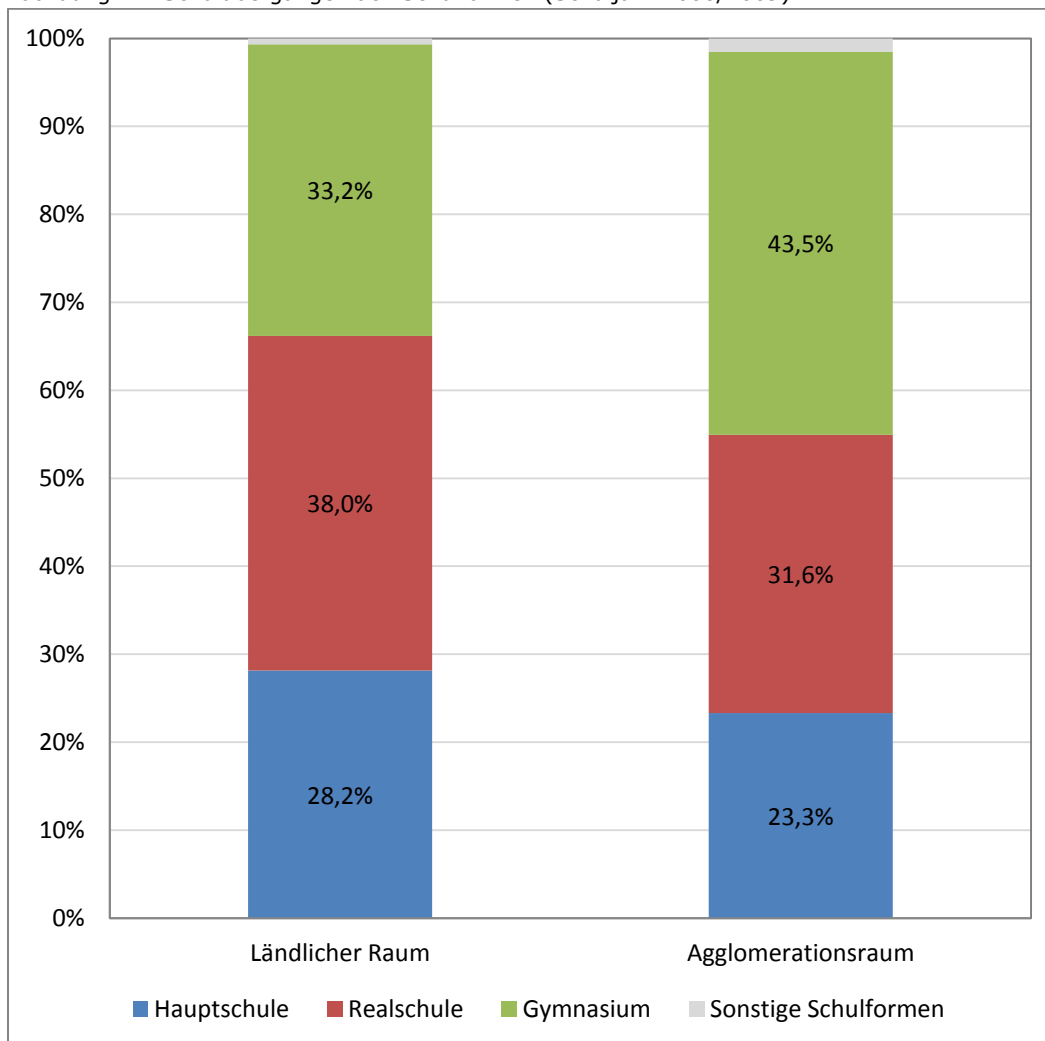
Insgesamt wurden im betrachteten Zeitraum schätzungsweise etwa 17.000 Patente im Ländlichen Raum Baden-Württembergs angemeldet. Dies entspricht einem Anteil von 26,5% an den gesamten Anmeldungen im Bundesland. Für die einzelnen Jahre der Periode 2000 - 2005 schwankt dieser Wert nur leicht im Bereich von 25,6% bis 29%. Dabei lässt sich für beide Raumkategorien eine Zunahme der Zahl der Patentanmeldungen feststellen, im Bezug auf ihre relative Aufteilung ist jedoch kein Trend erkennbar. Die drei ländlichen Kreise mit der höchsten Anzahl angemeldeter Patente waren in diesem Zeitraum der Landkreis Heidenheim (ca. 1.500), der Ostalbkreis (ca. 1.300) und der Schwarzwald-Baar-Kreis (ca. 1.200); der Landkreis Heidenheim liegt darüber hinaus auch bezogen auf die Zahl seiner Einwohner an erster Stelle. Der Großteil der Patentanmeldungen in Baden-Württemberg erfolgt durch Unternehmen (84,5%). Privatpersonen (12,8%) und Forschungseinrichtungen (2,7%) spielen dagegen eine eher untergeordnete Rolle.

2.4 Schulübergänge

Wie bereits die Analyse der räumlichen Verteilung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse von Hochschulabsolventen gezeigt hat, variiert das Bildungsniveau sowohl zwischen ländlichem Raum und Agglomerationsraum als auch zwischen den verschiedenen Regionen des ländlichen Raumes. Ein zumindest teilweiser Abbau dieser Disparitäten setzt voraus, dass die Bildungsinstitutionen im Land die Nachfrage nach hoch qualifizierten Erwerbspersonen in ausreichendem Maße gewährleisten können. Damit kommt aber auch der Schulausbildung und hier insbesondere dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung Bedeutung zu. Deshalb wurde hier untersucht, ob und inwiefern die Wahl der Art der weiterführenden Schulen durch Grundschüler räumliche Abweichungen aufweist.

Das vergangene Jahrzehnt zeichnete sich durch sinkende Schülerzahlen auf den Grund- und Hauptschulen Baden-Württembergs aus. Während die Abnahme der Anzahl der Grundschüler vor allem durch den Geburtenrückgang zu erklären ist, zeigen sich in der geringeren Anzahl von Hauptschülern auch die Auswirkungen einer Präferenzverschiebung zu Gunsten der Realschulen und Gymnasien. Insbesondere letztgenannte verzeichnen seit etwa 20 Jahren konstant steigende Schülerzahlen (Schmidt/Wolf 2010, S.3). Dabei lassen sich zwischen ländlichem Raum und Agglomerationsraum deutliche Strukturunterschiede ausmachen. Lediglich 33,2% der Grundschüler im ländlichen Raum wechselten zum Ende des Schuljahrs 2008/2009 auf ein Gymnasium. Dieser Anteil fällt im Agglomerationsraum mit 43,5% deutlich höher aus (Abbildung 24). Dem gegenüber stellen Real- und Hauptschulen im ländlichen Raum beliebtere Schulformen als im Agglomerationsraum dar.

Abbildung 24: Schulübergänge nach Schulformen (Schuljahr 2008/2009)

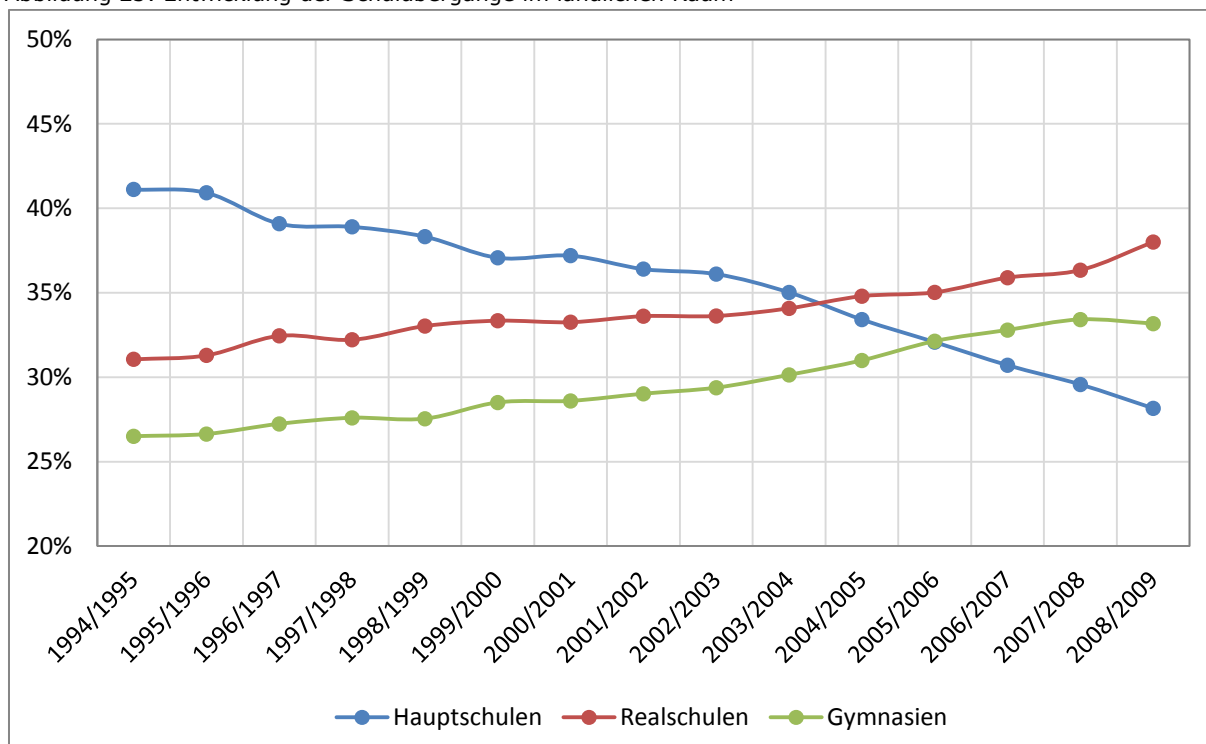


Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011, eigene Berechnungen

Ein Blick auf die Entwicklung seit 1995 offenbart aber auch für den ländlichen Raum eine zunehmende Präferenz für das Gymnasium. Trotzdem bleibt die Realschule hier die am häufigsten gewählte Schulform. Ihren Vorsprung konnte sie zum Abschluss des Schuljahrs 2008/2009 sogar wieder leicht ausbauen. Konstant abnehmend ist die Bedeutung der Hauptschule. War diese noch bis zum Schuljahr 2003/2004 die am häufigsten ge-

wählte Schulform, entschieden sich nach dem Schuljahr 2008/2009 nur noch 28% aller Grundschüler für eine Hauptschule (Abbildung 25).

Abbildung 25: Entwicklung der Schulübergänge im ländlichen Raum



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011, eigene Berechnungen

Für den ländlichen Raum lässt sich dabei ein schwach ausgeprägter Zusammenhang zwischen Gemeindegröße und Übergangsquote ausmachen: In größeren Gemeinden wechselt im Allgemeinen ein größerer Teil der Grundschüler auf Gymnasien. Die im Rahmen der Erreichbarkeitsanalysen errechneten PKW-Fahrzeiten geben einen Hinweis darauf, dass von Schülern kleinerer Gemeinden für den Besuch eines Gymnasiums ein größerer Raumwiderstand überwunden werden muss (Tabelle 1). Möglicherweise ist damit auch die schlechtere Erreichbarkeit ländlicher Gymnasialstandorte eine Ursache der unterdurchschnittlichen Übergangsquoten auf Gymnasien im ländlichen Raum.

Tabelle 1: Übergangsquoten und Erreichbarkeit von Gymnasien nach Gemeindegröße

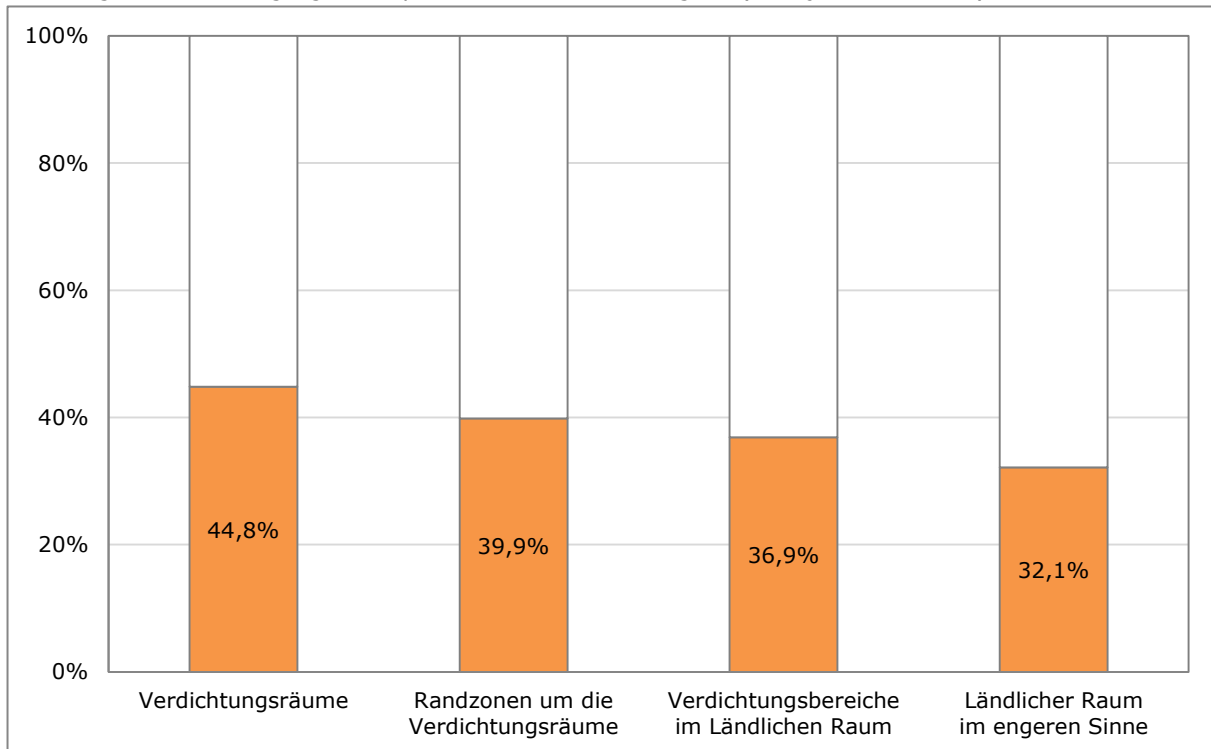
Gemeindegröße (Einwohner)	Übergangsquote Gymnasien (Schuljahr 2008/2009)	Durchschnittliche Fahrzeit zum nächsten Gymnasium (PKW)
> 50.000	37,82%	ca. 4 min.
20.001 - 50.000	34,90%	ca. 8 min.
10.001 - 20.000	34,97%	ca. 7 min.
5.001 - 10.000	30,65%	ca. 14 min.
2.001 - 5.000	32,16%	ca. 15 min.
0 - 2.000	32,27%	ca. 15 min.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden Württemberg 2011, eigene Berechnungen

Als dominanter Einflussfaktor zur Wahl der sekundären Schulform taugen die Erreichbarkeitsverhältnisse jedoch nicht. So liegen die Übergangsquoten in den Randzonen um die Verdichtungsräume deutlich höher als in den Verdichtungsgebieten des ländlichen Raumes, während die durchschnittliche Fahrzeit zum nächsten Gymnasium in den Gemein-

den der Verdichtungsbereiche des ländlichen Raumes mit gut 10 Minuten etwas geringer ist als in den Gemeinden der Randzonen um die Verdichtungsräume (gut 11 Minuten). Auch eine Korrelationsanalyse zwischen den Fahrzeiten und den Übergangsquoten auf Basis der Gemeinden des ländlichen Raumes ergibt lediglich einen Korrelationskoeffizienten nach Pearson von $-0,26$. Es ist also anzunehmen, dass die unterschiedlichen Wertvorstellungen der Menschen in den jeweiligen Raumkategorien eine größere Rolle bei der Entscheidung über die Wahl der Art der weiterführenden Schule spielen als etwaige Erschwernisse durch einen weiten Anfahrtsweg.

Abbildung 26: Schulübergänge auf Gymnasien nach Raumkategorie (Schuljahr 2008/2009)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Angesichts der absehbaren Verringerung des Erwerbspersonenpotenzials im ländlichen Raum muss diesem Sachverhalt in Zukunft stärkere Beachtung gewidmet werden. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass aus Gründen mangelnder Tragfähigkeit möglicherweise in Einzelfällen erforderliche Schließungen von Gymnasien keine negativen Auswirkungen auf die Übergangsquoten haben.

2.5 Zusammenfassung

Dem Ländlichen Raum Baden-Württembergs kann eine bemerkenswert robuste Wirtschaftsstruktur attestiert werden, was sich in einer nahezu gleichschrittigen Entwicklung des Wirtschaftswachstums und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung mit dem Agglomerationsraum während der vergangenen Jahre äußert. Rückgrat dieser Entwicklung ist das Produzierende Gewerbe, welches am stärksten zum Wirtschaftswachstum des ländlichen Raumes beitragen hat. Dieses äußert sich zwar nicht in einer expansiven Beschäftigungsentwicklung dieses Sektors, im Gegenteil, seit Mitte der 1990er Jahre haben die Unternehmen des produzierenden Gewerbes Arbeitsplätze abgebaut. Ein stärkerer Verlust von Arbeitsplätzen im Zuge von Deindustrialisierungsprozessen, wie diese für

andere westdeutsche Bundesländer zu beobachten sind, hat im Ländlichen Raum Baden-Württembergs allerdings nicht stattgefunden.

Die relativ schwache Humankapitalausstattung des ländlichen Raumes könnte sich im Zuge der Herausbildung einer Wissensökonomie, in der wirtschaftlicher Erfolg immer stärker von der Produktion von Innovationen abhängig ist, als Standortnachteil erweisen. So erreicht der Anteil von Hochschulabsolventen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nur knapp die Hälfte des Wertes des Agglomerationsraumes und auch der Anteil wissensintensiver Wirtschaftszweige an der Gesamtbeschäftigung ist im ländlichen Raum signifikant unterdurchschnittlich. Verstärkt werden solche Disparitäten zukünftig möglicherweise auch dadurch, dass die ländlichen Schulbildungssysteme in zu geringem Maße Absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung hervorbringen. Bei diesem Indikator – dem Anteil der Schulübergänge auf Gymnasien – lässt sich ein starker Unterschied zwischen dem Agglomerationsraum und dem ländlichen Raum feststellen.

Allerdings sind negative Wirkungen einer unterdurchschnittlichen Humankapitalausstattung auf die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raumes mit den hier verwendeten Wirtschaftsdaten bislang nicht auszumachen. Auch ist darauf hinzuweisen, dass die Entwicklung der in dieser Studie eingesetzten Humankapitalindikatoren keinen Trend zu verschärften Disparitäten zwischen den stärker verdichteten und ländlich geprägten Teilen des Landes anzeigt. Der ländliche Raum folgt, wenngleich auch mit beträchtlichem Abstand, einer globalen Entwicklung hin zu einer stärker auf Wissen und Innovationen basierenden Ökonomie.

3 Der ländliche Raum als Lebensraum

Zwischen der Bevölkerungsentwicklung und der wirtschaftlichen Entwicklung eines Raumes besteht erfahrungsgemäß ein enger Zusammenhang. Einerseits ist die in einem Raum vorhandene Bevölkerung eine zentrale Bestimmungsgröße der Nachfrage nach privaten und öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, andererseits hat die Veränderung der Bevölkerungszahl einen erheblichen Einfluss auf das Angebot an Arbeitskräften. Sie bildet somit die Basis für regionale Standortqualitäten und wirkt unmittelbar auf die wirtschaftliche Dynamik eines Raumes. Das Bevölkerungswachstum kann Beschäftigungszuwächse nach sich ziehen und umgekehrt. Die beachtlichen Bevölkerungszuwächse im Ländlichen Raum Baden-Württembergs seit 1950 – per Saldo leben hier heute etwa 1,3 Millionen Menschen mehr als 1950 – sind in diesem Sinne Beleg einer äußerst robusten wirtschaftlichen wie demografischen Entwicklung. Der ländliche Raum ist heute für unzählige Menschen ein hoch geschätzter Wohn- und Lebensort.

Der demografische Wandel stellt allerdings mittel- und langfristig die Frage, inwieweit die für die wirtschaftliche Zukunft des ländlichen Raumes wichtige Reproduktion der Bevölkerungs- und Erwerbspersonenbasis möglich bzw. realistisch ist. Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden aktuelle Trends der demografischen Entwicklung im ländlichen Raum untersucht. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Wanderungen, da sie grundlegende Prozesse wie die Fertilität und Alterung der Bevölkerung signifikant beeinflussen können. Bei Wanderungsentscheidungen spielen neben harten Faktoren wie der Wahl des Arbeitsplatzes auch subjektiv wahrgenommene Raumeigenschaften eine erhebliche Rolle, so dass in diesem Kapitel auch diesbezüglich relevante Faktoren untersucht werden sollen. Genannt seien hier vor allem die Erreichbarkeitsverhältnisse von Gelegenheiten des täglichen oder periodischen Bedarfs.

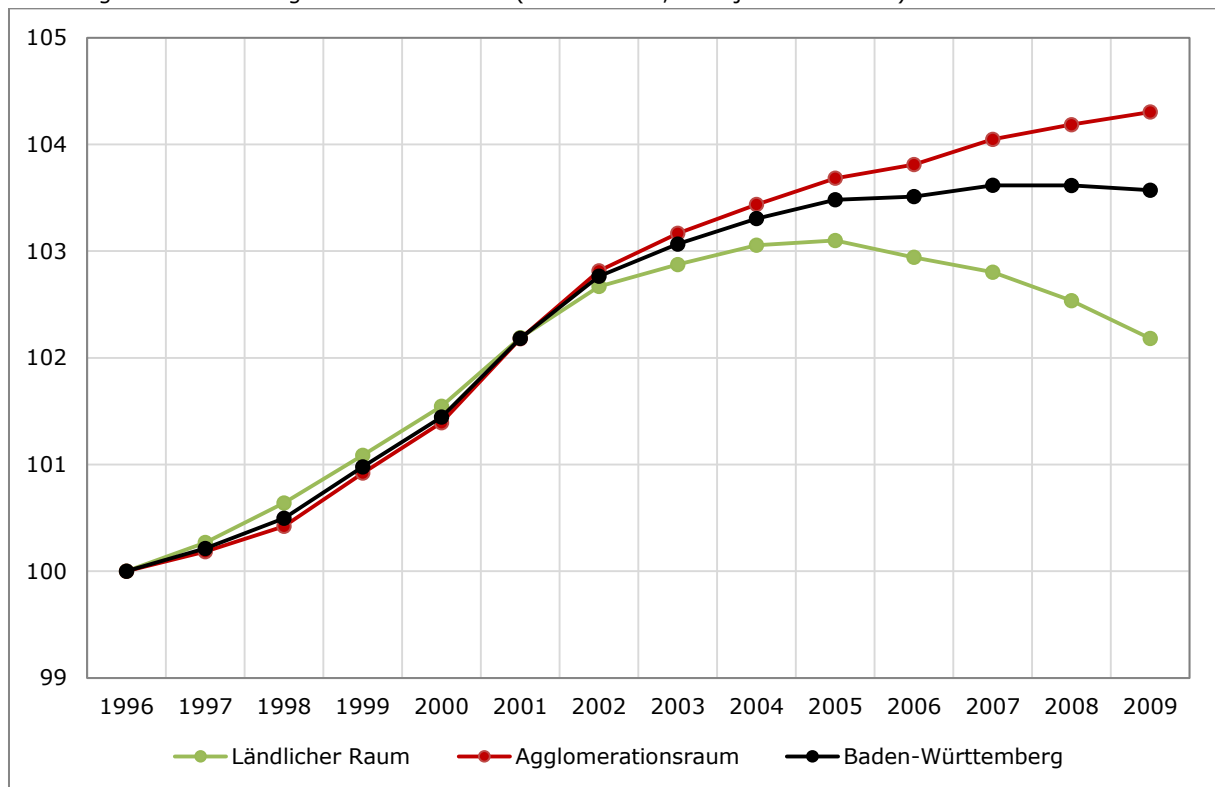
3.1 Demografische Entwicklung

3.1.1 Trends der Bevölkerungsentwicklung

Im Zeitraum vom 31.12.1996 bis zum 31.12.2009 hat die Bevölkerung des Landes Baden-Württemberg um 3,6% zugenommen und einen Stand von rund 10,74 Mio. Einwohnern erreicht. Die Bevölkerungszunahme verlief im Untersuchungszeitraum aber nicht mit konstanten Wachstumsraten. Während in den Jahren 1997 bis 2007 positive Wachstumsraten zu verzeichnen waren, trat in den Jahren 2008 und 2009 ein Rückgang der Bevölkerung um rund 4800 Einwohner auf. Die Wachstumsrate der Bevölkerungszunahme gegenüber dem Vorjahr hat sich seit dem Jahr 2002 verringert bzw. fiel in den Jahren 2008 und 2009 negativ aus. In den Abbildungen 27 und 28 wird deutlich, dass der Agglomerationsraum und der ländliche Raum in unterschiedlichem Ausmaß von den Bevölkerungsveränderungen betroffen waren. Während der ländliche Raum zwischen den Jahren 1996 und 2001 eine Bevölkerungszunahme verzeichnete, die höher war als die Entwicklung des Landes insgesamt, hat sich das Bild seit dem Jahr 2002 verändert. Die Veränderung des ländlichen Raumes liegt unter dem Landesdurchschnitt und der Abstand wird von

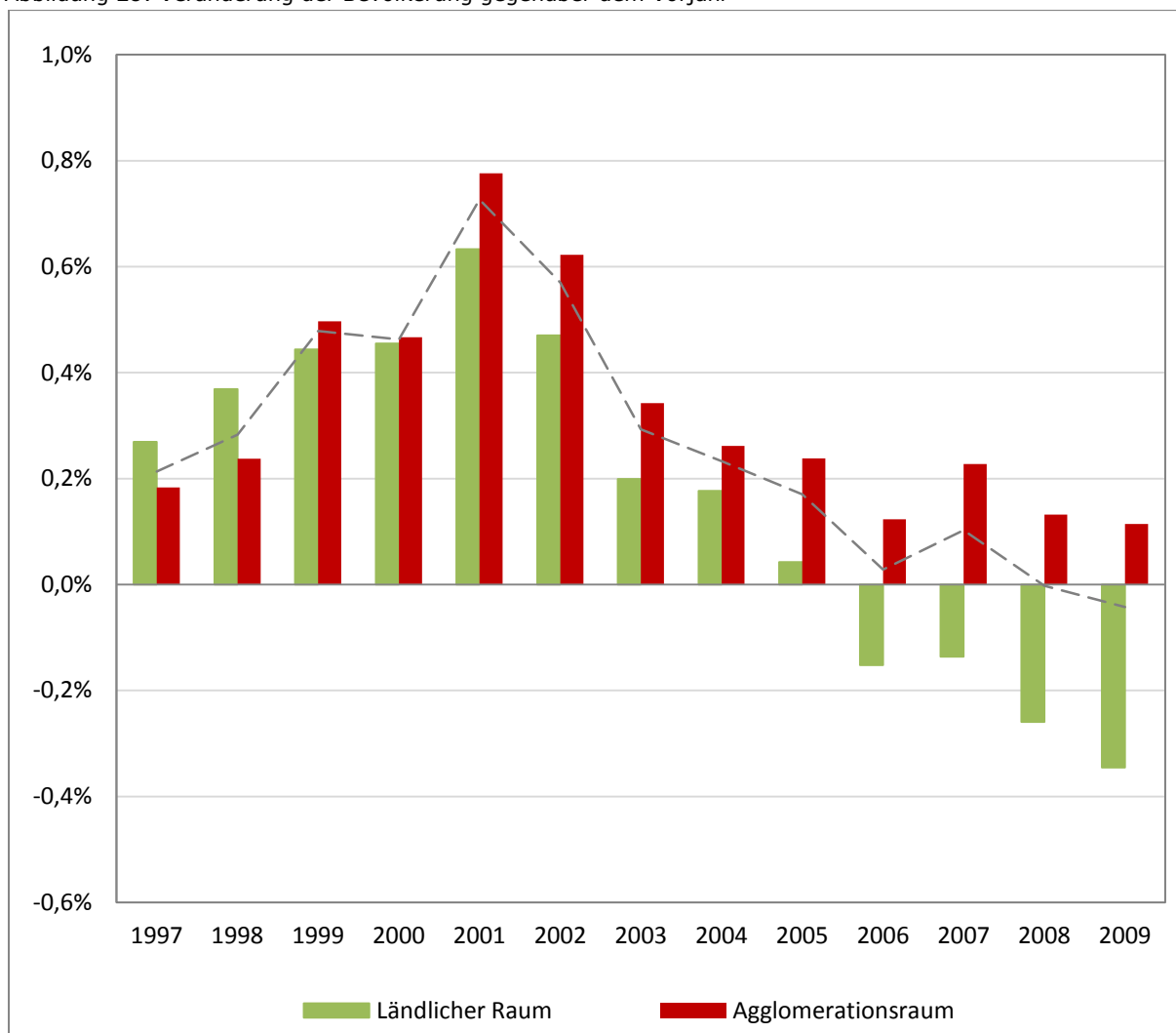
Jahr zu Jahr größer. In den Jahren 2006 bis 2009 traten im ländlichen Raum negative, jährliche Veränderungsrate auf.

Abbildung 27: Veränderung der Einwohnerzahl (1996 – 2009; Basisjahr 1996=100)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Abbildung 28: Veränderung der Bevölkerung gegenüber dem Vorjahr



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Durch die beschriebenen Veränderungen der Einwohnerzahl und der unterschiedlichen Teilnahme der Raumkategorien am Bevölkerungswachstum haben sich die Anteile der beiden betrachteten Raumkategorien an der Gesamtbevölkerung aber erst geringfügig verändert. Der Anteil der Bevölkerung im ländlichen Raum sank seit 1996 von rund 34,5% auf rund 34,1% im Jahr 2009.

Tabelle 2: Bevölkerung in Baden-Württemberg und im ländlichen Raum

Jahr	Bevölkerung am 31.12 [Einwohner]		Bevölkerungsanteil im Ländlichen Raum [%]
	Baden Württemberg	Ländlicher Raum	
1996	10.374.505	3.585.177	34,54
1997	10.396.610	3.594.836	34,55
1998	10.426.040	3.608.107	34,57
1999	10.475.932	3.624.120	34,60
2000	10.524.415	3.640.605	34,59
2001	10.600.906	3.663.656	34,59
2002	10.661.320	3.680.876	34,56
2003	10.692.556	3.688.203	34,52
2004	10.717.419	3.694.725	34,49
2005	10.735.701	3.696.289	34,47
2006	10.738.753	3.690.671	34,43
2007	10.749.755	3.685.642	34,36
2008	10.749.506	3.676.076	34,28
2009	10.744.921	3.663.384	34,09

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Im Zeitraum 1996 bis 2002 nahm der Bevölkerungsanteil des ländlichen Raumes zu und nimmt seither kontinuierlich ab. Die aufgeführten Tatsachen können als Hinweis dahingehend interpretiert werden, dass eine Trendumkehr der Bevölkerungsentwicklung seit dem Jahr 2002 eingetreten ist. Bei dieser Interpretation sollte aber berücksichtigt werden, dass es sich erstens um Beobachtungen von nur 7 Jahren handelt und zweitens sowohl die relativen als auch die absoluten Veränderungen vergleichsweise gering sind.

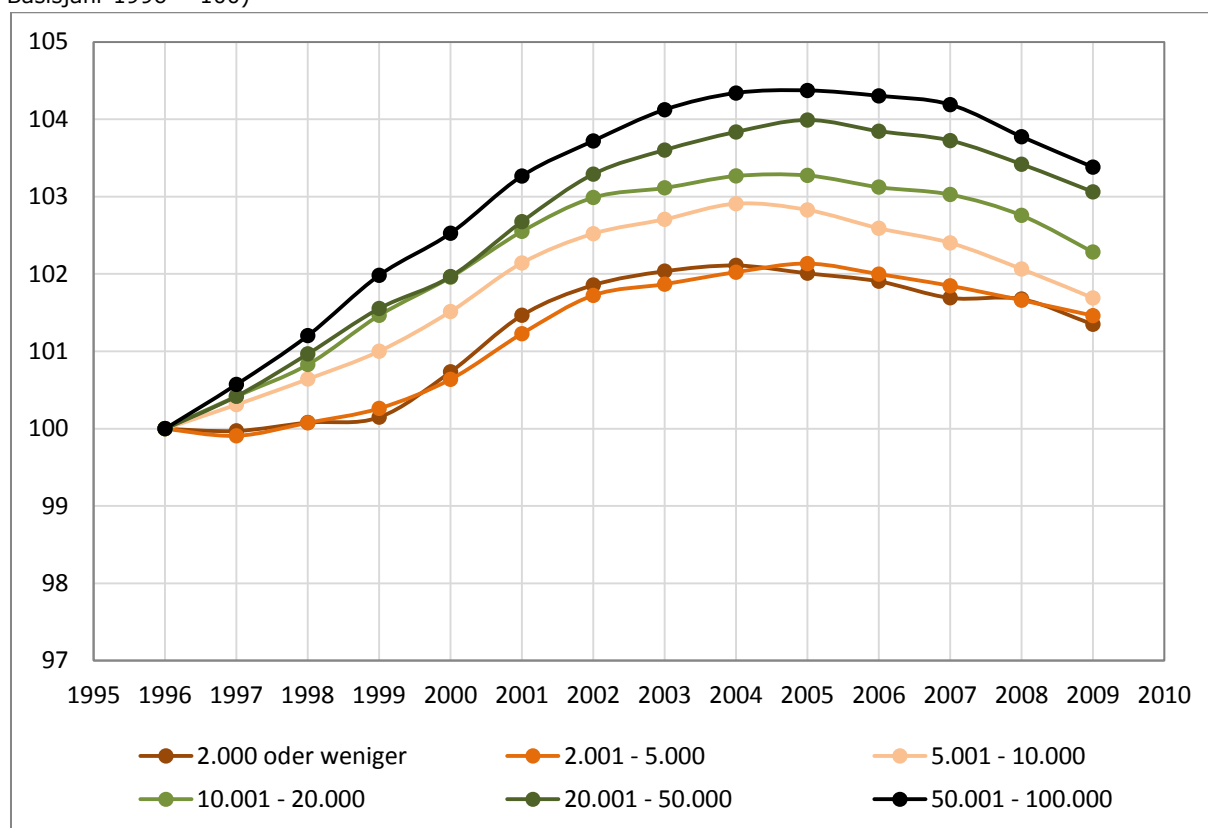
Die oben aufgezeigten Veränderungen der Bevölkerungszahl im ländlichen Raum überdecken relevante Entwicklungsdynamiken innerhalb des Gemeindesystems. In Tabelle 3 wird deutlich, dass in den Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern die relative Bevölkerungszunahme geringer war als im Durchschnitt des ländlichen Raumes. Die Klassen der Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern profitieren von der Bevölkerungsveränderung umso stärker je größer die Gemeinden sind. Abbildung 29 zeigt ferner, dass die zeitlichen Verläufe der Bevölkerungsveränderungen in den betrachteten Gemeindegrößenklassen weitgehend parallel, aber auf unterschiedlichen Niveaus verliefen. Somit wird deutlich, dass der demografische Wandel vor allem kleinere Gemeinden ohne leistungsfähige Infrastruktur mit einer forcierten Schrumpfung ihrer Bevölkerungsbasis konfrontiert (siehe hierzu auch Brachat-Schwarz 2004 und Brachat-Schwarz 2008).

Tabelle 3: Bevölkerungsveränderung im ländlichen Raum nach Gemeindegrößenklassen (1996 – 2009)

Gemeindegrößenklasse	Bevölkerung am 31.12.1996 [Einwohner]	Bevölkerung am 31.12.2009 [Einwohner]	relative Veränderung [%]
[von ...bis...Einwohner]			
2.000 oder weniger	203.547	206.293	1,35
2.001 - 5.000	769.215	780.446	1,46
5.001 - 10.000	715.647	727.736	1,68
10.001 - 20.000	831.874	850.865	2,28
20.001 - 50.000	890.574	917.831	3,06
50.001 - 100.000	174.320	180.213	3,38
Insgesamt	3.585.177	3.663.384	2,18

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, Eigene Berechnungen

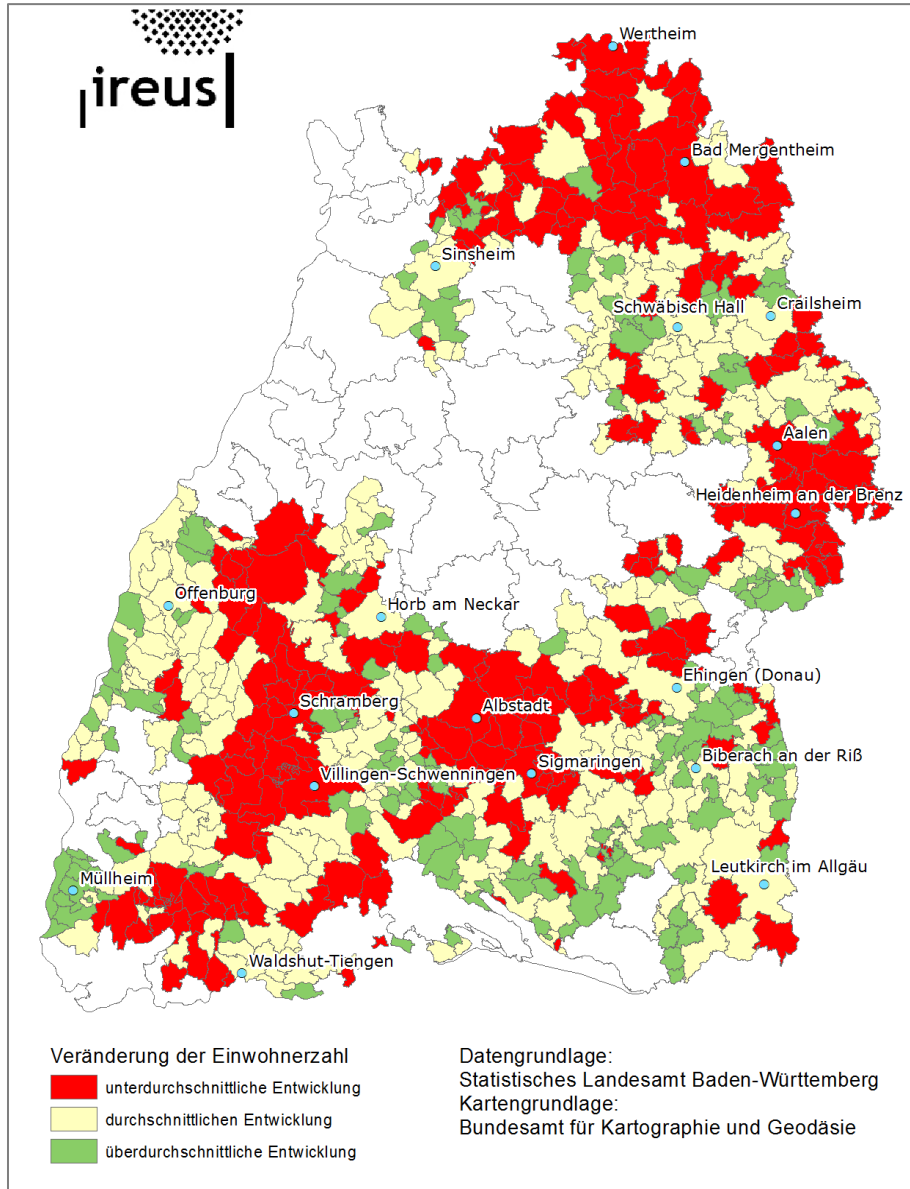
Abbildung 29: Bevölkerungsveränderung im ländlichen Raum nach Gemeindegrößenklassen (1996 – 2009; Basisjahr 1996 = 100)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Bei der Betrachtung der Veränderung der Einwohnerzahl in den einzelnen Gemeinden des ländlichen Raumes zeigt sich ein differenziertes Bild (Abbildung 30). Um die unterschiedliche Betroffenheit der Gemeinden herauszuarbeiten, wurden sie in drei Kategorien unterteilt: durchschnittliche Veränderung, unterdurchschnittliche Veränderung sowie überdurchschnittliche Veränderung. Wie bereits bei der Analyse der Beschäftigungsentwicklung wird auch hier eine Veränderung als durchschnittlich bezeichnet, wenn sie sich innerhalb eines Bereichs von einer halben Standardabweichung um den Mittelwert der Veränderungsrate aller Gemeinden des Landes befindet. Im ländlichen Raum hat die Bevölkerung von 1996 bis 2009 im Durchschnitt um rund 2,1% zugenommen. Lediglich 157 Gemeinden des ländlichen Raumes verzeichneten in der Betrachtungsperiode ein überdurchschnittliches Wachstum. Die Gemeinden mit überdurchschnittlichen Bevölkerungszunahmen konzentrieren sich an den Grenzen zum Agglomerationsraum im Bereich des Oberrheintales, am Bodensee und in Oberschwaben. Demgegenüber wiesen 233 Gemeinden in der Betrachtungsperiode entweder Bevölkerungsrückgänge oder eine unterdurchschnittliche Zunahme auf. In Abbildung 30 fällt die Konzentration der Gemeinden mit einer unterdurchschnittlichen Bevölkerungsveränderung im Schwarzwald, auf der Westalb, in Ostwürttemberg und im Nordosten des Landes auf.

Abbildung 30: Bevölkerungsveränderung im ländlichen Raum (1996 – 2009)



Die alleinige Betrachtung der Veränderung der Einwohnerzahl ermöglicht keine Erklärungen zu den Bestimmungsgrößen der Veränderung und kann auch nur sehr eingeschränkt Hinweise auf zukünftige Veränderungen geben. Die natürliche Bevölkerungsbewegung (Geburten- und Sterbefälle) sowie die Wanderungen sind die beiden Komponenten der Bevölkerungsdynamik, die im Folgenden näher untersucht werden sollen. Dafür werden die Gemeinden des ländlichen Raumes nach der jeweiligen Ausprägung der beiden Komponenten klassifiziert. Insgesamt ergeben sich folgende sechs mögliche Kombinationen der Komponenten der Bevölkerungsdynamik:

- Geburtenüberschuss und Nettozuwanderung
- Geburtenüberschuss größer oder gleich der Nettoabwanderung
- Sterbeüberschuss geringer oder gleich der Nettozuwanderung
- Geburtenüberschuss geringer oder gleich der Nettoabwanderung
- Sterbeüberschuss größer oder gleich der Nettozuwanderung
- Sterbeüberschuss und Nettoabwanderung

Die ersten drei Fälle beschreiben eine zunehmende Bevölkerung, während die letzten drei Fälle eine abnehmende Bevölkerung zur Folge haben.

Tabelle 4 führt die Verteilung der Gemeinden nach den sechs genannten Typen der Bevölkerungsdynamik in den Jahren 1996 und 2009 auf und verdeutlicht die schwerwiegenden Verschiebungen zwischen den beiden Jahren im Zuge eines immer sichtbarer werdenden demografischen Wandels. Die Anzahl der Gemeinden mit einer insgesamt positiven Bevölkerungsveränderung hat sich zwischen 1996 und 2009, ausgehend von 462 Gemeinden, um insgesamt 194 verringert, wobei der Gemeindetyp mit Geburtenüberschüssen und Nettozuwanderung vom Rückgang am stärksten betroffen ist.

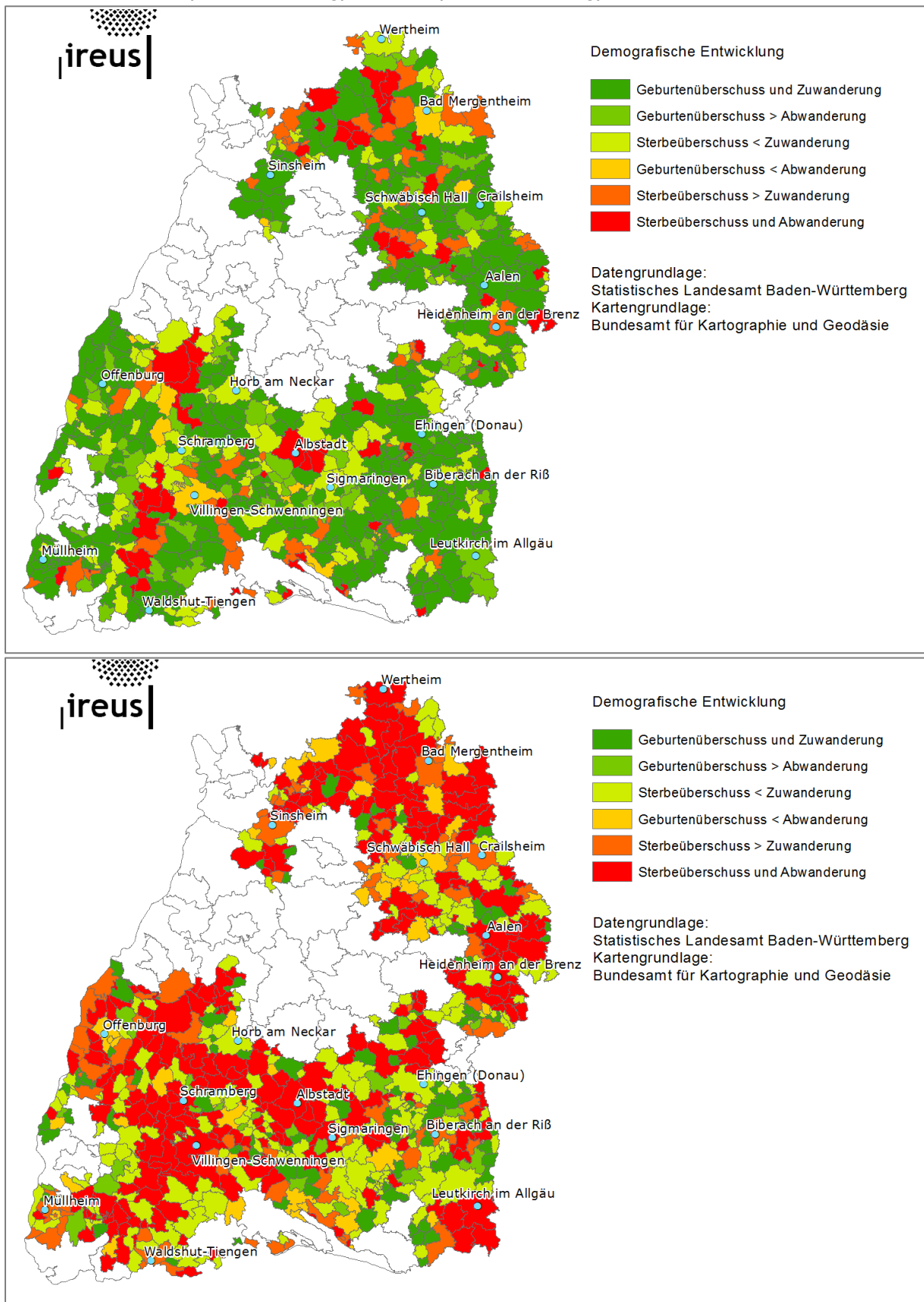
Tabelle 4: Gemeinden des ländlichen Raumes nach Typen der Bevölkerungsdynamik (1996 – 2009)

Gemeindetyp	Jahr		Veränderung der Anzahl im Zeitraum 1996 -2009
	1996 [Anzahl]	2009 [Anzahl]	
Geburtenüberschuss und Nettozuwanderung	346	96	-250
Geburtenüberschuss größer oder gleich der Nettoabwanderung	60	23	-37
Sterbeüberschuss geringer oder gleich der Nettozuwanderung	56	75	+19
Geburtenüberschuss geringer oder gleich der Nettoabwanderung	126	186	+60
Sterbeüberschuss größer oder gleich der Nettozuwanderung	12	40	+28
Sterbeüberschuss und Nettoabwanderung	56	236	+180

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Besonders hoch ist auch die Zunahme des Gemeindetyps mit einem Sterbeüberschuss und einer Nettoabwanderung. Die beiden folgenden Abbildungen veranschaulichen den Beitrag der unterschiedlichen demografischen Komponenten zur Bevölkerungsdynamik in den Jahren 1996 und 2009. Ein Vergleich der Karten der beiden Jahre unterstreicht die schwerwiegenden Veränderungen im Betrachtungszeitraum.

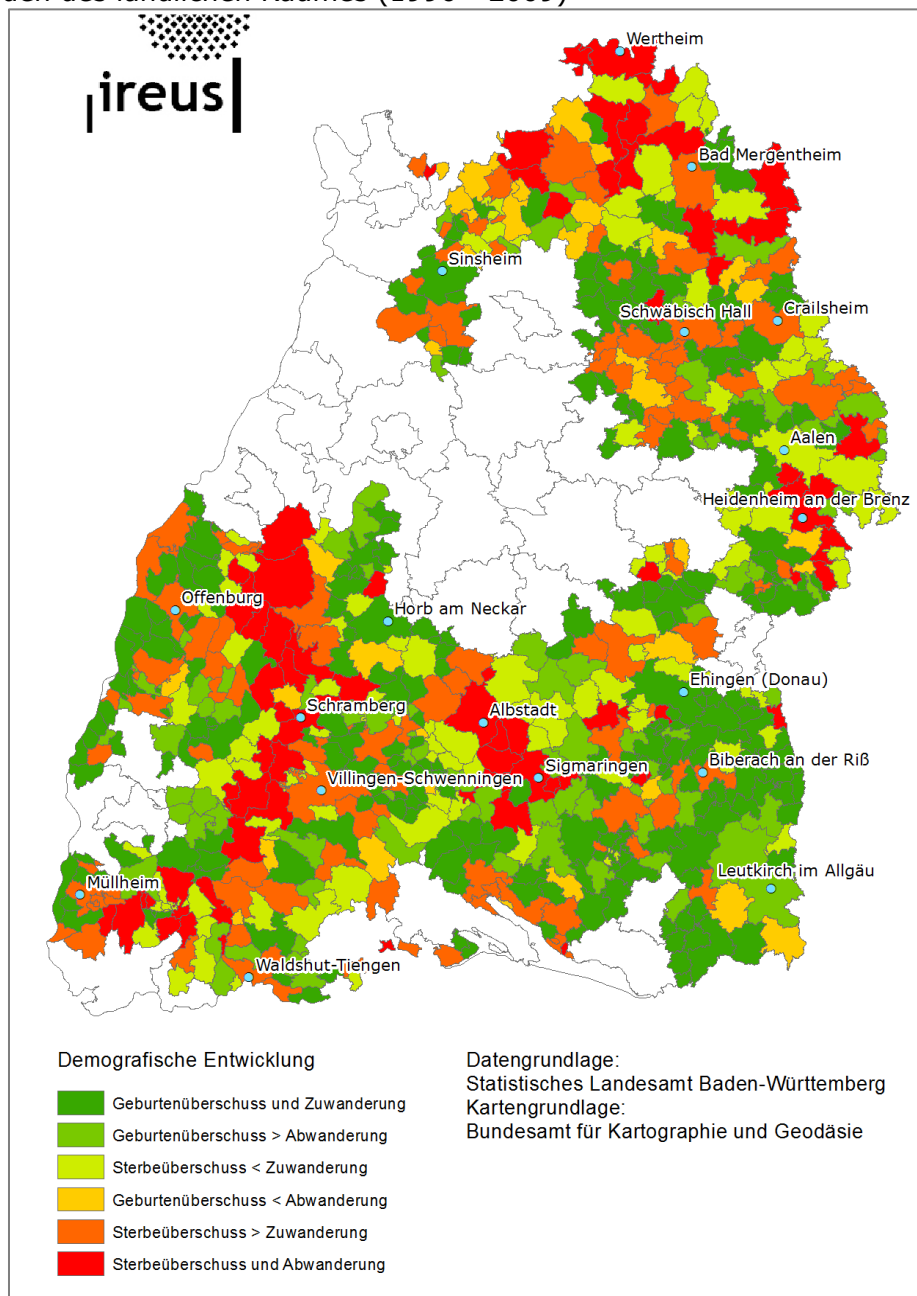
Abbildung 31: Beitrag der Komponenten der demografischen Entwicklung in den Gemeinden des ländlichen Raumes im Jahr 1996 (obere Darstellung) und 2009 (untere Darstellung)



Die beiden Abbildungen stellen die Komponenten der Bevölkerungsdynamik für das Anfangs- und das Endjahr des Untersuchungszeitraumes dar. Eine Betrachtung der Kompo-

nenten der Bevölkerungsdynamik für den gesamten Zeitraum zeigt auf, dass in 46 Gemeinden aufgrund der positiven natürlichen Komponente und der Nettozuwanderung die Bevölkerungsentwicklung positiv war und in weiteren 198 Gemeinden zumindest eine positive Komponente die negative Komponente überkompensiert hat (Abbildung 32).

Abbildung 32: Beitrag der Komponenten der demografischen Entwicklung in den Gemeinden des ländlichen Raumes (1996 - 2009)



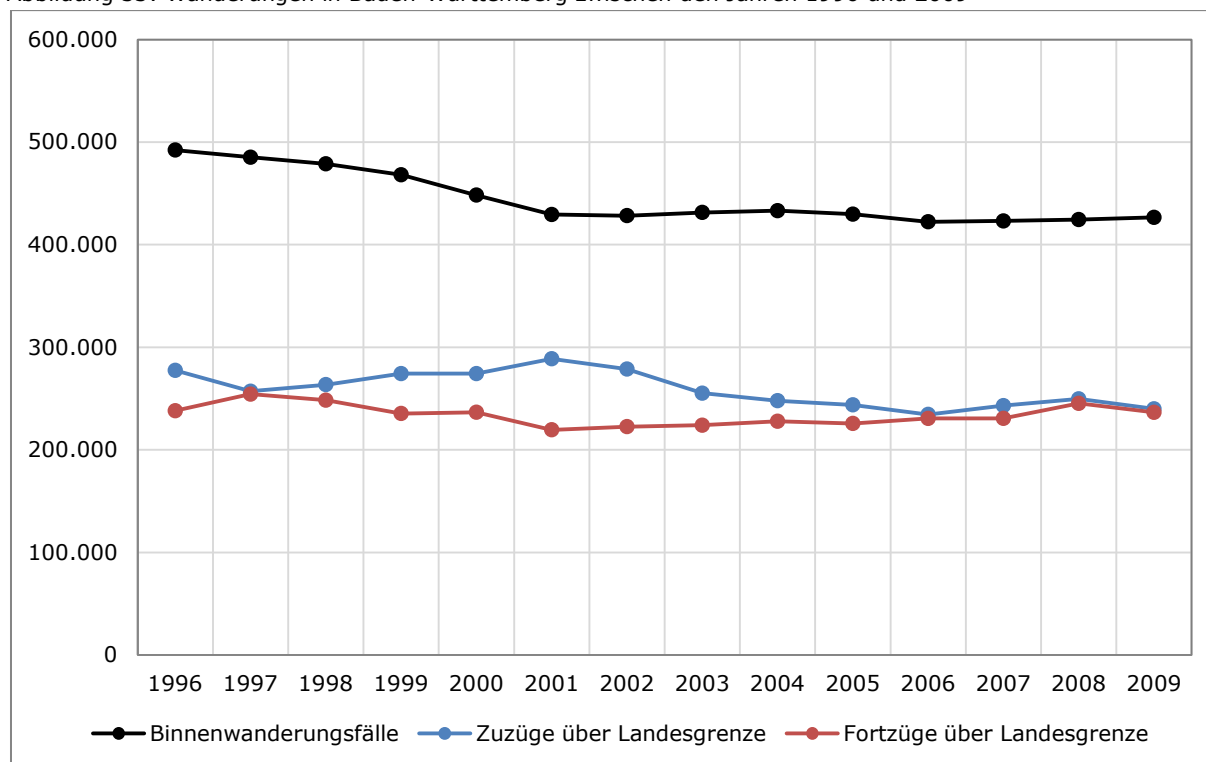
Aus der Zusammenschau der letzten drei Abbildungen kann geschlossen werden, dass die relativ günstige Entwicklung in den einzelnen Gemeinden in der gesamten Betrachtungsperiode vor allem auf die Wachstumseffekte der natürlichen Entwicklung und der Nettozuwanderung zu Beginn zurückzuführen ist und im weiteren Verlauf der beobachteten Veränderungen mit verstärkten Bevölkerungsrückgängen zu rechnen ist. In den kommenden Jahren werden immer mehr Gemeinden des ländlichen Raumes mit sinkenden Bevölkerungszahlen konfrontiert sein – eine für die heutige Generation von kommunalen Entscheidungsträgern vollkommen neue Erfahrung.

3.1.2 Wanderungsgeschehen

Mit Blick auf die erhebliche Bedeutung von Wanderungen für die demografische Entwicklung werden im Folgenden die jüngeren Trendentwicklungen in Baden-Württemberg einer genaueren Analyse unterzogen. Wanderungen spiegeln zum einen eine individuelle Bewertung und Reaktion auf veränderte Standortqualitäten wider und können daher als Indikator für die wirtschaftliche und soziale Position eines Raumes im Zusammenhang mit anderen Räumen angesehen werden, zum anderen zeichnen sich Wanderungen durch ihre Selektivität aus, weil nicht alle Teile einer Bevölkerung im gleichen Ausmaß am Wanderungsgeschehen teilnehmen. Sie beeinflussen dadurch in einem hohen Maß nicht nur die zukünftige Bevölkerungszahl, sondern auch die Zusammensetzung der Bevölkerung. Vor dem Hintergrund einer konstant niedrigen oder rückläufigen Fertilität und einer Zunahme der Lebenserwartung beeinflussen die Wanderungen verstärkt auch die mittel- bis langfristigen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten eines Raumes.

Zwischen 1996 und 2009 hat sich die Zahl der Zuzüge über die Landesgrenze uneinheitlich entwickelt. Es lassen sich vier Phasen erkennen, die annähernd parallel zur Beschäftigungsentwicklung in Baden-Württemberg verliefen. Zwischen 1997 und 2001 ist die Zahl der Zuwanderer über die Landesgrenze von rund 257.000 auf annähernd 289.000 Personen im Jahr angestiegen. Zwischen den Jahren 2001 und 2006 wurde ein Rückgang auf rund 234.000 Personen im Jahr verzeichnet. Nach einem Anstieg in den Jahren 2007 und 2008 auf rund 250.000 Zuwanderer im Jahr ist die Zahl der Zuwanderer 2009 auf rund 240.000 gesunken. Die Zahl der Fortzüge über die Landesgrenze verlief bis zum Jahr 2001 gegenläufig zu den Zuzügen und nahm bis 2008 leicht zu. Im Jahr 2009 ist die Zahl der Fortzüge wieder leicht gesunken. Trotzdem betrug der Wanderungsgewinn Baden-Württembergs im Jahr 2009 nur noch rund 3.400 Personen. Während die Zu- und Fortzüge über die Landesgrenze im Untersuchungszeitraum gewissen Schwankungen unterlagen, nahm die Zahl der Wanderungsfälle innerhalb des Landes von rund 492.000 im Jahr 1996 auf rund 423.000 im Jahr 2007 stetig ab und verzeichnete bis zum Jahr 2009 einen leichten Anstieg auf rund 426.500 Personen. Aufgrund der Kürze des Zeitraumes von nur zwei Jahren lässt sich eine Trendumkehr nicht feststellen. Abbildung 33 verdeutlicht die unterschiedlichen zeitlichen Verläufe der betrachteten Kategorien von Wanderungen.

Abbildung 33: Wanderungen in Baden-Württemberg zwischen den Jahren 1996 und 2009



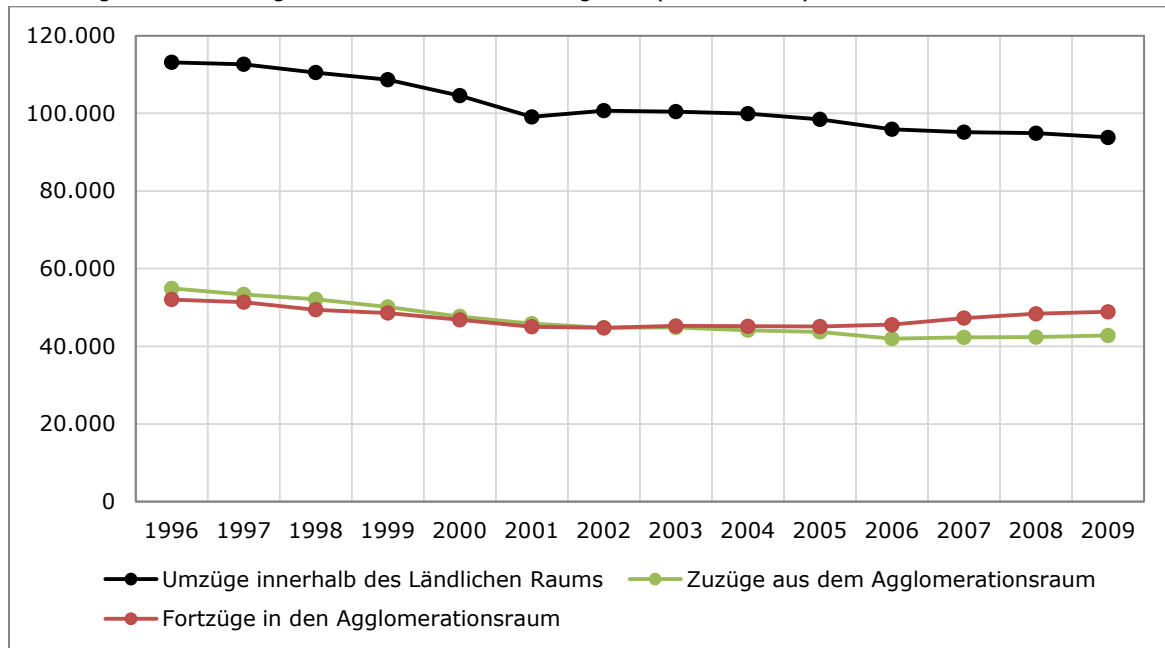
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Eine Auswertung der Wanderungsmatrizen zwischen den Gemeinden des Landes für die jeweiligen Jahre des Untersuchungszeitraumes zeigt ein unterschiedliches Ausmaß der Betroffenheit der Gemeinden in den beiden Raumkategorien. Die Zahl der Zuzüge aus Gemeinden der Agglomerationsräume in Gemeinden des ländlichen Raumes hat von rund 55.000 Fällen im Jahr 1996 auf rund 43.000 Fälle im Jahr 2009 um knapp 22% abgenommen. Auf der anderen Seite hat im Zeitraum von 1996 bis 2002 auch die Zahl der Fortzüge aus dem ländlichen Raum in den Agglomerationsraum, ausgehend von rund 52.000, abgenommen. Im Jahr 2002 waren diese beiden Wanderungsströme mit rund 45.000 Fällen annähernd gleich groß. Seit dem Jahr 2003 nahm die Zahl der Fortzüge in den Agglomerationsraum um rund 8% zu. Die großräumige Wanderungsrichtung hat sich demnach vollkommen umgekehrt: profitierte der ländliche Raum bis 2002 von einer Nettozuwanderung aus dem Agglomerationsraum, so ist seit 2002 eine Nettoabwanderung zu verkräften.

Über die Gründe für diese Veränderung lässt sich an dieser Stelle noch keine Aussage treffen. Denkbar sind zwei Erklärungsmuster: Zum einen könnte die Zahl der Personen im Alter mit einer besonders hohen Wanderungsintensität im ländlichen Raum zugenommen haben (vor allem Menschen im Ausbildungsalter), so dass ein Altersstruktureffekt zum Tragen kommt, zum anderen könnte eine Änderung des Wanderungsverhaltens eingetreten sein, die zur Zeit als Reurbanisierungs-Hypothese diskutiert wird. Gegen den ersten Erklärungsversuch spricht, dass in Baden-Württemberg insgesamt die Belegung der besonders wanderungsaktiven Altersjahrgänge (18-35 Jahre) seit Ende der 1990er Jahre abnimmt. Für eine grundlegende Änderung der Wanderungsmuster spricht auch, dass die Zahl der Umzüge innerhalb des ländlichen Raumes seit dem Jahr 2003 um rund 7% abgenommen hat, die Zahl aller Fortzüge aus dem ländlichen Raum aber nur um rund 1,5% zugenommen hat und die durchschnittliche Luftlinienentfernung der Fortzüge aus Gemeinden des ländlichen Raumes zwischen den Jahren 2002 und 2009 von 28,0 km

auf 29,3 km gestiegen ist. Abbildung 34 veranschaulicht die Entwicklung der Wanderungsfälle zwischen dem ländlichen Raum und dem Agglomerationsraum.

Abbildung 34: Wanderungen zwischen den Raumkategorien (1996 – 2009)



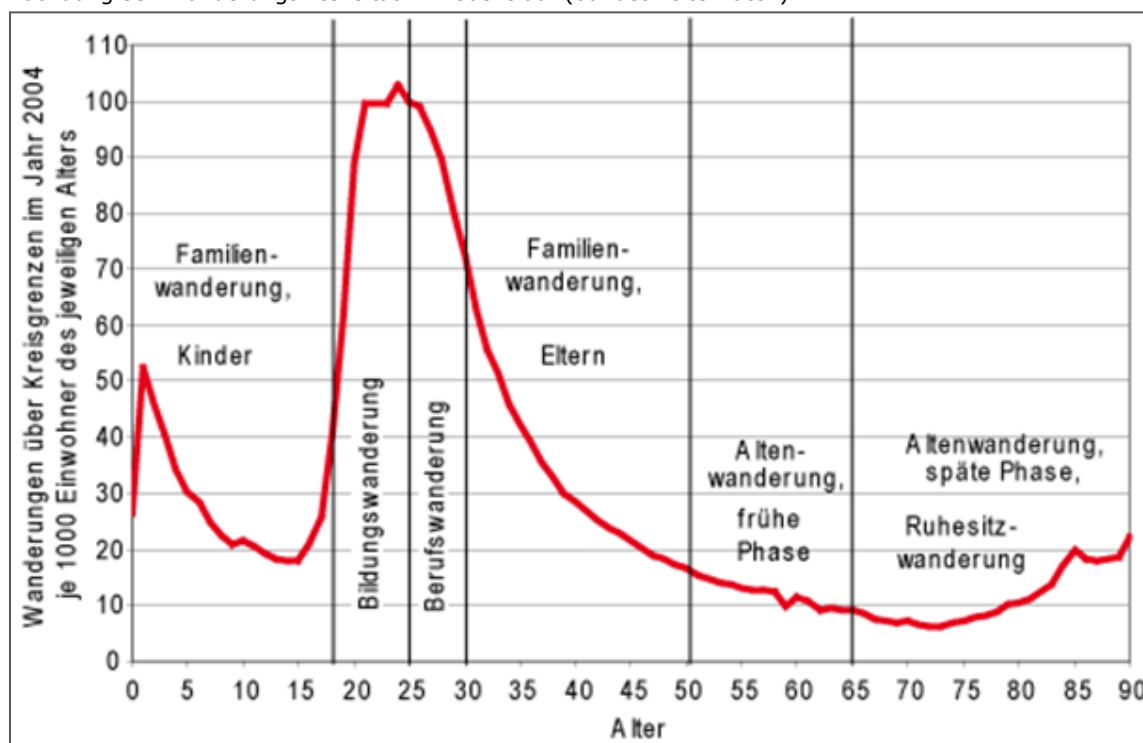
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Insgesamt machen die Auswertungen deutlich, dass die Bevölkerungsentwicklung im Ländlichen Raum Baden-Württembergs in den Jahren seit etwa 2002 einen erheblichen Trendbruch erfahren hat. Nach einer längeren Phase des Bevölkerungswachstums, gespeist durch das natürliche Bevölkerungswachstum aber auch durch Nettozuwanderung aus dem Agglomerationsraum, verliert der ländliche Raum seit einigen Jahren Bevölkerung. Während der „kippende“ natürliche Bevölkerungssaldo im Wesentlichen auf einen Altersstruktureffekt zurückzuführen ist, bedarf die sich zulasten des ländlichen Raumes verändernde Wanderungsbilanz einer weitergehenden Erklärung, die an dieser Stelle zunächst nur hypothetisch erfolgen kann. Die neue Attraktivität der Agglomerationsräume, und hier insbesondere der Großstädte als Wohn- und Lebensort (siehe Brachat-Schwarz 2004 und 2008 sowie Schmidt 2010), scheint – dies zeigen die oben dokumentierten Analysen der wirtschaftlichen Entwicklung – nicht auf ökonomische Faktoren zurückzuführen zu sein. Möglicherweise spielt eher eine veränderte soziokulturelle Bewertung von „Stadt“ und „Land“ insbesondere bei jüngeren Menschen eine Rolle. Denkbar ist auch, dass angesichts steigender Energiekosten Standorte mit guter Daseinsvorsorgeinfrastruktur als Wohnort präferiert werden. Mit dieser Erklärung korrespondieren die relativ positive Bevölkerungsentwicklung der größeren Mittelstädte im ländlichen Raum und die schwache Entwicklung kleiner Landgemeinden.

Diesbezüglich vertiefende Erkenntnisse liefert eine Analyse der Wanderungen nach Altersgruppen. Auf die altersbezogene Selektivität von Wanderungen wurde bereits mehrfach hingewiesen. Im Hinblick auf die künftigen Entwicklungschancen des ländlichen Raumes spielen zwei Bevölkerungsgruppen eine besondere Rolle (Abbildung 35). Zum einen sind es die jungen Erwachsenen, die ihre erste Ausbildungsphase beendet haben und eine höher qualifizierte Ausbildung anstreben. Die Wanderungen in dieser Lebensphase werden den Bildungswanderungen zugeordnet. Hinzu kommt, dass in der Altersgruppe von 18 bis unter 25 Jahren auch die höchste Mobilität im Lebensverlauf zu ver-

zeichnen ist. Strittig ist insbesondere, in welchem Umfang es sich dabei um temporäre oder dauerhafte Verlagerungen des Wohnorts handelt. Die zweite entscheidende Gruppe stellt die Wanderungen in der Familienphase dar. Die Motivation für diese Wanderungen wird zu einem großen Teil durch den Wohnungsmarkt bestimmt. Zu dieser Gruppe werden sowohl die unter 18-jährigen als auch die Altersgruppe der 30- bis unter 50-jährigen gezählt. Da das Wanderungsmuster der unter 18-jährigen und der 30- bis unter 50-jährigen sich im Allgemeinen ähneln, kann von Familienwanderung gesprochen werden.

Abbildung 35: Wanderungsintensität im Lebenslauf (bundesweite Daten)



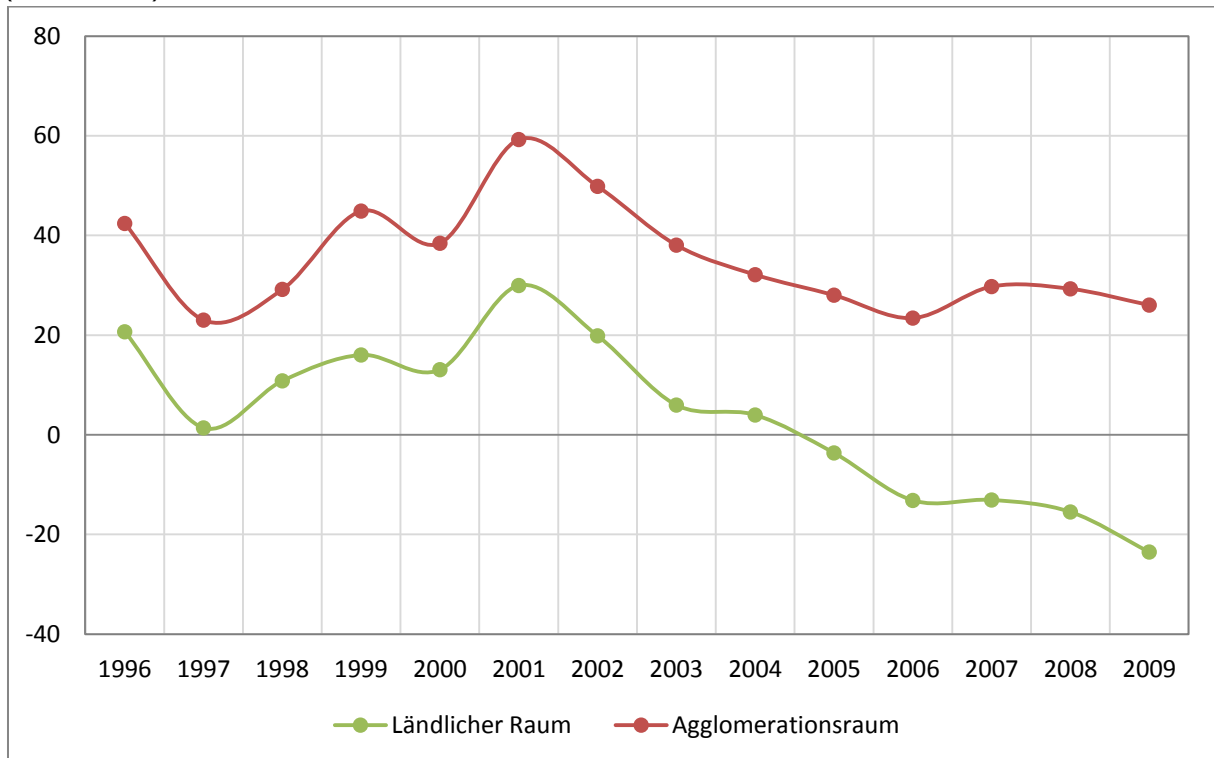
Quelle: http://www.bbsr.bund.de/cln_016/nn_600844/BBSR/DE/Raumentwicklung/Raumentwicklung_Deutschland/Demografie/Indikatoren/Binnenwanderung/binnenwanderung.html, Abruf: 10.12.2010

Als Indikator für die Darstellung der Wanderung der beiden Altersgruppen wird der Wanderungssaldo der Personen in den jeweiligen Altersgruppen je 1.000 Einwohner der Altersgruppe verwendet. Bei einer Betrachtung des zeitlichen Verlaufs der Wanderungssalden für Bildungswanderer und Wanderer in der Familienphase spiegelt sich zunächst das allgemeine Wanderungsgeschehen auf Landesebene wider (Brachat-Schwarz, 2010). Nach einem Rückgang der Wanderungsgewinne zwischen 1996 und 1997 hat der Saldo bis zum Jahr 2001 zugenommen und seither bis zum Jahr 2006 abgenommen. Im Jahr 2007 konnte ein leichter Anstieg verzeichnet werden, der in den Jahren 2008 und 2009 wieder von einem Rückgang abgelöst wurde.

Ein Vergleich des zeitlichen Verlaufs des Wanderungssaldos der Bildungswanderer je 1.000 Einwohner der Altersgruppe für den ländlichen Raum und dem Agglomerationsraum zeigt, dass der allgemeine Trend von einem weiteren Trend überlagert wird. Grundsätzlich ist der Saldo im Agglomerationsraum höher als im ländlichen Raum. Zwar nimmt seit dem Jahr 2001 sowohl im ländlichen Raum als auch im Agglomerationsraum der Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner der Altersgruppe ab, aber der Abstand zwischen den beiden Raumkategorien vergrößert sich seit dem Jahr 2004 stetig. Im Jahr 2005 wurde der Saldo der Bildungswanderer je 1.000 Einwohner der Altersgruppe im ländli-

chen Raum erstmalig negativ. Der negative Trend hat sich bis zum Jahr 2009 verstärkt. Diese Beobachtung deutet auf eine grundsätzliche Verhaltensänderung hin, die die Position des ländlichen Raumes schwächt. Wirkungen in der Wanderungsstatistik durch Einführung einer Zweitwohnungssteuer in manchen Kommunen spielen vermutlich keine nennenswerte Rolle, weil zum einen die Steuer sowohl in Gemeinden des Ländlichen Raumes als auch in Gemeinden in Agglomerationsräumen erhoben wird und zum anderen die Einführung in den Großstädten mehrheitlich erst nach dem 1.1.2009 stattgefunden hat.

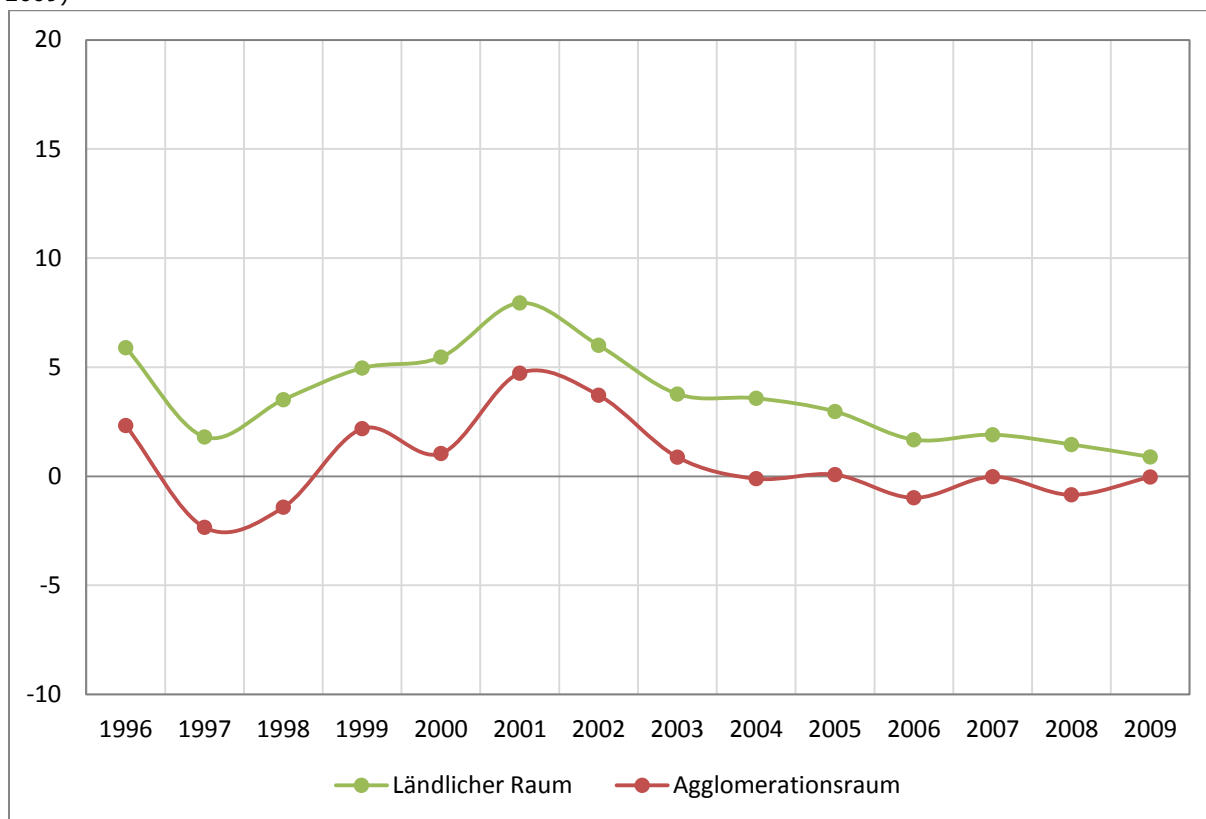
Abbildung 36: Entwicklung des Saldos der Bildungswanderung je 1.000 Einwohner der Altersgruppe (1996 – 2009)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Die Salden der Wanderer in der Familienphase sind in ihrer numerischen Ausprägung deutlich niedriger als die der Bildungswanderer. Auch hier lässt sich im zeitlichen Verlauf der grundsätzliche Landestrend erkennen. Im Gegensatz zu den Bildungswanderern sind die Salden des ländlichen Raumes im Betrachtungszeitraum höher als die Salden des Agglomerationsraumes. Allerdings ist der Abstand zwischen den Salden der beiden Raumkategorien deutlich niedriger als bei den Bildungswanderern. Im Gegensatz zur Altersgruppe der 18- bis unter 25-jährigen unterliegt der Abstand zwischen den beiden Raumkategorien keinen gravierenden Änderungen. Im Zeitverlauf ist der Saldo des ländlichen Raumes leicht positiv, wenn auch abnehmend. Tendenzen einer Annäherung der Salden der betrachteten Raumkategorien lassen sich erkennen.

Abbildung 37: Entwicklung des Saldos der Familienwanderung je 1.000 Einwohner der Altersgruppen (1996 – 2009)

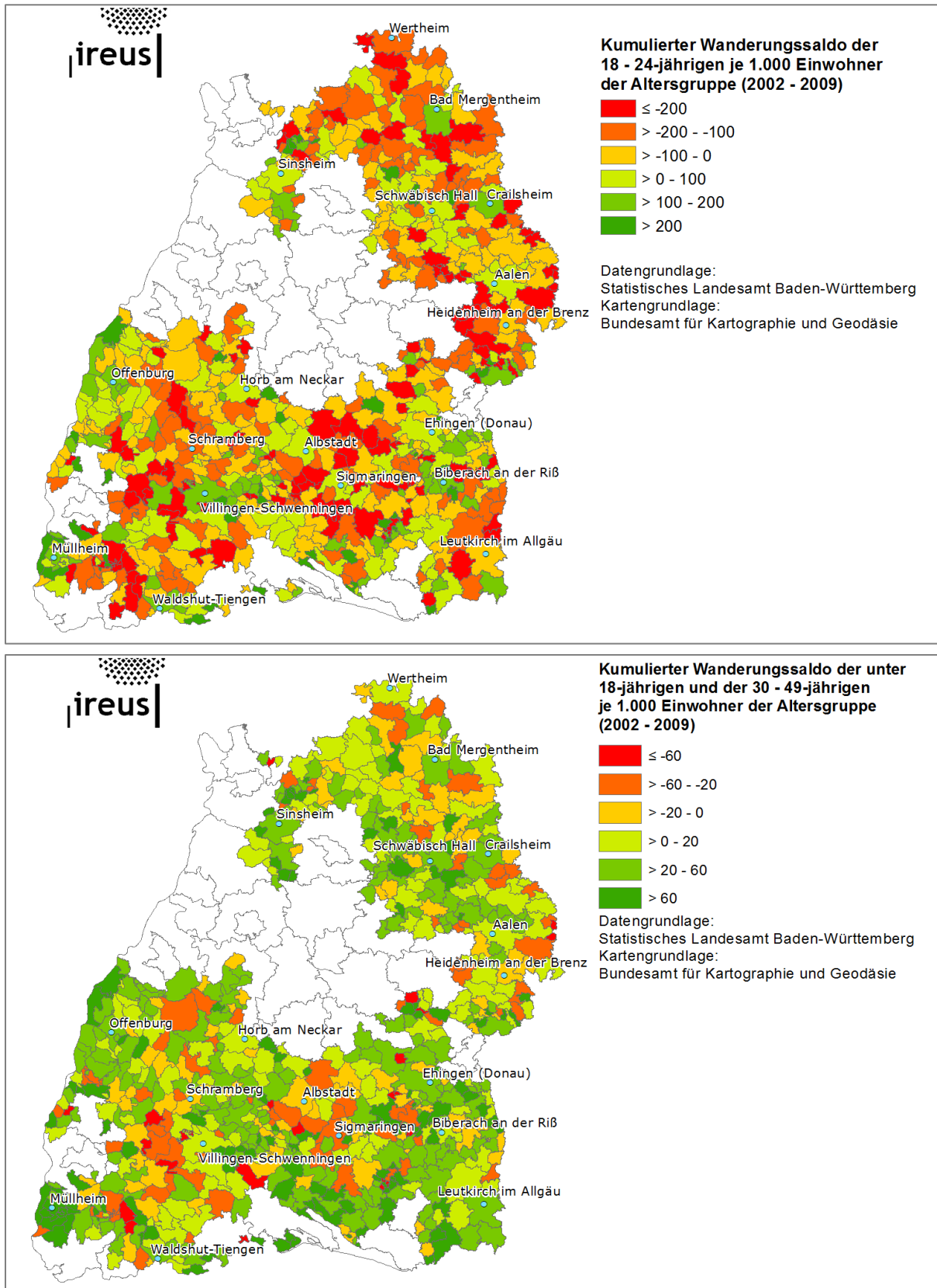


Quelle: Statistisches Landesamt Baden Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Das räumliche Muster der Bildungswanderung für den Zeitraum 2002 bis 2009 zeigt ein deutliches Bild. Von den 656 Gemeinden des ländlichen Raumes hatten im Betrachtungszeitraum rund 63% einen negativen Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner der entsprechenden Altersgruppe. Die Spannweite der negativen Salden je 1.000 Einwohner ist durch einige Ausreißer geprägt, so dass eine Angabe eines Mittelwertes nicht sinnvoll erscheint. Der Median der kumulierten negativen Wanderungssalden je 1.000 Einwohner in der entsprechenden Altersgruppe liegt bei -55,8. Auffällig ist, dass vor allem die Zentren der Verdichtungsgebiete im ländlichen Raum und Gebiete um Standorte von Hochschulen (Fachhochschulen, Dualen Hochschulen) und privaten Bildungseinrichtungen einen positiven Wanderungssaldo bei dieser Altersgruppe verzeichnen.

Das räumliche Muster der Salden der Familienwanderungen im Zeitraum 2002 bis 2009 unterscheidet sich deutlich von den Bildungswanderungen. Hier weisen nur rund 27% der Gemeinden des ländlichen Raumes einen negativen Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner der entsprechenden Altersgruppe auf. Die räumliche Verteilung der Gemeinden mit diesbezüglichen Wanderungsverlusten zeigt einige Schwerpunkte im Mittleren und Südlichen Schwarzwald sowie auf der Schwäbischen Alb und im Nordosten des Landes.

Abbildung 38: Bildungswanderung (obere Darstellung) und Familienwanderung (untere Darstellung) in den Gemeinden des ländlichen Raumes (2002 - 2009)



Insgesamt kann somit festgehalten werden, dass der ländliche Raum durch Abwanderung junge Menschen verliert, die im Zuge ihrer Familiengründung nicht in vollem Umfang zurückkehren. Dieser Trend wird – sollte er anhalten – den Schrumpfungs- und Alterungs-

prozess in den kommenden Jahren deutlich dynamisieren. Damit müssen mittelfristig auch negative Wirkungen auf die Verfügbarkeit von auszubildenden Fachkräften im ländlichen Raum angenommen werden. Eine Ursache könnte in der höheren Studierendenquote liegen. In den vergangenen Jahren hat der Anteil der Studienanfänger in erfreulichem Maße zugenommen. Eine Kehrseite dieser Entwicklung ist dabei aber eine forcierte Orientierung junger Menschen auf die mehrheitlich in den Agglomerationsräumen lokalisierten Standorte der Hochschulausbildung.

3.2 Erreichbarkeitsverhältnisse

Die wirtschaftliche und demografische Entwicklung eines Raumes wird in entscheidendem Maße auch von der Zugänglichkeit von Infrastruktureinrichtungen verschiedenster Art geprägt. Regionen und Gemeinden mit komparativen Erreichbarkeitsvorteilen genießen Wettbewerbsvorteile gegenüber Gemeinden mit Ausstattungs- und Erreichbarkeitsdefiziten. Daher wurde im Rahmen dieses Forschungsprojekts ein landesweites Erreichbarkeitsmodell entwickelt und eingesetzt, mit möglichen Disparitäten in den Erreichbarkeitsverhältnissen zwischen Agglomerationsraum und ländlichem Raum sowie zwischen den verschiedenen Regionen des Ländlichen Raumes in Baden-Württemberg dargestellt werden können. Erreichbarkeit wird in diesem Zusammenhang definiert als Maß für die Zugänglichkeit von Aktivitätsgelegenheiten. Eine gute Erreichbarkeit von Einrichtungen, welche die Versorgung der Wohnbevölkerung mit zentralörtlichen Dienstleistungen sicher stellt, gilt als Einflussgröße auf die subjektiv wahrgenommene Lebensqualität und wird so zu einem Faktor, der auf die Wohnstandortwahl vor allem junger, flexibler Bevölkerungsgruppen wirkt (Axhausen et al. 2005). Aber nicht nur Auswirkungen auf die Wohnstandortwahl sind möglich. Eine geringe Erreichbarkeit von Bildungseinrichtungen kann über ihre verminderte Frequentierung auch das regionale Bildungsniveau negativ beeinflussen. Analog sind bei großer Distanz zu Einrichtungen der Gesundheitsversorgung Effekte auf die Gesundheit der Bevölkerung denkbar.

Darüber hinaus können Fragen der Erreichbarkeit auch im Rahmen von Ansiedlungsentscheidungen von Unternehmen relevant werden; so gelten allgemein eine gute Erreichbarkeit des Autobahnnetzes sowie eines Knotenpunkts des Schienenfernverkehrs als positiver Standortfaktor. Gemäß der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie befähigt erst ein leichter Zugang zu Beschaffungs- und Absatzmärkten die Vorteile von Arbeitsteilung und Spezialisierung in Form steigender Skalenerträge zu nutzen (Bleisch/Koellreuter 2003). In den vergangenen Jahrzehnten rückte ferner die elektronische Erreichbarkeit in Form einer Verfügbarkeit moderner Informations- und Kommunikationstechnologien in den Fokus unternehmerischer Standortentscheidungen.

Dem ländlichen Raum werden in diesem Zusammenhang weniger günstige Voraussetzungen zugeschrieben. Die geringere Siedlungsdichte und die zunehmende Zersiedlung bewirken eine größere Distanz zu zentralörtlichen Einrichtungen, die sich aus Effizienzgründen in zentralen Orten konzentrieren. Bevölkerungsrückgang, steigender Kostendruck vor allem im Gesundheitswesen und der Bedeutungsgewinn des Effizienzprinzips bei der Vorhaltung öffentlicher Dienstleistungen unterstützen die Tendenz, die Versorgungsangebote in ländlichen Gebieten auf regionale Zentren zu verlagern (Meth 2002, S.5). Demgegenüber lassen der Ausbau verkehrlicher Infrastrukturen und die zunehmen-

de Leistungsfähigkeit moderner Transportmittel die zeitliche Distanz zwischen Wohn- und Zielort bei unveränderter räumlicher (Luftlinien-)Distanz sinken, so dass einem Rückgang der Erreichbarkeit entgegen gewirkt wird.

Das entwickelte Erreichbarkeitsmodell ermöglicht es, PKW-Reisezeiten zwischen zwei Standorten näherungsweise zu prognostizieren. Bei der Verstandortung der Einrichtungen konnte über einen Adressabgleich mit Geodatenbanken in der Regel eine Genauigkeit auf Ebene der Straßen oder Hausnummern erreicht werden. Die Berechnung der Reisezeiten erfolgte auf Basis des Straßengraphs der Firma Teleatlas. Den einzelnen Straßentypen wurden dazu realistische Werte bezüglich der auf ihnen erreichbaren Durchschnittsgeschwindigkeiten unterhalb der zulässigen Höchstgeschwindigkeit zugeordnet. Um Verzerrungen im Bereich der Grenzregionen abzumildern, wurde zusätzlich auf ein überregionales Straßennetz, das lediglich Fernverbindungen umfasst, zurückgegriffen und entsprechende Einrichtungen in anderen Bundesländern bzw. im benachbarten Ausland in die Berechnungen eingebunden. Die Bevölkerungsverteilung ging auf Basis der 1.102 Gemeinden Baden-Württembergs im Jahr 2008 in die Analyse ein. Nachfolgend werden die Ergebnisse der Analysen dargestellt.

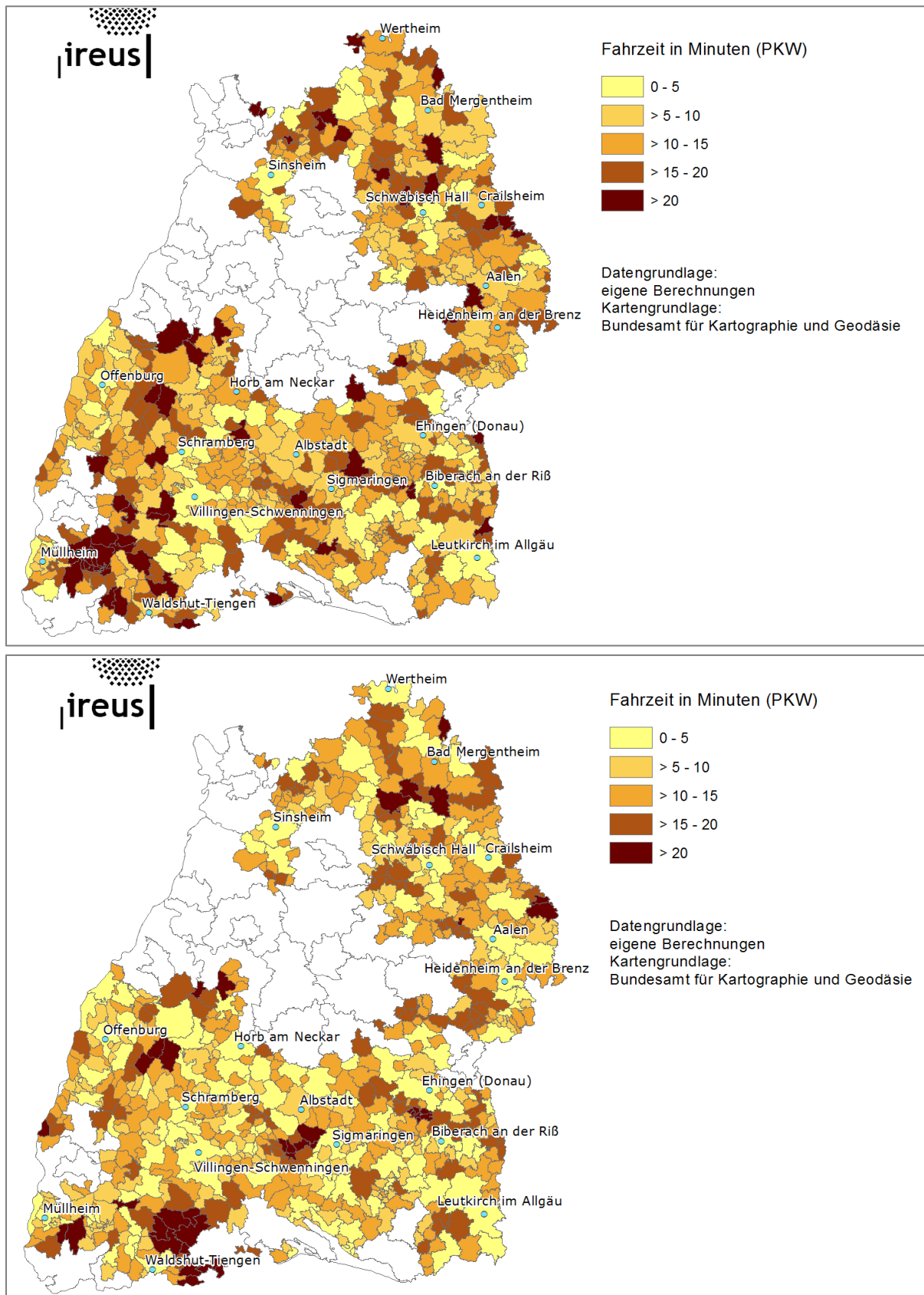
Tabelle 5: Übersicht über die eingesetzten Erreichbarkeitsindikatoren

Themenbereich	Indikator
Bildung	PKW-Fahrzeit zum nächsten Gymnasium
	PKW-Fahrzeit zur nächsten Realschule
	PKW-Fahrzeit zur nächsten Hochschule (> 1.000 Studierende)
	PKW-Fahrzeit zur nächsten öffentlichen kommunalen Bibliothek
Verkehr	PKW-Fahrzeit zur nächsten Autobahnauffahrt
	PKW-Fahrzeit zum nächsten Fernverkehrsbahnhof
	PKW-Fahrzeit zum nächsten Regionalverkehrsbahnhof
	PKW-Fahrzeit zum nächsten internationalen Flughafen
Gesundheit	PKW-Fahrzeit zum nächsten Krankenhaus der Grundversorgung
	PKW-Fahrzeit zur nächsten Apotheke
	Anzahl erreichbarer Hausärzte in 15 Minuten PKW-Fahrzeit
	Hausärzte je 100.000 Einwohner
Arbeitsplätze	Entfernungsgewichtete Anzahl erreichbarer Arbeitsplätze innerhalb 120 min.
Elektronische Erreichbarkeit	Anteil der Haushalte mit Verfügbarkeit eines Breitbandinternetanschlusses ≥ 2 Mbit/s
	Anteil der Haushalte mit Verfügbarkeit eines Breitbandinternetanschlusses ≥ 50 Mbit/s

Bildung

Wie in den meisten anderen Bundesländern folgt in Baden-Württemberg auf einen vierjährigen Besuch einer Grundschule der Übergang auf eine weiterführende Schule. Dabei sind es in der Regel die drei Schulformen Hauptschule, Realschule oder Gymnasium, deren Wahl für den weiteren Bildungsweg große Bedeutung besitzen. Für eine folgende akademische Bildung qualifiziert in erster Linie das Gymnasium, aber auch Realschulabsolventen stellen eine durch Unternehmen des ländlichen Raumes stark nachgefragte Gruppe qualifizierter Arbeitnehmer dar. Abbildungen 39 verdeutlicht, wie groß der Zeitaufwand für die Einwohner ländlicher Gemeinden ist, eine solche Schule zu erreichen. Es sind vor allem Gemeinden im Südschwarzwald, die einen längeren Anfahrtsweg zu den weiterführenden Schulen in Kauf nehmen müssen. Mit Blick auf den gesamten ländlichen Raum kann jedoch nicht von eklatanten Erreichbarkeitsdefiziten gesprochen werden.

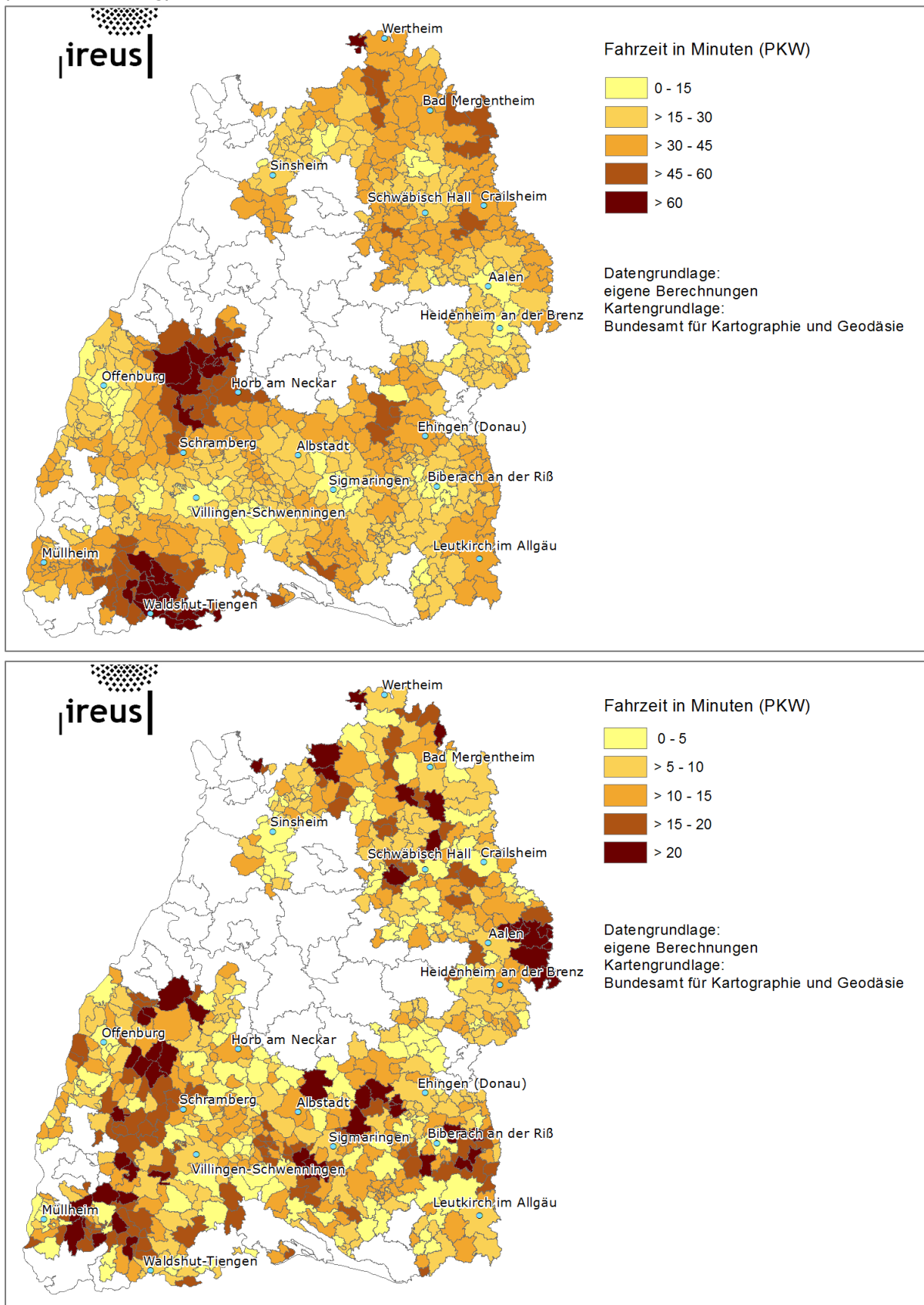
Abbildung 39: Erreichbarkeit von Realschulen (obere Darstellung) und Gymnasien (untere Darstellung) in den Gemeinden des ländlichen Raumes



Anders ist die Situation in Bezug auf die Erreichbarkeit von größeren Hochschulen. Der überwiegende Teil der Hochschulen und Studienplätze befindet sich wie in Kapitel 2.2.1 dargestellt im Agglomerationsraum. Es muss davon ausgegangen werden, dass für einen Großteil der jüngeren Menschen im ländlichen Raum zur Aufnahme eines Studiums ein Wechsel des Wohnstandorts nötig ist. Abbildung 40 zeigt die Anfahrtszeit zur nächstgelegenen Hochschule. Aufgrund des limitierten Studienangebots kleinerer Hochschulen ist aber zu erwarten, dass in vielen Fällen ein noch weiter entfernt liegender Hochschulstandort gewählt wird, der jenseits einer realistischen bzw. zumutbaren Pendlerdistanz anzusiedeln ist.

Als vierter Indikator wurde darüber hinaus die Erreichbarkeit von kommunalen öffentlichen Bibliotheken berechnet. Sie stellen für die Breitenbildung der Bevölkerung eine wesentliche Leistung dar und können daher als ein wichtiger Baustein kommunaler Daseinsvorsorge angesehen werden.

Abbildung 40: Erreichbarkeit von Hochschulen (obere Darstellung) und kommunalen öffentlichen Bibliotheken (untere Darstellung) in den Gemeinden des ländlichen Raumes



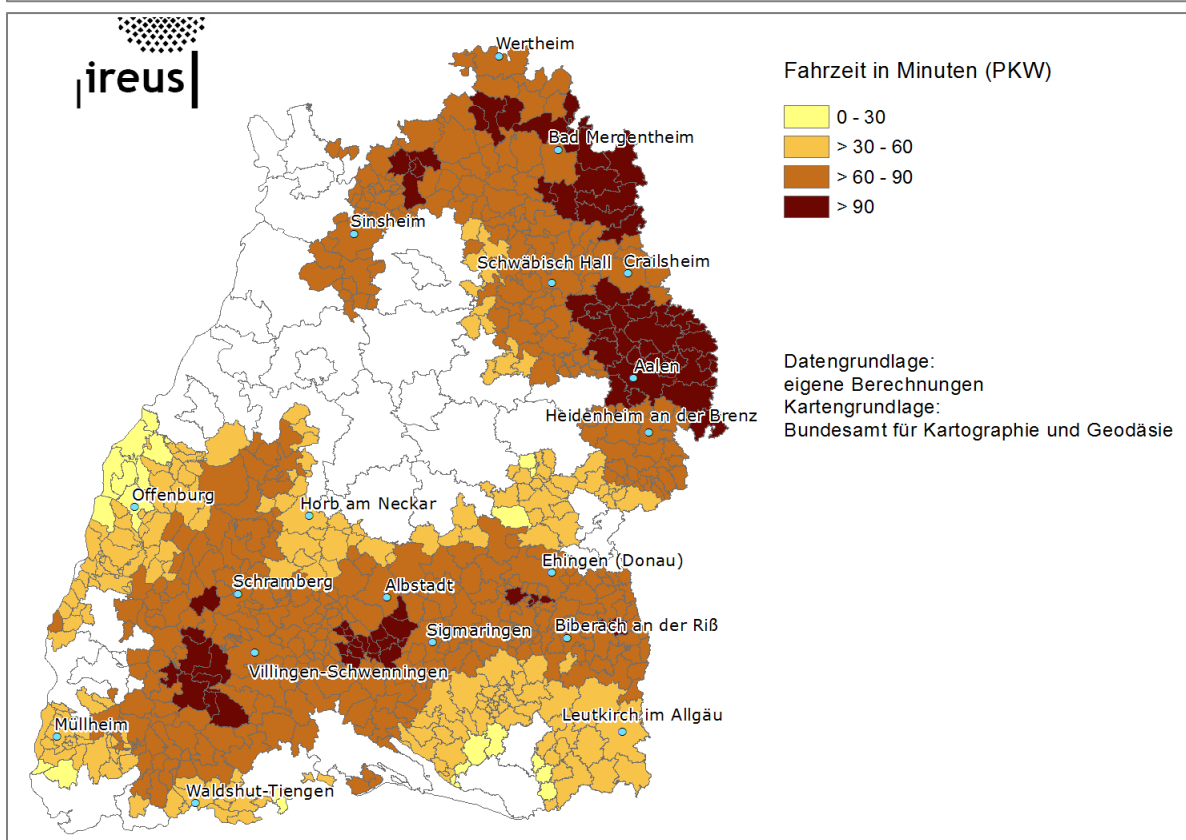
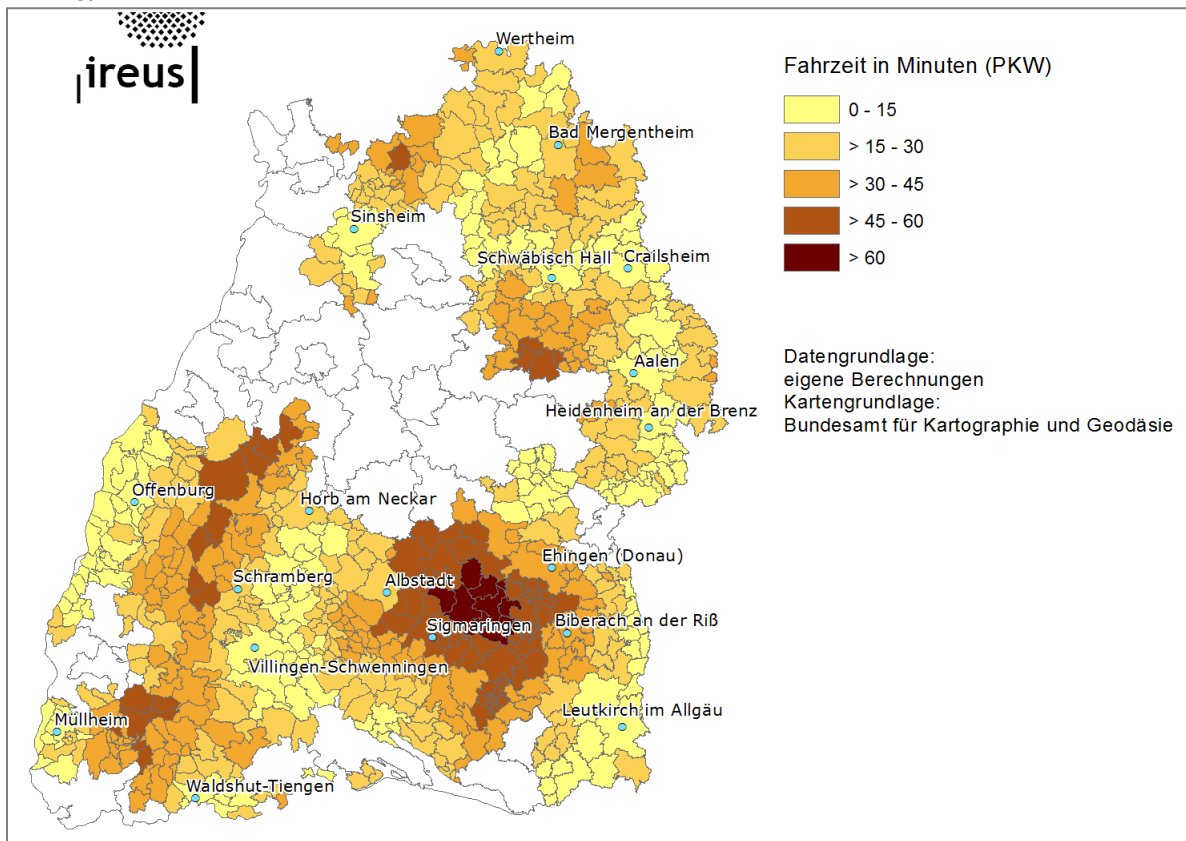
Verkehr

Die Verkehrsanbindung der Gemeinden wurde mit Hilfe von insgesamt vier verschiedenen Einzelindikatoren abgebildet. Als Maß für die Anbindung über den motorisierten Individualverkehr dient die Erreichbarkeit der nächsten Autobahnauffahrt. Innerhalb des ländlichen Raumes zeigen sich deutliche Disparitäten. Vergleichsweise unterdurchschnittliche Erreichbarkeitsniveaus weisen die Gemeinden des Schwarzwalds sowie die Gemeinden im Grenzgebiet der Landkreise Sigmaringen, Reutlingen und Biberach auf. In diesem Gebiet wird teilweise mehr als eine Stunde benötigt, um die nächste Autobahn zu erreichen. Jedoch verfügen auch diese Regionen in der Regel über ein gut ausgebautes Netz von Bundes- und Landstraßen, so dass die Erreichbarkeitsdefizite abgemildert werden.

Das Angebot des öffentlichen Verkehrs wird anhand der Erreichbarkeit des nächstgelegenen internationalen Flughafens¹⁴, des nächstgelegenen Bahnhofs und des nächstgelegenen Fernverkehrsbahnhofs evaluiert. Es findet sich kein internationaler Flughafen im Ländlichen Raum Baden-Württembergs. Nichtsdestoweniger zeichnen sich einige seiner Gebiete durch eine gute Erreichbarkeit jener aus. Zu nennen sind hier die Gemeinden des Ortenaukreises sowie die Gemeinden mit Lage nördlich des Bodensees. Letztgenannte befinden sich in räumlicher Nähe zum Flughafen Friedrichshafen, während die Flughäfen Straßburg und Karlsruhe/Baden-Baden schnell für die Bewohner des Ortenaukreises zu erreichen sind.

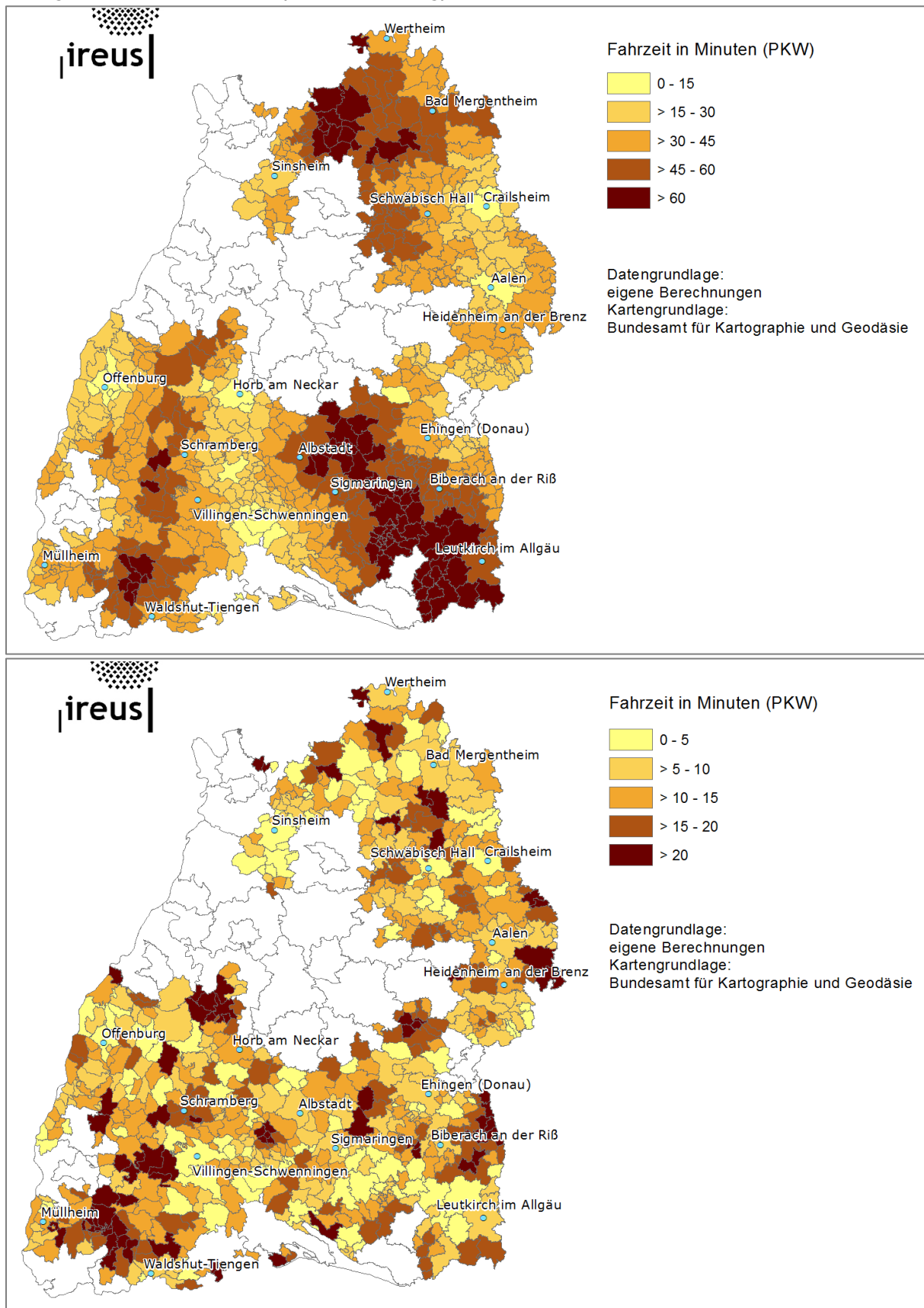
¹⁴ Hier wird die Definition der Arbeitsgruppe deutscher Verkehrsflughäfen herangezogen.

Abbildung 41: Erreichbarkeit von Autobahnen (obere Darstellung) und internationalen Flughäfen (untere Darstellung) in den Gemeinden des ländlichen Raumes



Als Kriterium für die Bezeichnung Fernverkehrsbahnhof wird der regelmäßige Halt von Zügen der Kategorie ICE, IC oder EC in einem zeitlichen Abstand von maximal zwei Stunden definiert. In Bezug auf den Schienenfernverkehr lassen sich drei Gebiete geringer Erreichbarkeit ausmachen: ein Band, das sich vom Süden des Landkreises Reutlingen über den Westen des Landkreises Biberach bis zur südlichen Grenze des Landkreises Ravensburg zieht, der Neckar-Odenwald-Kreis und zentrale Gebiete des Schwarzwalds. Regionalverkehrsbahnhöfe lassen sich im Vergleich zu den Fernverkehrsbahnhöfen aus den Gemeinden des ländlichen Raumes wesentlich schneller erreichen. Nur wenige Gemeinden weisen hier Erreichbarkeitswerte oberhalb von 20 Minuten auf.

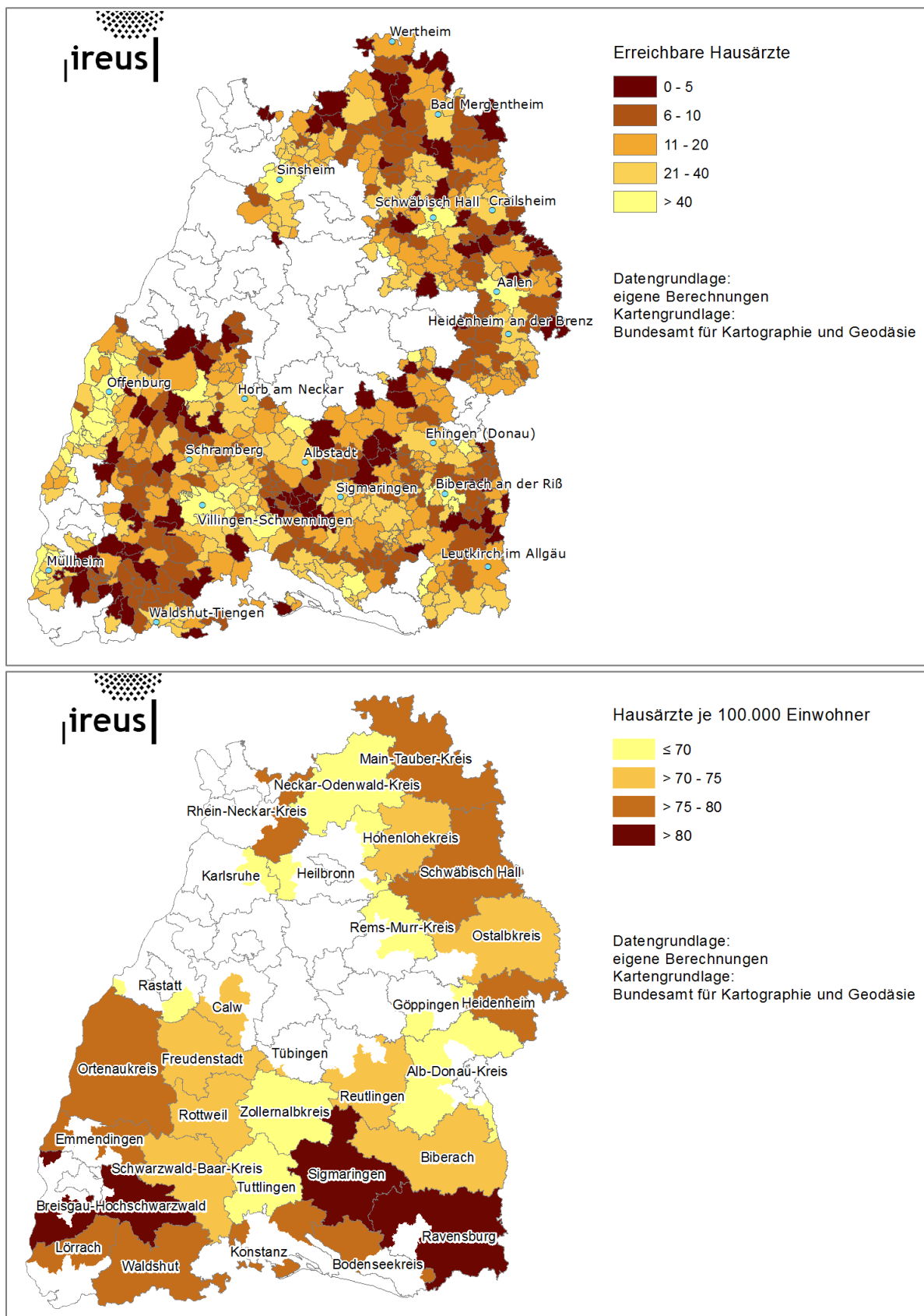
Abbildung 42: Erreichbarkeit von Haltepunkten des überregionalen Schienenverkehrs (obere Darstellung) und des regionalen Schienenverkehrs (untere Darstellung) in den Gemeinden des ländlichen Raumes



Gesundheit

Um die Gesundheitsversorgung in den Gemeinden Baden-Württembergs bewerten zu können, soll neben Erreichbarkeitsgesichtspunkten auch das quantitative Verhältnis zwischen der Bevölkerung und den ansässigen Medizinern berücksichtigt werden. Denn auch ein Missverhältnis zwischen der Anzahl der Ärzte und der zu versorgenden Bevölkerung kann den Zugang zu medizinischer Behandlung beeinträchtigen. Daher wurde die Versorgungsdichte – definiert als Ärzte pro 100.000 Einwohner – für Hausärzte auf Kreisebene ermittelt. Die Ebene der Landkreise wurde gewählt, da eine zu kleinräumige Abgrenzung die Ergebnisse stark beeinflussen kann. So muss eine Gemeinde mit geringer Fläche und Einwohnerzahl, die selbst keinen Mediziner beherbergt, nicht zwingend als unterversorgt gelten, sofern die Arztpraxen der angrenzenden Gemeinden mit geringem zeitlichem Aufwand zu erreichen sind. Aufgrund der großen Anzahl von mehr als 8.000 Hausärzten im gesamten Bundesland, ergeben sich vergleichsweise geringe Distanzen zur nächstgelegenen Arztpraxis. Somit stößt auch die Berechnungsmethodik an die Grenzen ihrer Präzision und Verzerrungen können die Analyseergebnisse leicht beeinflussen. Daher wird als Indikator statt der Erreichbarkeit der nächstgelegenen Praxis die Anzahl der Arztpraxen verwendet, die innerhalb einer Zeitspanne von 15 Minuten zu erreichen sind. Eine gute Erreichbarkeit mehrerer Behandlungsstätten ist auch im Sinne der freien Arztwahl als positiv zu bewerten. Besonders gut schneiden bei diesem Indikator die regionalen Zentren Villingen-Schwenningen, Offenburg, Sinsheim, Lahr und Aalen sowie angrenzende Gemeinden ab.

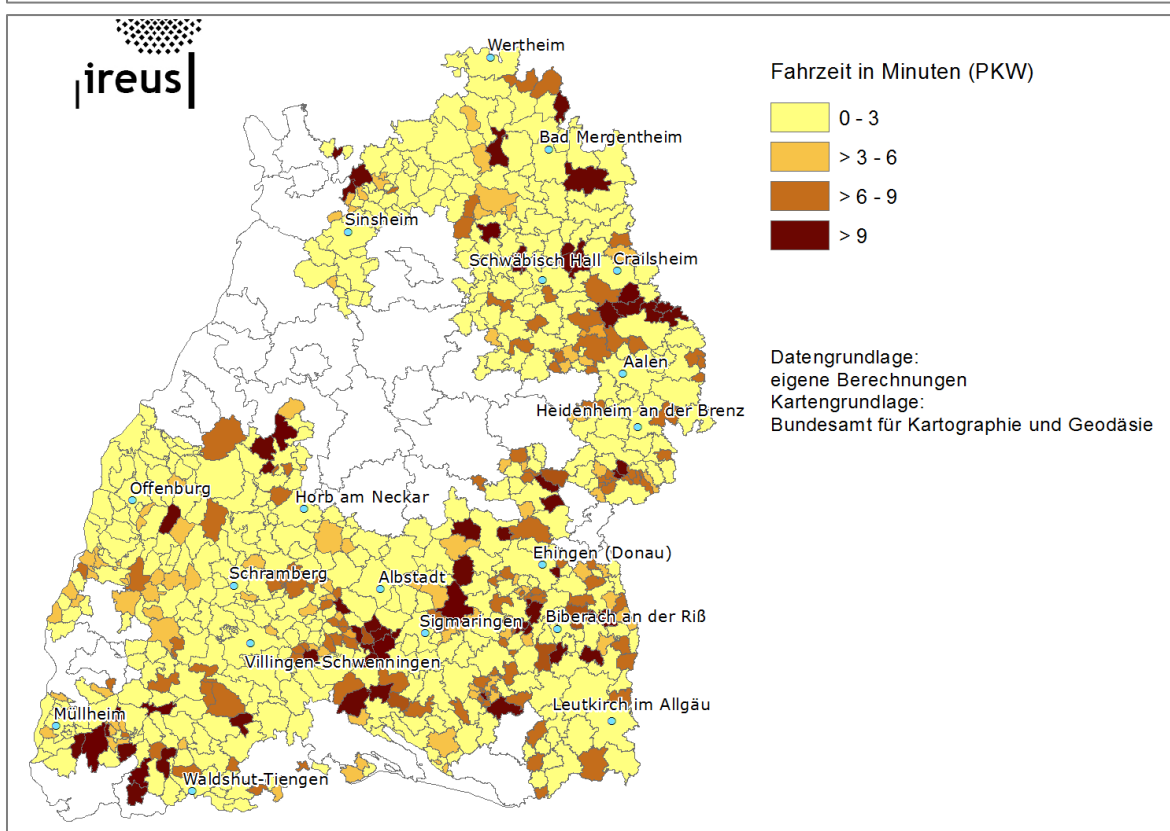
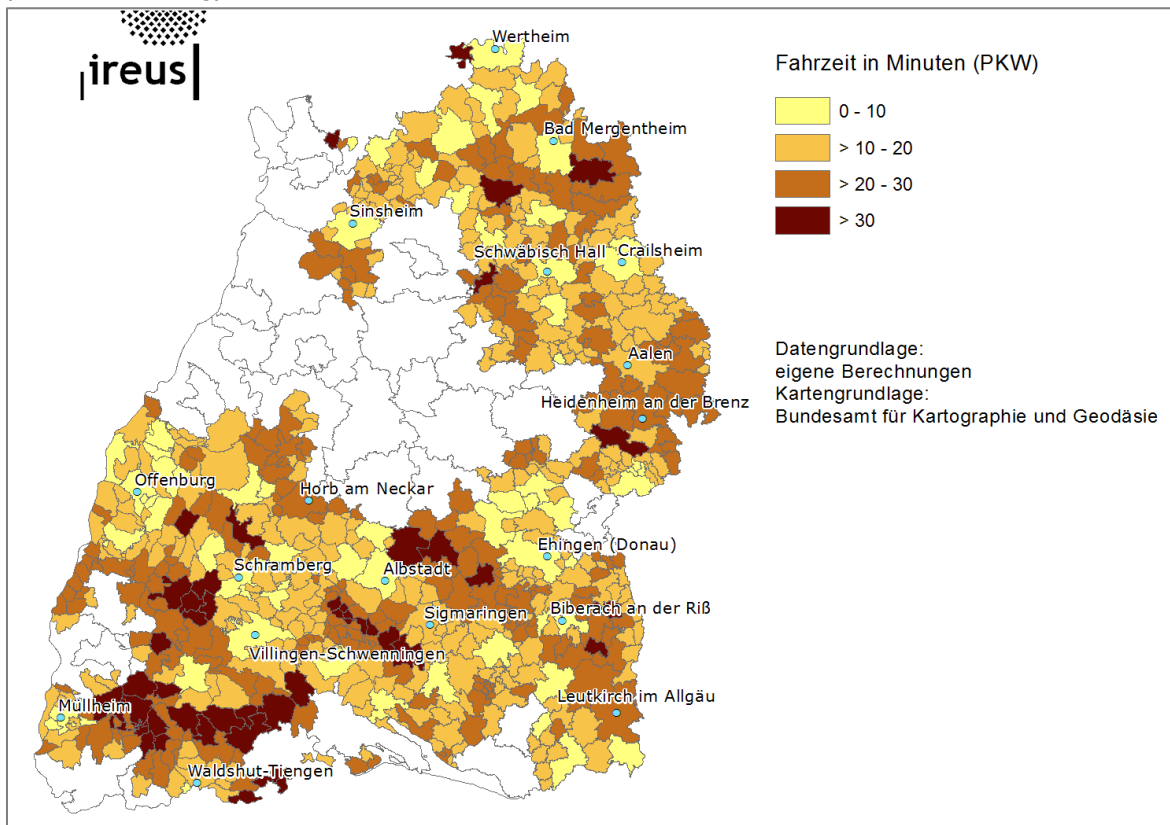
Abbildung 43: Erreichbarkeit von Hausärzten (obere Darstellung) und Hausarztbesatz (untere Darstellung) in den Gemeinden des ländlichen Raumes



Die höchsten Versorgungsdichten der Landkreise, die ganz oder teilweise dem ländlichen Raum zuzurechnen sind, besitzen mit mehr als 80 Hausärzten pro 100.000 Einwohner die Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald, Sigmaringen und Ravensburg. Demgegenüber sind es in den Landkreisen Göppingen, Rems-Murr-Kreis, Rastatt, Zollernalbkreis, Neckar-Odenwald-Kreis, Heilbronn, Tuttlingen und dem Albdonaukreis jeweils weniger als 70.

Neben der ambulanten Versorgung gilt die stationäre Versorgung als zentraler Baustein des Gesundheitswesens. Daher wird geprüft, wie gut erreichbar jene Krankenhäuser für die Bevölkerung Baden-Württembergs sind, denen im Rahmen des Krankenhausplans 2000 des Landes Baden-Württemberg bzw. der entsprechenden Pläne der Nachbarbundesländer die Verantwortung für die Sicherstellung der Grundversorgung oder höherer Versorgungsstufen übertragen wurde. Für den überwiegenden Teil der Bewohner des ländlichen Raumes ist ein solches Krankenhaus innerhalb einer Zeitspanne von 30 Minuten erreichbar. Eine unterdurchschnittliche Versorgungsqualität zeigt sich dabei vor allem im Grenzgebiet der Landkreise Lörrach, Waldshut und Breisgau-Hochschwarzwald im Südwesten des Bundeslandes. Eine dritte wichtige Stütze bildet die Arzneimittelversorgung. Sie wird in Baden-Württemberg durch mehr als 2.700 inhabergeführte Apotheken sicher gestellt. Auch hier zeigt sich, dass ein Großteil der Bewohner des ländlichen Raumes die Möglichkeit hat, eine Apotheke in weniger als zehn Minuten per PKW aufzusuchen. Nur wenige Gemeinden weisen Werte von mehr als 15 Minuten auf.

Abbildung 44: Erreichbarkeit von Krankenhäusern der Grundversorgung (obere Darstellung) und Apotheken (untere Darstellung) in den Gemeinden des ländlichen Raumes



Arbeitsplätze

Eine weitere Einflussgröße für die Attraktivität einer Gemeinde als Wohn- und Wirtschaftsstandort bildet die Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen. Ein ausreichendes Angebot schnell zu erreichender Arbeitsplätze ist eine Voraussetzung für Menschen, einen Wohnstandort im ländlichen Raum zu wählen bzw. einen solchen beizubehalten. Für Unternehmen bedeutet Nähe zu wirtschaftlichen Zentren einen erleichterten Zugang zu Beschaffungs- und Absatzmärkten, was Wettbewerbsvorteile bedeuten kann. Traditionelle Maßzahlen zur Quantifizierung von Erreichbarkeiten ermitteln die Anzahl erreichbarer Arbeitsplätze innerhalb einer normativ festgelegten Zeitspanne (z.B. 30 Minuten). Eine Schwäche dieses Ansatzes liegt darin, dass eine Gemeinde, die 31 Minuten Fahrzeit von einem großen Arbeitsmarktzentrum entfernt liegt, als deutlich peripherer charakterisiert wird als eine Nachbargemeinde, von der jenes in nur einer Minute weniger erreicht werden kann (Bröcker/Schulz 2007, S.6). Um diese Brüche zu umgehen, wird auf einen Potenzialansatz zurückgegriffen, der sich in wesentlichen Teilen an der Methodik zur Raumabgrenzung des Basisstrukturmerkmals Lage im Rahmen der „Raumtypen ROB 2010“ durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung orientiert.

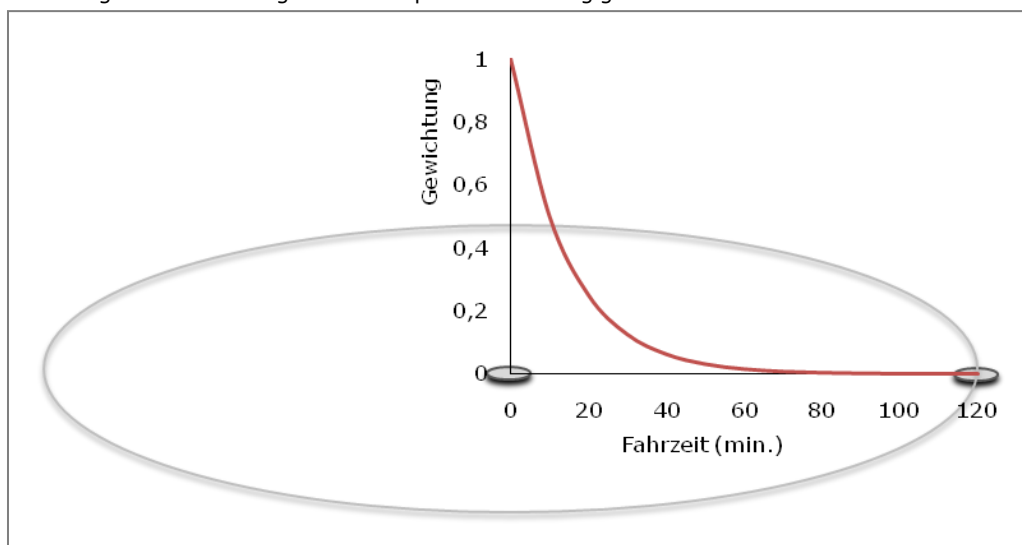
Die Grundlage bildet eine fahrzeitbasierte Quelle-Ziel-Matrix der Gemeinden Baden-Württembergs und seiner Nachbarbundesländer. Berücksichtigt werden die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in der Gemeinde selbst, als auch jene, die in Gemeinden lokalisiert sind, deren Siedlungsschwerpunkt mit einem PKW innerhalb von zwei Stunden erreicht werden kann. Jedoch werden die erreichbaren Arbeitsplätze gewichtet. So gehen Arbeitsplätze, die erst nach zehn Minuten Fahrzeit erreicht werden können, lediglich zur Hälfte in den Indikator ein. Diese Halbierung setzt sich im Folgenden mit jeweils 10 Minuten zusätzlicher Fahrzeit fort, so dass sich als Erreichbarkeitsindikator ergibt:

$$A_j = \sum_{i=1}^n 0,5^{\frac{FZ_{ji}}{10}} * B_i \quad \text{für } 0 \leq FZ \leq 120$$

- A_j Arbeitsplatzerreichbarkeit der Gemeinde j
 FZ_{ji} Fahrzeit zwischen den Gemeinden j und i
 B_i Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Gemeinde i

Berücksichtigt wurden dabei alle sozialversicherungspflichtigen Beschäftigtenverhältnisse in Baden-Württemberg und seinen Nachbarbundesländern. Um die Verzerrung in den Grenzregionen abzumildern, wurden außerdem vergleichbare Größen für die Schweizer Städte Basel, Schaffhausen und Zürich, sowie für die französischen Städte Straßburg, Mühlhausen und Colmar ermittelt. Abbildung 45 stellt die sich ergebenden Gewichtungsfaktoren in Abhängigkeit der benötigten Fahrzeit dar. Nahe liegende Arbeitsplatzzentren beeinflussen den Indikatorwert entsprechend deutlich höher als entfernt liegende. Basis dieser Halbwertzeit bilden Untersuchungen zum Verkehrsverhalten, nach denen sich Kontakt- und Verflechtungsintensität bei Berufspendlern mit 10 – 15 Minuten Fahrzeit etwa halbieren (www.bbsr.bund.de, Abruf 16.11.2010).

Abbildung 45: Gewichtung der Arbeitsplätze in Abhängigkeit der Fahrzeit



Eigene Darstellung

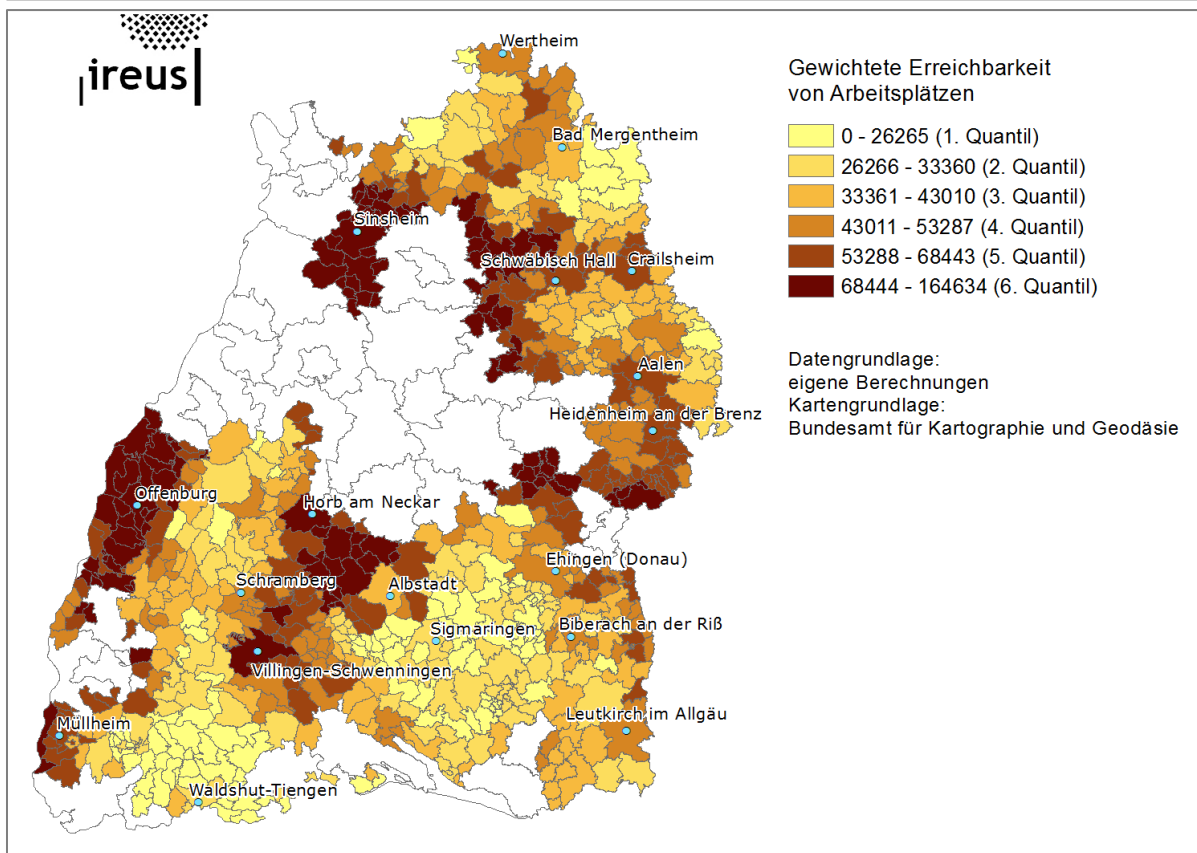
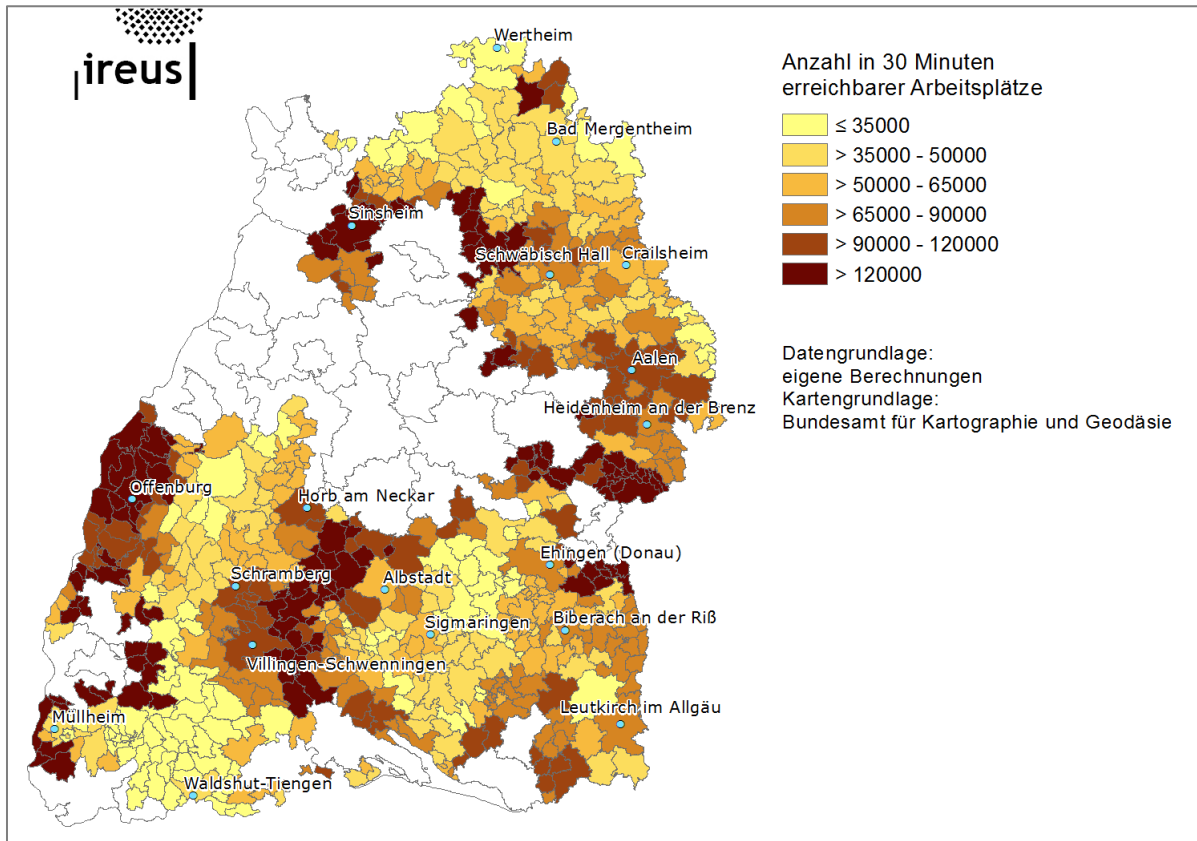
Vergleicht man die Ergebnisse des Potenzialansatzes mit dem Ansatz eines festen Schwellenwertes zeigen sich viele Parallelen. Der ländliche Raum erreicht im Durchschnitt bei beiden Indikatoren einen Erreichbarkeitswert, der etwa nur einem Drittel des für den Agglomerationsraum errechneten Wertes entspricht (Tabelle 6). Eine genauere Betrachtung zeigt, dass jene Räume am besten abschneiden, von denen sich über die Autobahnen schnell die Arbeitsplatzzentren des Agglomerationsraumes erreichen lassen. Der Verlauf der Autobahnen A5 und A81 westlich und östlich des Schwarzwaldes lässt sich anhand der Ergebnisse der Erreichbarkeitsanalyse gut nachvollziehen. Ebenso ist der Raum um Heilbronn, in dem A6 und A81 sich treffen, durch eine überdurchschnittlich hohe Arbeitsplatzerreichbarkeit gekennzeichnet. Demgegenüber bieten der Schwarzwald, große Teile der schwäbischen Alb und das nordöstliche Baden-Württemberg eine relativ geringe Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen. Sichtbar wird auch, dass der Potenzialansatz einen fließenderen Übergang in der Erreichbarkeitsbewertung zwischen benachbarten Gemeinden liefert. Daher wird er für weitere Analyseschritte dem Ansatz eines festen Schwellenwertes vorgezogen.

Tabelle 6: Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen nach Raumkategorien (2008)

	Ungewichteter Durchschnitt	Bevölkerungsgewichteter Durchschnitt
Agglomerationsraum	133.200	195.100
Ländlicher Raum	48.100	57.000

Quelle: Eigene Berechnungen

Abbildung 46: Einfache (obere Darstellung) und gewichtete (untere Darstellung) Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen (2008)

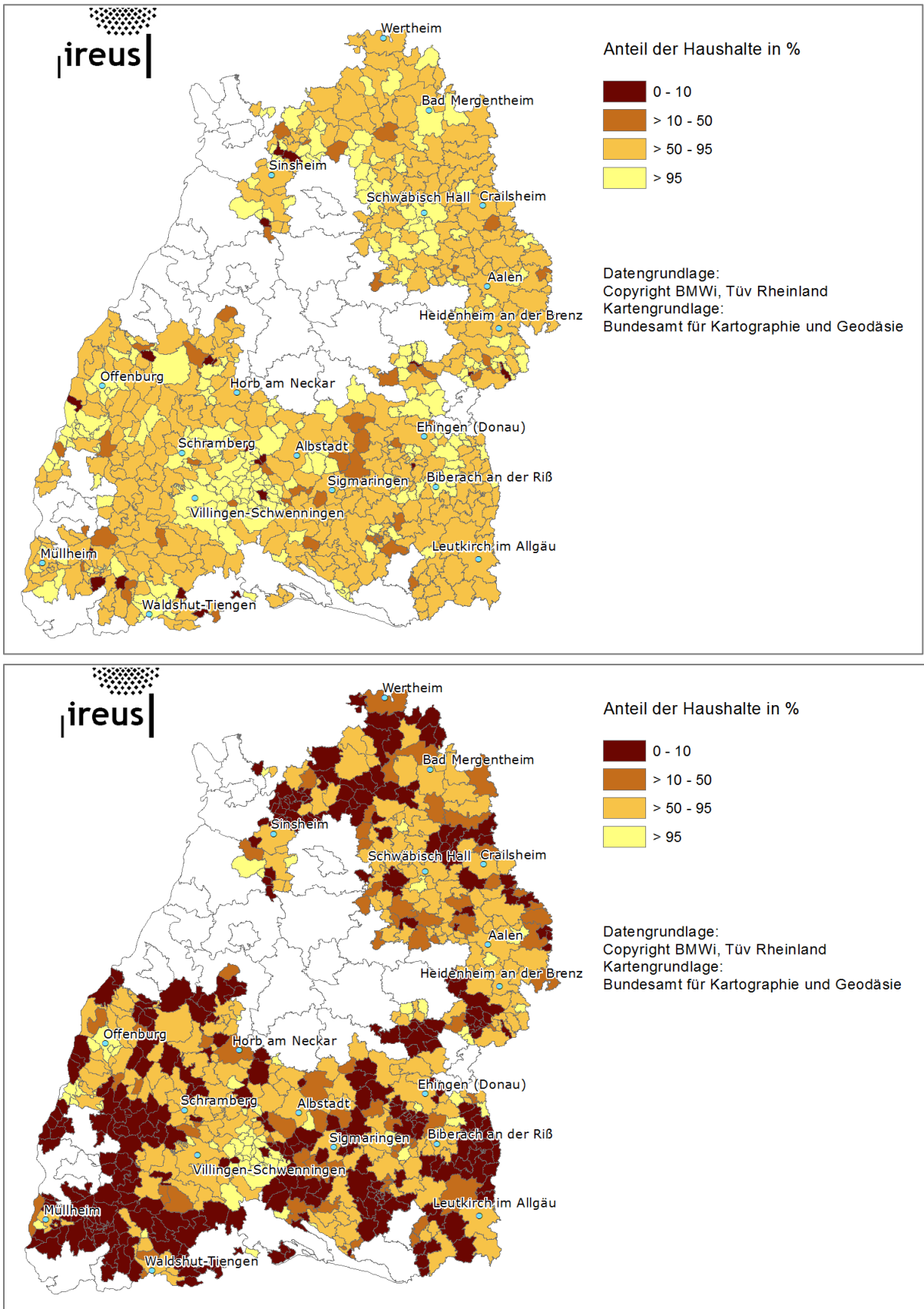


Breitbandanschluss

Die elektronische Erreichbarkeit wurde anhand der Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen untersucht. Diese wird von den Unternehmern des Ländlichen Raumes Baden-Württembergs als wichtigster Standortfaktor bezeichnet (Gebauer et al. 2009). Als Informationsquelle diente der Breitbandatlas des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Aus ihm geht hervor, für welchen Anteil aller Haushalte Breitbandanschlüsse verschiedener Übertragungsgeschwindigkeiten verfügbar sind. Exemplarisch zeigt Abbildung 47 die Verfügbarkeit von Anschlüssen mit einer Geschwindigkeit von 2 Mbit/s und 50 Mbit/s. Während eine Geschwindigkeit von 2 Mbit/s heute bereits für den überwiegenden Teil des ländlichen Raumes gewährleistet werden kann, zeigt sich bei 50 Mbit/s ein deutlich differenzierteres Bild. Lediglich im Raum um Tuttlingen kann eine größere Zahl an Gemeinden eine hohe Verfügbarkeit auch bei dieser Geschwindigkeit garantieren. Dem gegenüber lassen sich große zusammenhängende Gebiete ausmachen, die diese Qualität von Infrastruktur gar nicht oder in nur sehr geringem Maße bieten.

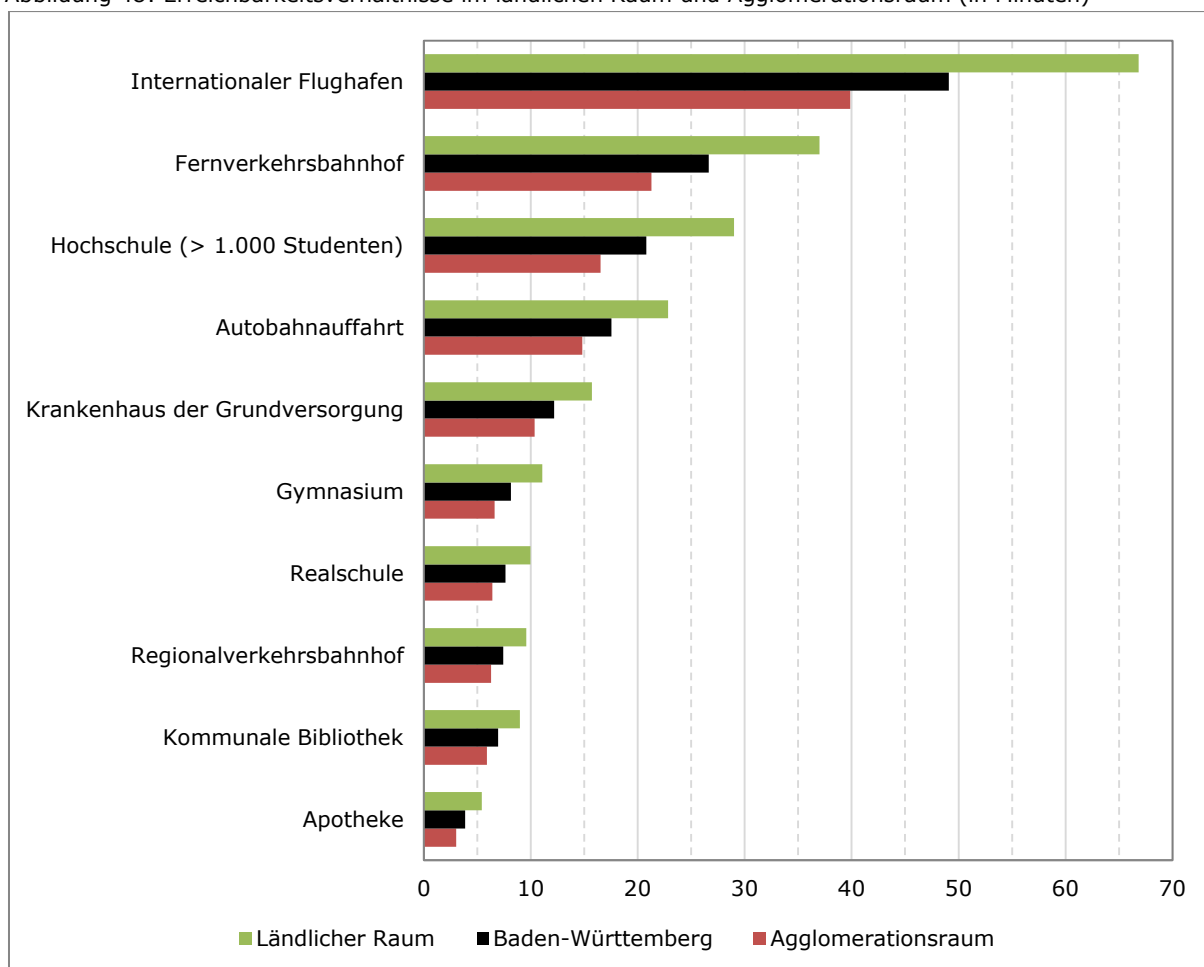
Zwar beziehen sich die dargestellten Zahlen auf die Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen für Haushalte, es ist jedoch davon auszugehen, dass Regionen mit einer entsprechenden Infrastruktur auch Unternehmen leichter Internetanschlüsse mit einer hohen Bandbreite zur Verfügung stellen können. Bereits im Jahr 2009 lag der Anspruch der meisten Unternehmen an eine leistungsfähige Anbindung bei mehr als 6 Mbit/s (Gebauer et al. 2009, S.31). Lediglich zwei Drittel der befragten Unternehmer im ländlichen Raum waren mit den derzeitig verfügbaren Übertragungsraten zufrieden (ebd.). Hinzu kommt, dass für die nächsten Jahre mit einem weiter wachsenden Bedarf an schneller Internetanbindung gerechnet wird, so dass der Wert von 2 Mbit/s lediglich als Mindestvoraussetzung betrachtet werden darf.

Abbildung 47: Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen mit ≥ 2 MBit/s (obere Darstellung) und ≥ 50 MBit/s (untere Darstellung)



Die Zusammenstellung der Ergebnisse in Abbildung 48 macht deutlich, dass die Erreichbarkeitsqualität im ländlichen Raum für alle untersuchten Einrichtungen gegenüber dem Agglomerationsraum abfällt. Der größte Zeitaufwand wird benötigt, um einen internationalen Flughafen oder einen Bahnhof des Fernverkehrs zu erreichen. Hier ist auch der relative Abstand zwischen Agglomerationsraum und ländlichem Raum am größten. Versorgungseinrichtungen wie Apotheken oder kommunale Bibliotheken können hingegen in einer deutlich kürzeren Zeitspanne aufgesucht werden. Derartige Daseinsvorsorgeeinrichtungen sind auch außerhalb der verdichteten Regionen in vergleichsweise engen Standortnetzen verfügbar, so dass hier bezogen auf den ländlichen Raum insgesamt nicht von gravierenden Erreichbarkeitsdefiziten gesprochen werden kann.

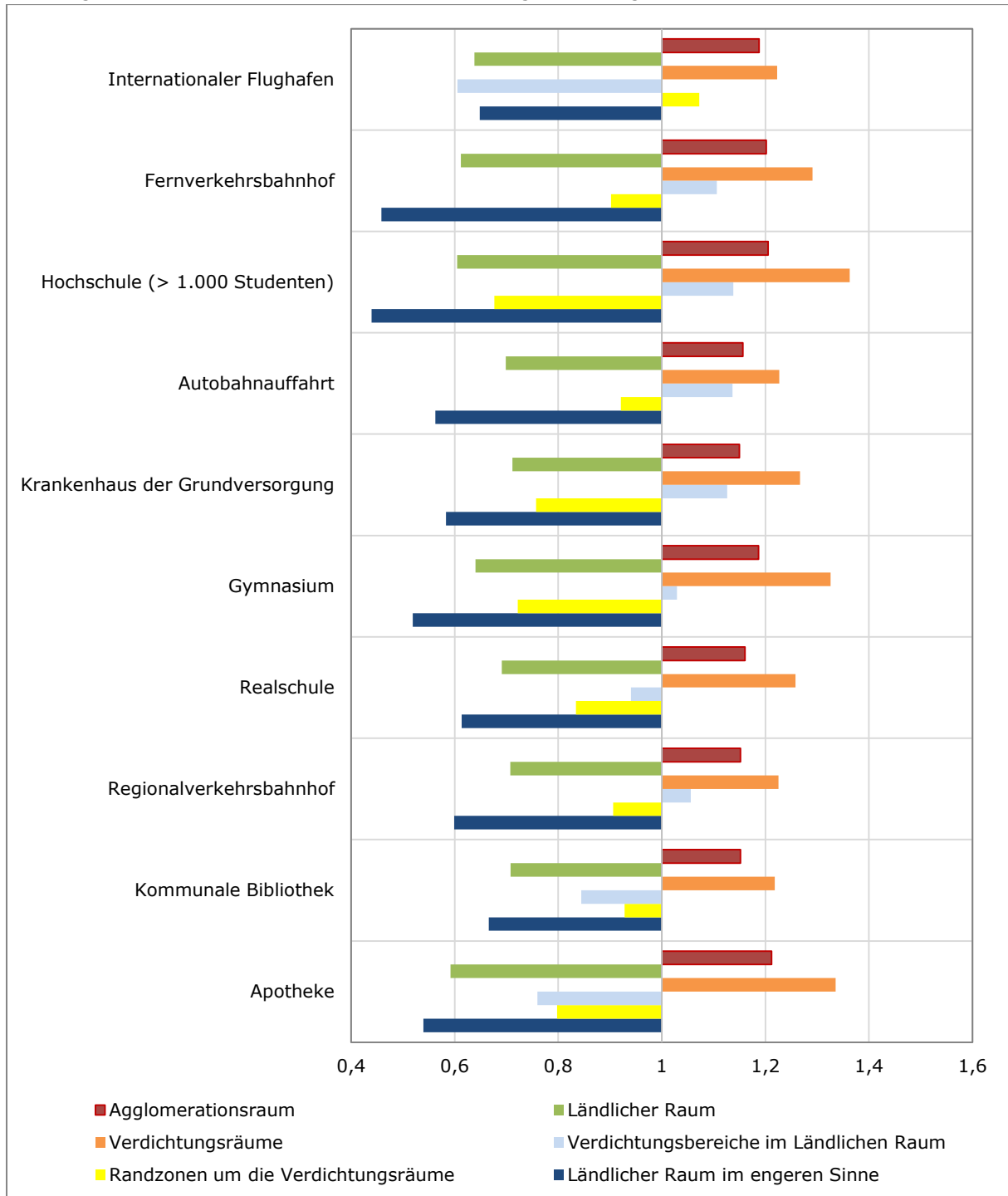
Abbildung 48: Erreichbarkeitsverhältnisse im ländlichen Raum und Agglomerationsraum (in Minuten)



Quelle: eigene Berechnungen

Die hier zusammengestellten Karten zeigen aber zugleich, dass es innerhalb des ländlichen Raumes erhebliche Disparitäten in der Erreichbarkeitsqualität gibt. Daher werden in Abbildung 49 nicht nur der ländliche Raum und der Agglomerationsraum gegenüber gestellt, sondern auch die einzelnen Raumkategorien des Landesentwicklungsplans. Als Referenzwerte dienen dabei jeweils die Landesdurchschnittswerte. Zu erkennen ist, dass die Gemeinden der Verdichtungsgebiete im ländlichen Raum oftmals eine bessere Erreichbarkeitsqualität besitzen als die Randzonen um die Verdichtungsgebiete. Die Verdichtungsgebiete schneiden in Bezug auf alle aufgeführten Einrichtungen als beste Raumkategorie ab; der ländliche Raum im engeren Sinne ist bis auf eine Ausnahme stets die Raumkategorie mit der schlechtesten Erreichbarkeitsqualität.

Abbildung 49: Erreichbarkeitsverhältnisse nach Raumkategorie im Vergleich zum Landesdurchschnitt



Quelle: eigene Berechnungen

3.3 Ausmaß des Berufspendelns

Die geringere Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum (siehe hierzu auch die Ausführungen im vorangegangenen Abschnitt) korrespondiert möglicherweise mit höheren Pendelbelastungen, da beim Aufsuchen eines Arbeitsplatzes weitere Wege zurückzulegen sind. Die Bevölkerung ländlicher Räume gilt daher als von den psychosozialen und finanziellen Belastungen des berufsbedingten Pendelns überdurchschnittlich betroffen. Insbesondere durch die zukünftig möglicherweise stärker steigenden Energiepreise kann dies eine höhere Vulnerabilität bedeuten, die sich mittel- bis langfristig auch in einer Abwanderungsneigung der Bevölkerung äußern könnte.

Eine genauere Analyse für den Ländlichen Raum Baden-Württemberg bestätigt die oben gemachten Mutmaßungen allerdings größtenteils nicht. Zwar lässt sich feststellen dass die Auspendlerquote – als Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die zum Aufsuchen des Arbeitsplatzes die Wohnortgemeinde verlässt – im ländlichen Raum etwas höher ist als im Agglomerationsraum (siehe Tabelle 7). Etwa zwei Drittel (66,8%) aller im ländlichen Raum wohnhaften Beschäftigten verließ im Jahr 2010 als Tages- oder Wochenpendler beim Aufsuchen des Arbeitsplatzes die Wohnortgemeinde. Im Agglomerationsraum lag dieser Wert bei gut 63%. Noch größer wird der Unterschied, wenn die Raumkategorien Verdichtungsräume und ländlicher Raum im engeren Sinne verglichen werden. Hier beträgt der Abstand bereits beachtliche 11 Prozentpunkte.

Wenn allerdings die durchschnittlichen Entfernungen der Auspendler betrachtet werden, kehrt sich das Bild um. Nach Berechnungen der TU Dortmund betrug die durchschnittliche Pendeldistanz (einfacher Weg) eines im Ländlichen Raum Baden-Württembergs Beschäftigten (als Auspendler) im Jahr 2007 16,6 Kilometer. Im Agglomerationsraum waren die Auspendler hingegen im Mittel 17,8 km unterwegs.¹⁵ Der insgesamt gute Beschäftigungsbesatz im ländlichen Raum und die vergleichsweise ausgeglichene Raumstruktur prägen sich offensichtlich in kleinteiligeren räumlichen Verflechtungsmustern aus, verglichen mit den großen Zentren und ihrer erheblichen Sogwirkung auf die angrenzenden suburbanen Teile der Verdichtungsräume. Dies bestätigt sich auch mit einem Blick auf die Veränderungen der Pendeldistanzen zwischen 1987 und 2007: während im ländlichen Raum eine Zunahme der Durchschnittsdistanzen der Auspendler um etwa 10% feststellbar ist, waren es im Agglomerationsraum über 20%. Dieser hohe Wert geht in starkem Maße auf das Konto der Randzonen um die Verdichtungsräume, welche in der Vergangenheit hohe Bevölkerungszuwächse im Zuge der Suburbanisierung der Bevölkerung generieren konnte.

Insgesamt kann damit aber festgehalten werden, dass das Klischee einer raumstrukturellen Benachteiligung der in ländlichen Gebieten lebenden Erwerbsbevölkerung in Form überdurchschnittlicher Pendelbelastungen somit nur sehr bedingt der Realität entspricht. Es sind eher die suburbanen Gebiete mit einer hohen Abhängigkeit von den Beschäftigungsangeboten der Zentren, welche die höchste Vulnerabilität gegenüber steigenden Energiekosten aufweisen.

¹⁵ Die hier genannten Werte basieren auf Berechnungen der TU Dortmund, Fakultät Raumplanung, Fachgebiet Verkehrswesen und Verkehrsplanung. Die Autoren danken für die freundliche Unterstützung.

Tabelle 7: Strukturdaten zum Berufspendeln in den Raumkategorien Baden-Württembergs (2010)

	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte				Auspendler- quote	Einpendler- quote
	am Wohnort	am Arbeits- ort	Einpendler	Auspendler		
Agglomerationsraum	2.444.470	2.731.914	1.833.902	1.546.252	63,3	67,1
Ländlicher Raum	1.305.821	1.154.454	722.011	872.836	66,8	62,5
Baden-Württemberg	3.750.291	3.886.368	2.555.913	2.419.088	64,5	65,8
Verdichtungsräume	1.865.175	2.282.051	1.525.687	1.108.811	59,4	66,9
Randzonen um die Verdichtungsräume	579.295	449.863	308.215	437.441	75,5	68,5
Verdichtungsgebiete im Ländlichen Raum	305.618	355.990	217.121	166.749	54,6	61,0
Ländlicher Raum im engeren Sinne	1.000.203	798.464	504.890	706.087	70,6	63,2

Quelle: Bundeagentur für Arbeit 2011, eigene Berechnungen

3.4 Kriminalitätsstatistik

Neben den sog. „harten“ Standortfaktoren wie der Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen oder von Einrichtungen der Daseinsvorsorge kommt auch subjektiven Faktoren eine Bedeutung für die Bewertung der Wohn- und Lebensqualität einer Region oder Gemeinde zu. Ein diesbezüglich relevanter Faktor ist das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und hier insbesondere der Schutz vor Kriminalität. Die oben bereits mehrfach angesprochene „neue Attraktivität“ der deutschen Metropolen und Großstädte kann auch auf die dort im internationalen Vergleich geringen Kriminalitätsniveaus zurückgeführt werden. Dennoch gilt die Kriminalität in Großstädten aufgrund der abweichenden sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung als strukturell bedingt höher gegenüber ländlich geprägten Räumen. An dieser Stelle soll daher ein vorsichtiger Vergleich von Agglomerationsraum und ländlichem Raum hinsichtlich der Kriminalitätsraten – gestützt auf eine Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) – erfolgen. Daten liegen allerdings nur auf der Ebene der Stadt- und Landkreise vor, so dass die Anteile des ländlichen Raumes und Agglomerationsraumes geschätzt werden mussten.¹⁶ Für die Jahre 2000 bis 2007 sind jährliche Angaben zu erfassten Fällen verfügbar, differenziert nach verschiedenen Deliktsbereichen.¹⁷ Es ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass die PKS lediglich die Fälle enthält, die von der Polizei erfasst wurden. Das sogenannte „Dunkelfeld“ kann also nicht erfasst werden und Spekulationen, inwiefern es Unterschiede bei den Dunkelziffern zwischen verschiedenen Raumtypen geben kann, verbieten sich.

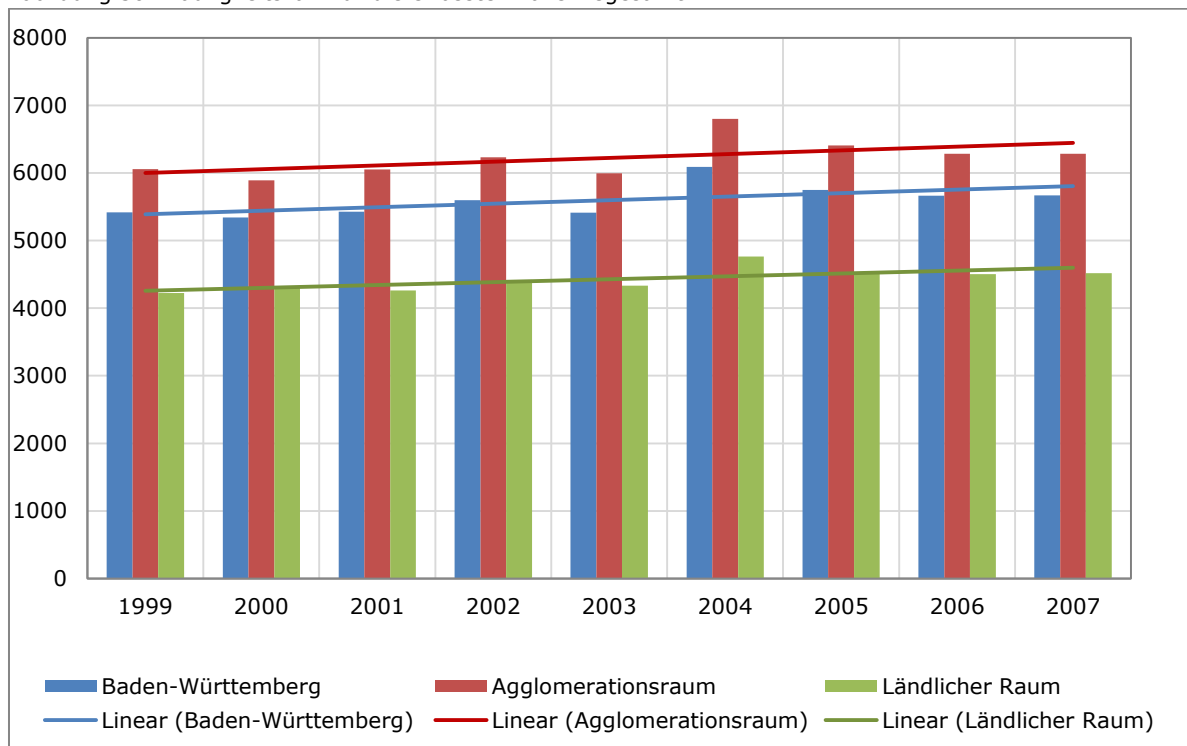
Um die Gefährdung der Bevölkerung durch die Kriminalität darzustellen, bietet sich die Verwendung der sog. Häufigkeitszahl (HZ) an. Diese berechnet sich aus der Anzahl der erfassten Delikte je 100.000 Einwohner. Die Ergebnisse der mit diesem Indikator aufbereiteten Statistiken zeigen, dass sowohl für die erfassten Fälle insgesamt (alle Deliktsbereiche) als auch für die einzeln betrachteten Deliktsbereiche höhere Häufigkeitszahlen für den Agglomerationsraum als für den ländlichen Raum zu Buche stehen. Wie erwartet, ist damit das Kriminalitätsniveau in ländlichen Gebieten geringer als in höher

¹⁶ Wie in Kapitel 1 ausgeführt, werden derartige Schätzungen mit Hilfe von statistischen Hilfsgrößen vorgenommen. Hier wurden wahlweise die Bevölkerungszahlen oder die Bevölkerungsdichte verwendet.

¹⁷ Unterschieden werden in der PKS Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer, Körperverletzung, Diebstahl insgesamt, Sachbeschädigung, Rauschgiftkriminalität, Gewaltkriminalität, Wirtschaftskriminalität und Straßenkriminalität.

verdichteten Gebieten. Die Betrachtung der Häufigkeitszahl der Fälle insgesamt (alle Deliktsbereiche) ergibt folgendes Bild: je 100.000 Personen wurden in Baden-Württemberg etwa 5.600 Straftaten erfasst; im Agglomerationsraum beträgt der Wert etwa 6.000 und im ländlichen Raum ca. 4.500.

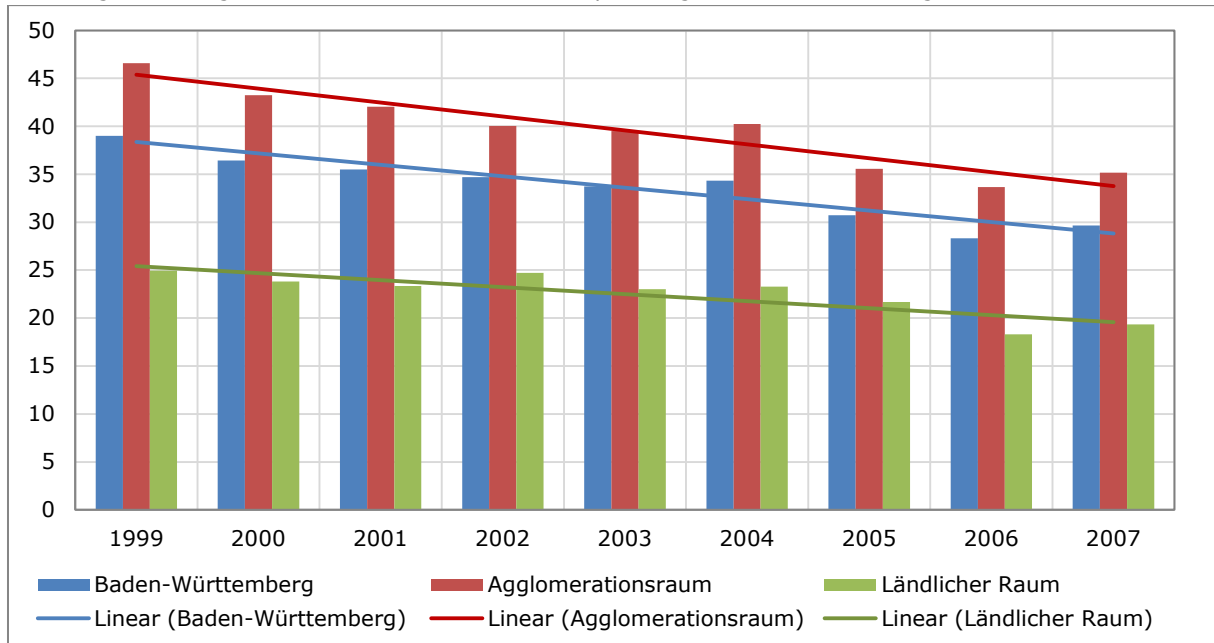
Abbildung 50: Häufigkeitszahl für die erfassten Fälle insgesamt



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, eigene Berechnungen

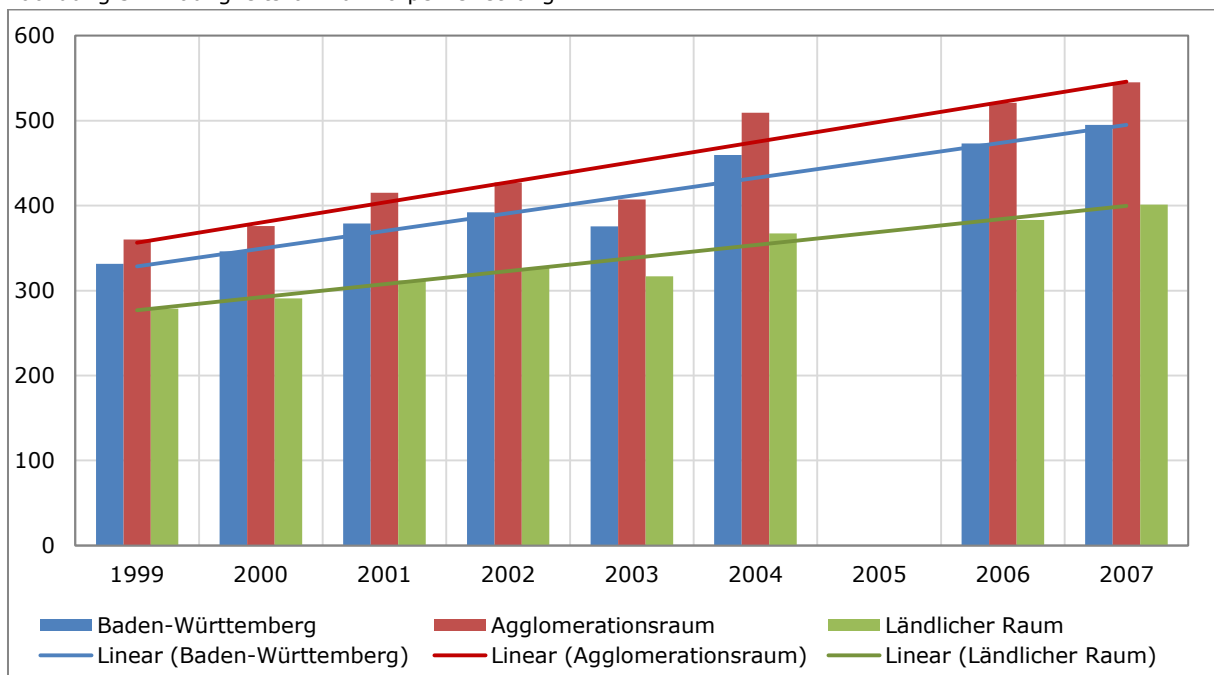
Da das subjektiv empfundene Kriminalitätsrisiko erfahrungsgemäß von bestimmten Deliktsbereichen wie Raub, Einbruch oder Gewaltkriminalität dominiert wird, sollen diese Arten von Delikten etwas genauer betrachtet werden. Dabei zeigt sich, dass auch bei den HZ der Delikte Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer sowie Körperverletzung und Gewaltkriminalität der oben angesprochene Niveauunterschied zwischen ländlichen Raum und Agglomerationsraum anzutreffen ist (siehe hierzu die nachfolgenden Abbildungen). Die jeweiligen Trendlinien zeigen unterschiedliche Richtungen an. Entspannungstendenzen zeigen sich bei Raub- und Diebstahldelikten; ansteigende Tendenzen sind demgegenüber bei Körperverletzung und Gewaltkriminalität erkennbar.

Abbildung 51: Häufigkeitszahl für Raub, räuberische Erpressung und räuberischen Angriff auf Kraftfahrer



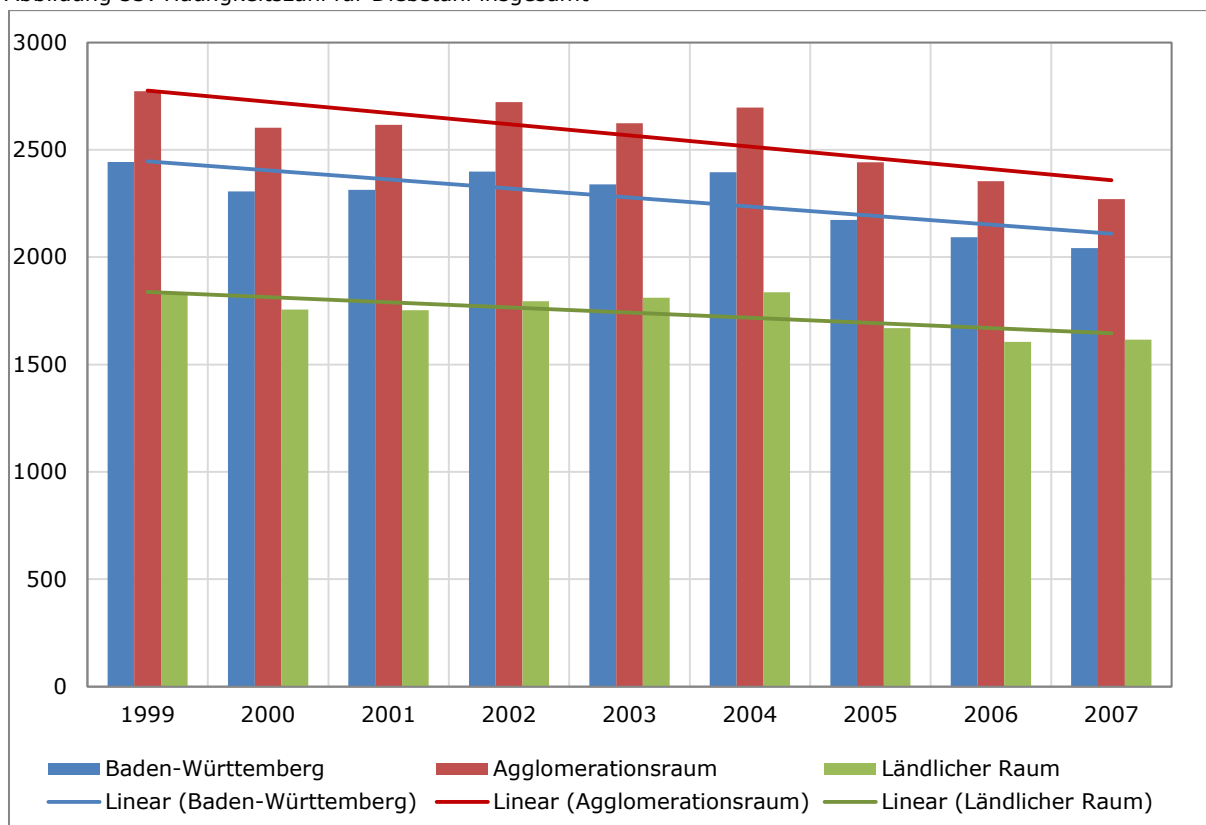
Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, eigene Berechnungen

Abbildung 52: Häufigkeitszahl für Körperverletzung



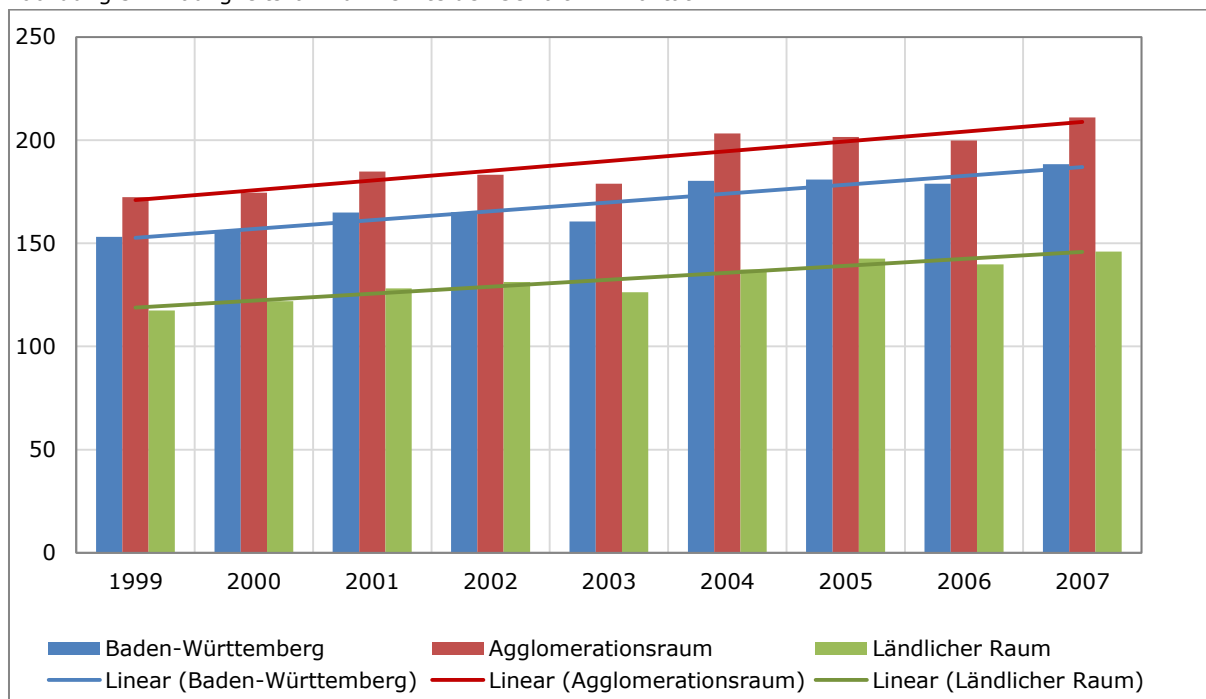
Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, eigene Berechnungen

Abbildung 53: Häufigkeitszahl für Diebstahl insgesamt



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, eigene Berechnungen

Abbildung 54: Häufigkeitszahl für Delikte der Gewaltkriminalität



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, eigene Berechnungen

Die Zahlen zeigen insgesamt ein im Agglomerationsraum leicht höheres Kriminalitätsrisiko als im ländlichen Raum – eine Erkenntnis, die zweifelsohne mit der in der Bevölkerung mehrheitlich empfundenen Gefährdungslage übereinstimmt. Hauptsächlich ist vermutlich die unterschiedliche soziale Schichtung der Bevölkerung in beiden Raumeinheiten.

Bei einer Reihe von Deliktsbereichen ergibt sich im hier betrachteten Zeitraum ein rückläufiger Trend, der im Agglomerationsraum jeweils stärker ausgeprägt ist. Bei Anhalten dieses Trends würden sich die Unterschiede zwischen beiden Raumeinheiten abbauen.

Es ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass die hier präsentierten Daten nur sehr vorsichtig interpretiert werden sollten. Zum einen sind systematische Verzerrungen bei der Meldung bzw. Anzeige von Straften in verschiedenen Räumen bzw. Raumtypen nicht auszuschließen. Zum anderen sollte eine Auswertung auch die unterschiedliche demografische und soziale Zusammensetzung der Bevölkerung berücksichtigen. Das betrifft nicht nur den Vergleich von Agglomerationsraum und ländlichen Raum sondern auch Vergleiche im zeitlichen Längsschnitt. Dies ist in Rahmen dieses Forschungsvorhabens aber aus Aufwandsgründen nicht erfolgt.

3.5 Öffentliche Finanzen

Auch wenn zwischen regionaler Wettbewerbsfähigkeit, sozialer Kohäsion und öffentlichen Finanzen kein unmittelbar erkennbarer Zusammenhang besteht, sollen dennoch einige Aspekte der öffentlichen Finanzen einer näheren Betrachtung unterzogen werden, weil die künftige Entwicklungsfähigkeit von Räumen nicht allein durch die eigene Wirtschaftskraft und ihre Standortqualitäten, sondern auch durch die zur Verfügung stehenden öffentlichen Finanzmittel beeinflusst wird. Dies betrifft insbesondere die Handlungs- und Anpassungsfähigkeit der jeweiligen Gebietskörperschaften mit Blick auf wahrgenommene Aufgaben wie die Bewältigung des demografischen Wandels oder den Umbau der örtlichen Daseinsvorsorge. Die Verfügbarkeit öffentlicher Finanzmittel wirkt unmittelbar auf die „Produktion“ von Standortfaktoren ein und kann so die wirtschaftliche Entwicklung von Räumen beeinflussen. Da ferner von einem engen Zusammenhang zwischen der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinden und der Breite und Attraktivität ihres öffentlichen Leistungsangebots auszugehen ist, kommt der Finanzsituation auch Indikatorfunktion für die Attraktivität einer Gemeinde als Wohnstandort zu.

Die Komplexität des öffentlichen Finanzwesens, die Vielzahl von staatlichen, kommunalen und parafiskalischen Haushalten und die auftretenden Finanzströme zwischen genannten Haushalten machen eine flächendeckende und annähernd vollständige Erfassung der in einem Raum zur Verfügung stehenden öffentlichen Finanzmittel allerdings weitestgehend unmöglich (Treuner et al. 1994) und erzwingen eine Beschränkung auf wenige Größen. Die nachfolgenden Abschnitte beschränken sich auf einige Kennzahlen zur Beschreibung der steuerlichen Einnahmekraft der Gemeinden, zur Fähigkeit, mit den steuerlichen Einnahmen die kommunalen Aufgaben zu erfüllen, sowie zur Verschuldung kommunaler Haushalte. Als Datenquelle für die dargestellten Indikatoren dienen Angaben zum kommunalen Finanzausgleich sowie aus der Schuldenstatistik, die vom Statistischen Landesausschuss Baden-Württemberg geführt wird.

3.5.1 Steuerkraft

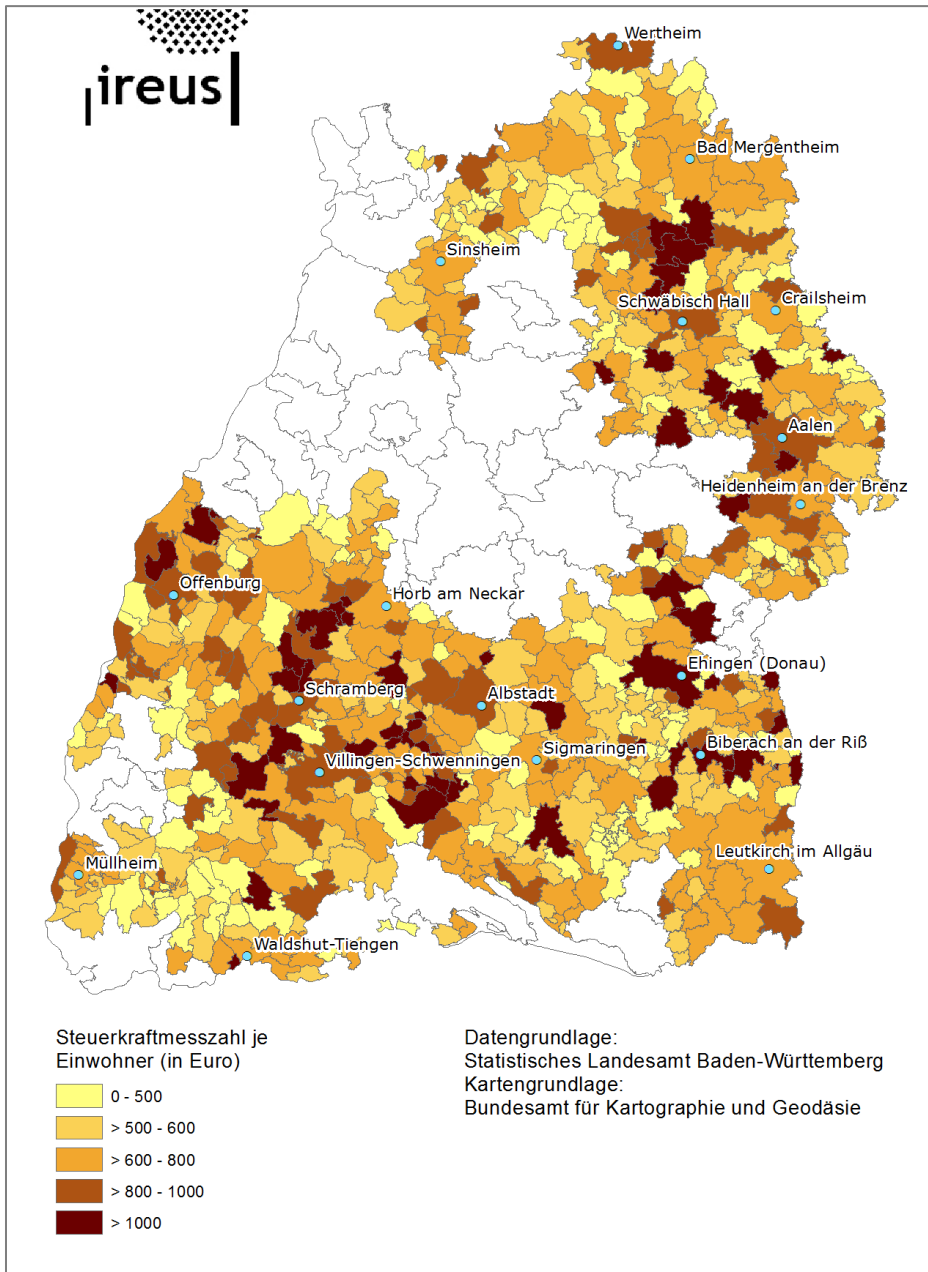
Für einen Vergleich der Steuerkraft von Gemeinden ist das tatsächliche Steueraufkommen weniger geeignet, weil bei einer Reihe von Steuern die Gemeinden das Recht auf Festlegung des Hebesatzes haben und durch die unterschiedlichen Hebesätze Verzerrun-

gen auftreten würden. Ein gebräuchlicher Indikator für die fiskalische Einnahmekraft einer Gemeinde ist daher die Steuerkraftmesszahl je Einwohner. Die Steuerkraftmesszahl beinhaltet das Aufkommen aus der Grundsteuer, der Gewerbesteuer, dem Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie den Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich im Rahmen des Familienlastenausgleichs (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010). Sonstige Steuern und steuerähnliche Abgaben und Einnahmen aus Beiträgen und Gebühren werden durch die Steuerkraftmesszahl nicht abgebildet. Sie spielen im Regelfall auch nur eine untergeordnete Rolle für die kommunalen Einnahmen. Bei der Grundsteuer und Gewerbesteuer wird nicht das tatsächliche Aufkommen berücksichtigt, sondern ein auf einen landeseinheitlichen Hebesatz umgerechnetes Aufkommen, um zu verhindern, dass Gemeinden mit niedrigen Hebesätzen nicht durch erhöhte Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich ausgeglichen werden. Für die Berechnung der Steuerkraftmesszahl eines Jahres wird jeweils das Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Jahres und die Bevölkerung der Jahresmitte des Vorjahres verwendet (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, S.26). Das bedeutet, dass der Indikator der tatsächlichen Steuereinnahmesituation „hinterher läuft“.

Im Jahr 2009 betrug die Steuerkraftmesszahl je Einwohner im Landesdurchschnitt 856,02 € je Einwohner. In den Gemeinden schwankt der Wert zwischen 244,04 € je Einwohner und 7.085,95 € je Einwohner. Die Verteilung ist erwartungsgemäß stark rechtschief. Diese Tatsache wird dadurch verdeutlicht, dass nur 12 Gemeinden im Land eine Steuerkraftmesszahl von 2000 € oder mehr je Einwohner und 102 Gemeinden eine Steuerkraftmesszahl von 1000 bis 2000 € je Einwohner aufweisen. Der Vergleich von Agglomerationsraum und ländlichem Raum zeigt erwartungsgemäß Unterschiede: Mit 909,85 € je Einwohner liegt die Steuerkraftmesszahl je Einwohner im Agglomerationsraum rund 21% über dem Wert des ländlichen Raumes. Innerhalb des ländlichen Raumes schwankt die Steuerkraftmesszahl je Einwohner zwischen 244,04 € und 2.359,23 €. Der Median liegt bei 599,41 € je Einwohner.

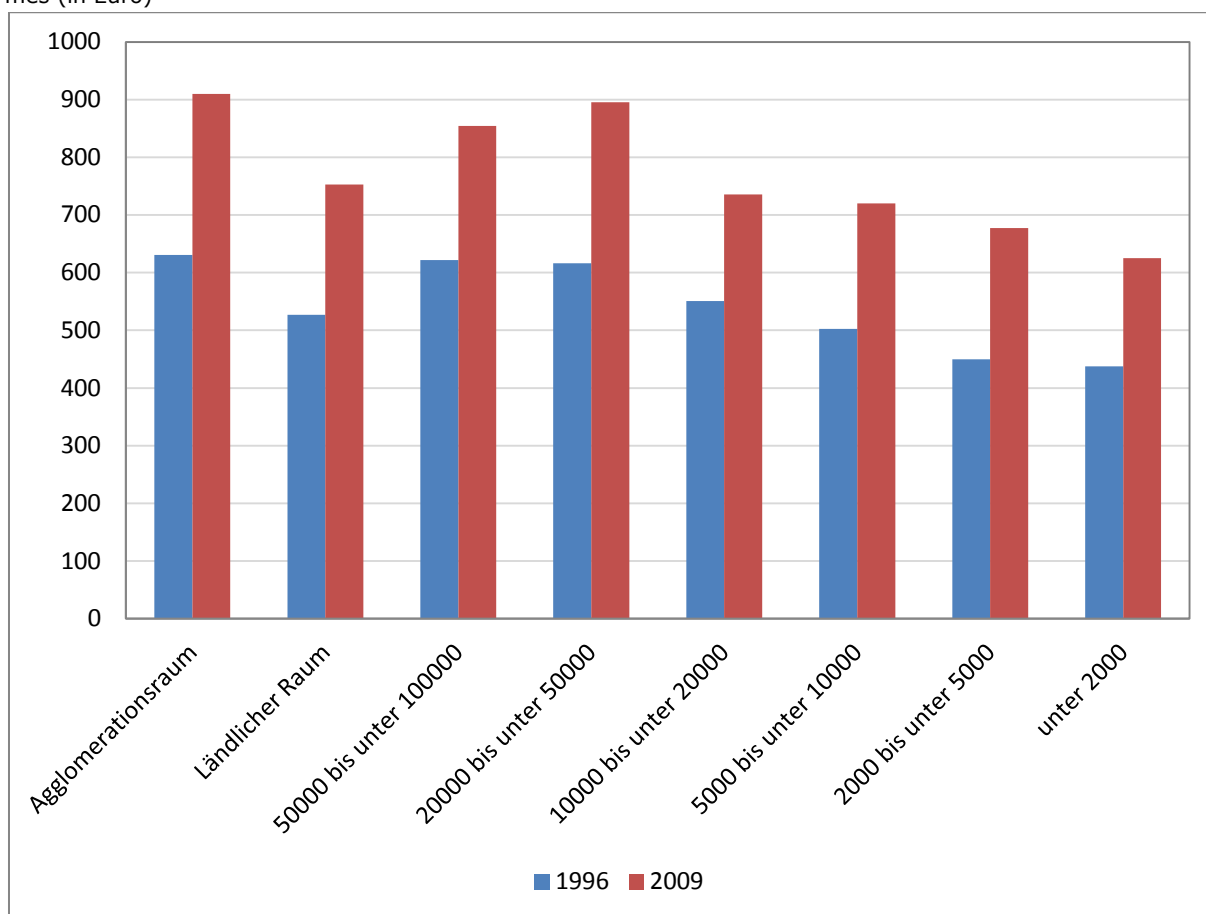
Abbildung 55 verdeutlicht die räumliche Verteilung der kommunalen Steuerkraft im ländlichen Raum. Ein eindeutiges Muster ist nicht zu erkennen. Überdurchschnittliche Werte treten vor allem in den größeren Arbeitsmarktzentren im ländlichen Raum sowie in deren Umgebung auf. Die überdurchschnittlichen Werte in der Umgebung der Arbeitsmarktzentren sind unter anderem auch auf die ausgleichende Wirkung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer zurückzuführen, dessen Verteilung durch Berufspendler beeinflusst wird.

Abbildung 55: Steuerkraft der Gemeinden des ländlichen Raumes im Jahr 2009



Eine Betrachtung der Steuerkraftmesszahl je Einwohner nach Gemeindegrößenklassen im ländlichen Raum zeigt für das Jahr 2009, dass im Durchschnitt Gemeinden mit 20.000 bis unter 50.000 Einwohnern mit 895,34 € je Einwohner den höchsten Wert aufweisen und die kleinen Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern den niedrigsten Wert verzeichnen. Der zeitliche Verlauf der Veränderung des Indikators verdeutlicht, dass lediglich die Gemeinden mit 2.000 bis unter 5.000 Einwohnern eine überdurchschnittliche Entwicklung verzeichnen konnten.

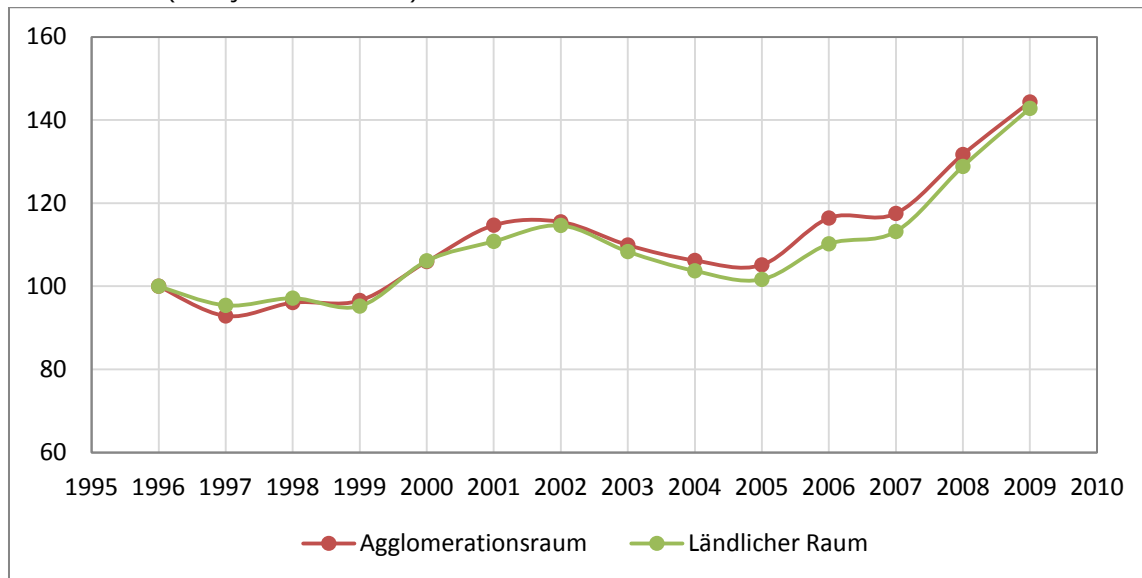
Abbildung 56: Steuerkraft je Einwohner nach Raumkategorie und Gemeindegrößenklasse des ländlichen Raumes (in Euro)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011, eigene Berechnungen

Der in Abbildung 57 dargestellte zeitliche Verlauf der Steuerkraftmesszahl je Einwohner verdeutlicht zum einen die Konjunkturabhängigkeit der kommunalen Steuereinnahmekraft und zum anderen wird deutlich, dass die Veränderung des betrachteten Indikators im ländlichen Raum und im Agglomerationsraum weitgehend parallel verlaufen ist. Lediglich in der Phase des beginnenden Konjunkturaufschwungs nach 2004 ist die Steuerkraftmesszahl im Agglomerationsraum schneller gewachsen als im ländlichen Raum. Der Abstand zwischen dem Agglomerationsraum und dem ländlichen Raum hat sich seit 1996 durch die dargestellte Entwicklung leicht erhöht. Im Jahr 1996 lag der durchschnittliche Wert für Gemeinden des Agglomerationsraumes rund 19,5% über dem entsprechenden Wert für Gemeinden des ländlichen Raumes, 2009 lag er bei rund 21%.

Abbildung 57: Veränderung der Steuerkraft des ländlichen Raumes und des Agglomerationsraumes im Zeitraum 1996 bis 2009 (Basisjahr 1996 = 100)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011, eigene Berechnungen

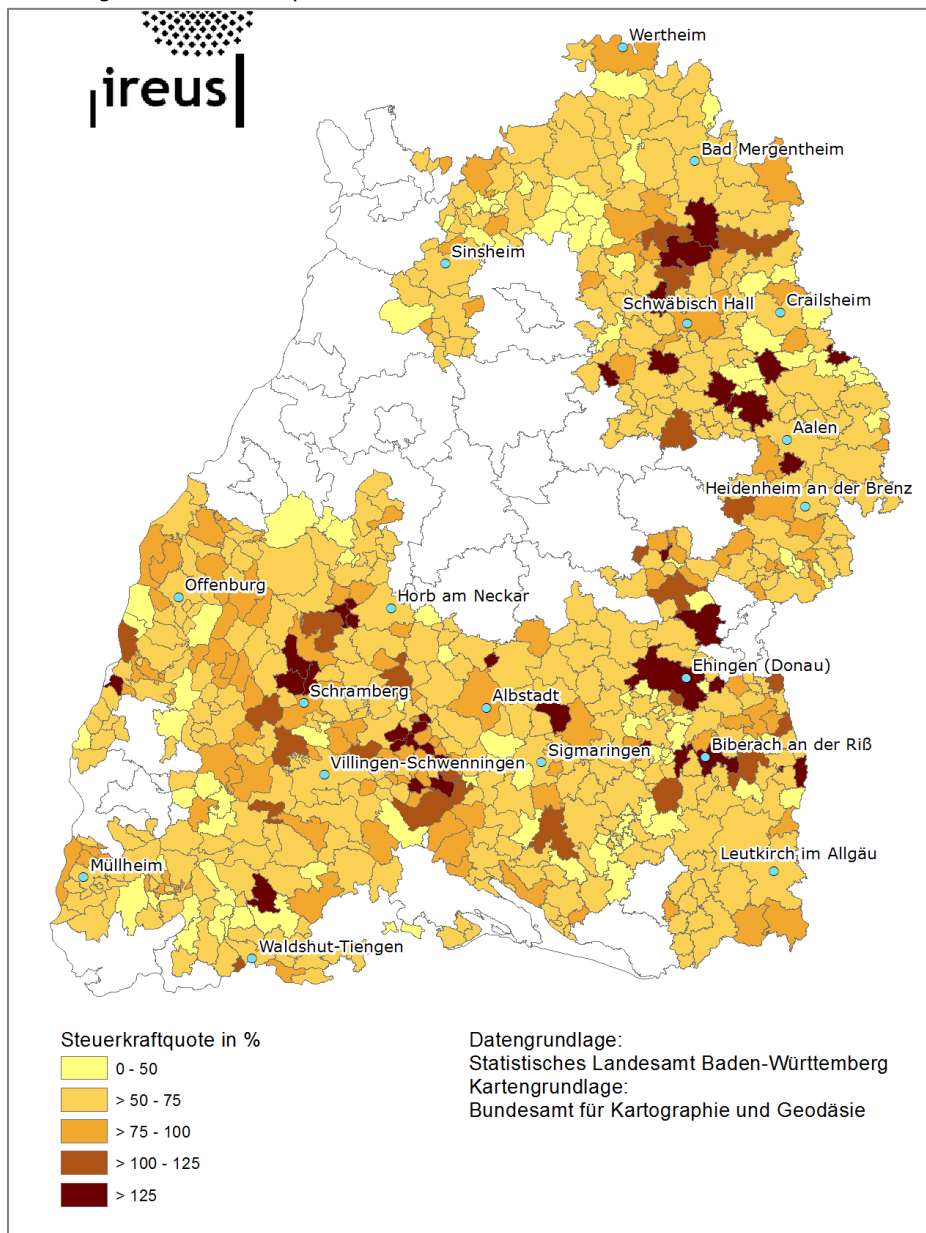
Die Steuerkraftmesszahl gibt zwar Hinweise auf die Einnahmekraft der Gemeinden, sie berücksichtigt aber nicht, inwiefern die Gemeinden in der Lage sind ihre Aufgaben zu erfüllen, weil sie die Ausgabenseite, die sich aus den Aufgaben der Gemeinden ergibt, nicht betrachtet. Für eine Abschätzung der Fähigkeit von Gemeinden, ihre Aufgaben zu erfüllen, muss daher ein Indikator gewählt werden, der die Steuerkraft im Verhältnis zum Finanzbedarf für die Erfüllung der Aufgaben erfasst. Problematisch ist dabei insbesondere die Tatsache, dass es „kein verlässliches Verfahren zur objektiven Bedarfsmessung“ (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, S.30) gibt. Näherungsweise wird für die Abbildung des Finanzbedarfs für die Erfüllung der kommunalen Aufgaben die Bedarfsmesszahl aus dem kommunalen Finanzausgleich verwendet, die sich aus der Multiplikation der Einwohnerzahl mit einem Kopfbetrag ergibt. Der Kopfbetrag ist zum einen abhängig von der Größe der Gemeinde und zum anderen von dem Vorhandensein von bestimmten Sondergruppen der Bevölkerung, wie beispielsweise Wehrpflichtige und Studierende (§7 FAG). Mit zunehmender Größe der Gemeinde wird der Kopfbetrag höher gewichtet. Dies wird damit begründet, dass mit zunehmender Einwohnerzahl die Aufgabenbelastung überproportional steigt, weil auch Einrichtungen für das Umland vorgehalten werden.

Als Indikator für die Fähigkeit einer Gemeinde, ihren Finanzbedarf zu decken, wird hier die Steuerkraftquote verwendet. Dafür wird das Verhältnis von Steuerkraftmesszahl und Bedarfsmesszahl gebildet. Sie gibt an, inwieweit sich eine Gemeinde aus dem eigenen Steueraufkommen finanzieren kann. Eine Steuerkraftquote von weniger als 100% besagt, dass die Steuerkraft der Gemeinde niedriger als ihr hypothetischer Bedarf ist und sie Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich erhält.

Im Jahr 2009 betrug die Steuerkraftquote der Gemeinden im Landesdurchschnitt rund 74%. Landesweit schwankte der Wert zwischen 26% und 654%. Nur in 110 Gemeinden lag die Steuerkraftquote über 100% und somit die Steuerkraftmesszahl über der Bedarfsmesszahl. Die folgende Abbildung verdeutlicht die räumliche Verteilung der Gemein-

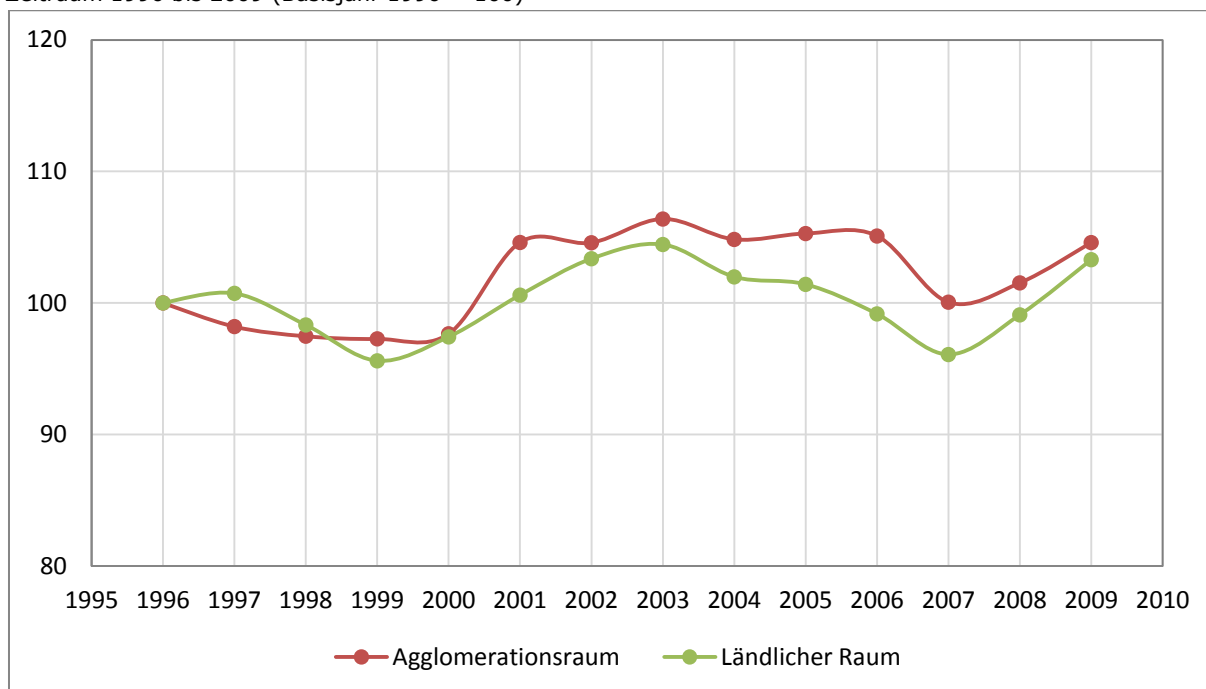
den mit unterschiedlich hohen Steuerkraftquoten. Der Zusammenhang zwischen der Steuerkraft und der Fähigkeit den eigenen Finanzbedarf zu decken, wird deutlich.

Abbildung 58: Steuerkraftquote der Gemeinden des ländlichen Raumes im Jahr 2009



Ein Vergleich der Steuerkraftquoten nach Raumkategorien zeigt, dass die Gemeinden des ländlichen Raumes mit 72,7% geringfügig unter, und des Agglomerationsraum mit 74,5% geringfügig über dem Landesdurchschnitt lagen. In 59 Gemeinden des ländlichen Raumes lag die Steuerkraftquote über 100%. Der Anteil der Gemeinden mit einer Steuerkraftquote von 100% oder mehr lag im ländlichen Raum bei rund 9%, während er im Agglomerationsraum bei rund 11,4% lag. Im Durchschnitt wiesen Gemeinden im ländlichen Raum mit weniger als 2.000 Einwohnern die niedrigsten Steuerkraftquoten auf, während Gemeinden mit 20.000 bis unter 50.000 Einwohnern mit rund 94,9% die höchsten Werte verzeichneten.

Abbildung 59: Veränderung der Steuerkraftquote des ländlichen Raumes und des Agglomerationsraumes im Zeitraum 1996 bis 2009 (Basisjahr 1996 = 100)

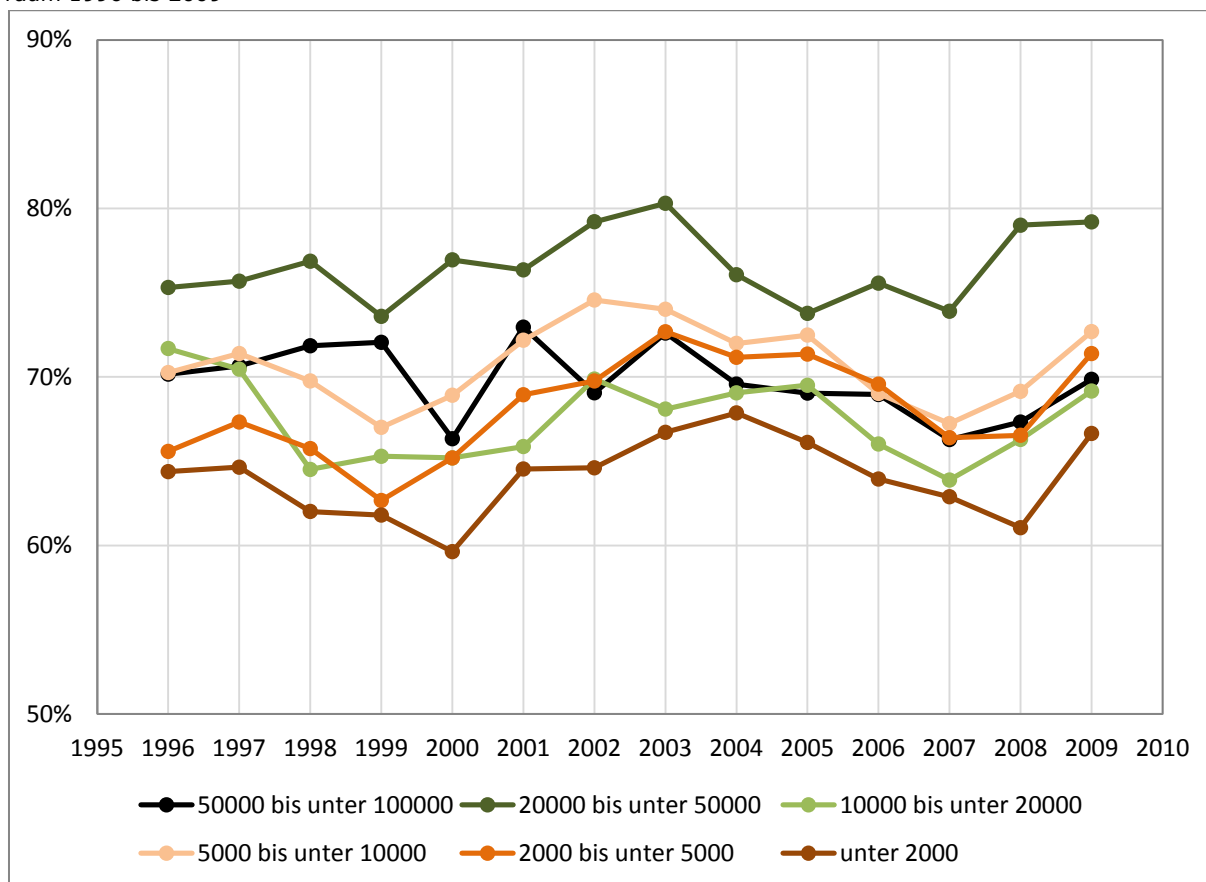


Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011, eigene Berechnungen

Bei der Betrachtung des zeitlichen Verlaufs der Steuerkraftquote muss berücksichtigt werden, dass die Steuerkraftmesszahl des Berichtsjahres sich auf das Steueraufkommen im zweiten vorangegangenen Jahres bezieht und der Kopfbetrag zur Berechnung der Bedarfsmesszahl sich jährlich erhöht. Grundsätzlich ist sowohl im Landesdurchschnitt als auch im Durchschnitt der Raumkategorien die Steuerkraftquote seit 1999 gewachsen.

Im Zeitraum 1996 bis 2009 war die relative Zunahme der Steuerkraftquote im ländlichen Raum geringfügig niedriger als im Agglomerationsraum. Im Agglomerationsraum hat sie in diesem Zeitraum um rund 4,5% zugenommen, während sie im ländlichen Raum nur um rund 3% stieg. Insbesondere im Zeitraum 2004 bis 2007 haben die Gemeinden des ländlichen Raumes eine rückläufige Steuerkraftquote verzeichnet. Innerhalb des ländlichen Raumes zeichnen sich vor allem die Gemeinden mit 50.000 bis unter 100.000 Einwohnern durch starke jährliche Schwankungen der Steuerkraftquote aus. Das liegt zum Teil auch an der geringen Fallzahl in dieser Gruppe. Die höchsten Zuwächse können die Gemeinden mit 20.000 bis unter 50.000 Einwohner sowie mit 2.000 bis unter 5.000 Einwohner verzeichnen.

Abbildung 60: Veränderung der Steuerkraftquote nach Gemeindegrößenklassen des ländlichen Raumes im Zeitraum 1996 bis 2009



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011, eigene Berechnungen

Insgesamt zeugen die Ergebnisse von vergleichsweise geringen Unterschieden der finanziellen Leistungsfähigkeit zwischen dem Agglomerationsraum und dem ländlichen Raum. Zwar fallen die Indikatorwerte für die Steuerkraft sowie die Steuerkraftquote im ländlichen Raum gegenüber den stärker verdichteten Teilen Baden-Württembergs leicht ab. Anzeichen einer beginnenden fiskalischen Polarisierung zwischen beiden Landesteilen existieren bislang aber nicht. Die grundsätzlich positive Entwicklung der kommunalen Steuerkraft im Land ist auch in dessen ländlichen Räumen mit vollzogen worden.

3.5.2 Schulden der Gemeinden

Neben der Steuerkraft kommt dem Schuldenstand Bedeutung für die fiskalische Leistungs- und Handlungsfähigkeit einer Gemeinde zu. Die ein bestimmtes Niveau überschreitende Verschuldung lässt sich in diesem Sinne als eine Einengung der gemeindlichen Handlungsspielräume und Einschränkung von Anpassungsreaktionen bei zukünftigen Herausforderungen ansehen. Trotzdem ist ein einfacher Vergleich des Schuldenstands der Gemeinden aus mehreren Gründen nur bedingt belastbar. Erstens sagt die Schuldenfreiheit einer Gemeinde wenig aus über die Leistungsfähigkeit oder Anpassungsfähigkeit einer Gemeinde. Der Gemeindetag Baden-Württemberg weist in seiner Presseerklärung vom 25. April 2008 darauf hin, dass eine schuldenfreie Gemeinde, die ihre Aufgaben nicht erfüllt, sowohl die Lebensqualität ihrer Einwohner als auch öffentliches Ver-

mögen gefährdet.¹⁸ Zweitens ist darauf hinzuweisen, dass die Höhe der Schulden alleine noch keine bewertenden Aussagen über die Qualität der Schulden zulässt, weil unklar bleibt, ob damit Vermögenswerte geschaffen wurden oder ob damit konsumptive Ausgaben finanziert werden (Peter 2006, S.47). Drittens wird ein schlichter Vergleich von Schulden zwischen Gemeinden auch durch die Tatsache erschwert, dass die Gemeinden in unterschiedlichem Maß kommunale Aufgaben in unselbstständige aber auch selbstständige Betriebe auslagern, so dass deren Schulden nicht in allen Fällen in der Schuldenstatistik der Gemeinden auftauchen. In die gleiche Kategorie gehören auch Schulden von Zweckverbänden, die nicht anteilig den Schulden der Mitgliedsgemeinden zugerechnet werden.

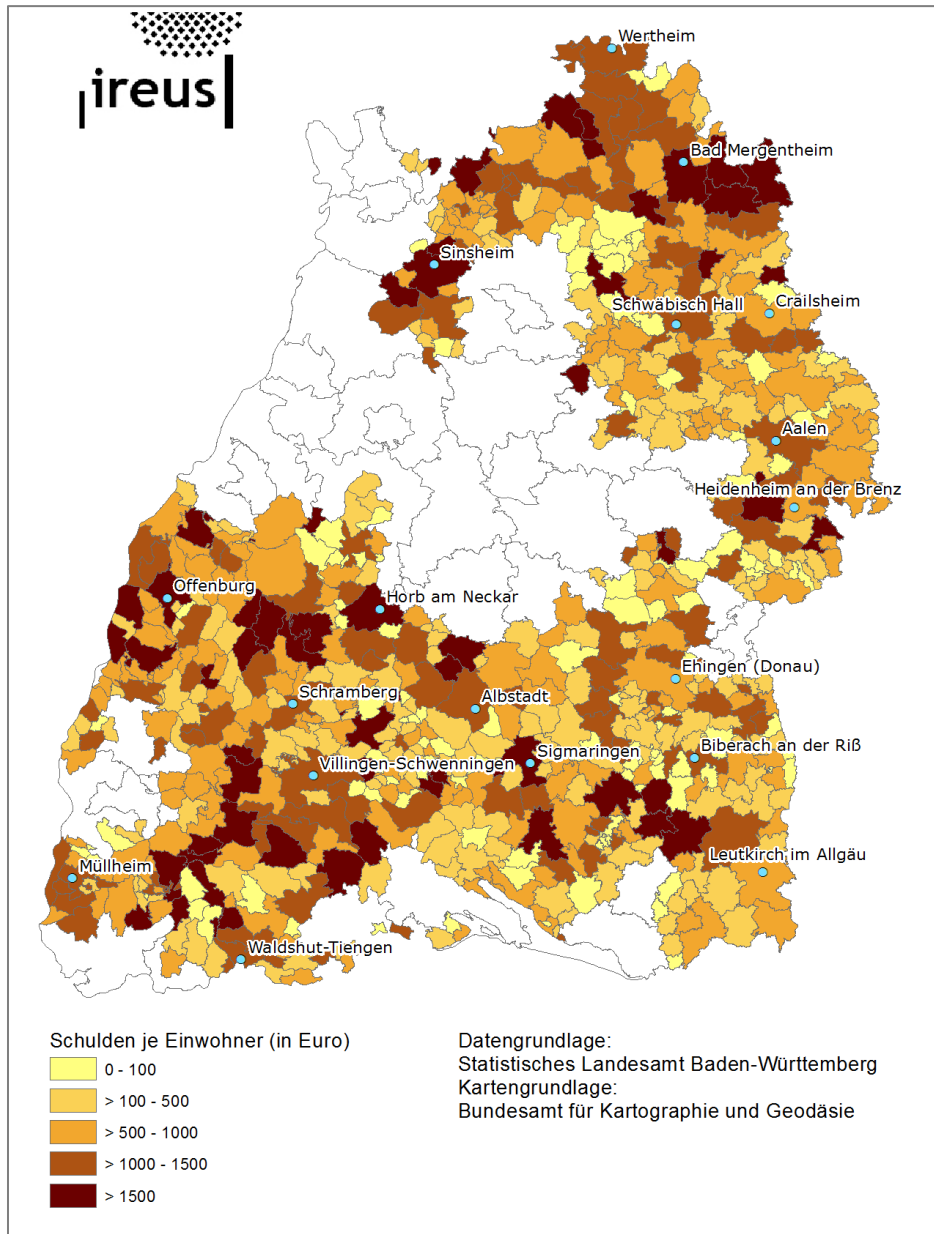
Die nachfolgende Auswertung beruht auf der Schuldenstatistik der Gemeinden und umfasst die Kämmereischulden der kommunalen Kernhaushalte sowie die Schulden der Eigenbetriebe. Die Schulden der Eigenbetriebe werden mitberücksichtigt, weil es sich um rechtlich unselbstständige wirtschaftliche Unternehmen handelt, die kommunale Aufgaben wahrnehmen. Nicht enthalten in den Schulden der Eigenbetriebe sind die Schulden der Krankenhäuser.

Um die Verschuldung zwischen den Gemeinden trotz der oben genannten Probleme vergleichen zu können, wird die Verschuldung je Einwohner betrachtet. Im Jahr 2009 waren die Gemeinden im Durchschnitt mit rund 1.050 € je Einwohner verschuldet. Der Schuldenstand schwankt zwischen 0 und 5.120 € je Einwohner, wobei letzterer Wert einen außergewöhnlichen Fall darstellt. Der Median der Verteilung liegt bei 547,40 € je Einwohner.

In Gemeinden des ländlichen Raumes liegt der Schuldenstand im Durchschnitt bei 973 € je Einwohner und damit deutlich unter dem entsprechenden Wert für Gemeinden im Agglomerationsraum, die mit 1.050 € je Einwohner verschuldet sind. 65 der 86 schuldenfreien Gemeinden liegen im ländlichen Raum. Davon haben 58 Gemeinden weniger als 5.000 Einwohner und 30 weniger als 2.000 Einwohner. Grundsätzlich nimmt in Gemeinden des ländlichen Raumes die Verschuldung je Einwohner mit der Gemeindegrößenklasse ab. In Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern liegt sie bei rund 1.520 € je Einwohner und sinkt auf rund 455 € je Einwohner in Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern ab. Diese Tatsache unterstützt die Aussage, dass sich manche kleinen Gemeinden aufgrund ihres Steueraufkommens keine Kredite leisten können.

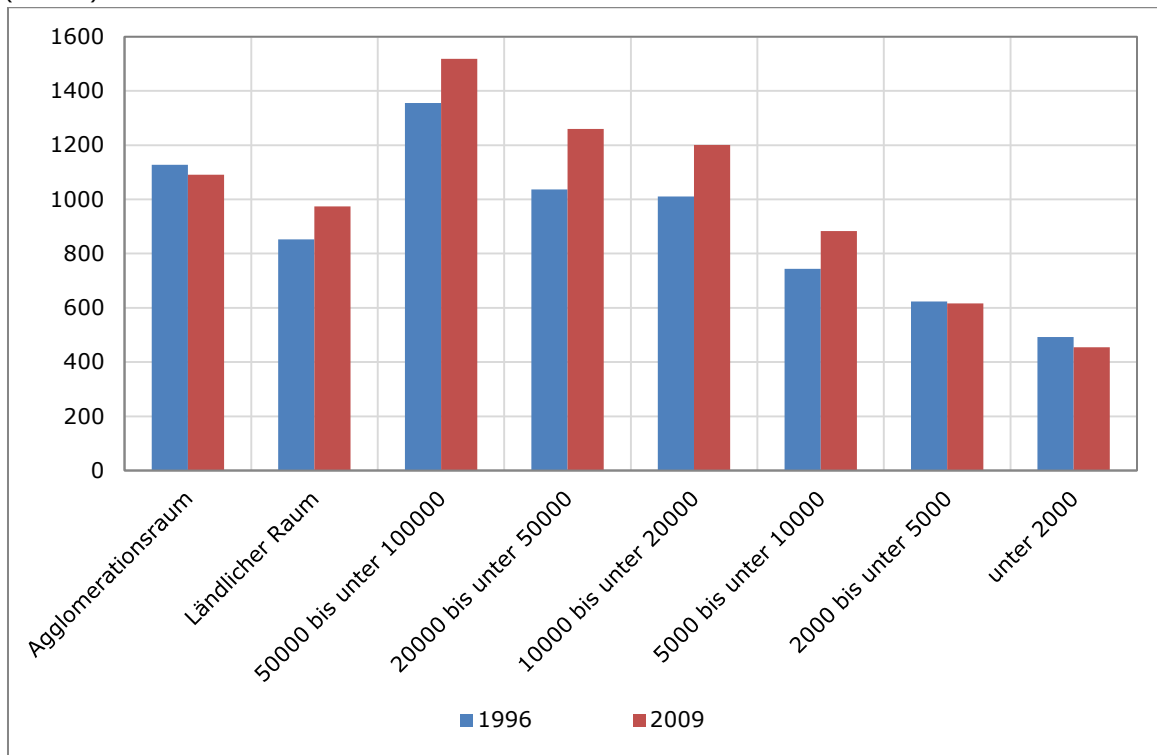
¹⁸ In diesem Zusammenhang wird auch erwähnt, dass es eine ganze Reihe von sehr kleinen, schuldenfreien Gemeinden gäbe, deren Wirtschafts- und Steuerkraft es kaum zulassen, Kredite aufzunehmen.

Abbildung 61: Verschuldung der Gemeinden des ländlichen Raumes im Jahr 2009



Eine Betrachtung der Veränderung des Schuldenstandes im Zeitraum 1996 bis 2009 verdeutlicht, dass die Verschuldung der Gemeinden je Einwohner im Landesdurchschnitt um 1,7% zugenommen hat. Im Agglomerationsraum ist sie um 3,3% zurückgegangen, wohingegen in den Gemeinden des ländlichen Raumes die Verschuldung je Einwohner um 4,7% angestiegen ist. Neben dem Schuldenstand ist aber bei Interpretation dieser Werte auch die Veränderung der Einwohnerzahl in beiden Raumkategorien zu beachten. Die unterschiedlichen Gemeindegrößenklassen im ländlichen Raum zeigen eine sehr unterschiedliche Entwicklung. Die Gemeinden mit 50.000 oder mehr Einwohnern sowie die Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern verzeichnen leichte Rückgänge der pro-Kopf-Verschuldung, während die größeren Gemeinden eine zunehmende Verschuldung aufweisen.

Abbildung 62: Schulden je Einwohner nach Raumkategorien und Gemeindegrößenklasse des ländlichen Raumes (in Euro)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011, eigene Berechnungen

Die Ergebnisse verdeutlichen somit divergierende Entwicklungen: Danach sind die Gemeinden im ländlichen Raum im Durchschnitt weniger hoch verschuldet als die Gemeinden des Agglomerationsraumes. Eine längsschnittanalytische Betrachtung zeigt jedoch ein überdurchschnittliches Ansteigen der pro-Kopf-Verschuldung in den vergangenen Jahren, was möglicherweise als Indiz einer Veränderung der Bevölkerungsstruktur und damit einhergehender Steigerungen der Ausgabenlasten anzusehen ist. Genauere Aussagen dazu lassen sich mit dem hier verfügbaren Datenmaterial aber nicht treffen.

3.6 Zusammenfassung

Ungeachtet der positiven wirtschaftlichen Rahmbedingungen und einer überwiegend guten Versorgung mit Leistungen der Daseinsvorsorge lässt sich in den vergangenen Jahren eine Dynamisierung des demografischen Wandels im ländlichen Raum beobachten. Während in den Jahren 1996 bis 2001 noch eine – gemessen am Landesdurchschnitt – überdurchschnittliche Bevölkerungszunahme zu verzeichnen war, hat sich das Bild seit dem Jahr 2002 deutlich verändert. Die Bevölkerungsentwicklung des ländlichen Raumes liegt seitdem unter dem Landesdurchschnitt und der Abstand wird von Jahr zu Jahr größer. In den Jahren 2006 bis 2008 traten im ländlichen Raum nach langer Zeit wieder negative jährliche Veränderungsdaten auf. Dieser Trend wird in den kommenden Jahren an Dynamik gewinnen. Immer mehr Gemeinden im ländlichen Raum werden sich zukünftig einem „Zangengriff“ von natürlicher Schrumpfung und Abwanderung ausgesetzt sehen.

Eine genauere Betrachtung zeigt, dass der demografische Wandel vor allem kleinere Gemeinden ohne leistungsfähige Infrastruktur mit einer forcierten Schrumpfung ihrer Bevölkerungsbasis konfrontiert. Insbesondere jüngere Menschen im Ausbildungsalter zog es

in den vergangenen Jahren verstärkt in die größeren Städte des ländlichen Raumes und des Agglomerationsraumes. Den betroffenen Gemeinden droht eine forcierte Alterung mit weitreichenden Auswirkungen auf die örtliche Daseinsvorsorge. Eine Auswertung der Wanderungsstatistik zeigt ferner, dass die negative Bevölkerungsentwicklung im ländlichen Raum auch durch eine zurückgehende Zuwanderung aus den verdichteten Landesteilen verursacht wird. Zogen im Jahr 1996 per Saldo noch mehr Menschen aus dem Agglomerationsraum in den ländlichen Raum als umgekehrt, hat sich dies bis 2008 ins Gegenteil verkehrt. Seit 2005 ist der Wanderungssaldo des ländlichen Raumes mit dem Agglomerationsraum Baden-Württembergs negativ. Dies wiegt insofern schwer, als dass die natürliche Bevölkerungsentwicklung Abwanderungsbewegungen nicht länger bremsen kann, im Gegenteil, in den vergangenen Jahren trug auch der Saldo von Geburten und Sterbefällen zur demografischen Schrumpfung bei. Die abnehmende Anzahl von Frauen im gebärfähigen Alter sowie der allgemeine Rückgang der Fertilität (Anzahl der Kinder je Frau) können diesen Trend erklären. Der Mythos hoher Fruchtbarkeit der ländlichen Bevölkerung gehört längst der Vergangenheit an.

Insgesamt machen die Auswertungen dieses Kapitels deutlich, dass die Bevölkerungsentwicklung im Ländlichen Raum Baden-Württembergs in den Jahren seit etwa 2002 einen erheblichen Trendbruch erfahren hat. Während der „kippende“ natürliche Bevölkerungssaldo im Wesentlichen auf einen Altersstruktureffekt zurückzuführen ist, bedarf die sich zulasten des ländlichen Raumes verändernde Wanderungsbilanz weitergehender Erklärungen. Mehr und mehr erkennbar wird eine „neue Attraktivität der großen Städte“ als Wohn- und Lebensort, eine Entwicklung, die nicht primär mit ökonomischen Faktoren erklärbar ist. Möglicherweise spielt auch eine veränderte soziokulturelle Bewertung von „Stadt“ und „Land“ insbesondere bei jüngeren Menschen eine Rolle. Denkbar ist auch, dass angesichts steigender Energiekosten Standorte mit guter Erreichbarkeit und Infrastruktur als Wohnort präferiert werden.

4 Der ländliche Raum im Ländervergleich

4.1 Abgrenzung der ländlichen Räume und Überblick über zentrale Strukturkennzahlen

Um die wirtschaftliche und demografische Entwicklung, die der Ländliche Raum Baden-Württembergs in den vergangenen Jahren genommen hat, besser einordnen zu können, sollen ausgewählte Kennwerte mit jenen des ländlichen Raumes der Nachbarbundesländer verglichen werden. Damit die Aussagekraft eines solchen Vergleichs gewährleistet bleibt, ist es unerlässlich, den Raum auf Basis einer einheitlichen Definition als „ländlich“ abzugrenzen. Aufgrund der föderalen staatlichen Verfassung Deutschlands weisen die Gebietskategorien der Länder erhebliche Unterschiede auf, so dass ein Vergleich auf dieser Basis einen geringen Aussagewert besäße.

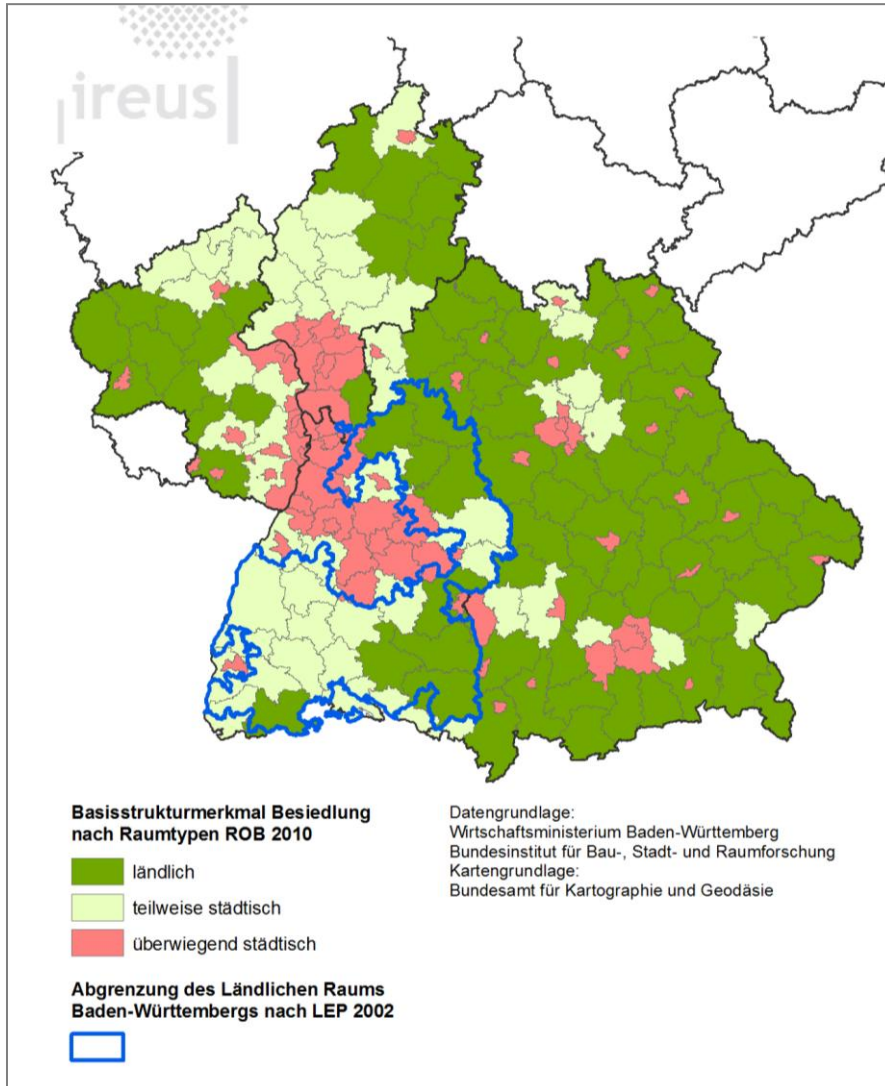
Eine bundesweit einheitliche Definition bieten die „Raumtypen ROB 2010“, die durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) für das gesamte Bundesgebiet die Gemeinden nach Kriterien der Lage und Besiedlung klassifizieren. Dabei wird je nach dem Flächenanteil städtisch geprägter Umgebung zwischen überwiegend städtischen, teilweise städtischen und ländlichen Gemeinden unterschieden. Die Ergebnisse der Typisierung werden im Sinne des Dominanzprinzips auf Kreisebene aggregiert, um die in Abbildung 63 dargestellten Kreistypen zu erhalten¹⁹.

Vergleicht man die Einteilung der Kreise Baden-Württembergs nach den „Raumtypen ROB 2010“ mit der Abgrenzung des ländlichen Raumes, wie sie sich im Landesentwicklungsplan 2002 findet, fällt vor allem der hohe Anteil der Fläche auf, der der Kategorie „teilweise städtisch“ entspricht und sich innerhalb der Grenzen des ländlichen Raumes nach Landesentwicklungsplan befindet. Der Ländliche Raum Baden-Württembergs muss damit im Sinne der ROB-Typisierung als räumliches Nebeneinander von eher ländlich und eher städtisch geprägter Besiedlung interpretiert werden.

Die Abgrenzung des ländlichen Raumes nach Landesentwicklungsplan weist eine relativ starke Deckungsgleichheit mit jenen Kreisen auf, die durch das BBSR als ländlich oder teilweise städtisch charakterisiert werden, während Gemeinden der Kreise, die als überwiegend städtisch bezeichnet werden, nur selten in sein Gebiet fallen. Tabelle 8 bietet einen Vergleich der wichtigsten Kenngrößen und ihrer Variation gemäß den unterschiedlichen räumlichen Abgrenzungen.

¹⁹ http://www.bbsr.bund.de/nn_103086/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Werkzeuge/Raumabgrenzungen/Raumtypen2010/Raumtypen2010.html (Abruf: 16.11.2010)

Abbildung 63: Raumabgrenzung der untersuchten Bundesländer nach dem Kriterium der Besiedlung



Eigene Darstellung

Tabelle 8: Abgrenzungen des Ländlichen Raumes Baden-Württembergs (Werte für 2007)

	Abgrenzung nach LEP 2002		Abgrenzung nach ROB-Kreistypen 2010 „ländlich“ und „teilweise städtisch“		Abgrenzung nach ROB-Kreistypen 2010 „ländlich“	
	Absolute Werte	Anteil am gesamten Bundesland	Absolute Werte	Anteil am gesamten Bundesland	Absolute Werte	Anteil am gesamten Bundesland
Fläche (km ²)	24.591	68,4%	27.818	77,3%	11.426	31,8%
Einwohner	3.685.642	34,3%	5.321.059	49,4%	1.540.927	14,3%
SVP-Beschäftigte	1.129.481	29,7%	1.691.282	44,5%	481.498	12,7%
Bruttowertschöpfung (Mill. EUR)	94.006 ²⁰	29,3%	141.043	44,0%	41.187	12,9%

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Es zeigt sich, dass die Abgrenzung nach den ROB-Kreistypen „ländlich“ und „teilweise städtisch“ den ländlichen Raum leicht übergewichtet. Eine Abgrenzung, die sich auf den ROB-Kreistyp „ländlich“ beschränkt, würde jedoch die Bedeutung des ländlichen Raumes im Vergleich zu seiner Definition nach dem Landesentwicklungsplan 2002 deutlich unter-

²⁰ Geschätzter Wert

zeichnen. Daher werden für den Vergleich mit anderen Bundesländern jene Kreise als ländlicher Raum gelten, die dem ROB-Kreistyp „ländlich“ oder „teilweise städtisch“ zugeordnet wurden. Ein direkter Vergleich der in den vorangegangenen Abschnitten ausgewiesenen Daten mit den im Folgenden präsentierten Zahlen ist aufgrund der Unterschiedlichkeit der jeweiligen Raumabgrenzungen nicht möglich.

Auf Basis dieser Abgrenzung erfolgt ein Vergleich, der aufzeigt, welchen Beitrag die ländlichen Räume der Bundesländer Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz zur wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Bundesländer erbringen. Ebenso wird untersucht, inwieweit die ökonomische und demografische Entwicklung in diesen Räumen mit jener des Ländlichen Raumes Baden-Württemberg konvergent ist.

Aus Tabelle 9 ist ablesbar, dass die Kreise ländlicher und teilweise städtischer Prägung in allen betrachteten Bundesländern einen erheblichen Anteil an Wertschöpfung und Beschäftigung haben, wobei in der Regel konstatiert werden muss, dass ihr Beitrag zur Bruttowertschöpfung des gesamten Bundeslands stets etwas geringer ausfällt als ihr Anteil an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bzw. an der gesamten Erwerbstätigkeit, was auf eine geringere Produktivität schließen lässt. Im Ländervergleich zeigt Baden-Württemberg allerdings die höchste Produktivität. Hier wurden im Jahr 2008 etwa 56.000 EUR Wertschöpfung je Erwerbstätiger erwirtschaftet. Keines der hier berücksichtigten Bundesländer übertrifft diesen Wert. Noch deutlicher wird dies, wenn die Wertschöpfung je Einwohner berechnet wird. Mit einem Wert von 26.500 EUR je Einwohner liegt Baden-Württemberg unangefochten an der Spitze der vier Bundesländer, was als gewichtiges Indiz für eine überdurchschnittlich wettbewerbsfähige Wirtschaft des ländlichen Raumes dieses Bundeslandes gewertet werden kann.

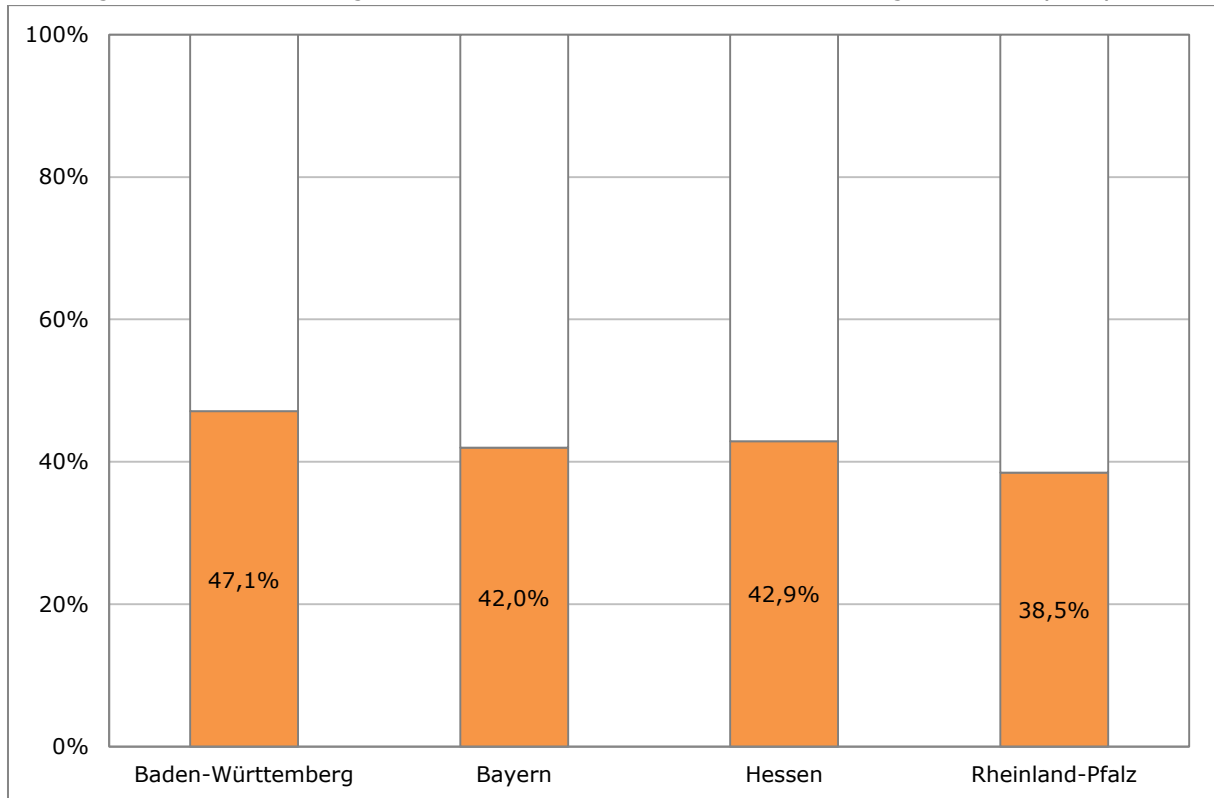
Tabelle 9: Vergleich der ländlichen Räume der Bundesländer nach absoluten Werten und Anteilen an der Summe der jeweiligen Bundesländer (Werte für 2007)

Land	Bruttowertschöpfung		Erwerbstätige		SVP-Beschäftigte		Einwohner	
	Mill. Euro	Anteil in %	Anzahl (Tsd.)	Anteil in %	Anzahl (Tsd.)	Anteil in %	Anzahl (Tsd.)	Anteil in %
Baden-Württemberg	141.043	44,0	2.500	45,3	1.691	44,5	5.321	49,4
Bayern	189.052	48,7	3.457	52,9	2.260	50,1	8.228	65,8
Hessen	79.988	41,5	1.420	46,1	926	43,5	3.321	54,7
Rheinland-Pfalz	47.305	50,5	981	53,6	601	51,0	2.551	63,0

Quelle: www.regionalstatistik.de (Abruf: 16.11.2010), eigene Berechnungen

Ebenfalls fällt auf, dass der Einwohneranteil in den ländlichen Räumen stets höher ist als ihr Erwerbstätigenanteil. Diese Diskrepanz zeigt sich allerdings in Baden-Württemberg in deutlich milderer Form als in seinen Nachbarbundesländern, was eine relativ höhere Erwerbsbeteiligung in diesem Bundesland anzeigt. Mit gut 47% liegt der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung im Ländlichen Raum Baden-Württembergs deutlich höher als in den Vergleichsräumen der anderen Bundesländer (Abbildung 64).

Abbildung 64: Anteil Erwerbstätiger im ländlichen Raum an der Gesamtbevölkerung des Landes (2008)

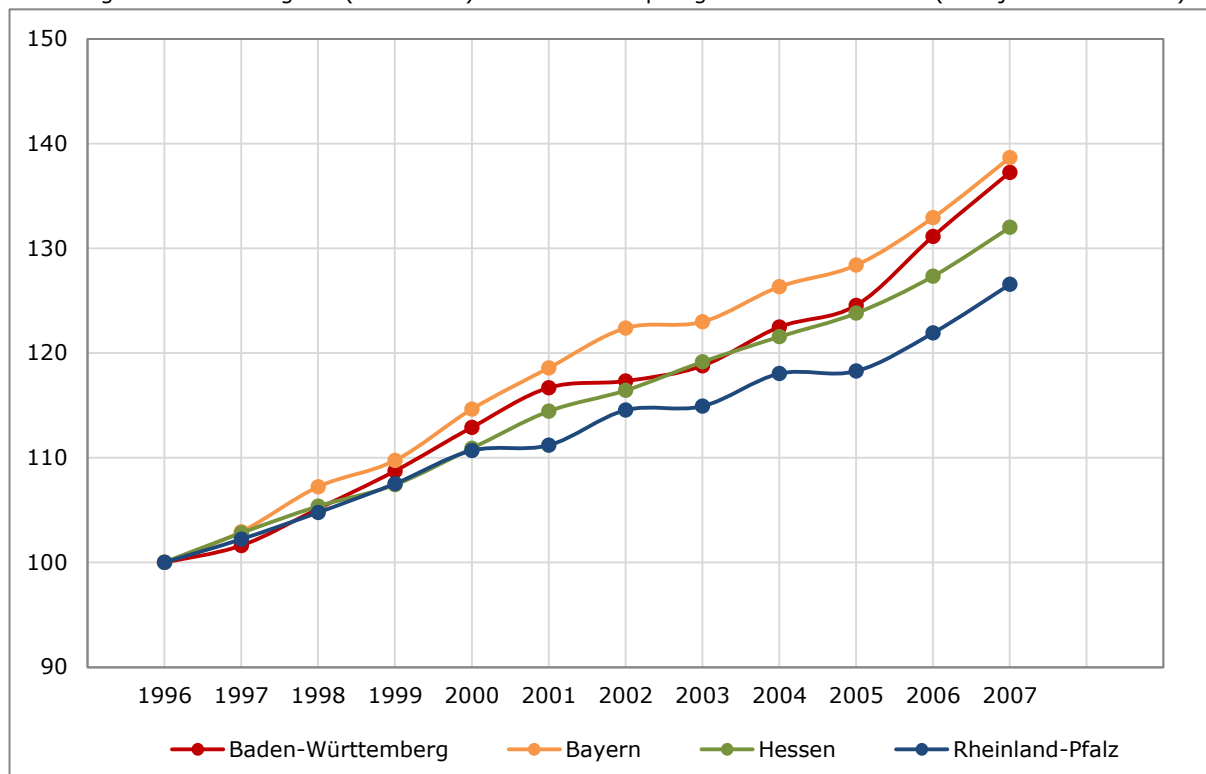


Quelle: www.regionalstatistik.de (Abruf: 16.11.2010), eigene Berechnungen

4.2 Wirtschaftliche Struktur und Entwicklung

Um die wirtschaftliche Entwicklung der ländlichen Räume der ausgewählten Bundesländer vergleichen zu können, werden die Wachstumsraten der Wertschöpfung und der Beschäftigung gegenübergestellt. Die größten Zuwächse der Bruttowertschöpfung verzeichnete in den Jahren 1996 – 2007 der Ländliche Raum Bayerns mit 38,7%. Ähnlich dynamisch zeigte sich der Ländliche Raum Baden-Württembergs mit einem Zuwachs von 37,2%. Die Ländlichen Räume Hessens und Rheinland-Pfalz' verzeichneten hingegen ein merklich schwächeres Wachstum (Abbildung 65).

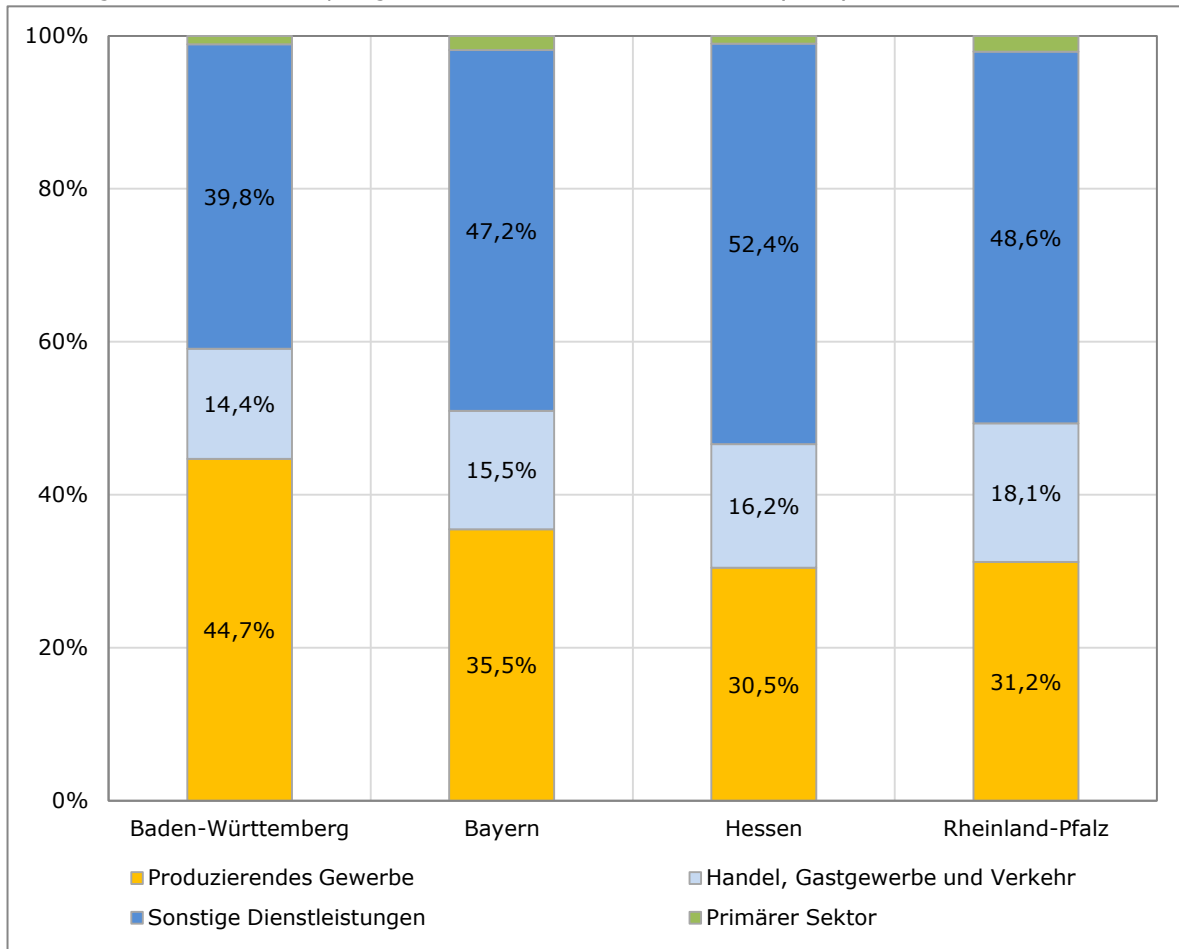
Abbildung 65: Entwicklung der (nominalen) Bruttowertschöpfung im ländlichen Raum (Basisjahr 1996 = 100)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Dabei sind die Beiträge, welche die einzelnen Wirtschaftssektoren zur gesamten Bruttowertschöpfung leisten, nicht in allen untersuchten Räumen gleich groß. Während die ländlichen Räume der Nachbarbundesländer hier eine relativ ähnliche Struktur aufweisen, tritt im Ländlichen Raum Baden-Württembergs der weit überdurchschnittliche Beitrag des produzierenden Gewerbes hervor – fast 45% der Wertschöpfung entfallen auf diesen Sektor, während es in den drei anderen Bundesländern nur zwischen 30 und gut 35% sind. Im Gegensatz dazu fällt der Anteil der sonstigen Dienstleistungen hier deutlich geringer aus (Abbildung 66).

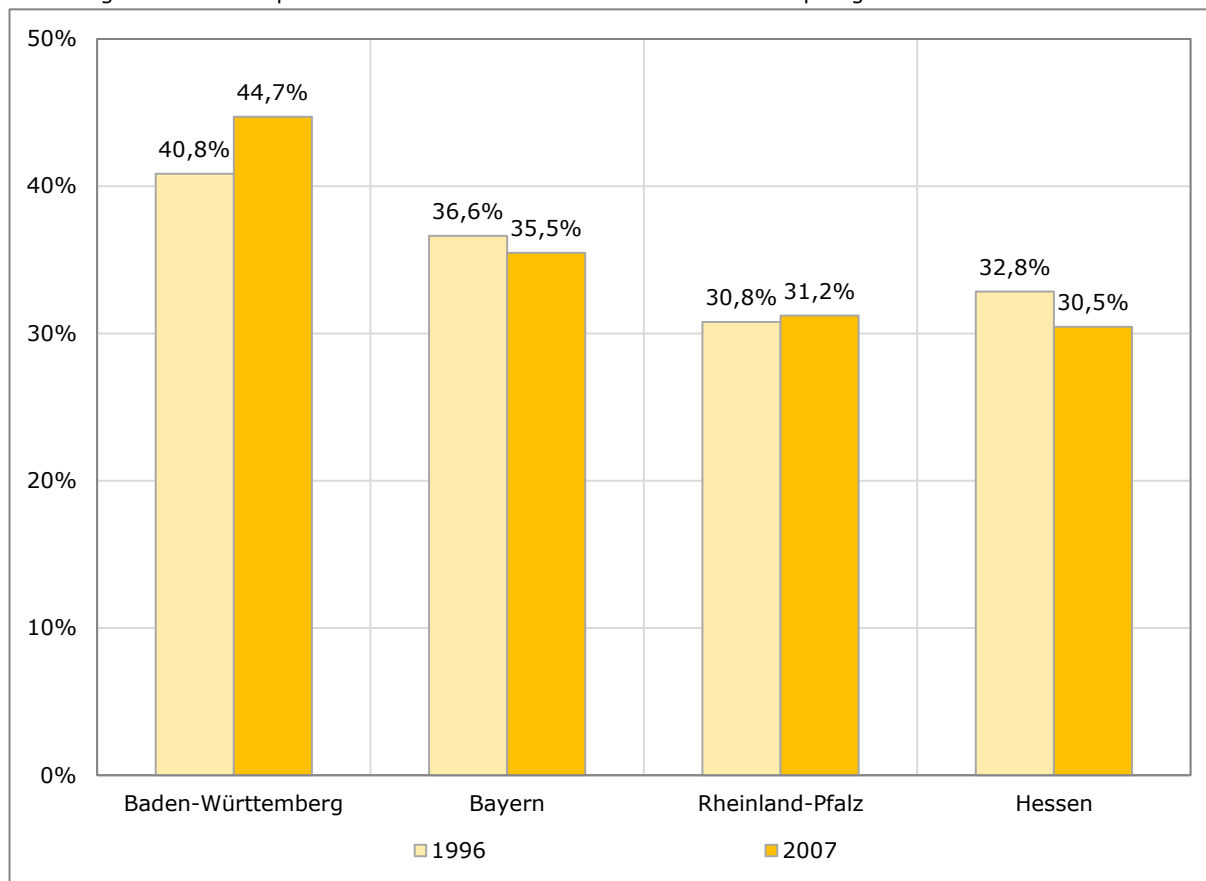
Abbildung 66: Bruttowertschöpfung nach Sektoren im ländlichen Raum (2007)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Hinzu kommt, dass sich diese Diskrepanz im Untersuchungszeitraum noch vergrößert hat. Wurde 1996 noch lediglich 40,8% der Bruttowertschöpfung des ländlichen Raumes in Baden-Württemberg durch das produzierende Gewerbe erwirtschaftet, konnte sein Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung innerhalb von 11 Jahren um knapp 4 Prozentpunkte gesteigert werden. Eine solche Entwicklung kann den Ländlichen Räumen der Nachbarbundesländer nicht attestiert werden. Nur in Rheinland-Pfalz konnte der produzierende Sektor im ländlichen Raum seine Bedeutung leicht ausbauen. In Bayern und Hessen wuchs dem gegenüber die Bedeutung der Dienstleistungssektoren. Baden-Württemberg zeigt damit eine bemerkenswerte Sonderentwicklung entgegen den globalen Trends der Deindustrialisierung.

Abbildung 67: Anteil der produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung 1996 und 2007



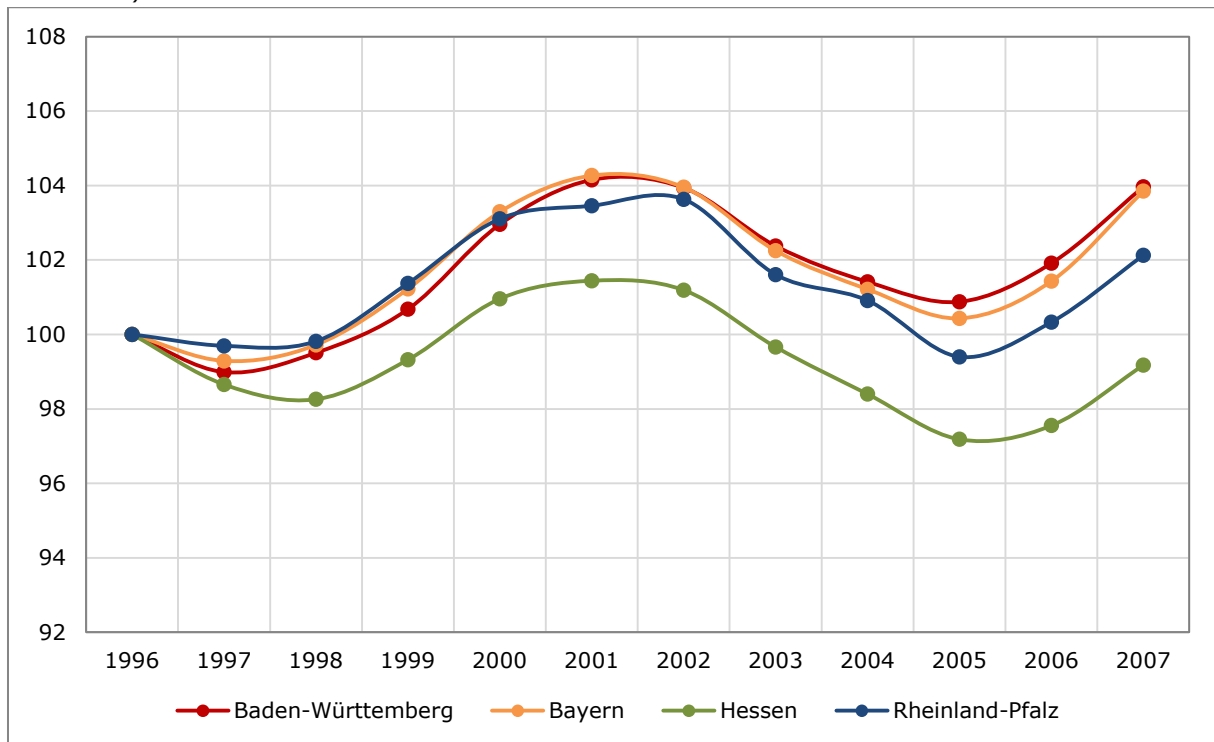
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Um die Beschäftigungsentwicklung zu skizzieren, stehen zwei Kenngrößen zur Verfügung: die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, sowie die Anzahl der Erwerbstätigen insgesamt. Zu letztgenannter Gruppe zählen neben den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weitere Arbeitnehmer wie Beamte und Soldaten, sowie geringfügig entlohnte Beschäftigte, die in der Statistik nicht als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ausgewiesen werden. Hinzu kommen Selbständige und mithelfende Familienangehörige.²¹

Bei der Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten verzeichnen die Ländlichen Räume Baden-Württembergs und Bayerns mit jeweils knapp 4% im Zeitraum 1996 – 2007 die größten Zuwächse. Auffällig ist, dass im Ländlichen Raum Hessens die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im betrachteten Zeitraum sogar leicht abgenommen hat.

²¹ Zu Grunde liegt der Statistik das Personenkonzept: unabhängig von der Anzahl und dem Umfang der Tätigkeit(en) geht jede Person nur einmal in die Statistik ein. Zur Ermittlung der Zahl der Erwerbstätigen werden verschiedene Quellen herangezogen: neben Teilerhebungen in einzelnen Wirtschaftsbereichen und Stichprobenerhebungen wie dem Mikrozensus stützt sie sich auch auf die Statistik der sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit sowie auf die Personalstatistik des Öffentlichen Dienstes und weiterer Institutionen (www.destatis.de Abruf: 16.11.10).

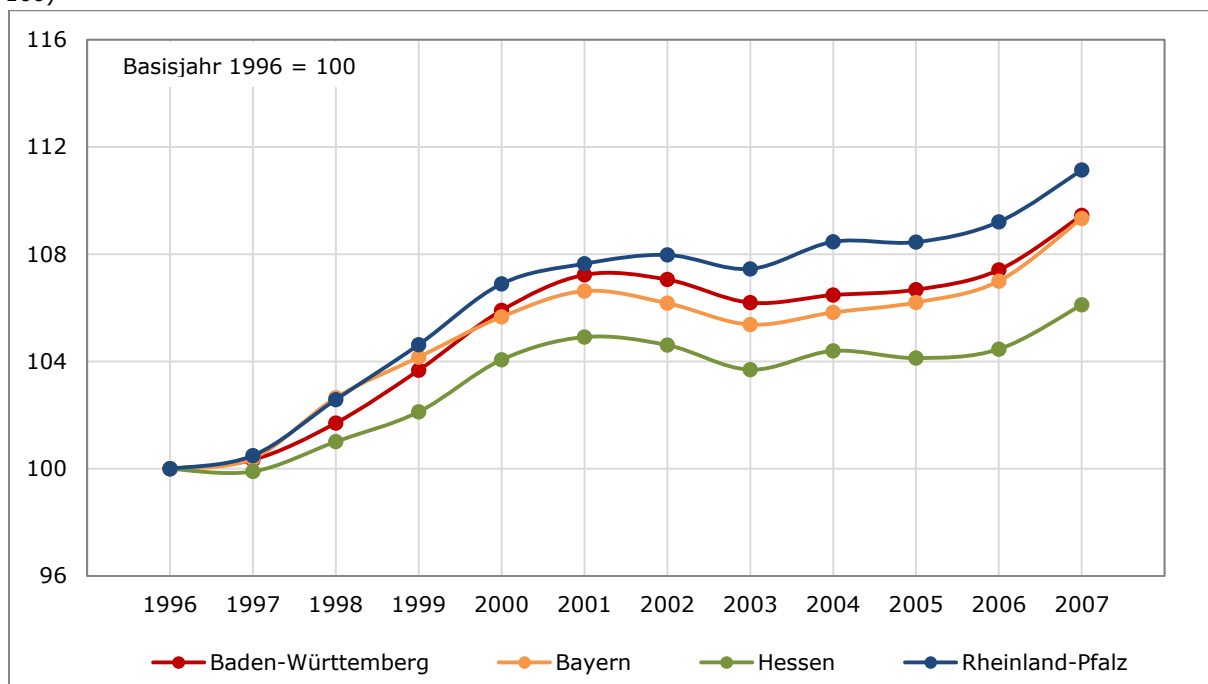
Abbildung 68: Entwicklung der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (1996 – 2007) (Basisjahr 1996 = 100)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2010, eigene Berechnungen

Bei der Zahl der Erwerbstätigen hingegen kann auch der Ländliche Raum Hessens eine Zunahme aufweisen. Weitaus dynamischer zeigen sich bei diesem Indikator allerdings die Ländlichen Raum der anderen Bundesländer, allen voran Rheinland-Pfalz mit einer Steigerung um beinahe 11%. Auch die Ländlichen Räume Bayerns und Baden-Württembergs können bei einem Gesamtwachstum von mehr als 9% eine positive Bilanz ziehen.

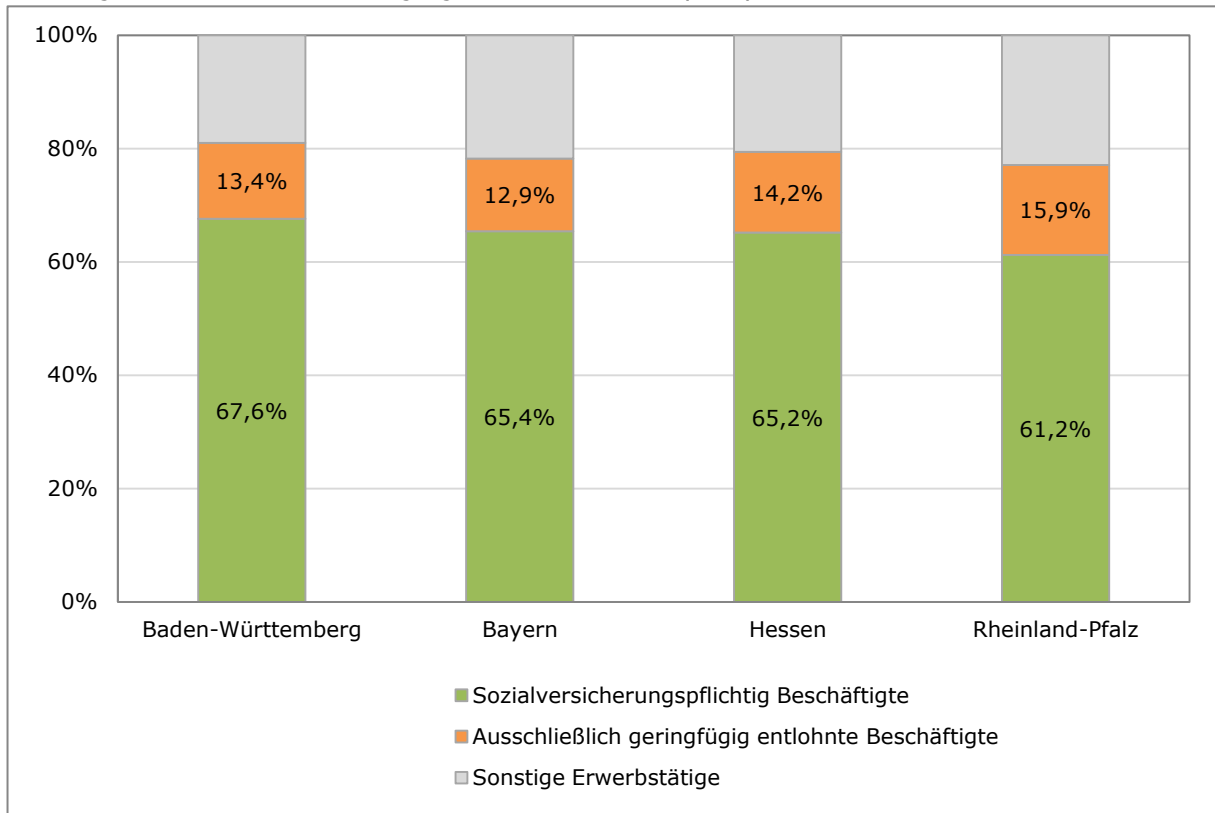
Abbildung 69: Entwicklung der Anzahl der Erwerbstätigen im ländlichen Raum (1996 – 2007) (Basisjahr 1996 = 100)



Quelle: www.regionalstatistik.de (Abruf: 16.11.2010), eigene Berechnungen

Die Unterschiede beim Wachstum der beiden Beschäftigungsindikatoren deuten auf eine unterschiedliche Struktur der Beschäftigung in den Vergleichsräumen hin. Während sich im Jahr 2007 67,6% aller Erwerbstätigen im Ländlichen Raum Baden-Württembergs in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis befanden, liegt dieser Anteil in Bayern und Hessen bei gut 65%, sowie in Rheinland-Pfalz mit 61,2% deutlich niedriger. Demgegenüber weist in Rheinland-Pfalz der Ländliche Raum den höchsten Prozentsatz (15,9%) von ausschließlich geringfügig Beschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen auf. Dieser Wert liegt in Baden-Württemberg und Bayern mit 13,4% bzw. 12,9% deutlich niedriger.

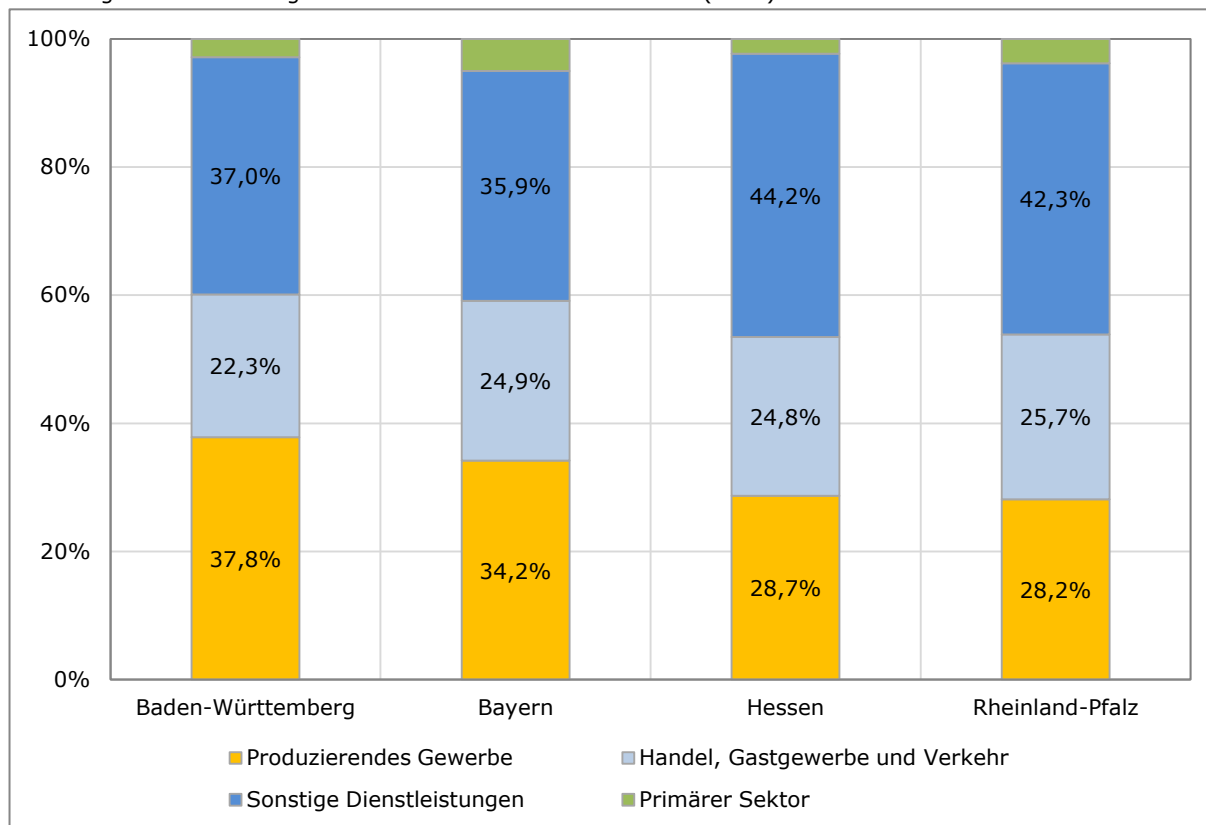
Abbildung 70: Struktur der Beschäftigung im ländlichen Raum (2007)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2010, www.regionalstatistik.de (Abruf: 16.11.2010), eigene Berechnungen

Bei einem Blick auf die sektorale Aufteilung der Erwerbstätigkeit tritt erneut die große Bedeutung des produzierenden Gewerbes im Ländlichen Raum Baden-Württembergs hervor. Mehr als jeder dritte Erwerbstätige findet hier seinen Arbeitsplatz. Im Vergleich zur Aufteilung der Bruttowertschöpfung ist die Disparität zwischen dem Ländlichen Raum Baden-Württembergs und dem seiner Nachbarbundesländer allerdings deutlich geringer. Dies spricht für eine hohe Produktivität des produzierenden Gewerbes, in dem von den Erwerbstätigen eine überproportionale Bruttowertschöpfung erwirtschaftet wird. Während der Ländliche Raum Bayerns in der sektoralen Erwerbstätigenstruktur noch relativ große Ähnlichkeit mit jenem Baden-Württembergs aufweist, besitzen die sonstigen Dienstleistungen in Hessen und Rheinland-Pfalz ein deutlich höheres Gewicht. Der primäre Sektor spielt in allen verglichenen Bundesländern nur noch eine untergeordnete Rolle. Lediglich in Bayern beträgt sein Anteil an der gesamten Erwerbstätigkeit noch knapp über 5%.

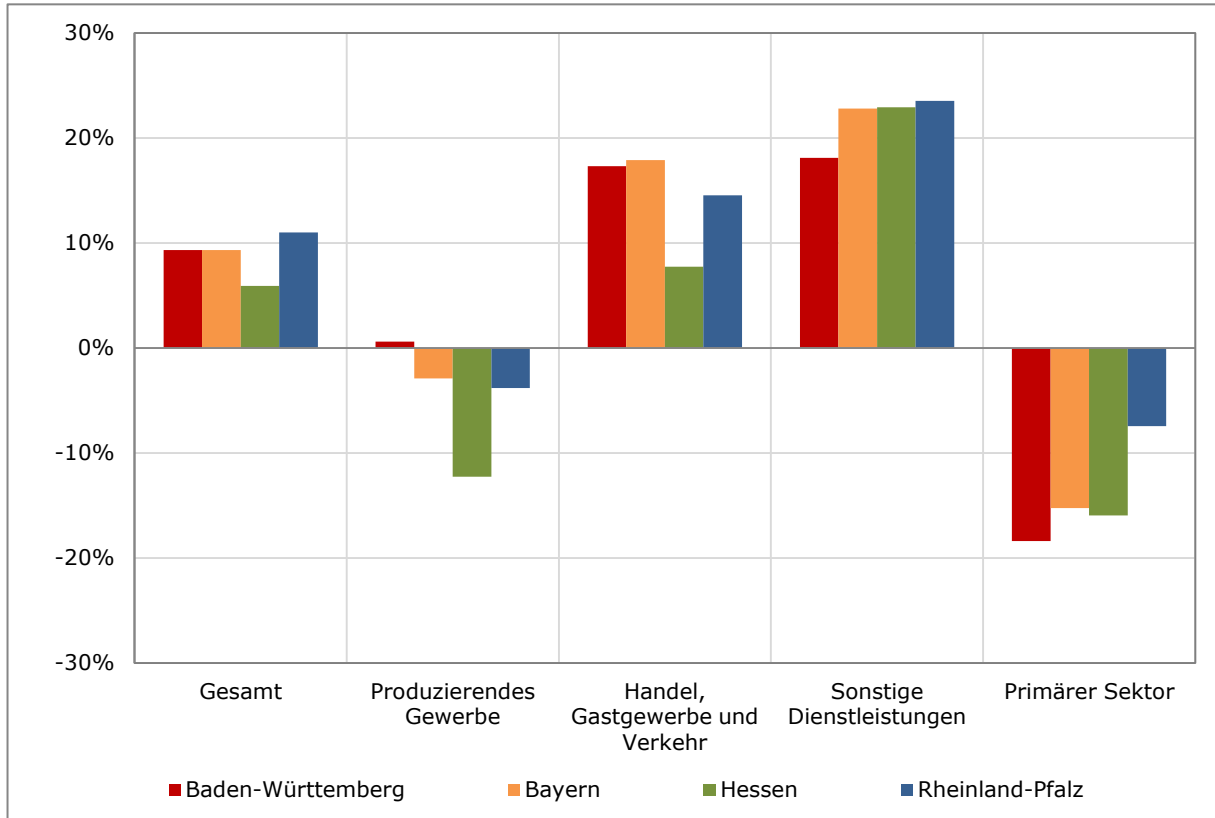
Abbildung 71: Erwerbstätige nach Sektoren im ländlichen Raum (2007)



Quelle: www.regionalstatistik.de (Abruf: 16.11.2010), eigene Berechnungen

Bei der relativen Veränderung der Erwerbstätigenzahlen hingegen zeigen die Ländlichen Räume der vier Bundesländer einige Parallelen. So gab es mit Ausnahme Baden-Württembergs, das einen sehr geringen Anstieg verzeichnen konnte, im Jahr 2007 bundeslandübergreifend weniger Erwerbstätige im produzierenden Gewerbe als 1996; die Dienstleistungsbereiche konnten hingegen im gleichen Zeitraum einen deutlichen Ausbau der Erwerbstätigkeit verzeichnen. Unabhängig von der jeweiligen Entwicklung der Bruttowertschöpfung im produzierenden Gewerbe muss also konstatiert werden, dass bezüglich der Erwerbstätigkeit in allen betrachteten Räumen eine Tertiärisierung der Wirtschaft zu beobachten ist. Der primäre Sektor hat im Untersuchungszeitraum auch für die Beschäftigung weiter stark an Bedeutung eingebüßt, ausgehend von bereits sehr geringen Werten.

Abbildung 72: Relative Veränderung der Erwerbstätigen im ländlichen Raum nach Sektoren (1996 – 2007)



Quelle: www.regionalstatistik.de (Abruf: 16.11.2010), eigene Berechnungen

4.3 Demografische Entwicklung

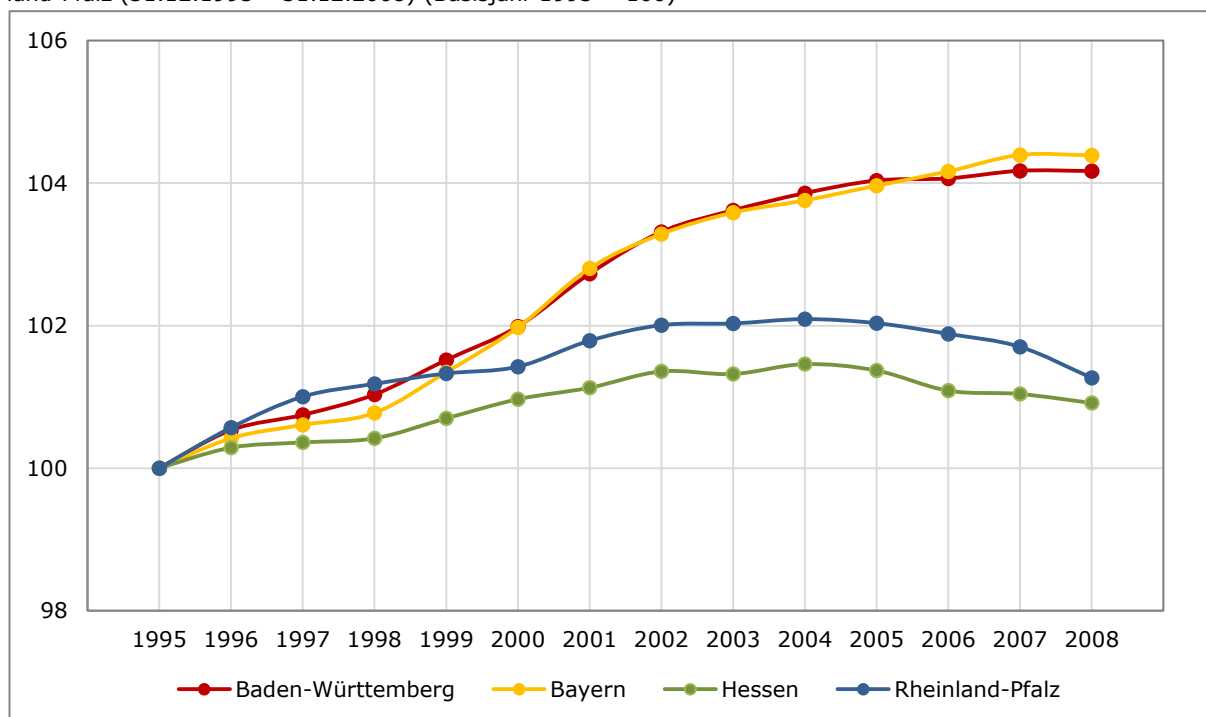
Ein Vergleich der Bevölkerungsentwicklung im Ländlichen Raum Baden-Württembergs mit den Nachbarbundesländern erfolgt aus Konsistenzgründen ebenfalls auf der Grundlage der Kreistypen des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Für Baden-Württemberg führt diese Vorgehensweise – wie in Abschnitt 4.1 ausgeführt – zu einer tendenziellen Überschätzung des ländlichen Raumes. Auch in den benachbarten Bundesländern lässt sich eine Überschätzung des Bevölkerungsanteils der ländlichen Räume gegenüber den jeweils gemeinscharfen Abgrenzungen der ländlichen Räume der Landesentwicklungspläne feststellen.

Während in Baden-Württemberg im Jahr 2008 rund 49% der Bevölkerung in ländlichen Räumen nach der oben genannten Definition lebten, waren es in Hessen rund 54%, in Rheinland-Pfalz rund 62% und in Bayern rund 70%. Baden-Württemberg kann damit als deutlich stärker verstädtert angesehen werden als die drei anderen süddeutschen Bundesländer.

Unterschiede der Trends der Bevölkerungsentwicklung der vier Bundesländer lassen sich bereits auf Landesebene feststellen. Während Baden-Württemberg und Bayern von Anfang 1996 bis Ende 2008 eine Bevölkerungszunahme um rund 4% verzeichneten, ist die Bevölkerungszunahme in Hessen und Rheinland-Pfalz mit einem relativen Zuwachs von rund 1% deutlich geringer ausgefallen. In Bayern und Baden-Württemberg ist die Bevölkerung bis Ende 2007 stetig gestiegen und erst im Jahr 2008 leicht gesunken. In Hessen

und Rheinland-Pfalz hat der Rückgang der Bevölkerung bereits im Laufe des Jahres 2005 begonnen.

Abbildung 73: Veränderung der Bevölkerung in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz (31.12.1995 – 31.12.2008) (Basisjahr 1995 = 100)

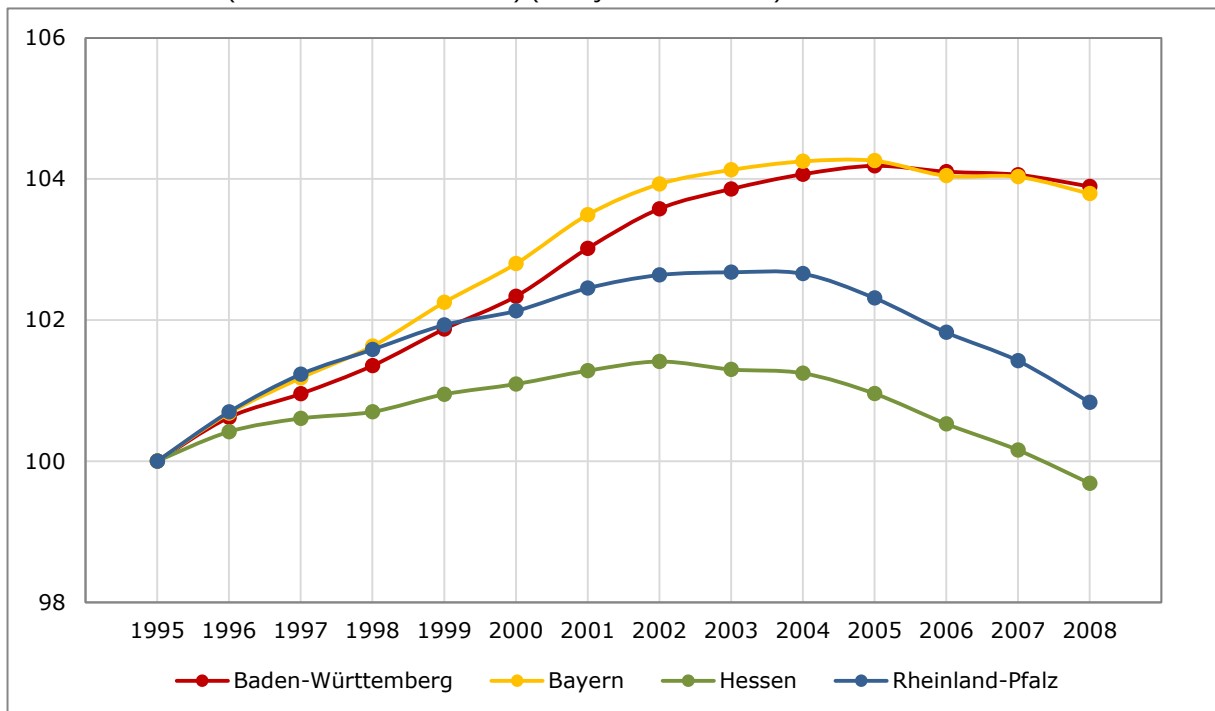


Quelle: www.regionalstatistik.de (Abruf: 16.11.2010), eigene Berechnungen

Die ländlichen Räume haben in allen vier Ländern im Betrachtungszeitraum einen geringfügig niedrigeren Bevölkerungszuwachs verzeichnet, als die Länder insgesamt. In Baden-Württemberg weist der Abstand zwischen der Veränderung des Landes und des ländlichen Raumes mit etwa 0,3 Prozentpunkten den geringsten Wert auf. In Hessen beträgt der Abstand hingegen demgegenüber beachtliche 1,2 Prozentpunkte. Hessen ist das einzige Bundesland mit einem Rückgang der Bevölkerungszahl im hier betrachteten Zeitraum.

Der zeitliche Verlauf der Bevölkerungsveränderung in den ländlichen Räumen der vier Bundesländer weist einen den Landeswerten ähnlichen Trend auf. In allen betrachteten ländlichen Räumen wurde zwischen Anfang 1996 und 2002 ein stetiger Bevölkerungszuwachs verzeichnet, der ab 2003 zunächst in Hessen und ein Jahr später auch in Rheinland-Pfalz in einen leichten Rückgang umgeschlagen ist. In Baden-Württemberg und Bayern hat diese Trendumkehr erst 2005 eingesetzt. Diese Zahlen machen zweierlei deutlich: Zum einen sind die ländlichen Räume aller hier betrachteten Bundesländer in stärkerem Maße vom demografischen Wandel betroffen als die verdichteten Landesteile, zum anderen zeigt sich, dass die negative demografische Entwicklung im Ländlichen Raum Baden-Württembergs im Ländervergleich noch eher moderat verläuft.

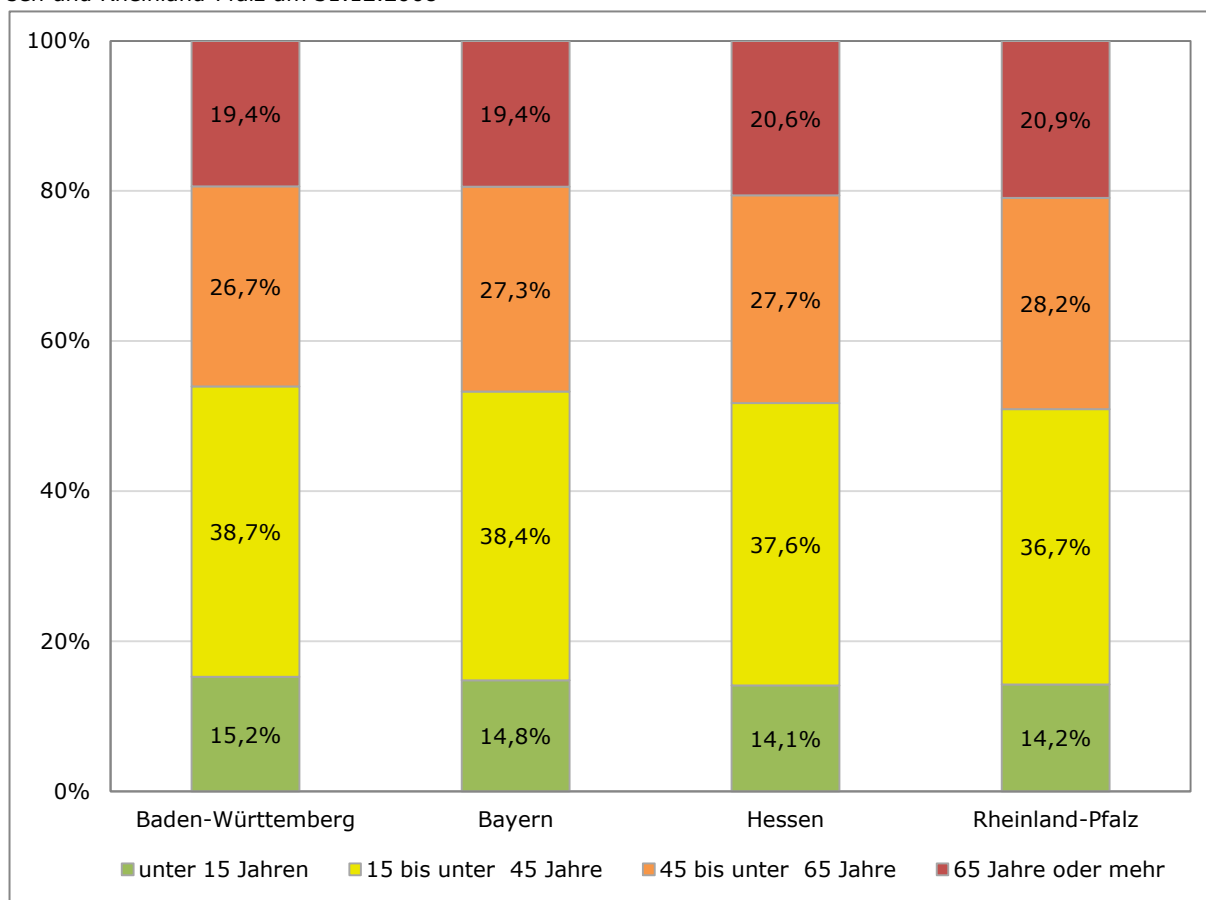
Abbildung 74: Veränderung der Bevölkerung in den ländlichen Räumen in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz (31.12.1995 – 31.12.2008) (Basisjahr 1995 = 100)



Quelle: www.regionalstatistik.de (Abruf: 16.11.2010), eigene Berechnungen

Ein Vergleich der in Abbildung 75 dargestellten altersstrukturellen Zusammensetzung der Bevölkerung am 31.12.2008 verdeutlicht, dass zwischen den Ländlichen Räumen der vier Länder keine gravierenden Unterschiede auftreten. In Baden-Württemberg liegt sowohl der Anteil der unter 15-jährigen als auch der Anteil der 15- bis unter 45-jährigen über den entsprechenden Werten der anderen Länder. Dementsprechend sind die älteren Jahrgänge geringfügig schwächer besetzt. Die Ausgangsstruktur der Bevölkerung im sich weiter dynamisierenden Alterungsprozess weist somit im Ländervergleich vergleichsweise günstigere Werte auf.

Abbildung 75: Altersstruktur der Bevölkerung in den ländlichen Räumen in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz am 31.12.2008



Quelle: www.regionalstatistik.de (Abruf: 16.11.2010), eigene Berechnungen

4.4 Zusammenfassung

Der hier durchgeführte Ländervergleich verdeutlicht eine günstige Wettbewerbsposition des Ländlichen Raumes in Baden-Württemberg, sowohl in Bezug auf die aktuelle wirtschaftliche und demografische Struktur wie auch die Entwicklung seit Mitte der 1990er Jahre. Es konnte gezeigt werden, dass ländliche Gebiete Baden-Württembergs in überdurchschnittlicher Weise Beiträge zur Wettbewerbsfähigkeit des Landes erbringen. Dafür sprechen die hohe Produktivität der Wirtschaft sowie die robuste Entwicklung der Wertschöpfung und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Rückgrat dieser Entwicklung ist zweifelsohne das Produzierende Gewerbe, womit Baden-Württemberg eine Sonderstellung unter den vier Bundesländern einnimmt. Die demografische Entwicklung folgt in allen Ländern einem Trend der Reurbanisierung, was sich als Bedeutungsgewinn der Großstädte und ihrem verdichteten Umland äußert. Der Ländliche Raum Baden-Württembergs ist von diesem Trend jedoch im Ländervergleich bislang weniger stark betroffen.

5 Raumtypen des Ländlichen Raumes

Die Auswertungen der Indikatoren unter räumlichen Gesichtspunkten bestätigt, dass sich der Ländliche Raum Baden-Württembergs keineswegs als ein in sich homogener Raum darstellt. Vielmehr variieren die verschiedenen ländlichen Regionen hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und demografischen Strukturen und Entwicklungen in beträchtlichem Maße. Daher besteht das Interesse, Teilräume des ländlichen Raumes zu identifizieren, die über ähnliche Potenziale oder Problemlagen verfügen. Ein Instrument für eine solche Untersuchung bietet die Clusteranalyse. Unter dieser Bezeichnung werden unterschiedliche Verfahren zur Gruppenbildung von Objekten nach deren spezifischen Eigenschaften zusammengefasst. Ziel ist es, möglichst homogene Gruppen in Bezug auf ihre Eigenschaftsstruktur zu bilden. Ein wesentliches Charakteristikum der Clusteranalyse ist dabei das gleichzeitige Heranziehen aller Eigenschaften (Backhaus et al 2006, S.490).

5.1 Bestimmung der räumlichen Analyseeinheit

Im Fall der hier durchzuführenden Clusteranalyse bilden die Gemeinden des Ländlichen Raumes Baden-Württembergs die zu gruppierenden Objekte. Dabei folgen aus der Wahl dieser Raumeinheit allerdings spezifische Probleme, die im Folgenden erläutert werden:

1. *Verfügbarkeit von Daten*: Ein Großteil der Daten des Wirtschaftsgeschehens wird lediglich auf Ebene der Kreise berechnet bzw. statistisch ausgewiesen. Insbesondere zu nennen sind an dieser Stelle die Angaben aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder, die eine Auskunft über die Bruttowertschöpfung, die Erwerbstätigkeit, die Bruttolöhne und die verfügbaren Einkommen der Haushalte aller Kreise Deutschlands erteilt. Hinzu kommen weitere Indikatoren wie etwa die Zahl der Patentanmeldungen, Kriminalitätsraten und Angaben zur Höhe erhaltener Transferleistungen. Da 21 der 44 Kreise Baden-Württembergs nicht eindeutig dem ländlichen Raum bzw. dem Agglomerationsraumes zugeordnet werden können und nur 12 eindeutig dem ländlichen Raum zuzuordnen sind, verspricht eine Clusteranalyse auf Ebene der Kreise jedoch wenig neue Erkenntnisse über die verschiedenen Regionen des ländlichen Raumes. Damit kann eine sachlich ähnlich differenzierte Clusteranalyse, wie sie Weinmann (2009) für die Landkreise Baden-Württembergs vorgelegt hat, im Rahmen dieses Forschungsvorhabens nicht erfolgen.
2. *Anonymisierung und Unvollständigkeit der Daten*: Oftmals greifen bei Daten auf Gemeindeebene Auskunftsbeschränkungen aufgrund des geltenden Datenschutzrechts, so dass personenbezogene Angaben nicht für alle Gemeinden vollständig veröffentlicht werden. Diese Einschränkung trifft insbesondere auf kleine Gemeinden und dort auf folgende Statistiken zu:
 - Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren
 - Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Hochschulabschluss
 - Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen
 - Geringfügig entlohnte Beschäftigte
 - Arbeitslose

3. *Heterogenität der Untersuchungseinheit*: Da als Variablen ausschließlich relative Werte und Wachstumsraten in die Clusteranalyse eingehen, wäre es im Sinne einer besseren Vergleichbarkeit wünschenswert, wenn sich diese auf eine quantitativ ähnliche Grundgesamtheit bezögen. Bereits bei der Einwohnerzahl der Gemeinden des ländlichen Raumes jedoch zeigt sich eine große Schwankungsbreite, die sich im Bereich von wenigen hundert bis zu mehreren zehntausend Einwohnern bewegt. Entsprechend variieren auch die absoluten Zahlen der Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen und Qualifikationsniveau in beträchtlichem Maße.
4. *Isolierte Betrachtung*: Ein weiterer bedenkenswerter Punkt sind die Implikationen einer Raumabgrenzung, die auf einer isolierten Betrachtung von überwiegend kleineren Gemeinden fußt. Es ist fragwürdig, ob lediglich der innerhalb eigenen Gemeindegrenzen befindliche Arbeitsmarkt Beschäftigungsperspektiven bieten kann oder ob nicht die ökonomische und demografische Dynamik umliegender Gemeinden in gleichem Maße die Zukunftschancen einer Gemeinde mitbestimmt. So liegt der Anteil der Erwerbstätigen, die in der Gemeinde ihres Wohnsitzes arbeiten in Klein- und Unterzentren im ländlichen Raum bei etwa 40%, in Orten ohne zugewiesene Zentralitätsstufe sogar bei unter 30% (Winkelmann 2008, S.35). Die Lebenswirklichkeit der Menschen ist heute bereits in hohem Maße durch interkommunal ausgebildete Aktions- und Handlungsräume gekennzeichnet.

Da eine Clusteranalyse auf einer gröberen Raumeinheit (z.B. Mittelbereiche, Kreise) aufgrund der Abgrenzungsproblematik ebenfalls nicht in Frage kommt, wird den methodischen Problemen mit einem anderen Ansatz begegnet. Statt einer isolierten Betrachtung der Gemeinde, wird diese in den Kontext ihrer Umgebung gesetzt. Auf Basis einer Distanzmatrix werden dazu für alle Gemeinden jene Gemeinden ermittelt, deren Zentrum in weniger als 10 Straßenkilometer Entfernung liegt. Die Festlegung des Distanzwertes orientiert sich dabei grob an der durchschnittlichen Berufspendelentfernung in Baden-Württemberg. Diese betrug im Jahr 2005 10,3 km Luftliniendistanz (Winkelmann 2008, S.38).²² Damit umfasst der so abgegrenzte Raum zwar nur einen Teil des Pendlergeschehens, eine höhere Distanzwahl hätte jedoch eine noch stärkere Nivellierung der Unterschiede zwischen den Gemeinden zur Folge.

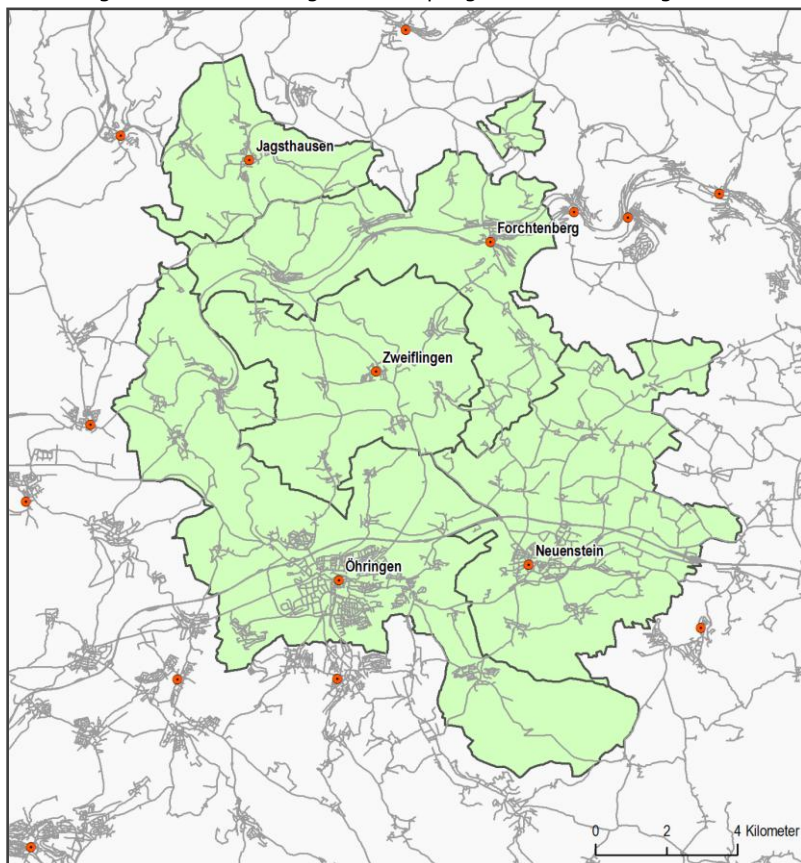
Um den Vorgang der Raumabgrenzung zu illustrieren, zeigt Abbildung 76 als Beispiel die Gemeinde Zweiflingen mit den sie umgebenden Gemeinden und dem vorhandenen Straßennetz. Vom Zentrum Zweiflingens sind vier weitere Gemeinden innerhalb des Grenzwerts von 10 km über das Straßennetz erreichbar. Sie bilden gemeinsam mit der Gemeinde Zweiflingen die Raumeinheit, für welche die Variablen der Clusteranalyse berechnet werden. Analog wird dieser Arbeitsschritt für alle Gemeinden des ländlichen Raumes durchgeführt. Dabei prägen größere Gemeinden naturgemäß ihr Umland stärker als dies bei kleineren Gemeinden der Fall ist. Entsprechend ist ihr Einfluss auf die Variablen der Nachbargemeinden ebenfalls größer.

Auch die gewählte Methodik bringt spezifische Stärken und Schwächen mit sich. So verlieren sich Charakteristika einzelner, vor allem kleinerer Gemeinden in gleicher Weise, wie es bei Aggregation auf höhere Raumeinheiten (z.B. Kreise) der Fall wäre. Auf der

²² Dieser Wert steht nicht in Widerspruch zu den in Abschnitt 3.3 genannten Werten, die sich über ein reales Straßennetz und nicht als Luftliniendistanz berechnen.

anderen Seite kann einer Reihe der beschriebenen Schwierigkeiten auf diese Weise begegnet werden: mögliche Verzerrungen bzw. eine nicht gegebene Durchführbarkeit bei der Berechnung von Wachstumsraten und Bestandsquoten aufgrund durch Anonymisierung fehlender Daten können abgeschwächt werden. Mit der Aggregation mehrerer Gemeinden wird auch die Homogenität der quantitativen Basis der Indikatoren gesteigert. Des Weiteren wird für jede Gemeinde ein individuelles Einzugsgebiet bestimmt, das zwar ebenfalls nur eine Annäherung an das tatsächliche Interaktionsverhalten zwischen den Gemeinden bietet, jedoch eine isolierte Betrachtung der Entwicklung der Gemeinden bewusst umgeht.

Abbildung 76: Räumliche Lage der Beispielgemeinde Zweiflingen und ihrer Umgebung



Eigene Darstellung; Kartengrundlage: Infas Geodaten

5.2 Auswahl der Indikatoren

Nach der Auswahl der Raumeinheit betrifft eine weitere wichtige Entscheidung die Auswahl der Variablen. Aus den vorhergegangenen Auswertungen lässt sich eine Vielzahl von Kennzahlen gewinnen, die sich als Indikatoren der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung von Räumen und ihres Potenzials anbieten. Sie lassen sich grob in drei Teilbereiche gliedern: Ökonomie, Demografie und Erreichbarkeit (Tabelle 10). In Anlehnung an Weinmann (2009) folgte die Auswahl der Variablen der Bestrebung, wirtschaftlich relevante Zustände und Entwicklungen abzubilden, andererseits aber auch solche Faktoren einzubeziehen, die für interregionale Entwicklungsunterschiede bei Wirtschaft und Demografie kausal verantwortlich sein könnten. Dabei wurde auf eine explizite Gewichtung der Variablen im Sinne eines Faktors verzichtet. Vielmehr wurde die Auswahl in einer Weise getroffen, die die einzelnen Teilbereiche über ihre Anzahl implizit gewichtet. Alle Variab-

len wurden zudem einer Z-Transformation unterzogen, um eine Gewichtung durch ihre unterschiedlichen Wertebereiche zu umgehen (Wördenweber 1985, S.30).

Tabelle 10: Variablen der Clusteranalyse

Bereich		Variable
Ökonomie	Beschäftigungsentwicklung	Entwicklung der Anzahl der SVP-Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe (2002 – 2007 ²³)
		Entwicklung der Anzahl der SVP-Beschäftigten in den Dienstleistungssektoren (2002 – 2007)
	Beschäftigungsqualität	Anteil der SVP-Beschäftigten mit Hochschulabschluss (2008)
		Anteil der SVP-Beschäftigten in forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen (2007)
	Arbeitsmarkt	Anteil der Arbeitslosen an der Summe der SVP-Beschäftigten und der Arbeitslosen (2008)
Demografie	Bevölkerungsentwicklung	Kumulierter Wanderungssaldo bezogen auf 1.000 Einwohner (2002 – 2008)
		Kumulierter Geburtensaldo bezogen auf 1.000 Einwohner (2002 – 2008)
	Altersstruktur	Anteil der über 64-jährigen an der Gesamtbevölkerung (2008) Kumulierter Wanderungssaldo der 18 – 24-jährigen bezogen auf 1.000 Einwohner der Altersklasse (2002 – 2008)
Erreichbarkeit	Arbeitsplatzerreichbarkeit	Gewichtete Erreichbarkeit von SVP-Beschäftigten innerhalb von 120 Minuten (2008) ²⁴

Eigene Darstellung

Einher mit der Auswahl der Indikatoren geht die Festlegung des Untersuchungszeitraumes. Dabei war eine Zielvorgabe, einen hinreichend langen Zeitraum zu wählen, der mit Bezug auf die dynamischen Variablen Aussagenkraft besitzt. Insbesondere die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist stark von Konjunkturphasen abhängig, so dass der Untersuchungszeitraum sowohl Jahre schwachen als auch starken Wirtschaftswachstums umfassen sollte. Ein zu lang gewählter Zeitraum birgt hingegen die Gefahr, dass sich in seinen verschiedenen Phasen gegenläufige Prozesse quantitativ aufheben. Aufgrund dieser Überlegungen wurden als Untersuchungszeitraum der Zeitraum 2002 – 2008 gewählt. Während die ersten Jahre sich durch eine relativ schwache Wirtschaftsdynamik und einen Rückgang der Beschäftigung im Ländlichen Raum Baden-Württembergs auszeichnen, kehrt sich dieser Trend in den letzten Jahren des Zeitabschnitts um. Umgekehrt verhält es sich bei der Entwicklung der Bevölkerung: Während sie in den ersten Jahren noch leicht wächst, ist ihre Zahl im ländlichen Raum seit 2005 rückläufig.

²³ Aufgrund der Umstellung der Wirtschaftszweigsystematik im Jahr 2008 können Variablen, die sich auf einzelne Wirtschaftszweige beziehen, nur bis zum Jahr 2007 herangezogen werden.

²⁴ Der Indikator der Arbeitsplatzerreichbarkeit ging auf Basis der einzelnen Gemeinden ohne Berücksichtigung des Einzugsgebiets in die Clusteranalyse ein, da eine Mittelung der Werte wenig sinnvoll erschien.

5.3 Auswahl des Fusionierungsalgorithmuses

Zur Durchführung einer Clusteranalyse lässt sich eine Vielzahl an Fusionierungsalgorithmen heranziehen. Die weiteste Verbreitung finden dabei jene, die zu den partitionierenden oder zu den hierarchischen Verfahren gezählt werden. Partitionierende Verfahren tauschen ausgehend von einer gegebenen Gruppierung die Untersuchungsobjekte zwischen den Clustern solange aus, bis die Zielfunktion ein Optimum erreicht. In Abhängigkeit der unterschiedlichen Ausgangsverteilungen entstehen jedoch auch jeweils unterschiedliche optimale Clusterlösungen. Bei den hierarchischen Verfahren lassen sich diversive und agglomerative Algorithmen unterscheiden. Während erstgenannte die Gesamtzahl der Untersuchungsobjekte Schritt für Schritt in Cluster aufteilen, gehen agglomerative Verfahren von der feinsten Partition aus: Jedes Objekt bildet zunächst ein eigenes Cluster. Die zwei ähnlichsten Cluster werden im folgenden Schritt zu einem neuen Cluster zusammengefasst. Das für die Untersuchung gewählte agglomerative Ward-Verfahren zieht dafür als Ähnlichkeitsmaß die quadrierte euklidische Distanz zwischen den Clustern heran. Dabei werden mit jedem Schritt diejenigen Cluster zusammengefasst, welche die Varianz innerhalb einer Gruppe, ausgedrückt durch die Fehlerquadratsumme, in möglichst geringem Maße erhöhen. Dabei empfiehlt sich das Ward-Verfahren vor allem für die Bildung von Clustern ähnlicher Größe und wird im Gegensatz zu anderen hierarchischen Verfahren weniger stark von einzelnen Ausreißern beeinflusst (Backhaus et al 2006, S.517).

Hierarchische Verfahren können die Untersuchungsobjekte fusionieren, bis sich alle von ihnen in einem einzigen Cluster befinden. Daher ist es nötig, eine Entscheidung zu treffen, bis zu welcher Anzahl von Clustern der Prozess auszuführen ist. Empfohlen wird dazu, die Entwicklung der Fehlerquadratsumme bei den einzelnen Fusionierungsschritten zu analysieren. Diese steigt zwar im Verlauf der Fusionierung im Ward-Verfahren monoton an, jedoch ist es möglich, dass sie sich bei bestimmten Fusionierungsschritten überproportional erhöht. Dieser Fusionierungsschritt verschlechtert demnach auch die Qualität der Gruppierung überproportional. Aufgrund der hohen Anzahl der Untersuchungsobjekte konnte ein solcher Sprung in der Entwicklung der Fehlerquadratsumme innerhalb der letzten zehn Fusionierungsschritte jedoch nicht nachgewiesen werden (Tabelle 11), so dass die Festlegung der Clusterzahl auf fünf normativ im Sinne einer möglichst guten Interpretierbarkeit erfolgte.

Tabelle 11: Übersicht über die letzten 10 Fusionierungsschritte und die Entwicklung der Fehlerquadratsumme

Schritt	Zusammengeführte		Fehlerquadratsumme	Zunahme der Fehlerquadratsumme
	Cluster			
	Cluster 1	Cluster 2		
645	3	15	3777,277	81,043
646	11	48	3907,129	83,763
647	27	44	4069,037	85,241
648	3	11	4253,107	88,712
649	14	28	4457,233	111,405
650	27	32	4663,476	126,253
651	1	3	5007,463	129,853
652	10	14	5415,424	161,907
653	1	10	5944,440	184,070
654	1	27	6550,000	204,127

Quelle: Eigene Berechnungen

5.4 Ergebnisse des Gruppierungsverfahrens

Die Zuordnung der Gemeinden zu den fünf Clustern wird in Abbildung 77 dargestellt. Sowohl größere, zusammenhängende Gebiete wie auch einige isolierte Gemeinden mit Zuordnung zu einem anderen Cluster lassen sich ausmachen. Auf Basis dieser Raumabgrenzung zeigt Tabelle 12 Werte für die verwendeten Indikatoren, die ihre jeweiligen Charakteristika, ihre Stärken und Schwächen verstehen helfen. Die farbliche Markierung der jeweils günstigsten und am wenigsten günstigen Indikatorwerte unter allen fünf Clustern zeigt die Extrema auf. Cluster A repräsentiert Gemeinden bzw. Gemeindeverbände mit äußerst positiven wirtschaftlichen und demografischen Strukturen und Entwicklungstrends. Bei der Mehrzahl der Indikatoren werden hier die jeweils besten Werte unter den fünf Clustern erzielt. Cluster E hingegen weist bei zahlreichen Indikatoren die negativsten Werte auf. Dieses Cluster umfasst damit Gemeinden mit sehr schwacher wirtschaftlicher Entwicklung, die bereits heute als Abwanderungsgebiete gelten müssen. Die Cluster B bis D liegen zwischen diesen beiden Extrema. Nachfolgend werden alle fünf Cluster einer eingehenden Charakterisierung unterzogen.

Innerhalb des ländlichen Raumes nimmt Cluster A eine herausragende Position ein. Die Gemeinden dieses Clusters können auf eine positive Beschäftigungsentwicklung im produzierenden Gewerbe wie auch im Dienstleistungssektor verweisen, was auch in niedrigen Arbeitslosenquoten Ausdruck findet. Während alle anderen Cluster im produzierenden Gewerbe deutliche Arbeitsplatzverluste hinnehmen mussten, konnten Cluster A-Gemeinden einen Beschäftigungsausbau von 7% realisieren. Dies zeugt von einem hohen Maße an Wettbewerbsfähigkeit der hier ansässigen Unternehmen. Aber auch in den Dienstleistungssektoren stellt es mit 3,6% das Cluster mit dem stärksten Beschäftigtenzuwachs. Es verdient Erwähnung, dass die verkehrliche Erreichbarkeit (hier der Arbeitsplätze) dieses Clusters eher unterdurchschnittlich ausgeprägt ist, was die Bedeutung der Erreichbarkeit als Determinante der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit deutlich relativiert.

Weiterhin nimmt Cluster A auch bezüglich der Qualität der Beschäftigung den Spitzenplatz ein. Mehr als 40% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten in einem forschungs- oder wissensintensiven Wirtschaftszweig und der Anteil der Hochschulabsolventen unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt mit 6,8% ebenfalls klar über dem Durchschnittswert des ländlichen Raumes. Bezüglich der demografischen Bilanz schneidet das Cluster ebenfalls positiv ab. Sowohl der Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung als auch der Wanderungssaldo sind positiv, so dass die Bevölkerung im Gegensatz jener des gesamten ländlichen Raumes im Untersuchungszeitraum nicht geschrumpft ist. Auch der Anteil der über 64-jährigen liegt unter dem Durchschnittswert des ländlichen Raumes. Allerdings kann trotz der positiven Wirtschaftsentwicklung keine starke Zuwanderung junger Menschen konstatiert werden. Es ist anzunehmen, dass ein Grund in geringeren Angeboten zu höherwertiger Ausbildung zu suchen ist. Hinzu kommt, dass es sich zum Großteil – wie oben ausgeführt – um im Maßstab Baden-Württembergs eher peripher gelegene Städte und Gemeinden handelt.

Im Gegensatz dazu hat sich die Beschäftigung in Cluster B sowohl im produzierenden Gewerbe als auch in den Dienstleistungssektoren unterdurchschnittlich entwickelt. Die Indikatoren der Arbeitslosigkeit und zur Beschäftigungsqualität bewegen sich etwa im Bereich der Durchschnittswerte des ländlichen Raumes. Deutlichere Unterschiede zeigen hingegen die demografischen Indikatoren. Einem negativen Geburtensaldo steht der stärkste Wanderungssaldo der fünf Cluster gegenüber, so dass auch in diesem Cluster im Untersuchungszeitraum kein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen war. Dabei ist besonders zu beachten, dass dieser Raum auch für die Bevölkerungsgruppe der 18 – 24-jährigen das attraktivste Zielgebiet im ländlichen Raum darstellt. Zehn der elf größten Gemeinden des Clusters verzeichnen einen positiven Saldo, der sich zum Teil durch das Wahrnehmen von Hochschulangeboten (z.B. in Villingen-Schwenningen, Bad Mergentheim, Freudenstadt) durch Menschen dieser Altersgruppe erklären lässt, dessen Gründe aber auch in einem breiteren Angebot bei Berufsausbildung und Beschäftigungsmöglichkeiten gesucht werden müssen.

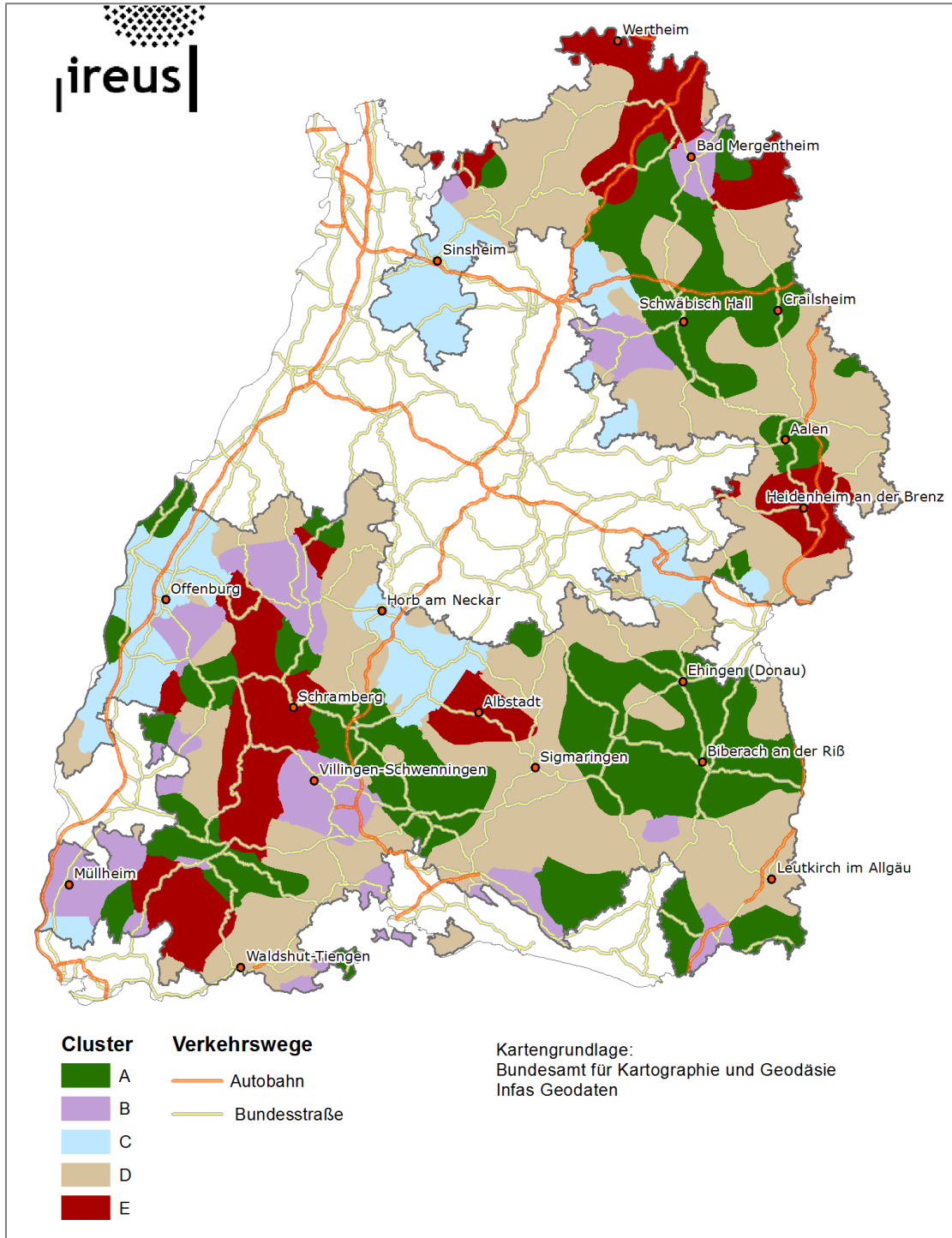
Cluster C zeichnet sich vornehmlich durch seine hohe Zentralität aus. Im Vergleich zu allen anderen Clustern lassen sich in der gleichen Zeitspanne deutlich größere Arbeitsmärkte erschließen. Ermittelt man für die Cluster die durchschnittlichen Erreichbarkeitswerte aus den vorausgegangenen Analysen, zeigt sich, dass Cluster C auch dort durchgehend positiv abschneidet. Die Gründe dürften in einer guten Ausstattung mit zentralörtlichen Funktionen, der Nähe zum Agglomerationsraum und einer guten Verkehrsanbindung liegen. Es ist anzunehmen, dass diese Eigenschaften teilweise auch für die positiven Wanderungssalden sowohl bei der gesamten Bevölkerung als auch bei der Altersgruppe der 18 – 24-jährigen verantwortlich sind. Cluster C beinhaltet damit in überdurchschnittlicher Weise Auspendlergemeinden mit hoher Attraktivität als ländlicher Wohnstandort. Das Beschäftigungswachstum ist dagegen eher unterdurchschnittlich. Hinzu kommt, dass beide Indikatoren der Beschäftigungsqualität leicht unterdurchschnittlich ausfallen.

Für Cluster D steht für eher periphere ländliche Gemeinden ohne erkennbare Entwicklungsstärken. Es ist das Cluster mit der geringsten durchschnittlichen Gemeindegröße (4.713 Einwohner) und besitzt im Vergleich zu den bisher vorgestellten Clustern eine Reihe von Charakteristika strukturschwacher Räume. Hierzu zählen insbesondere der geringe Anteil an Beschäftigten in wissens- und forschungsintensiven Wirtschaftszweigen,

der geringe Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss und die klare Tendenz zur Abwanderung jüngerer Menschen. Die Wanderungs- und Geburtensaldi der Gesamtbevölkerung hingegen sind im Untersuchungszeitraum etwa ausgeglichen, so dass nur eine sehr geringe Abnahme der Gesamtbevölkerung für den Untersuchungszeitraum nachweisbar ist. Auch der Beschäftigungsstand hatte im Jahr 2007 nur ein leicht niedrigeres Niveau als 2002, wobei sich auch hier der allgemeine Trend zur Verlagerung der Arbeitsplätze in die Dienstleistungssektoren bestätigt. In Bezug auf seine Erreichbarkeitsverhältnisse ist dieser Cluster als eher peripher zu charakterisieren.

Den Raum mit dem größten Beschäftigungsrückgang stellt Cluster E dar. In den Dienstleistungssektoren bleibt das Wachstum deutlich hinter dem Durchschnittswert des ländlichen Raumes zurück, während die Beschäftigung im produzierenden Gewerbe innerhalb von fünf Jahren um 8,7% gesunken ist. Beide Komponenten der Bevölkerungsentwicklung zeigen für den Untersuchungszeitraum eine negative Bilanz. Offenbar dominieren hier Branchen und Unternehmen mit gegenwärtig weniger wettbewerbsfähiger Marktposition. Hinzu kommen ein bereits heute erhöhter Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung sowie eine starke Abwanderung der Menschen zwischen 18 und 24 Jahren. Auch beim Indikator der Arbeitsplatzerreichbarkeit schneidet dieses Cluster am schlechtesten ab. Auf der anderen Seite besitzt es mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Hochschulabsolventen unter den Beschäftigten und der Präsenz wissens- und forschungsintensiver Wirtschaftszweige auch Stärken, die dieses Negativbild konterkarieren. Die negative Beschäftigungsentwicklung dieses Clusters kann damit mit der mangelnden Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte nicht überzeugend erklärt werden. Eher trifft zu, dass in den betreffenden Gemeinden ein stärkerer Strukturwandel stattgefunden hat, der sich in überdurchschnittlichem Beschäftigungsabbau äußert. Aus diesem Befund können allerdings keine Schlussfolgerungen zur zukünftigen Entwicklung abgeleitet werden.

Abbildung 77: Zuordnung der Gemeinden zu Clustern



Eigene Darstellung

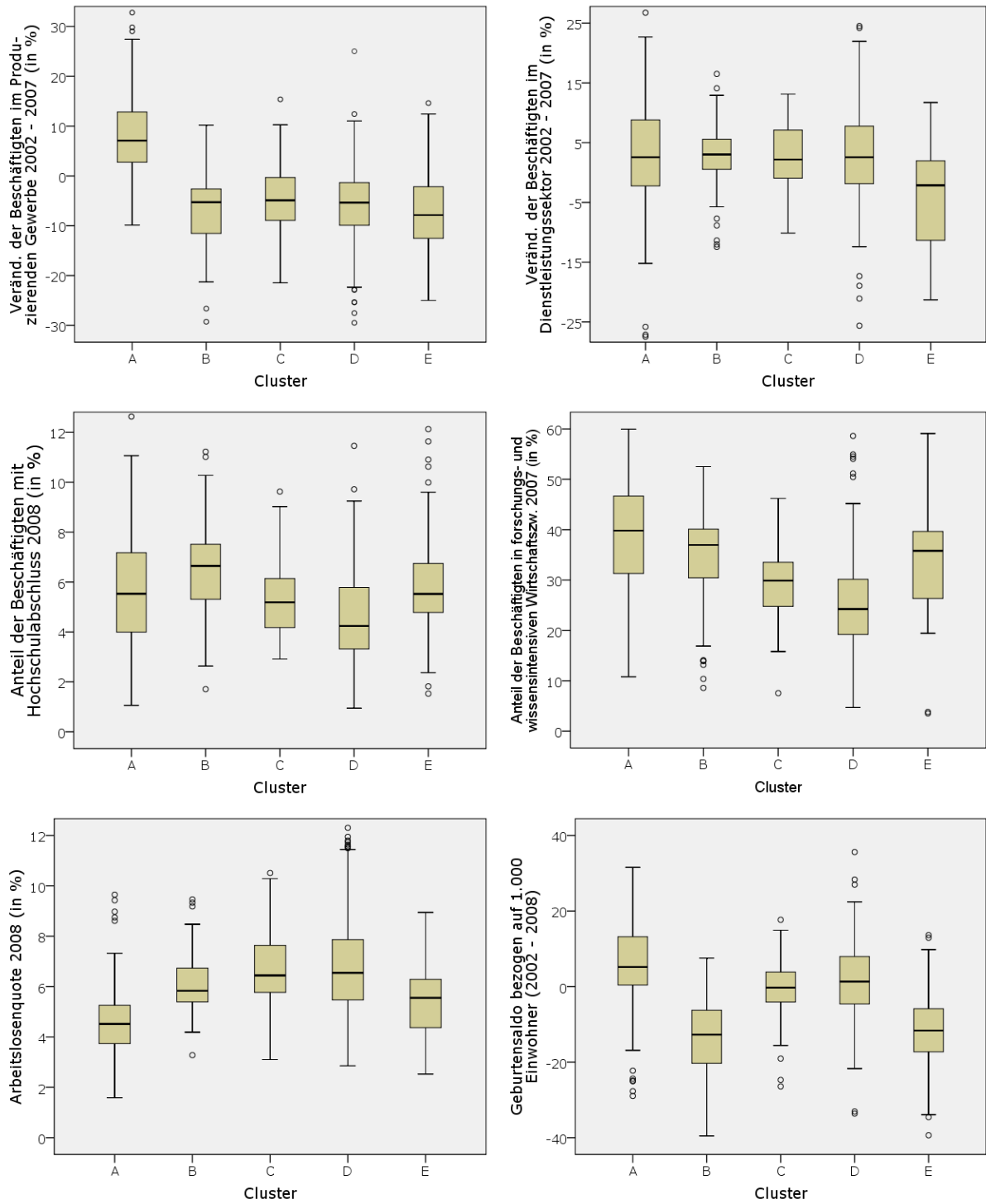
Tabelle 12: Auswertung der Indikatoren für die Cluster (grün = positivster Wert, rot = negativster Wert aller Cluster)

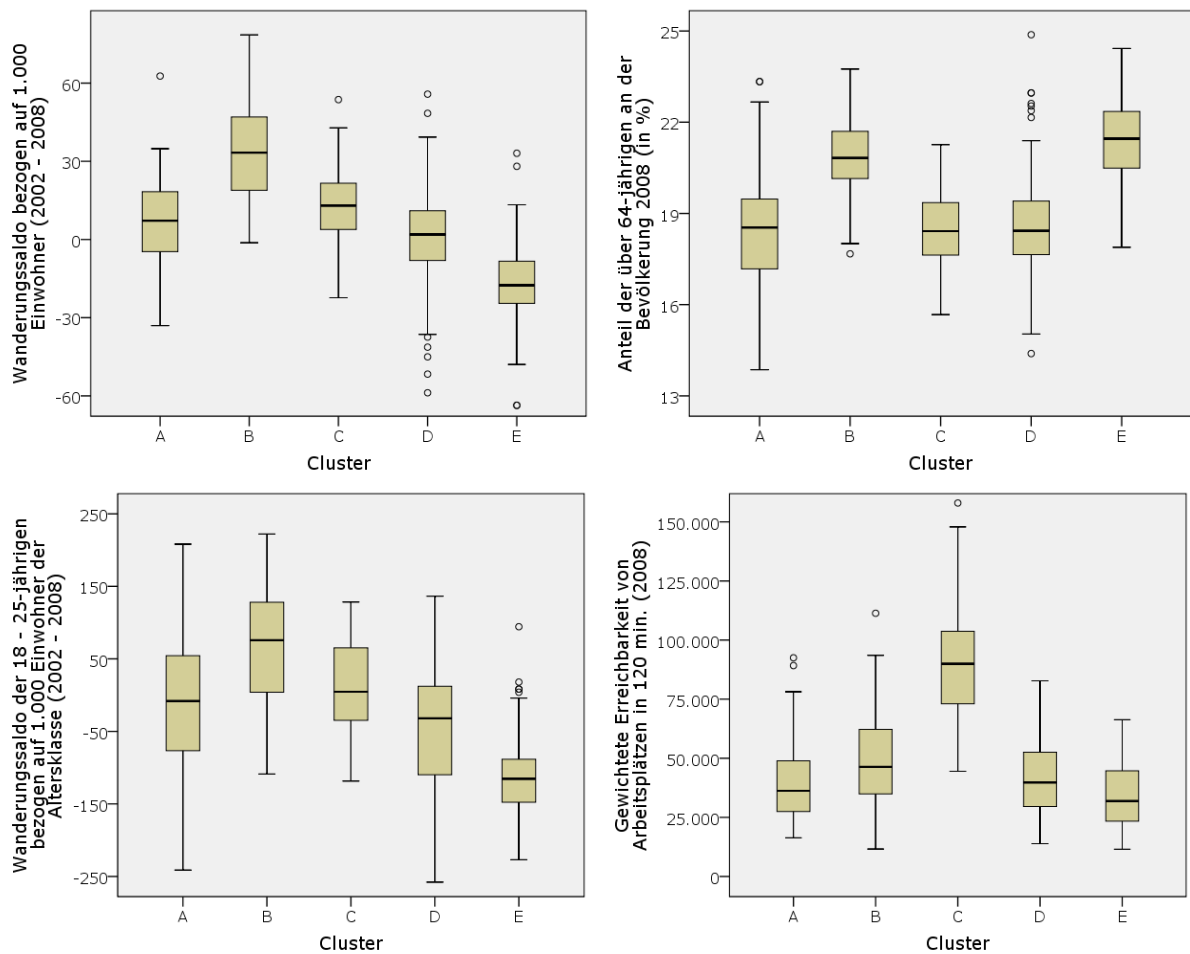
Indikator	Cluster	A	B	C	D	E	Ländlicher Raum
Entwicklung der Anzahl der SVP-Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe (2002 – 2007, in %)		7,0	-6,6	-6,7	-6,0	-8,7	-3,1
Entwicklung der Anzahl der SVP-Beschäftigten in den Dienstleistungssektoren (2002 – 2007, in %)		3,6	2,2	3,0	2,6	0,6	2,7
Anteil SVP-Beschäftigten mit Hochschulabschluss (2008, in %)		6,8	6,6	5,6	4,8	6,7	6,0
Anteil der SVP-Beschäftigten in forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen (2007, in %)		40,7	34,7	30,3	27,3	37,4	33,8
Anteil der Arbeitslosen an der Summe der SVP-Beschäftigten und Arbeitslosen (2008, in %)		4,2	5,9	6,2	6,2	5,8	5,6
Kumulierter Geburtensaldo bezogen auf 1.000 Einwohner (2002 - 2008)		5,1	-12,0	-0,4	0,9	-13,6	-1,8
Kumulierter Wanderungssaldo bezogen auf 1.000 Einwohner (2002 - 2008)		7,7	27,1	14,4	-1,9	-18,0	5,2
Anteil der über 64-jährigen an der Bevölkerung (2008, in %)		18,5	20,9	18,7	18,6	21,8	19,3
Kumulierter Wanderungssaldo der 18 – unter 25-jährigen bezogen auf 1.000 Einwohner der Altersgruppe (2002 - 2008)		12,5	70,1	26,4	-64,8	-104,8	-16,8
Gewichtete Erreichbarkeit von SVP-Beschäftigten innerhalb von 120 Minuten (2008, Anzahl)		39.500	49.400	91.700	41.500	35.000	48.100

Quelle: Eigene Berechnungen

Neben den Indikatorwerten für die gesamten Cluster ist auch die Werteverteilung innerhalb der einzelnen Cluster von Interesse. Die Boxplots in Abbildung 78 veranschaulichen diese. Dabei kennzeichnet die Box den Wertebereich, in dem 50% aller Fälle liegen und der Mittelstrich den Medianwert. Der Wertebereich der übrigen Fälle wird durch die sich an die Box anschließenden Whisker angezeigt, sofern sie nicht als Ausreißer außerhalb dieser aufgeführt sind.

Abbildung 78: Werteverteilung bei den Indikatoren der Clusteranalyse nach Clustern





Quelle: Eigene Darstellung

5.5 Zusammenfassung

Die Ergebnisse der Clusteranalyse lassen sich als ein beginnender Polarisierungstrend im ländlichen Raum interpretieren. Während nicht wenige Gemeinden auf eine äußerst erfolgreiche wirtschaftliche und eine vergleichsweise stabile demografische Entwicklung verweisen können, werden andere Gemeinden mit starken Schrumpfungsprozessen wirtschaftlicher und demografischer Art konfrontiert. Die wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen im ländlichen Raum stellen sich damit bereits heute stark unterschiedlich dar und auch für die Zukunft ist mit einer andauernden Polarisierungsneigung der raumstrukturellen Entwicklung zu rechnen.

6 Szenarien der zukünftigen demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung

6.1 Methodische Vorbemerkungen

Im Anschluss an die bewertende Bestandsaufnahme demografischer und ökonomischer Trendentwicklungen im ländlichen Raum soll an dieser Stelle auch ein Ausblick in die Zukunft gewagt werden. Vorgestellt werden quantitativ-qualitative Szenarien der demografischen Entwicklung, deren Ergebnisse unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu diskutieren sind. Dabei liegt ein sachlicher Fokus auf der Entwicklung des Erwerbersonenangebots, welche in den vorangegangenen Abschnitten als ein besonders bedeutsames Thema eingeschätzt wurde.

Es ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass im Rahmen des Forschungsvorhabens keine eigene Bevölkerungsprognose gerechnet werden konnte. Die Szenarien gründen daher auf der verfügbaren regionalisierten Bevölkerungs- und Erwerbersonenprognose des Statistischen Landesamtes und erzeugen unter Setzung ergänzender Entwicklungsannahmen mögliche Bilder der für den ländlichen Raum zu erwartenden Trends. Zwei Szenarien werden einander gegenübergestellt: ein „Status-quo-Szenario“, welches wesentliche Eckpunkte der demografischen Entwicklungen der 2000er Jahre in die Zukunft fortschreibt, und ein „Alternativszenario“, welches auf veränderten Wanderungsannahmen beruht. Mit den in Kapitel 5 vorgestellten Gemeindeclustern werden beide Szenarien auch in regionalisierter Form aufbereitet.

An dieser Stelle soll die Vorgehensweise der Szenarioerstellung näher vorgestellt werden. Die vom Statistischen Landesamt veröffentlichte Regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung in Baden Württemberg (mit dem Zieljahr 2030) bildet die Grundlage für beide Szenarien. Im Rahmen dieser Prognose wird für alle Gemeinden (veröffentlicht werden Ergebnisse für Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern) eine Bevölkerungszahl und -zusammensetzung bis zum Jahr 2030 errechnet. Die Berechnungen beruhen auf einem „Status-Quo-Ansatz“, mit dem vergangene Entwicklungen der Fertilität, Mortalität und des Wanderungsgeschehens für die Zukunft fortgeschrieben werden. Zentrale Annahmen sind, dass sich die relative Entwicklung des Geburten- und Wanderungsgeschehens der Jahre 2000 bis 2008 fortsetzt, ein Anstieg der Lebenserwartung um etwa 2,5 Jahre zu verzeichnen ist und jährliche Wanderungsgewinne des Landes Baden-Württemberg von zunächst 5.000, ab 2011 10.000 Personen realisiert werden. Die Vorausrechnung ist daher nicht als Vorhersage, sondern als eine wahrscheinliche Entwicklung zu verstehen, sofern sich die beobachteten Entwicklungen nicht grundlegend verändern²⁵.

Diese Prognose und die mit ihr getroffenen Annahmen werden im Folgenden als „Status-quo-Szenario“ bezeichnet. Dieses dient als Referenz für ein weiteres Szenario, welches auf veränderten Annahmen beruht. Während das Status-quo-Szenario vergleichsweise günstige Entwicklungsannahmen für die Gemeinden des ländlichen Raumes trifft – dies

²⁵ <http://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/BevProg/Methode.asp> (Abruf: 16.11.2010)

betrifft die Zuwanderung von außerhalb Baden-Württembergs sowie das Binnenwanderungsgeschehen – beruht das „Alternativszenario“ auf einer angenommenen Fortsetzung von in jüngster Vergangenheit zu beobachteten Entwicklungen. Diese sind vor allem durch eine negativere Binnenwanderungsbilanz des ländlichen Raumes gekennzeichnet. Es wird angenommen, dass mit beiden Szenarien ein Entwicklungskorridor aufgezeigt werden kann, innerhalb dessen sich die Entwicklung im ländlichen Raum und seinen Teilgebieten mit gewisser Wahrscheinlichkeit bewegen wird.

6.2 Status-quo-Szenario

Das sog. Status-quo-Szenario beruht – wie oben ausgeführt – auf den Ergebnissen der Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes. Mit seinem Stützzeitraum von 2000 bis 2008 schreibt es die in diesem Zeitraum prägenden Entwicklungsbedingungen in die Zukunft fort. Für den ländlichen Raum sind dies:

- eine rückläufige und seit etwa 2005 negative natürliche Bevölkerungsbilanz, was im Wesentlichen Ausdruck eines Altersstruktureffekts ist (also auf die alternde Bevölkerung zurückgeht),
- eine abgeschwächte aber dennoch positive Wanderungsbilanz des Landes mit dem Ausland sowie mit den übrigen Bundesländern, was auch auf eine stabile Beschäftigungsentwicklung und eine rückläufige Erwerbslosenquote zurückgeführt werden kann,
- eine etwa ausgeglichene Wanderungsbilanz mit dem Agglomerationsraum und
- eine ebenfalls ausgeglichene Wanderungsbilanz bei jüngeren Menschen, wobei Wanderungsverluste in die Verdichtungsräume des Landes durch interregionale Zuwanderung ausgeglichen werden.

Die Extrapolation dieser Trends bis ins Jahr 2030 – wie im Status-Quo-Szenario geschehen – unterstellt eine anhaltende Attraktivität ländlicher Gemeinden für internationale Zuwanderer wie auch für Binnenwanderer aus dem Agglomerationsraum und anderen Teilen Deutschlands. Implizit angenommen wird somit, dass die positive wirtschaftliche Entwicklung auf der einen Seite und die Wohn- und Lebensqualität des ländlichen Raumes auf der anderen Seite Garant für eine ausgeglichene Wanderungsbilanz und damit vergleichsweise stabile Bevölkerungsentwicklung sein werden.

Aus den Ergebnissen dieser Prognose lassen sich einige zentrale Trends der Bevölkerungsentwicklung im ländlichen Raum ableiten, welche dessen demografische Zukunft in starkem Maße prägen werden:

- Der ländliche Raum wird leicht schrumpfen: Im Vergleich zum Jahr 2008 nimmt die Gesamtbevölkerung bis 2030 um knapp 4% ab. Dabei verläuft diese Entwicklung zunächst moderat (weniger als 1% Verlust in 7 Jahren), beschleunigt sich im Laufe der folgenden Jahre aber zunehmend.
- Die Bevölkerung des ländlichen Raumes wird älter: Während der ländliche Raum insgesamt an Einwohnern verliert, wird er gleichzeitig deutlich an älteren Menschen hinzugewinnen. Mit 960.000 Einwohnern über 64 Jahren leben 2030 etwa 35% mehr ältere Menschen im ländlichen Raum als 2010. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung steigt entsprechend von etwa 19% auf über 27%.

- Der ländliche Raum verliert an Menschen im erwerbsfähigen Alter: Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 - 64) verringert sich bis 2030 um mehr als 12%. Auch ihr relativer Anteil an der Gesamtbevölkerung ist rückläufig. Im Jahr 2030 werden über 40% der Einwohner nicht im erwerbsfähigen Alter sein (2010: 34%).

Jedoch ist nicht nur der ländliche Raum von diesen Entwicklungen betroffen. Der Vergleich mit dem Agglomerationsraum zeigt, dass alle skizzierten Trends auch für diesen prognostiziert werden. In der quantitativen Ausprägung offenbaren sich jedoch Differenzen. Während sich der Rückgang der Gesamtbevölkerung mit 3,3% im Agglomerationsraum in einem ähnlichen Rahmen wie im ländlichen Raum bewegt, sind die Unterschiede im Alterungsprozess der Bevölkerung signifikanter. Die beiden jüngeren Altersgruppen verzeichnen im Agglomerationsraum moderatere Rückgänge. Demgegenüber steigt die Zahl älterer Menschen weniger deutlich (Tabelle 13).

Tabelle 13: Veränderung der Bevölkerungszahl und -zusammensetzung bis 2030

Zeitraum 2008 - 2030	Ländlicher Raum	Agglomerationsraum
Entwicklung der Gesamtbevölkerung	-3,9%	-3,3%
Entwicklung der unter 15-jährigen	-19,6%	-15,2%
Entwicklung der 15 - 64-jährigen	-11,8%	-10,5%
Entwicklung der über 64-jährigen	+35,5%	+30,4%

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Da die verschiedenen Teilräume des ländlichen Raumes bereits in der Vergangenheit starke Unterschiede hinsichtlich ihrer Bevölkerungsdynamik gezeigt haben (siehe hierzu Kapitel 3 und 5), ist anzunehmen, dass sich diese auch in der Prognose der zukünftigen Entwicklung niederschlagen. Für eine diesbezüglich nähere Betrachtung werden die in Teil 5 dieser Studie gebildeten Gemeindecluster eingesetzt.

Die Analyse der Gesamtbevölkerungsentwicklung führt erste Differenzen zwischen den verschiedenen Clustern zu Tage. Bis zum Jahr 2020 kann Cluster B seine Einwohnerzahl noch in etwa konstant halten, während alle anderen Cluster bereits an Bevölkerung verlieren. Vor allem in den Gemeinden der Cluster E und D nimmt die Bevölkerung überproportional schnell ab. Bis zum Jahr 2030 verstärkt sich die Abnahme weiter, so dass Cluster E mehr als 8% seiner Bevölkerung verliert (Abbildung 79). Verglichen mit den Landeswerten erwartet die Prognose eine jeweils günstigere Entwicklung für die Cluster A, B und C und eine deutlich ungünstigere Entwicklung für die Cluster D und E.

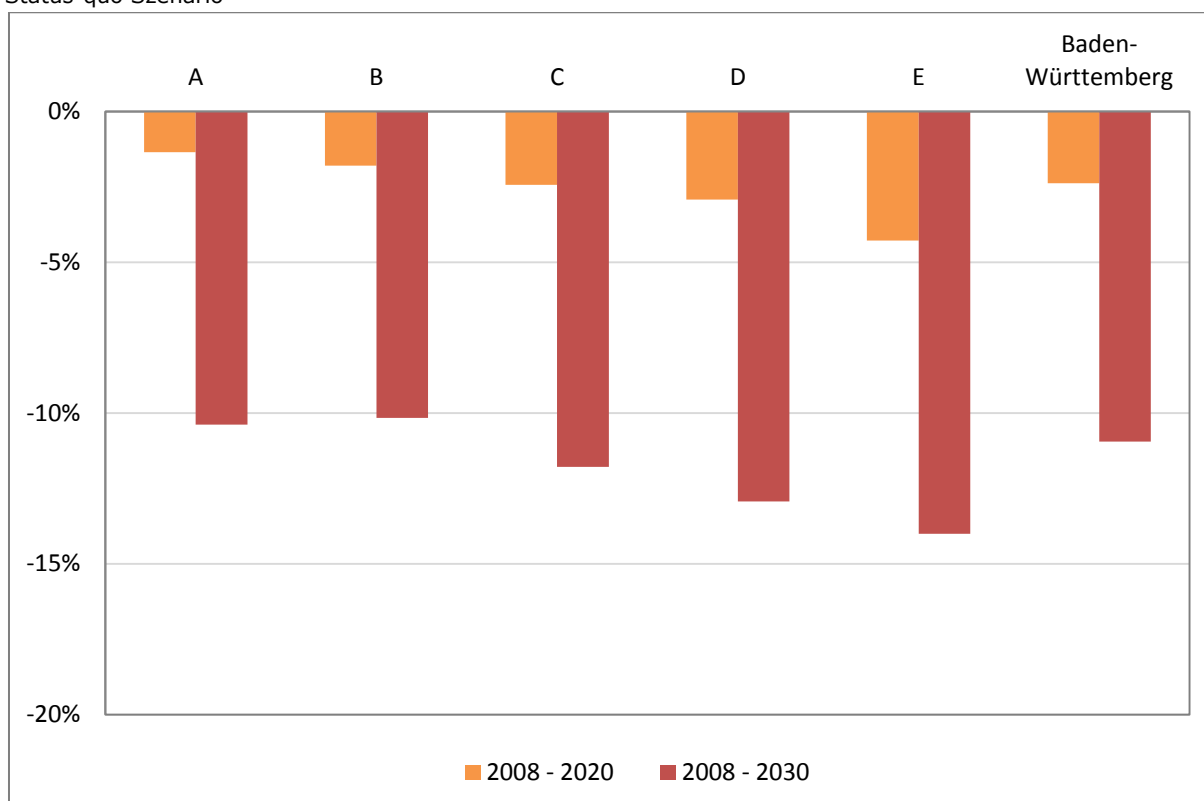
Abbildung 79: Erwartete Entwicklung der Gesamtbevölkerung bis 2020/30 nach Clustern im Status-quo Szenario



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Während die Abnahme der Bevölkerung insgesamt noch moderat ausfällt, treten die Auswirkungen des demografischen Wandels bei Betrachtung einzelner Altersgruppen deutlicher hervor. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 – 64 Jahre) nimmt bis 2020 zunächst leicht in den Folgejahren jedoch rapide ab. In allen Clustern wird es unter den getroffenen Annahmen im Jahr 2030 mindestens 10% weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter geben. Auch hier weisen die Cluster E und D mit 14% bzw. 13% die höchsten relativen Einbußen auf.

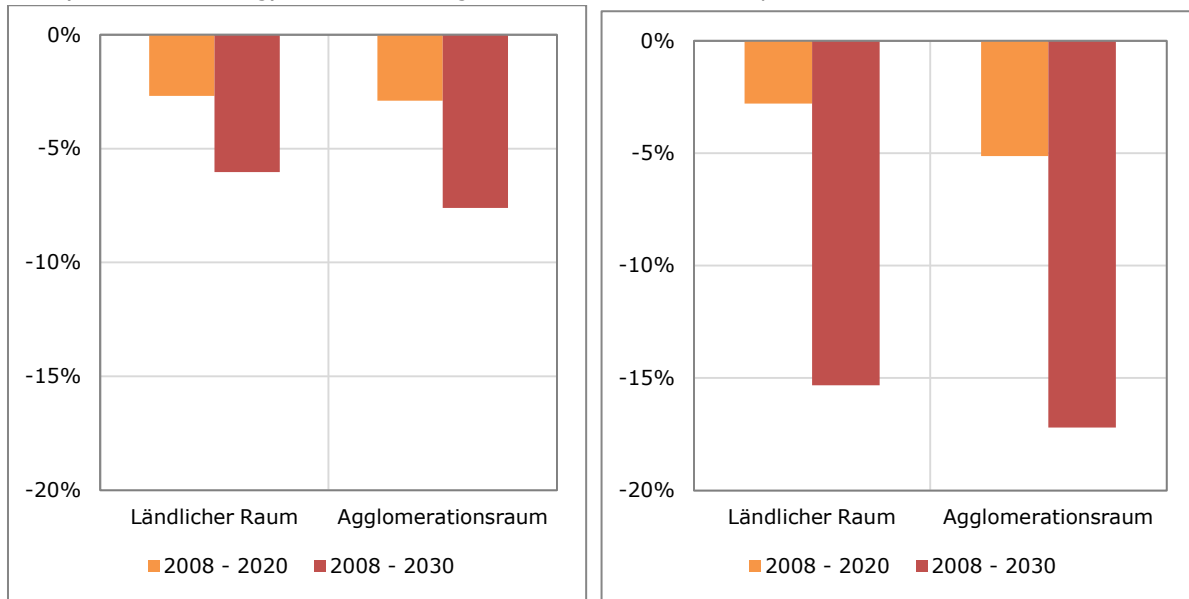
Abbildung 80: Erwartete Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis 2020/30 nach Clustern im Status-quo Szenario



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Neben der Bevölkerungsvorausrechnung, die das generative Verhalten und das Wanderungsgeschehen berücksichtigt, veröffentlicht das Statistische Landesamt auch eine Rechnung, die lediglich das unterschiedliche generative Verhalten in den Gemeinden Baden-Württembergs in die Zukunft fortschreibt. Die Einbußen durch diese Komponente der Bevölkerungsentwicklung werden im ländlichen Raum mit -6% bis 2030 etwas geringer ausfallen als im Agglomerationsraum. Trotzdem ist der so errechnete Verlust durch die Nichtberücksichtigung des Wanderungsgeschehens insgesamt höher. Noch deutlicher wird dies bei der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Ohne die angenommenen positiven Wanderungseffekte nähme die Zahl der Personen zwischen 15 und 64 um über 15% ab. Die Ursache hierfür liegt in der unterschiedlichen altersstrukturellen Zusammensetzung der Bevölkerung. Regionen mit einer überdurchschnittlich alten Bevölkerung sind durch überdurchschnittliche natürliche Bevölkerungsverluste gekennzeichnet. Ohne Wanderungsgewinne zu erzielen, treten diese Struktureffekte (in denen sich das generative Verhalten sowie das Wanderungsgeschehen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte abbildet) offen zu Tage.

Abbildung 81: Veränderung der Bevölkerungszahl (linke Darstellung) und der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (rechte Darstellung) ohne Wanderungen bis 2020/30 im Status-quo Szenario



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Aus dem Vergleich der beiden Kalkulationen lassen sich bereits erste Schlüsse auf die Wirkungszusammenhänge der Bevölkerungsentwicklung ziehen. Auch ohne Wanderungsbewegungen würde die Bevölkerungszahl in allen Teilräumen Baden-Württembergs bis 2030 abnehmen. Darüber hinaus zeigt die Gegenüberstellung, dass die Auswirkungen des Wanderungsgeschehens das Ausmaß des Bevölkerungsrückgangs abfedern helfen. Lediglich für Cluster D halten sich positive und negative Effekte in etwa die Waage. Demgegenüber zeigen die Cluster B und C sowie der Agglomerationsraum im Status-quo-Szenario eine Entwicklung, die von Wanderungen mit dem Ausland sowie anderen Landesteilen profitiert.

Tabelle 14: Vergleich der Entwicklung der Bevölkerungszahl bis 2030 mit und ohne Wanderungen (Status-quo-Szenario)

Raum	Generatives Verhalten und Wanderungsgeschehen berücksichtigt	Lediglich generatives Verhalten berücksichtigt
Cluster A	-3,2%	-4,5%
Cluster B	-1,7%	-8,7%
Cluster C	-2,6%	-5,9%
Cluster D	-4,6%	-4,7%
Cluster E	-8,1%	-9,7%
Agglomerationsraum	-3,3%	-7,6%

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Die in diesem Szenario beschriebenen demografischen Entwicklungen würden – im Falle ihres Eintreffens – nicht ohne Wirkungen auf die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit im ländlichen Raum bleiben. Diese könnten sich vor allem aus einer zunehmend schwierigeren Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte ergeben, was die allgemeinen Standortbedingungen negativ beeinflussen würde. Der Bevölkerungsverlust kann darüber hinaus über die Gefährdung der örtlichen Daseinsvorsorge die Lebens- und Wohnqualität ländlicher Gemeinden unterminieren und auf diese Weise das Potenzial für weitere Abwanderung erzeugen. Eine nähere Diskussion derartiger Wirkungen erfolgt im letzten Abschnitt dieses Kapitels für beide Szenarien zusammen.

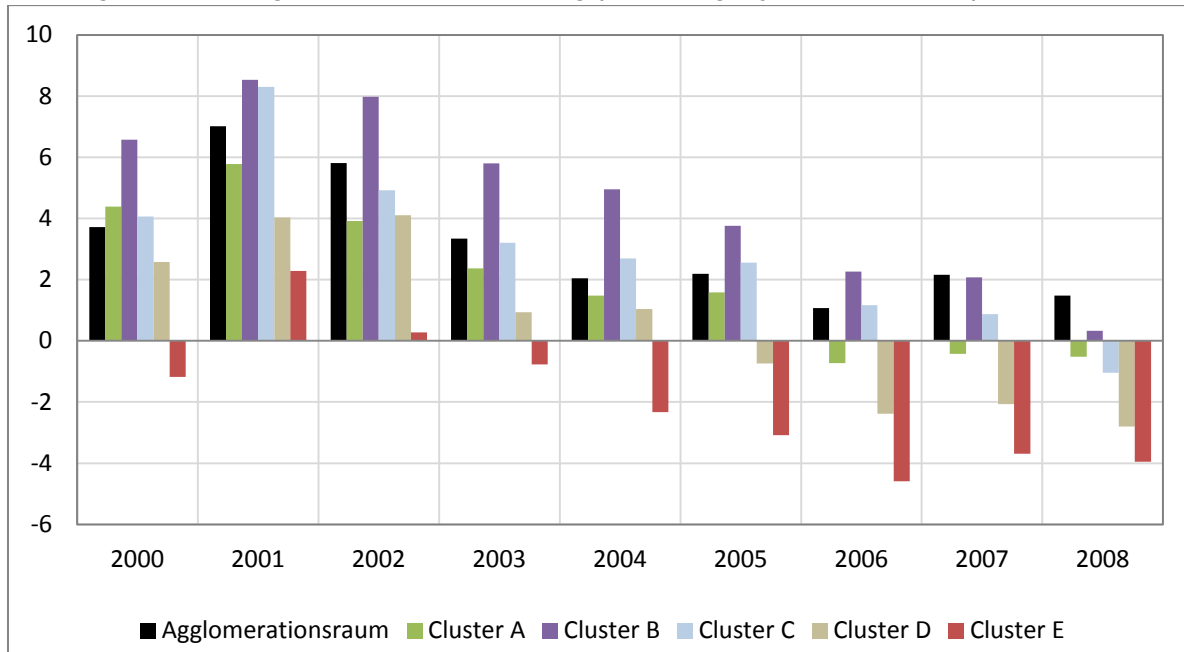
6.3 Alternativ-Szenario

Die räumlich differenzierte Auswertung der Bevölkerungsentwicklung im Status-quo-Szenario verdeutlicht den allgemeinen Trend zur Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung im ländlichen Raum. Allerdings stellt sie nur eine von vielen möglichen demografischen Entwicklungen dar, die auf den beobachteten Veränderungen im Referenzzeitraum beruhen und spezifische Annahmen zum zukünftigen Wanderungsgeschehen erforderlich machen. Während bezüglich des Geburten- und Sterbeniveaus aufgrund seines kontinuierlichen Verlaufs eine relativ große Treffsicherheit besteht, lässt sich das Wanderungsgeschehen nur mit deutlichen Unsicherheiten schätzen. Sein Aufkommen und seine regionale Ausprägung hängen in hohem Maße von der wirtschaftlichen Entwicklung der verschiedenen Räume, von Wohnstandortwünschen und der empfundenen Attraktivität von Gemeinden als Wohnstandort, aber auch von den getroffenen politischen und gesetzlichen Maßnahmen ab.

Die im Status-quo-Szenario aufgezeigten Entwicklungen beruhen – wie oben ausgeführt – auf vergleichsweise optimistischen Annahmen zur Wanderungsbilanz des ländlichen Raumes und seiner Teilräume. In Kapitel 3 dieses Berichts wurde jedoch festgestellt, dass seit etwa 2005 ein signifikanter Trendbruch bei den Wanderungsverflechtungen stattgefunden hat. Würde dieser in seinen Effekten in die Zukunft fortgeschrieben, müsste mit deutlich höheren Wanderungsverlusten und damit auch Bevölkerungsverlusten im ländlichen Raum gerechnet werden. Im Folgenden wird daher ein alternatives Szenario vorgestellt, welches sich in starkem Maße an den aktuell beobachtbaren Trends orientiert. Das Ziel besteht dabei nicht in der Prognose einer mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung, sondern vielmehr darin, die untere Schwelle für den zukünftig wahrscheinlichen Entwicklungskorridor abzustecken.

Das Alternativszenario beruht wie gesagt auf den Beobachtungen eines veränderten Wanderungsgeschehens der letzten Jahre. Die Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamts basiert auf dem Referenzzeitraum 2000 – 2008. Die Auswertung der jährlichen Wanderungssalden je 1.000 Einwohner offenbart jedoch eine Negativentwicklung der Wanderungsbilanz für alle Teilgebiete des ländlichen Raumes. Bis auf Cluster B weisen alle Cluster im Jahr 2008 bereits einen negativen Wanderungssaldo auf, während sich der Agglomerationsraum auf einem niedrigeren positiven Niveau stabilisieren konnte.

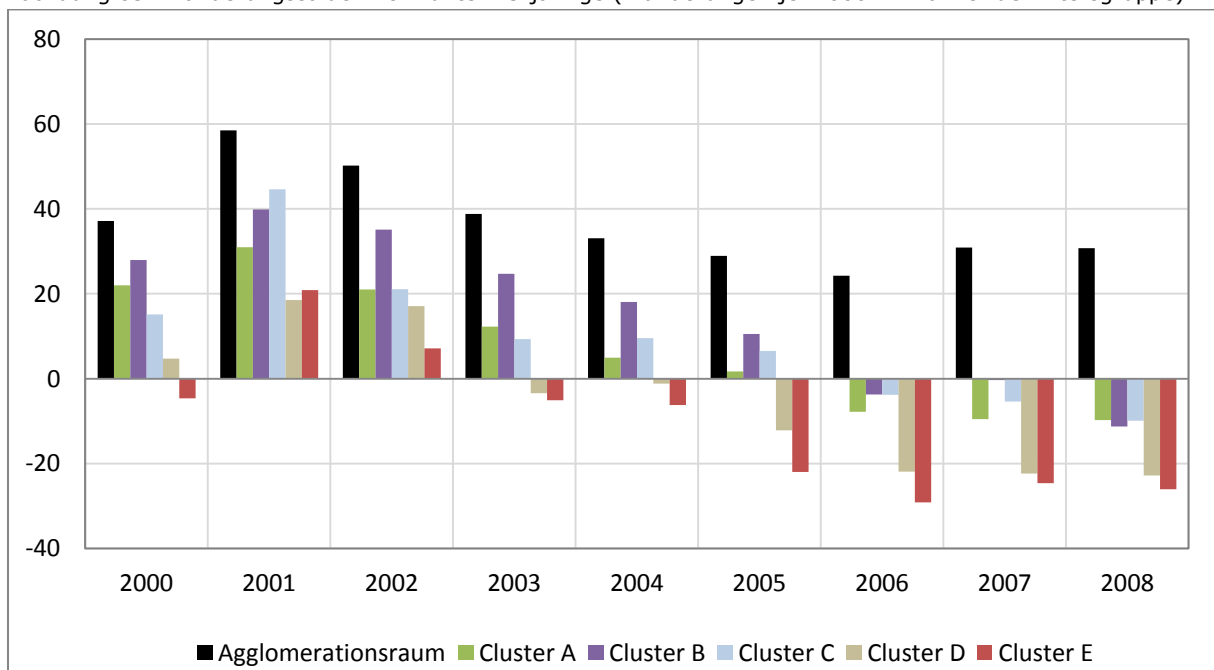
Abbildung 82: Wanderungssalden Gesamtbevölkerung (Wanderungen je 1.000 Einwohner)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Ein Grund für diese Entwicklung liegt im veränderten Migrationsverhalten junger Menschen. In der Altersgruppe der 18 – unter 25-jährigen zeigt sich der Wandel der Wandermuster am deutlichsten. Besaßen in den Jahren 2001 und 2002 noch alle Teilräume einen positiven Wanderungssaldo, ist dieser in den letzten drei Jahren des Referenzzeitraums im gesamten ländlichen Raum negativ. Demgegenüber ist der Zuzug junger Menschen in den Agglomerationsraum Baden-Württembergs ungebrochen.

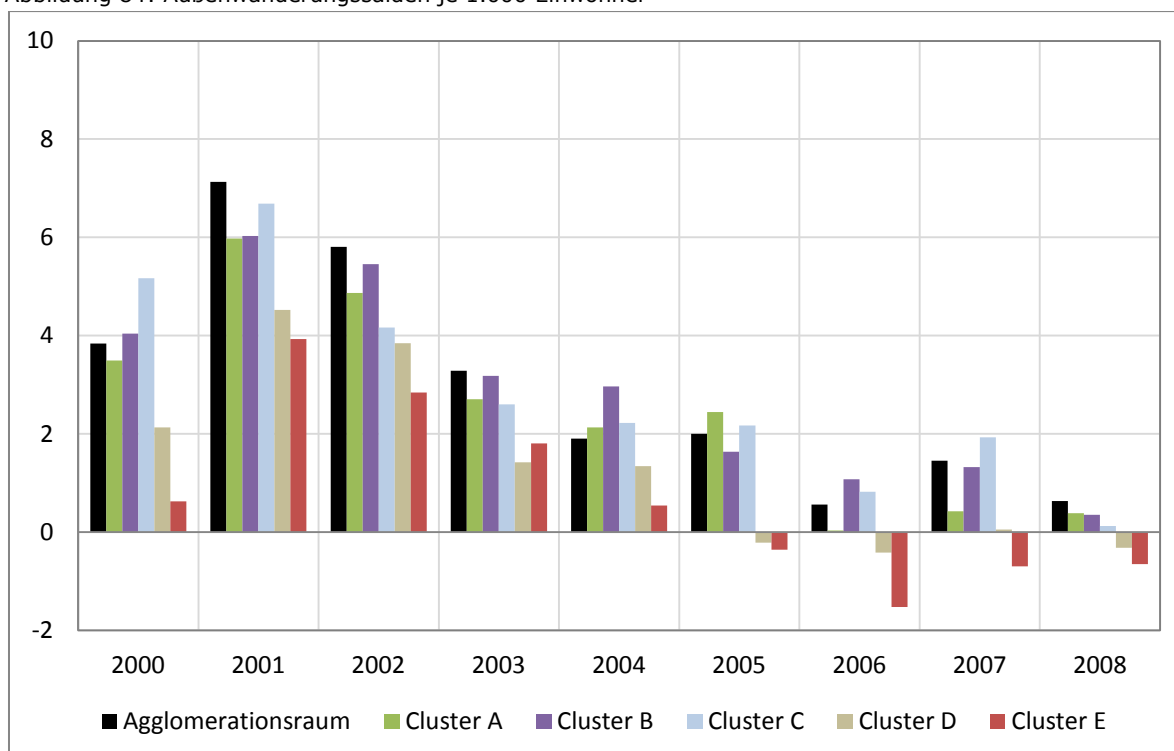
Abbildung 83: Wanderungssalden 18 – unter 25-jährige (Wanderungen je 1.000 Einwohner der Altersgruppe)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Neben der gesteigerten Präferenz gegenüber dem Agglomerationsraum ist ein weiterer Einflussfaktor für die nachlassende Zuwanderungsdynamik die Variation der Außenwanderung. Stellte Baden-Württemberg Anfang des Jahrzehnts noch einen sehr attraktiven Raum vor allem für Menschen aus den neuen Bundesländern sowie Spätaussiedler und deren Familienangehörigen dar (Cornelius 2004, S.17), so konnten im ländlichen Raum wie im Agglomerationsraum in den folgenden Jahren nur noch deutlich geringere Außenwanderungsgewinne ausgewiesen werden. Die Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamts trifft in diesem Kontext die Annahme, dass sich die Wanderungsgewinne ab dem Jahr 2011 wieder auf 10.000 Menschen jährlich erhöhen werden (2009: 3.421).

Abbildung 84: Außenwanderungssalden je 1.000 Einwohner



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Das Alternativszenario orientiert sich hingegen bezüglich des Wanderungsgeschehens an den Jahren 2005 bis 2008. Es wird angenommen, dass es in Baden-Württemberg zu einer dauerhaften Reurbanisierung kommt, die sich in einer verstärkten Abwanderungstendenz insbesondere jüngerer Menschen aus dem ländlichen Raum, aber auch einer abgeschwächten Zuwanderung von Familien und älteren Menschen in ländliche Gemeinden äußert.

Die Ursachen dieses interregionalen Konzentrationsprozesses zugunsten der Verdichtungsräume und hier insbesondere zugunsten der großen Städte (siehe hierzu Geppert/Gornig 2010; Siedentop 2008) sind derzeit Gegenstand intensiver Diskussion. Eine Schlüsselbedeutung kommt dabei den Bildungs- und Berufswanderern im Alter zwischen 18 und 30 Jahren zu, wie auch in Kapitel 3 festgestellt wurde. Es sind vor allem die Universitätsstädte und Fachhochschulstandorte, die die höchsten Wanderungsgewinne ausweisen. Die steigenden Anteile der Studierenden an den Altersjahrgängen könnten ein Hintergrund dieser Entwicklung sein.

Stadtsoziologen verweisen indes auf tieferegehende soziodemografische Ursachen der Reurbanisierung. Danach könnten auch Veränderungen bei den Haushaltsformen Tendenzen eines veränderten Wanderungsverhaltens erklären (siehe z.B. Siebel 2008). Die klassische Kleinfamilie werde mehr und mehr zugunsten anderer Haushaltsformen wie Singlehaushalten im Seniorenalter, Alleinerziehenden oder kinderlosen Paaren in den Hintergrund gedrängt. Derartige Haushaltstypen wiesen eine deutlich größere Kernstadtaffinität auf als Familien mit Kindern, was die rückläufige Intensität der Sub- und Desurbanisierung (auch zugunsten ländlicher Räume) erklären könnte.

Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang möglicherweise auch veränderten Arbeitsformen zu. Teilzeitbeschäftigung, längere Arbeitszeiten, unregelmäßige Arbeitsrhythmen bei Hochqualifizierten und ein zunehmender Anteil befristeter Beschäftigung zwingen zu einer flexibleren Alltagsorganisation und behindern langfristige Wohnstandortorientierungen. Die engere raum-zeitliche Verflechtung von beruflichem, sozialem und privatem Leben dränge die frühere Trennung zwischen Arbeit, Freizeit und Wohnen zurück. Die hohen Mobilitätserfordernisse an suburbanen und ländlichen Standorten mit ihren längeren Wegen und hohen Pendelbelastungen würden zunehmend als Nachteil wahrgenommen. Städte böten dagegen eher Orte, welche veränderten Zeitökonomien von Berufstätigen gerecht werden (Siebel 2008). In Verbindung mit dem demografischen Trend hin zu kleineren und vielfältigen Haushaltsformen bewirke dies einen erkennbaren Wandel von Lebens- und Wohnstilen. Plausibel erscheint damit insgesamt eine konzentrationsfördernde Wirkung ökonomischer und sozialer Einflussfaktoren auf das Wanderungsverhalten.

Neben soziodemografischen Ursachen werden auch ökonomische Faktoren zur Erklärung der Reurbanisierung herangezogen, wie in Abschnitt 1.2 bereits ausführlich thematisiert. In den letzten Jahren haben überdies die Energiepreise und damit die Verkehrskostenbelastungen der privaten Haushalte stark zugenommen. Zwar liegen derzeit nach Kenntnis der Verfasser keine empirischen Erkenntnisse vor, in welchem Maße die aktuellen Energiepreise Wanderungsentscheidungen beeinflussen, dennoch ist anzunehmen, dass deutlich höhere Energiepreise, wie sie von vielen Experten als sehr wahrscheinlich angesehen werden, nicht ohne Auswirkungen auf die Wohnstandortwahl bleiben werden – möglicherweise weniger in Form einer aktiven Verlagerung eines bestehenden Standortes zu Standorten mit geringerem potenziellen Verkehrsaufwand als vielmehr als Verbleiben an einem verkehrssparsamen Standort. Insbesondere ländliche und periphere suburbane Standorte könnten bei angenommenen höheren Energiepreisen als mögliche Zuzugsziele negativ bewertet werden (siehe hierzu auch BMVBS/BBSR 2009).

Derartige Entwicklungen plausibilisieren die in den vergangenen Jahren beobachteten Wanderungstendenzen zugunsten der Agglomerationsräume und insbesondere der großen Städte. Um dies szenariotechnisch umzusetzen, wurde in das Datengerüst der Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes eingegriffen. Die Schätzung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung fußt auch im Alternativszenario auf der amtlichen Bevölkerungsvorausrechnung. Allerdings wird abweichend zum Status-quo-Szenario das Wanderungsgeschehen unberücksichtigt gelassen. Für jedes Jahr wird anhand dieser Vorausrechnung ein Faktor der natürlichen Bevölkerungsveränderung für die Teilräume errechnet. Auf Basis der Jahre 2005 – 2008 wird der durchschnittliche Wanderungssaldo bezogen auf die Gesamtbevölkerung für die Teilräume gebildet (Tabelle 15). Die jährliche Bevölkerungsveränderung durch Wanderungs- und generatives Verhalten wird jeweils auf

den Bevölkerungsstand des Vorjahres addiert und bildet entsprechend die Grundlage für das nächste Jahr.

Tabelle 15: Durchschnittlicher Wanderungssaldo der Jahre 2005 – 2008 je 1.000 Einwohner

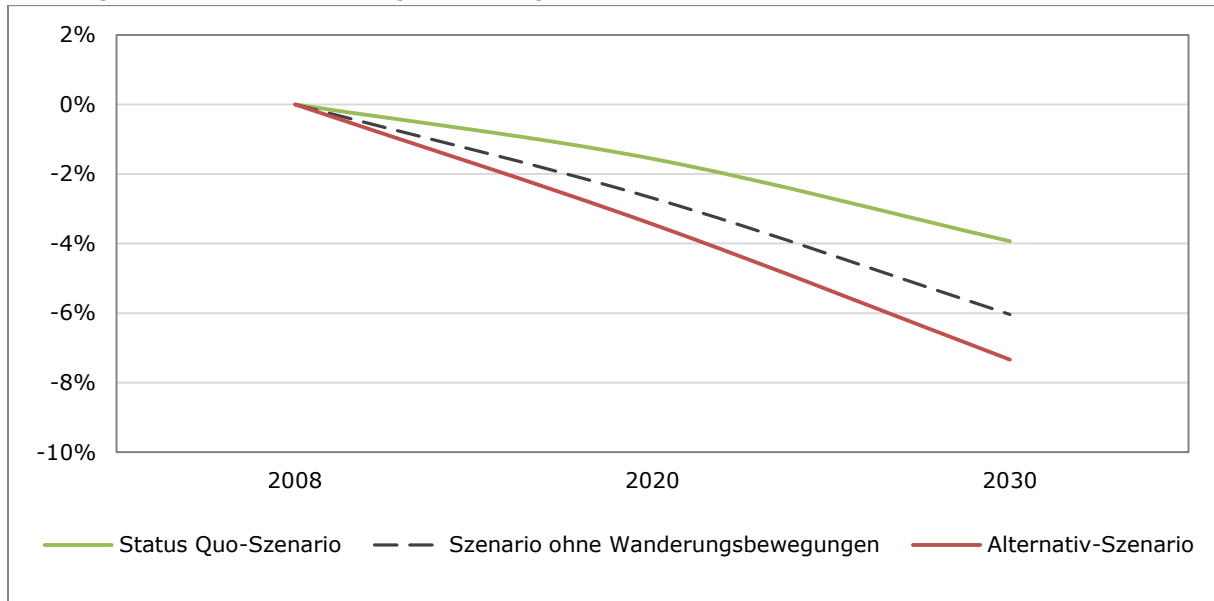
Cluster	Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner
Cluster A	-0,02
Cluster B	2,11
Cluster C	0,89
Cluster D	-2,01
Cluster E	-3,86
Agglomerationsraum	1,73

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Da es sich hierbei keineswegs um eine umfassende Bevölkerungsprognose sondern lediglich um eine quantitative Schätzung der Auswirkungen gesetzter Rahmenbedingungen handelt, wird im Folgenden auf Unzulänglichkeiten hingewiesen, welche bei Interpretation der Ergebnisse zu beachten sind. Da lediglich ein Wanderungsfaktor für die Gesamtbevölkerung angenommen wird, ist eine altersdifferenzierte Ausgabe der Ergebnisse nur sehr eingeschränkt zulässig. Auch muss vereinfachend angenommen werden, dass die wandernde Bevölkerung bezüglich ihres generativen Verhaltens der Bevölkerung des Zielgebiets entspricht. Dies ist insbesondere problematisch, da junge Menschen häufiger wandern und somit Zuwanderung meist auch positive Effekte auf die natürliche Bevölkerungsentwicklung hat. Der hinsichtlich seiner quantitativen Auswirkungen gewichtigste Kritikpunkt ist jedoch, dass trotz Alterung der Gesellschaft, die Wanderungssaldi bezogen auf die gesamte Einwohnerzahl unverändert bleiben. So lässt sich anführen, dass mit dem Schwinden des relativen Anteils junger Menschen, die sich gemeinhin durch eine stärkere Wanderungsneigung auszeichnen, in Abwanderungsgebieten in Zukunft weniger negative Wanderungssalden bezogen auf die Gesamtbevölkerung zu erwarten sind. Diese tendenzielle Überbewertung der Wanderungsintensität spricht aber nicht grundsätzlich gegen eine Verwendung der Schätzergebnisse mit dem Ziel, eine untere Schwelle der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung abzustecken.

Die Ergebnisse des Alternativszenarios kündigt eine fortschreitende Polarisierung zwischen ländlichem Raum und Agglomerationsraum, aber vor allem auch innerhalb des ländlichen Raumes an. Während die Bevölkerungsabnahme bis 2030 im Agglomerationsraum mit 4% noch in etwa in der Größenordnung jener der Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes liegt, fällt der ländliche Raum in diesem Szenario deutlich ab. Für sein Gesamtgebiet muss im gleichen Zeitraum mit Einbußen oberhalb von 7% gerechnet werden. Die problematischen Auswirkungen eines weiterhin negativen Geburtenaldos können nicht mehr durch Zuwanderung abgemildert werden, sondern werden sogar durch Abwanderung aus Gebieten geringer Attraktivität noch verstärkt (Abbildung 85).

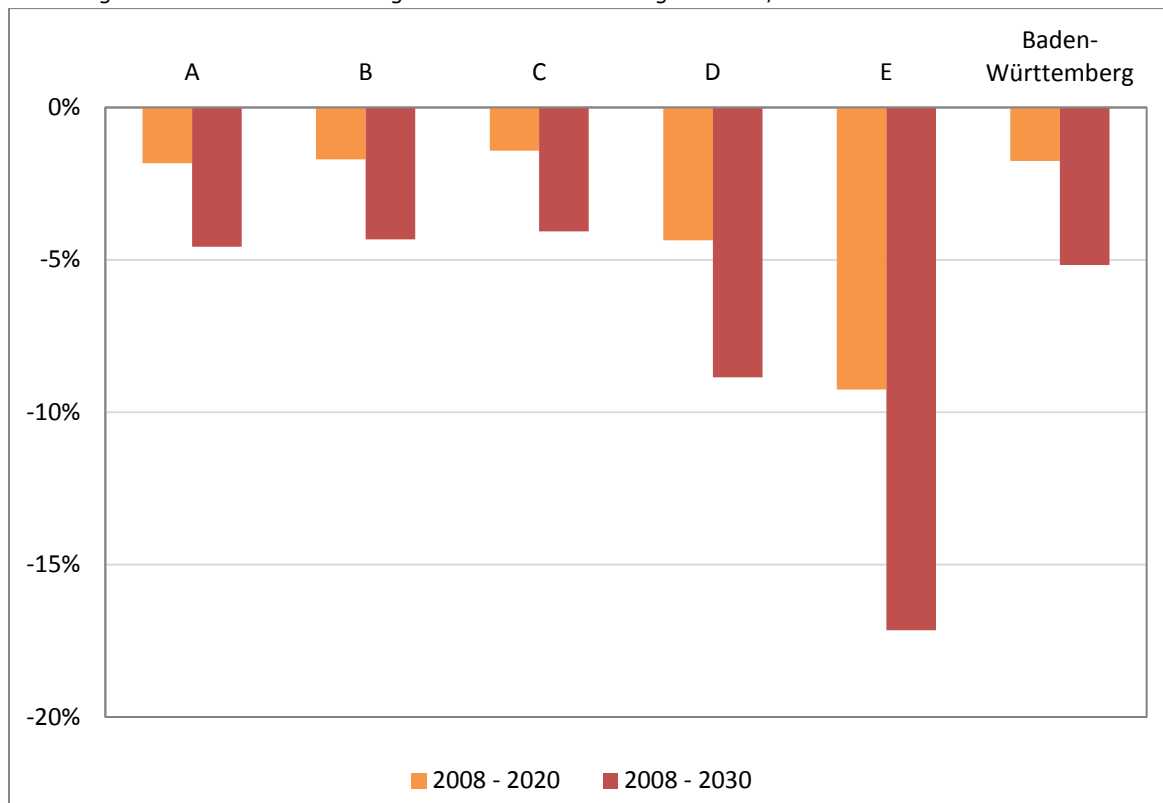
Abbildung 85: Erwartete Bevölkerungsentwicklung in den Szenarien



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

Dabei trifft es die Räume in stark unterschiedlichem Maße. Zwar verzeichnen alle Cluster höhere Einbußen als in der Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes, besonders drastisch verläuft aber die Entwicklung in Cluster D und E. Bereits bis zum Jahr 2020 verlieren sie aufgrund anhaltend starker Abwanderung 4% bzw. 9% ihrer Bevölkerung. In der folgenden Dekade führt die Alterung der Gesellschaft zusätzlich zu einem graduellen Ansteigen der Mortalität, während das Geburtenaufkommen nicht entscheidend gesteigert werden kann. Neben dem starken Rückgang der Gesamtbevölkerung wird in diesem Zeitraum die durch Abwanderung und Alterung bedingte verringerte Zahl an Menschen im erwerbsfähigen Alter zum Problemfeld dieser Räume. Dagegen sieht die Entwicklung in den Gemeindeclustern A bis C weniger drastisch aus. Hier fällt der Bevölkerungsrückgang mit etwa 4% moderat aus.

Abbildung 86: Erwartete Entwicklung der Gesamtbevölkerung bis 2020/30 nach Clustern im Alternativszenario



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010, eigene Berechnungen

6.4 Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung

Die Auswirkungen der im Status-Quo- und Alternativszenario skizzierten demografischen Entwicklungen auf die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des ländlichen Raumes sind angesichts der Vielzahl unbekannter Variablen nur eingeschränkt abschätzbar. Unstrittig dürfte jedoch sein, dass die Abnahme des Erwerbspersonenpotenzials in den aufgezeigten Dimensionen zwischen 10 und knapp 15% bis 2030, gekoppelt an einen starken Zuwachs des Durchschnittsalters der Erwerbstätigen, auch bei zu unterstellenden Produktivitätszuwächsen (und damit geringerem Arbeitskräftebedarf) nicht einfach kompensiert werden können. Schon heute beklagen viele Unternehmen im ländlichen Raum einen ausgeprägten Fachkräftemangel (ausführlich hierzu Kapitel 7.1). An dieser Stelle sei auch darauf hingewiesen, dass im ländlichen Raum – wie oben gezeigt – ein deutlich geringerer Teil der Schülerinnen und Schüler die Hochschulreife erwirbt. Auch dies kann zu dem sich zuspitzenden Mangel an Arbeitnehmern, insbesondere Fachkräften beitragen. Mögliche Rückkopplungen von demografischen Entwicklungen auf bestimmte Faktoren (z.B. die Beschäftigungsentwicklung), die wiederum die Bevölkerungsentwicklung beeinflussen, sind aber quantitativ nicht modellierbar. Allerdings ist sehr plausibel, dass ein Rückgang der Erwerbsbevölkerung und hier insbesondere jüngerer Menschen in der hier aufgezeigten Größenordnung das wirtschaftliche Wachstum dämpfen wird. Insbesondere in den Clustern D und E könnten positive Rückkopplungseffekte in Gang kommen, die zu einer dynamischen Abwärtsentwicklung beitragen.

Damit sind für die Zukunft (dies trifft vornehmlich auf das Alternativszenario zu) verstärkte raumstrukturelle Disparitäten für Baden-Württemberg zu erwarten. Denn von den

vor allem in wissensbasierten Branchen entstehenden neuen Beschäftigungsmöglichkeiten würden vornehmlich der Agglomerationsraum und einige wenige Wachstumspole im ländlichen Raum profitieren. Das Maß räumlicher Konzentration ökonomischer Funktionen nähme nach einer länger anhaltenden Konvergenzphase wieder zu. Während zahlreiche Gemeinden mit einer schrumpfenden Beschäftigungsbasis rechnen müssten, würde sich die Entwicklung in verkehrsgünstig gelegenen ländlichen Räumen sowie solchen mit günstiger Wirtschaftsstruktur deutlich positiver darstellen. Insgesamt käme es aber eher zu einer Auseinanderentwicklung von stärker verdichteten und ländlichen Gebieten Baden-Württembergs.

In einem solchen Szenariorahmen muss auch angenommen werden, dass die Attraktivität ländlicher Gemeinden durch den Bevölkerungsverlust und damit einhergehende Einbußen der Daseinsvorsorge leidet. Die in den 1980er, 1990er und 2000er Jahren überwiegend positive Wanderungsbilanz des ländlichen Raumes gründete sich auch auf den Ausbau der sozialen Infrastruktursysteme und eine damit einhergehende gute Versorgungsqualität der Bevölkerung durch ein engmaschiges Standortnetz an Einrichtungen. Die in Kapitel 3 dieses Berichts dokumentierten Erreichbarkeitsniveaus konnten dies aufzeigen.

In der Fachdiskussion besteht aber weitgehende Einigkeit dahingehend, dass es in den nächsten Jahrzehnten unter Status-quo Bedingungen zu einer deutlichen Ausdünnung der Standortnetze bei daseinsvorsorgerelevanten Leistungen kommen wird, wovon vor allem Gebiete mit geringer Bevölkerungsdichte betroffen sein werden (siehe z.B. MKRO 2008; BBR 2006). Mit der schon heute beobachtbaren Zentralisierung der Standortnetze gehen zunehmende Erreichbarkeitseinbußen bei standortgebundenen Dienstleistungen einher. Betroffen sind alle wesentlichen sozialen Infrastrukturen, deren Unterauslastung als Folge von Nachfragerückgängen mit Standortschließungen beantwortet wird. Dazu gehören vor allem Schulen, Bank- und Postfilialen, öffentliche und private Sportangebote sowie kulturelle Angebote (wie Bibliotheken oder Theater). Auch im Einzelhandel zeigen sich seit Jahren Rückzugs- und Konzentrationsprozesse, von denen der ländliche Raum weitaus stärker betroffen ist als der Agglomerationsraum.

Neben längeren Wegen muss für Teile des Infrastrukturangebots auch mit höheren Preisen, Gebühren und Nutzungsentgelten gerechnet werden. Von Kostensteigerungen könnten insbesondere Leistungen betroffen sein, die aufgrund von gesetzlichen Bestimmungen kostendeckend angeboten werden müssen, so dass höhere Kosten vollständig den Nutzern angelastet werden (z.B. die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung; siehe hierzu exemplarisch Koziol 2004 und Herz et al. 2002). Ebenfalls betroffen sind Leistungen, für deren öffentliche Finanzierung ein realistischerweise begrenztes Finanzbudget zur Verfügung steht (wie beim ÖPNV). Weniger stark berührt sind die Energie- und Abfallentsorgung, da hier Nachfragerückgänge kaum auf die Betriebskosten wirken und keine nennenswerten technischen Unterauslastungsprobleme bestehen. Nicht betroffen sind ferner solche Dienstleistungen, bei denen sich die Preis- bzw. Gebührengestaltung nicht aus den standörtlichen Auslastungsbedingungen und damit korrespondierenden (standort-)spezifischen Kosten ergeben, sondern aus (globalen) Preisfestlegungen und Tarifstrukturen. Genannt seien der Einzelhandel für den täglichen Bedarf, Bank- und Postdienstleistungen oder die Gesundheitsversorgung.

Insgesamt muss somit für den ländlichen Raum und hier insbesondere die Cluster D und E mit einer gewissen standörtlichen Zentralisierung der Daseinsvorsorge gerechnet werden. Diese wird aller Wahrscheinlichkeit nach zwar weniger drastisch als in vielen anderen Bundesländern ausfallen aber dennoch für die Bevölkerung spürbar sein. Dies gilt insbesondere für die im Alternativszenario angenommenen demografischen Entwicklungen. Danach könnte es zu einer Konzentration höherwertiger Leistungen in größeren Landstädten kommen (z.B. Gymnasien), in denen ein kostendeckendes bzw. ökonomisch vertretbares Angebot möglich ist. „In der Fläche“ könnte dagegen nur eine Grundversorgung gewährleistet werden, was nur teilweise in Online-Diensten, mobilen Dienstleistungen („rollender Supermarkt“) und „E-Government“ Leistungen abgedeckt werden kann. Auch könnte es in Einzelfällen zu einem breiteren „Auffangen“ durch bürgerschaftlich getragene Versorgungsmodelle wie z.B. Bürgerbusse oder Gemeindezentren mit gebündelten Daseinsvorsorgeangeboten in ehrenamtlicher Trägerschaft kommen. Verbunden wäre ein solcher Rezentralisierungspfad wohl auch mit einer deutlichen Straffung der ländlichen ÖV-Netze.

Wie oben ausgeführt, könnten derartige Entwicklung zu einer zirkulär verstärkten Negativentwicklung beitragen, in der Teile des ländlichen Raumes und hier insbesondere kleinere Gemeinden in eine strukturelle Abwärtsspirale aus Bevölkerungsverlusten, Einbußen der Infrastrukturversorgung und Attraktivitätsverlusten für Zuwanderer geraten. Auch hierin muss eine Gefährdung der wirtschaftlichen Entwicklung im ländlichen Raum gesehen werden. Diesbezügliche Rückkopplungen lassen sich aber mit dem hier eingesetzten methodischen Ansatz nicht quantifizieren.

6.5 Zusammenfassung

Die hier vorgestellten Szenarien zeichnen mögliche demografische Zukünfte, die einen Bevölkerungsrückgang in unterschiedlicher Intensität beschreiben. Beide Projektionen beanspruchen ausdrücklich nicht, die wahrscheinlichsten Entwicklungen aufzuzeigen, sie stecken aber einen Korridor ab, innerhalb dessen sich die Bevölkerungsentwicklung mit gewisser Plausibilität bewegen könnte. Die Hauptaussage ist dabei, dass dem Ländlichen Raum Baden-Württembergs bei Anhalten der in jüngster Vergangenheit feststellbaren Wanderungsbewegungen ein deutlich stärkerer Bevölkerungsrückgang droht als dies bislang in Prognosen formuliert war. Dies wird mit gewisser Wahrscheinlichkeit mit verstärkten ökonomischen Disparitäten und einer standörtlich unterschiedlich intensiven Ausdünnung der Leistungen der örtlichen Daseinsvorsorge einhergehen. In einigen Gebieten des ländlichen Raumes könnte es zu zirkulär-kumulativen Prozessen von Beschäftigungsabbau und Bevölkerungsverlusten mit erheblichen Einbußen der Lebensqualität kommen.

7 Ergebnisse der Interviews

Im Rahmen des Forschungsvorhabens wurden in ausgewählten Teilräumen – ergänzend zu den statistischen Auswertungen – Interviews zu potenziell standortwirksamen Faktoren durchgeführt, die statistisch nicht abzubilden sind. Gesprächspartner waren Unternehmer, Wirtschaftsförderer, Vertreter der Arbeitsagenturen und Kammern (IHK, HWK). Von Interesse waren dabei insbesondere Einschätzungen zu qualitativen Faktoren der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit.

Die Interviews wurden mit standardisierten Gesprächsleitfäden durchgeführt. In einem ersten Schritt wurden dabei Themen wie der Fachkräftemangel und die Nachwuchsförderung, das Innovationsmanagement und der Technologietransfer sowie der Aufbau und die Pflege von Unternehmensnetzwerken und Clusterstrukturen angesprochen. In einem zweiten Schritt erfolgten Fallstudien in ausgewählten Kommunen der fünf Clustertypen A bis E. Die komplementäre Einschätzung der Standorte durch Unternehmen und Kommunen, ergänzt durch statistische Werte der Kommune aus der Clusteranalyse, bilden eine Fallstudie. Je Clustertyp wurden ein bis zwei Fälle untersucht, exemplarisch auch für unterschiedliche Zentralität und Lage im Raum. Es wurden Interviews zu den Themen der Standortbewertung, standortqualifizierender Strategien der Kommune und Zukunftsperspektiven des Standorts durchgeführt.

Eine Diskussion zur Plausibilität der Clusterzuordnung der Gemeinden sollte Aufschluss geben über die Bewertung der Indikatoren zu Beschäftigung, Demografie und Erreichbarkeit durch die Akteure vor Ort. Der Vergleich des lokalen Indikatorenprofils mit den Durchschnittswerten des jeweiligen Clustertyps zeigte Differenzen auf, deren Ursachen spezifisch lokale Tendenzen erkennen ließ.

Gute fachliche Beispiele aus der Praxis zur Sicherung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und die Bewertung der Standortqualität aus Sicht der Unternehmen und der Kommunen ergänzen die raumwissenschaftlichen Bewertungen um exemplarische Erfahrungen der kommunalen Ebene. Hier entscheiden Unternehmer und Kommunen gemeinsam über die Qualität und die Zukunftsperspektiven wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Kohäsion. Daher ergänzen die Ergebnisse der Interviews den statistischen Teil um Strategien und Einschätzungen der lokalen Akteure sowie regionaler Institutionen wie Kammern, Arbeitsagentur und Wirtschaftsförderung.

7.1 Fachkräftemangel und Nachwuchsförderung

Die Interviews bestätigen die in Kapitel 3 getroffene Einschätzung, wonach der Fachkräftemangel in Zukunft als potenzielles Wachstumshemmnis im ländlichen Raum anzusehen ist. In welchem Maße es schon heute zu Problemen kommt bzw. zukünftig kommen kann, ist allerdings von der Größe des Unternehmens und dessen Standort abhängig. Am intensivsten setzen sich große mittelständische Unternehmen des ländlichen Raumes mit diesem Problem auseinander. Hier kommen bereits differenzierte Methoden der Anwerbung und der betriebsinternen Qualifizierung von Beschäftigten zum Einsatz. Aber auch die Kammern und die Institutionen der Wirtschaftsförderung haben auf die Herausforderungen des Arbeitsmarktes reagiert und bieten Orientierung auf dem Markt der Qualifizierungsmaßnahmen an.

IHK und Arbeitsagentur verweisen auf unterschiedliche Vorgehensweisen bei der Einwerbung von Fachkräften. Langwierig und nicht immer erfolgreich ist die Suche nach Spezialisten für bestimmte Maschinen, Instrumente und Verfahren. Die hohe Spezialisierung auf den Ebenen der Facharbeiter und Betriebsingenieure – ca. 80-85% der Beschäftigten des produzierenden Gewerbes – schränke die Zahl der für einen Arbeitsplatz qualifizierten Bewerber grundsätzlich ein. Zunächst würden passgenaue Kompetenzen gesucht, bevor die Unternehmen teure Qualifizierungs- und Umschulungsverfahren einsetzen. Das verlängere den Rekrutierungsvorgang und werde als Mangel wahrgenommen. Diese Situation trafe vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit spezialisierten Arbeitsplätzen. Sie verfügten nur über geringe Fortbildungsmöglichkeiten im eigenen Unternehmen. Die Dynamik der technischen Entwicklung erfordere jedoch aktuelles Wissen. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) haben daher hohen Bedarf an jungen qualifizierten Fachkräften. Ältere und nicht ausreichend Lernfähige würden entlassen.

Große mittelständische Unternehmen im ländlichen Raum setzten dagegen zunehmend auf eigene betriebsinterne Fortbildung. Sie rekrutierten höher Qualifizierte aus der eigenen Belegschaft. Bei Einstellungen böten sie den Bewerbern eine zusätzliche Einführung und Ausbildung, um aus einem breiten Bewerberkreis die Besten auswählen zu können. Als Folge abnehmender Bewerberzahlen wird die Mobilisierung von endogenen Beschäftigungsreserven aus Sicht vieler Unternehmen immer wichtiger. Die nachträgliche Ausbildung von gering Qualifizierten, wie sie das Programm „Wegebau“ der Arbeitsagentur vorsieht, erschließe Personen ohne Schul- oder Berufsabschluss den Weg zur qualifizierten Fachkraft. Migranten, Frauen nach der Familienpause, auch Ältere erreichen über diesen Weg einen Status als Fachkraft. Vor allem Migranten und Ältere nutzten diese Chance der nachträglichen Qualifizierung.

Die Verbreiterung der Facharbeiterbasis, der mehr Eigenverantwortung zugewiesen werden kann, führt zu höherer Effizienz und flacherer Hierarchie in der Produktion. Bemerkenswert seien auch die Erfolge beim Engagement der Frauen für technische und handwerkliche Fertigkeiten. Hier sehen die interviewten Experten noch erhebliche unerschlossene Potenziale, um den Fachkräftemangel im ländlichen Raum einzudämmen. Sie führen folgende Ursachen für die Aktualität dieses Themas an:

- Der günstige Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise für die Beschäftigung – insbesondere im verarbeitenden Gewerbe – hat in der Erholungsphase zum raschen

Anstieg der Stellenangebote geführt. Die Arbeitslosigkeit konnte vielerorts bis an die Grenze zur Vollbeschäftigung abgebaut werden. Damit stünden vor allem KMU vor einer neuen Situation bei der Anwerbung von Fachkräften. Die Rekrutierung erfordere erhöhten Aufwand.

- Die Freizügigkeit innerhalb der EU, die zunächst als Konkurrenzproblem für einheimische Unternehmen und Arbeitnehmer gesehen wurde, habe bisher nur marginale Zuwanderung von Fachkräften ergeben. Insbesondere das Handwerk und die ihren Tätigkeiten vor- und nachgelagerten Branchen profitieren von der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte. In der Breite der Wirtschaftstätigkeit gehe davon aber noch kein entlastender Impuls aus.
- Die Folgewirkungen der demografischen Veränderungen, insbesondere im Altersaufbau und im Wanderungsverhalten träten immer stärker zu Tage. Den KMU im ländlichen Raum würden die Konsequenzen auf dem Arbeitsmarkt jetzt bewusst, denn die Schwierigkeiten bei der Rekrutierung passgenauer Qualifikationen nehmen zu.

Große Unternehmen und weitsichtige Mittelständler – insbesondere die überbetrieblich agierenden Experten – erkennen schon seit längerem strukturelle Mängel im Schulsystem und Auswirkungen der Demografie, auf die es zu reagieren gilt:

- Bedarfszyklen der Unternehmen eilten der Aktualisierung in der Ausbildung und dem Wahlverhalten der Auszubildenden voraus. Dadurch entstünden vermehrt Engpässe zum Beispiel bei Ingenieuren, Informatikern und Naturwissenschaftlern, den Absolventen der sog. MINT-Fächer.
- Die geringere Einwohnerdichte und zunehmend auch die Abwanderung der 18-24-jährigen zu Bildungseinrichtungen in die Agglomerationsräume verminderten die Chancen von Unternehmen des ländlichen Raumes auf dem umkämpften Markt der Fachkräfte.
- Die rückläufigen Jahrgangsstärken im schulpflichtigen Alter führten zu einem demografisch bedingten Engpass, bei Auszubildenden und Praktikanten.
- Die Rekrutierung von Führungskräften an Standorten des ländlichen Raumes von geringer Zentralität stoße auf familiäre Probleme bei Partnern und Kindern.

Die gut ausgebildeten, erfahrenen „Baby-Boomer“ (in den 50er und 60er Jahren Geborene) werden gegen Ende dieser und der nächsten Dekade in großer Zahl das Ende ihres Arbeitslebens erreichen. Sie zu ersetzen wird weder durch Zuwanderung noch durch Automation der Produktionsprozesse gelingen. Daher suchen weitsichtige Unternehmen nach langfristigen Lösungen des Fachkräfteproblems.

Insgesamt werden die Reurbanisierungstendenzen, die sich im Wanderungsverhalten der 18 - 24-Jährigen und auch Älterer abzeichnen, von Wirtschaftsförderern als problematisch für die Wettbewerbsfähigkeit peripherer Standorte im ländlichen Raum gewertet. Daraus resultiere eine deutlich stärkere Gewichtung der Nachwuchsförderung, höhere Anforderungen an die allgemeine Schulbildung, die Integration von Migranten und nicht zuletzt auch Strategien zur Bindung der Hochschulabsolventen an ihre Heimat im ländlichen Raum.

Die Sorge, der Fachkräftemangel hemme die hohe Wirtschaftsdynamik und benachteilige vor allem KMU, beherrschte die Gespräche mit Wirtschaftsförderern und Kammern. Da

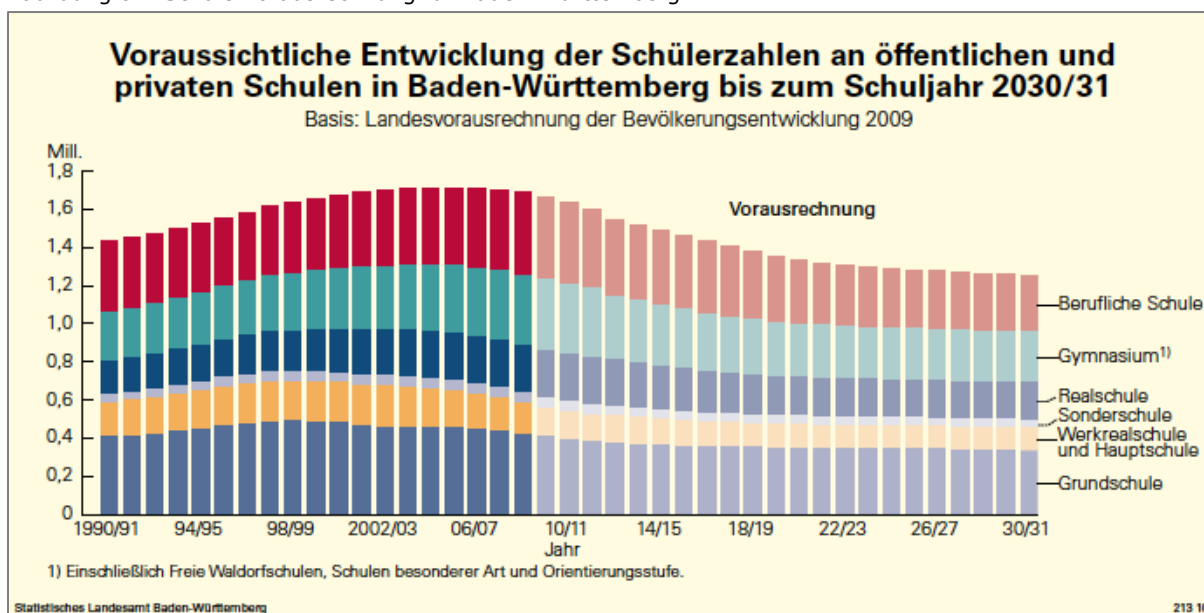
die weitaus größte Zahl der mittelständischen Unternehmen im ländlichen Raum auf eine externe Qualifikation der Mitarbeiter angewiesen seien, forderten sie

- höhere Anforderungen an die Schulabschlüsse durch individuelle Förderung und eine drastische Reduzierung der Abgänge ohne Schulabschluss,
- einen Ausbau der dualen Qualifizierungswege,
- die Dezentralisierung der Hochschulausbildung.

Die Interviewpartner sehen in der Abnahme und Abwanderung junger Erwachsener aus den ländlich geprägten Ortschaften vor allem für kleine Unternehmen und das Handwerk Rekrutierungsprobleme bei Fachkräften. Daher empfehlen sie die nachhaltige Sicherung der sozialen Infrastruktur wie verlässliche Kinderbetreuung. Zur Milderung des Fachkräftemangels organisieren die Kammern, Wirtschaftsförderungsgesellschaften und große Unternehmen Qualifizierungsprogramme für Ältere.

Die Auswirkungen der demografischen Veränderungen auf die Zahl der Schulabschlüsse und die sinkenden Jahrgangsstärken der Auszubildenden (Abbildung 87) sind auch bei kleineren Unternehmen als aktuelles Problem angekommen. Daher ist die Nachwuchsförderung, z.B. durch die Zusammenarbeit von Unternehmen mit Schulen, bereits häufig geübte Praxis. Projektstage und -wochen wie auch Ferienjobs gewähren den Schülern Einblick in die Arbeitswelt. Auf lokalen Ausbildungsmessen offerieren Unternehmen ihr Produktionsprogramm und ihre Tätigkeitsbereiche. Sie zeigen Karrieremöglichkeiten und Wege der innerbetrieblichen Weiterbildung auf. Im direkten Gespräch mit Unternehmern entstehen auf solche Weise Kontakte, die wichtig sind für die spätere Berufswahl und die Berufsausbildung nahe dem Heimatort. Mehrere der befragten Unternehmen berichteten, sie würden über den eigenen Bedarf hinaus Ausbildungsstellen anbieten. In Testverfahren, z.B. an CNC-Maschinen, überprüfen sie die Eignung der Bewerber.

Abbildung 87: Schülervorausrechnung für Baden-Württemberg



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010

Die Zahl der Schüler im gesamten Land, die zwischen 2003 und 2005 ihren letzten Höhepunkt hatte, wird nach der Vorausrechnung des Statistischen Landesamtes bis 2030 gegenüber dem Schuljahr 2008/09 mit 1,69 Mio. Schüler auf 1,25 Mio., also um knapp 26% abnehmen (Abbildung 87).

Die Auswirkungen demografischer Veränderungen auf Erwerbstätigkeit und Beschäftigung werden vor allem auf dem Ausbildungsmarkt und bei der Rekrutierung des Nachwuchses sichtbar. Die Gesprächspartner in den Unternehmen waren sich der Probleme bewusst, die aus den rückläufigen Jahrgangsstärken im Ausbildungsalter und der immer noch hohen Rate der Jugendlichen ohne Schulabschluss für die Berufsausbildung erwachsen. Kritisch wurde dabei die Qualität des Hauptschulabschlusses gesehen und der Verlust an handwerklicher und technischer Kompetenz bei der Mehrheit der Schüler. Interesse zu wecken für die MINT-Fächer – aber auch schon im frühkindlichen Alter manuelle, haptische Fertigkeiten zu entwickeln, sind Ziele, die von Institutionen wie der Rudolf-Schwarz-Stiftung oder der Innovationsregion Kocher-Jagst (IKJ) in die Nachwuchsförderung eingebracht werden. Ihre Aktivitäten umfassen alle Ausbildungsgänge. Ziel der Initiativen ist, den technischen Berufen und der handwerklichen Kreativität mehr Gewicht zu verleihen.

Nachwuchsförderung wird als integrale Aufgabe aller Ausbildungsebenen im Verbund mit Unternehmen begriffen. Dabei sind drei Felder zu unterscheiden:

- Unternehmen und Schulen wirken bei der frühen Einführung der Kinder und Jugendlichen in die Arbeitswelt, bei der Orientierung in der Berufswahl und der Beschaffung eines Ausbildungsplatzes zusammen. Das wird von den Unternehmen als Chance zur Auswahl besonders geeigneter Bewerber genutzt.
- Duale Ausbildungsgänge zwischen schulischer Wissensvermittlung und konkreten Anwendungen in den Unternehmen werden immer häufiger als zeitgemäße Form der beruflichen Aus- und Weiterbildung praktiziert. Die Berufsschule in Verbindung

mit Lehrbetrieben durchlaufen heute Absolventen der Haupt- und Realschulen. Mit Fachhochschulreife oder Abitur ist der Zugang zur dualen Hochschule gegeben. Die kooperative Ausbildung eines Lehrberufes mit dem Bachelor einer Fachhochschule verkürzt und vertieft die Ingenieursausbildung auf Basis eines Lehrberufes.

- Die innerbetriebliche Ausbildung in großen Unternehmen (Würth-Akademie, Wittensteins Talentarena, etc.) als Karriereleiter bietet beiden Vorteile: Die Unternehmen fokussieren die berufliche Weiterbildung auf den Bedarf in den eigenen Geschäftsfeldern und binden Entwicklungsfähige und -willige an das Unternehmen. Die Beschäftigten sichern und verbessern ihren beruflichen Werdegang im Unternehmen.

Die nachwachsende Generation von Fachkräften wird bei weitem nicht ausreichen, um am Ende dieser und in der Dekade bis 2030 jene große Zahl von Beschäftigten zu ersetzen, die dann die Altersgrenze erreichen. Die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des ländlichen Raumes wird daher wesentlich von der Mobilisierung und Qualifizierung bisher ungenutzter Reserven abhängen. In den Gesprächen wurden dabei auf folgende Potenziale verwiesen:

- Die intensive Förderung der manuellen und haptischen Fähigkeiten 3-5-Jähriger in Verbindung mit sprachlicher Artikulation hat bei Migrantenkinder die Deutschkenntnisse wesentlich verbessert. Auch in ihrer Muttersprache wenig entwickelte deutsche Kinder haben von dieser Methode ganzheitlicher Entwicklung profitiert.
- Individuelle Förderung in Schule und Ausbildung erschließt Menschen mit geistiger Behinderung einfache Tätigkeiten im Berufsleben. Unternehmen gelingt dabei die Eingliederung von geistig Behinderten in Tätigkeiten, die keine hohen Ansprüche an Fertigkeiten stellen.
- Schulabgänger ohne oder mit mäßig erfolgreichem Abschluss haben kaum Chancen auf eine Facharbeiterausbildung. Denn aufgrund der Anforderungen in den hoch entwickelten Produktionsabläufen – aber auch im EDV-gestütztem Dienstleistungssektor – finden Geringqualifizierte keine angemessene Beschäftigung. Daher ist frühzeitige individuelle Förderung in der Schule erforderlich. Die Arbeitsagentur bietet mit dem Programm „WEGEBAU“ Qualifizierungen und den nachträglichen Schulabschluss während dem Arbeitsleben in Verbindung mit Unternehmen, die Mitarbeiter dafür freistellen.

Von den Gesprächspartnern werden vor allem im Bereich der Hauptschule Verbesserungen gefordert. Durch individuelle Förderung sowie die Betonung handwerklicher Fertigkeiten und Kenntnisse solle die Zahl und Qualität der Schulabschlüsse deutlich verbessert werden.

Bei den Hochqualifizierten bietet das duale Ausbildungssystem, das auch von privaten Hochschulen praktiziert wird, Ansatzpunkte durch die weitere Dezentralisierung der Ausbildungslandschaft. Darüber hinaus wird mit der frühzeitigen Einbindung Begabter durch Kooperationen der Unternehmen mit Gymnasien und Realschulen der Versuch unternommen, mathematisch-naturwissenschaftliche Interessen zu wecken und intensiv zu fördern.

7.1.1 Beispiele aus der Praxis

Aus der Vielzahl der Gespräche mit Unternehmen, Kommunen und Institutionen ergaben sich eine Reihe interessanter bzw. typischer Vorgehensweisen und Strategien zum Thema Fachkräfterekrutierung und Nachwuchsförderung, die im Folgenden ausschnitthaft vorgestellt werden sollen.

Praxis der Unternehmensgruppe Alfred Kärcher GmbH & Co. KG (Standort Bühlertal)

Das Unternehmen hat für den Standort Bühlertal eine umfassende Konzeption der Rekrutierung von Mitarbeitern und der Nachwuchsförderung entwickelt, das folgende Komponenten enthält:

- Kontakt zu den allgemeinbildenden Schulen der Raumschaft mit dem Ziel, Schülern Einblick in die Arbeitswelt zu gewähren und für MINT-Fächer und ihre Anwendung in der Praxis zu begeistern. In Projektwochen erhalten interessierte Schüler weiteren Einblick.
- Für die Lehrlingsausbildung in den am Standort erforderlichen Berufen steht eine Lehrwerkstatt zur Verfügung, die eng mit den Anwendungen in der Produktion verbunden ist. Alle Azubis werden übernommen.
- In Zusammenarbeit mit Behindertenwerkstätten erfolgt die Eingliederung von Behinderten in die Produktion und hausinterne Dienste.
- Über das Programm „WEGEBAU“ der Arbeitsagentur wurde in den Jahren 2008-2010 unqualifizierten Mitarbeitern nachträgliche Schul- und Berufsabschlüsse ermöglicht, um ihre Weiterqualifizierung vorzubereiten.
- Frauen erhalten nach der Familienpause Qualifikationen für den Wiedereinstieg in den Beruf. Daneben wird Telearbeit intensiviert, um Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.
- Ältere Arbeitnehmer erhalten Weiterbildungsangebote und können Teilzeitbeschäftigung in Anspruch nehmen. Mit Gesundheitschecks und Sport fördert das Unternehmen die Leistungsfähigkeit im Alter.
- Mit besonderer Intensität wird die Kooperation mit den dualen Hochschulen der Region und der Fachhochschule Heilbronn vorangetrieben. Mit deren externen Standorten in Schwäbisch Hall und Künzelsau besteht ein enger Austausch über Lehrinhalte, Qualifikationsstufen aber auch in produktionsbezogenen Entwicklungen. Denn Hochqualifizierte sollen – so der Wunsch des Unternehmens – vermehrt aus der Raumschaft stammen. Das komme dem Unternehmen zugute und helfe auch den Gemeinden gegen den Verlust an intelligenten jungen Leuten, die für Bürgergesellschaft und Vereine unverzichtbar sind.

Für die Ortschaften der Gemeinde Bühlertal bieten die Investitionen in den Standorten an der Bühler (Landkreis Schwäbisch Hall) die Gewähr, trotz der peripheren Lage langfristig über qualifizierte Arbeitsplätze und kommunale Einnahmen zu verfügen.

Innovationsregion Kocher und Jagst

Auf die Initiative des damaligen Geschäftsführers der Bürkert Werke GmbH & Co., FUID Controll Systems und der IHK Heilbronn-Franken entstand mit Unterstützung des Landes ein Zusammenschluss von Unternehmen, dem Hohenlohekreis, den Gemeinden und der Sparkasse, welcher versuchte, das Interesse an Naturwissenschaft und Technik in den Schulen zu fördern. Sie gründeten dazu einen gemeinnützigen Verein, der Wirtschaft, Bildungseinrichtungen und öffentliche Verwaltung zusammenführt. Die wichtigsten Ziele sind Standortsicherung, Strukturförderung und praxisorientierte Ausbildungsmöglichkeiten.

Besonderes Gewicht erhielt die Hinführung von Kindern und Jugendlichen in die Welt der Technik. Denn die Rekrutierung des Nachwuchses an Facharbeitern und Ingenieuren bereitete den Unternehmen Sorgen für die Zukunft. Eine der ersten Initiativen galt der Vermittlung einfacher technischer Systeme wie z.B. des Elektromotors. Lehrlinge von Bürkert entwickelten einen Baukasten zum Prinzip der elektrischen Antriebstechnik, der Lehrern und Lehrerinnen von Azubis im letzten Lehrjahr vorgestellt wurde. Dies gelang so gut, dass die Schulen Kurse einrichteten, in denen Lehrlinge am Ende ihrer Ausbildungszeit die Schüler in Elektroantrieben anhand des zuvor entwickelten Baukastens einführten und dabei über technische Berufe informierten. Diese Methode hat sich bis heute bewährt. Lehrlinge begeistern Schüler der Abschlussklassen für die MINT-Fächer und für technische Berufe.

Der Verein hat sein Tätigkeitsfeld auf die Förderung naturwissenschaftlich-technischer Fähigkeiten bis in die frühkindliche Hinführung zu handwerklichen Fertigkeiten ausgeweitet und damit die Entwicklung der Sprachkompetenz verbunden.

Ferner wurde in Zusammenarbeit mit der Landesstiftung Baden-Württemberg das Projekt „MINTec Hohenlohe“ entwickelt. Unternehmen haben mit Kindergärten und Schulen einfache technische Aufgaben konzipiert, die von den Kindern unter Anleitung von Azubis gelöst wurden. Die Ergebnisse sind äußerst ermutigend. Die Begeisterung für Technik entsteht bei der Arbeit in Gruppen. Das Projekt endete 2011. Die „Bildungsregion Hohenlohe“ will diese Verbindung von Schule und Unternehmen weiterführen.

Ein anderes Feld des Vereins gilt der Ausbildung von Ingenieuren an Fachhochschulen und dualen Hochschulen. Schließlich wird die Qualifizierung und Umschulung von Geringqualifizierten gemeinsam mit der GROZ-Beckert-Stiftung in Albstadt als neues Aufgabengebiet erschlossen.

Die Initiative der mittelständischen Wirtschaft an Kocher und Jagst ist ein nachahmenswertes Beispiel für die Gestaltungskraft der Unternehmen in der Förderung der Jugend und der vorausschauenden Anteilnahme an der Nachwuchsförderung im ländlichen Raum.

Die Stiftung „Junge Kreative Köpfe“

Die Geschäftsführung der Wittenstein AG hat vor zehn Jahren einen Wettbewerb für alle erfinderischen Schülerinnen und Schüler im Main-Tauber-Kreis initiiert. Die „Kreativen“ erhalten die Chance, zunächst technisch unmöglich erscheinende Ideen mit Erfindergeist und handwerklichem Geschick möglich zu machen. An der Stiftung beteiligen sich neben

Unternehmen auch Städte zwischen Weikersheim und Tauberbischofsheim. Neuerdings ist auch Wertheim hinzugestoßen. Teilnehmen können 12-20-jährige Erfinder. Die Preisträger können ihre Ideen zusammen mit Experten und Unternehmen umsetzen. Dabei gab es schon Gebrauchsmusterschutz und Patente.

Der jüngste Wettbewerb 2010 brachte erstaunliche Ergebnisse. Den ersten Preis erhielt eine orthopädische Schiene. Die Jury urteilte, es sei eine marktreife, patentwürdige Entwicklung auf höchstem Niveau. Die Lebensqualität der Betroffenen werde durch das Produkt deutlich gesteigert. Auch der zweite Preis, ein Bionik-Faltstuhl, gilt als bestechende Produktidee mit hohem Marktpotenzial – ein exzellenter Transfer von Natur in ein Designermöbelstück.

Neben diesem umfassenden Themenfeld des Gesamtpreises werden Preise in den Kategorien „Kreative Innovation“, „Schonung der Ressourcen“ und „Anwendbarkeit“ vergeben. Bewertet werden auch der Vortrag und die visuelle Präsentation der Ideen.

Es fördert den unbekümmerten Umgang mit neuen Ideen - Querdenken ist gefragt. Nicht zuletzt sollen die „Kreativen Köpfe“ der Region auch den hier ansässigen Unternehmen und ihren Kommunen erhalten bleiben.

7.2 Innovationsmanagement und Technologietransfer

Der ländliche Raum im engeren Sinne ist Standort vieler kleinerer Unternehmen, die vor allem im verarbeitenden Gewerbe aber auch im technischen Service und als unternehmensnahe Dienstleister tätig sind. Diese Unternehmen sehen sich mit Innovationsforderungen an die Produkte und technische Ausrüstung seitens der Kunden konfrontiert. Vielen fehlen diesbezüglich Orientierungshilfen und niederschwellige Zugänge zu Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen.

Aus Gründen zunehmender Qualitätsanforderungen und zur Erschließung neuer Geschäftsfelder sei im Handwerk der Innovationstransfer zu den Fachkräften und intensive Nachwuchsförderung notwendig. Im Bereich der HWK Heilbronn-Franken werden vor diesem Hintergrund drei Strategien verfolgt:

- Das Kompetenz- und Schulungszentrum im Heilbronner Gewerbegebiet Böllinger Höfe bietet eine breite Palette von Qualifizierungsmöglichkeiten bis zum Meisterbrief an. Der Verbund mit Unternehmen der vor- und nachgelagerten Leistungen sowie der Fachhochschule Heilbronn fördere Innovationen und erschließe neue Geschäftsfelder z.B. in der Energietechnik, Mechatronik, Informationstechnik, etc.
- Ausbildungskooperationen mit anderen EU-Ländern eröffneten Möglichkeiten qualifizierter Zuwanderung und Erschließung neuer Märkte. Im Handwerk werden grenzüberschreitende Ausbildungsgänge z.B. mit Polen (Landkreis Schwäbisch Hall und HWK Heilbronn-Franken) verabredet. Sie kombinieren die überbetriebliche Ausbildung in Polen mit der Ausbildung in Lehrbetrieben in Deutschland. Mit der beruflichen Qualifikation werden bereits in Polen Sprachkurse verbunden.
- Mit dem Kompetenzzentrum, das die HWK Heilbronn-Franken zusammen mit der Würth-Gruppe betreibt, würden Seminare und Kurse zur beruflichen Weiterbil-

derung abgehalten. Schwerpunkt sei die Energietechnik, Energieeffizienz der Gebäudebestände wie überhaupt das Bauen und Sanieren im Gebäudebestand.

Die unternehmensinternen Verflechtungen von Entwicklung und Produktion erfolgt an unterschiedlichen Standorten. Innovationsmanagement und Technologietransfer nähmen auch im Handwerk immer breiteren Raum ein. Das Planen und Bauen im Bestand erfordere neue Wege der Vermarktung und neue Kooperationsformen im Handwerk. Festpreise und exakte Terminierung der Projekte, wie sie z.B. der Handwerkerkomplettserviceverbund im Raum Heilbronn-Franken anbiete, stellten hohe Anforderungen an das Innovationsmanagement.

Einzelne Produktionsstandorte, wie sie häufig in kleinen Gemeinden des ländlichen Raumes im engeren Sinne anzutreffen sind, beziehen Entwicklungsergebnisse aus den Zentren großer mittelständischer Unternehmen. Projektentwicklung und die Kooperation mit Forschungseinrichtungen haben ihren Standort im Agglomerationsraum. Dieser Trennung von Produktion und Entwicklung stehen immer häufiger mittelständische Unternehmen gegenüber, die eigene Entwicklungsabteilungen im ländlichen Raum unterhalten. Dabei bedienen sie sich der Zusammenarbeit mit nahegelegenen Fachhochschulen. Beispiele in Albstadt oder Schönau belegen den Erfolg des dezentralen Systems der Fachhochschulstandorte in Baden-Württemberg. Die Neuen Medien und die hohe Qualität der virtuellen Kommunikation tragen in entscheidender Weise zur wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen im ländlichen Raum bei. Denn die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen erfolgt heute weitgehend standortunabhängig über IKT und Neue Medien.

Große Unternehmen oder Konzerntöchter im ländlichen Raum sind dank der weltweiten Vernetzung in der Lage, Forschungsk Kooperationen an jedem beliebigen Ort zu organisieren. Sie profitieren von den weit entwickelten Simulationstechniken bis hin zu Virtual-Reality-Anlagen. Damit erhalten Standorte im ländlichen Raum Anschluss an weltweite Forschungs- und Entwicklungsnetzwerke. Da häufig mehrere Forschungseinrichtungen an unterschiedlichen Standorten gleichzeitig arbeiten, ist die Nähe zu einer Hochschule für diese Größenordnung von Unternehmen nicht mehr zwingend notwendig. Forschung und Entwicklung der Unternehmen wird verstärkt global organisiert. Die diesbezüglichen Interviewergebnisse seien hier knapp zusammengefasst:

- Die interviewten Unternehmensvertreter aus KMU wiesen darauf hin, dass das hohe Entwicklungstempo im verarbeitenden Gewerbe – aber auch in den Dienstleistungssektoren – in großen Teilen nur mit externer Hilfe zu bewältigen sei. Dazu seien niedrighschwellige Zugänge zu F+E-Einrichtungen notwendig, um Hemmungen gegenüber Fachhochschulen und Universitäten abzubauen. Auch sollten effektivere Orientierungssysteme von Seiten der Wirtschaftsförderung und mehr Verständnis der F+E-Einrichtungen für die spezifischen Probleme der KMU erreicht werden.
- In vielen mittelständischen Unternehmen löse eine gut ausgebildete Generation mit profunder Erfahrung die Gründergeneration ab. Für sie sei Innovationsmanagement und die Verbindung zur Forschung Teil der Qualifikation zu Führungsaufgaben.

- Große Unternehmen arbeiteten im wechselseitigen Erfahrungsaustausch mit staatlichen und privaten Forschungsinstituten zusammen oder stifteten Lehrstühle und Institute. Einige verfügten über unternehmenseigene F+E-Einrichtungen.
- Hochschulen und Universitäten suchten Drittmittelpartner in der Wirtschaft, um gemeinsam das Grundlagenwissen mit der Anwenderkompetenz zu verbinden. Institutionen wie die Steinbeisstiftung, die IHK und die kommunalen Einrichtungen der Wirtschaftsförderung würden diesbezüglich wertvolle Vermittlungsdienste im ländlichen Raum leisten.
- Der Technologietransfer sei heute ein Austausch der Erfahrungen zwischen Grundlagen- und Systemforschung der Hochschulen mit ausgereifter Konstruktions- und Fertigungskompetenz in den Unternehmen. Interdisziplinarität zwischen Hochspezialisierten erschließe der angewandten Forschung und der Produktentwicklung auch an ländlich geprägten Standorten neue Märkte.

Es wurde deutlich, dass die virtuellen Formen der Raumüberwindung und die Neuen Medien die Standortqualität ländlicher Regionen für Innovationstransfer und wissensbasierte Wertschöpfung deutlich verbessern. Damit besetzen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes aus ländlichen Regionen Nischen auf dem Weltmarkt („Region der Weltmarktführer“). Die jüngste Krise haben diese global operierenden Unternehmen unbeschadet, zumeist gestärkt durchgestanden. Die Gesprächspartner sehen allerdings dennoch Hemmnisse unter den gegebenen Entwicklungstrends:

- Die Entwicklungsabteilungen hätten beim Rekrutieren von hoch qualifiziertem Nachwuchs angesichts der Bildungswanderung aus dem ländlichen Raum in die Ausbildungsstätten der Verdichtungsräume bereits heute erhebliche Probleme.
- Anspruchsvolle Freizeitangebote, soziale Kohärenz und Sicherheit als besondere Qualität ländlich geprägter Standorte konkurrierten mit Hochkultur und urbaner Lebensweise zunehmend erfolgloser. Erfolgreiche Anwerbung aus den Agglomerationsräumen erfordere einen Wertewandel zu Gunsten der Wohn- und Lebensqualität des ländlichen Raumes.
- Wissensbasierte Wertschöpfung und Innovationsmanagement werde in besonderem Maße von hohen Ausbildungsstandards, intensiver fachlicher Vernetzung und sozialer Kontaktpflege beeinflusst. Daher sehen die Interviewpartner im weiteren Ausbau der zentralen Orte und der Verdichtungsgebiete des ländlichen Raumes eine Chance für das baden-württembergische Modell dezentraler Entwicklungskerne.
- Für Startups und kleine Unternehmen müssten die Zugänge zu F+E-Einrichtungen erleichtert werden. Die Einrichtung von Technologie- und Innovationszentren aus den 80er und 90er Jahren zeige bisher nicht den gewünschten Erfolg. Dazu bräuchten Universitäten und Hochschulen aktive Vermittler des Technologietransfers in Kernen der Wissensvermittlung, die erheblich besser auszustatten seien.

Große Unternehmen mit Sitz im ländlichen Raum haben keine standortbedingten Nachteile bei der Zusammenarbeit mit F+E-Einrichtungen. Entwicklungsaufträge nach außen würden ausschließlich fachspezifisch und nicht standortabhängig vergeben. Dennoch sei die Rekrutierung von Fachkräften für die Entwicklungsabteilungen im ländlichen Raum schwieriger. Produktionsstätten im ländlichen Raum seien häufig Zweigbetriebe von Konzernzentralen im Agglomerationsraum, wo im Wesentlichen Entwicklungsaufgaben angesiedelt seien. In beiden Fällen gingen unternehmensnahe Forschungs- und Entwicklungs-

aufgaben von der Produktentwicklung aus. Das Anforderungsprofil an externe Forscher werde von der Produkt- und Marktstrategie der Unternehmen bestimmt. Anwendungsorientierte Forschung sei daher weitgehend standortunabhängig.

7.2.1 Beispiele aus der Praxis

Die TRIZ-Methode – schnellere und bessere Innovationen

Die IHK Heilbronn erkannte, dass einige erfolgreiche Unternehmen der Region Innovationen schneller und besser bewältigen mit Hilfe einer Methode, die in den 40er Jahren von Genrich Saulowitsch Altschuller in der Sowjetunion entwickelt wurde. Er untersuchte 200.000 Patentschriften auf ihre wirtschaftlichen Erfolge durch Innovationsprünge.

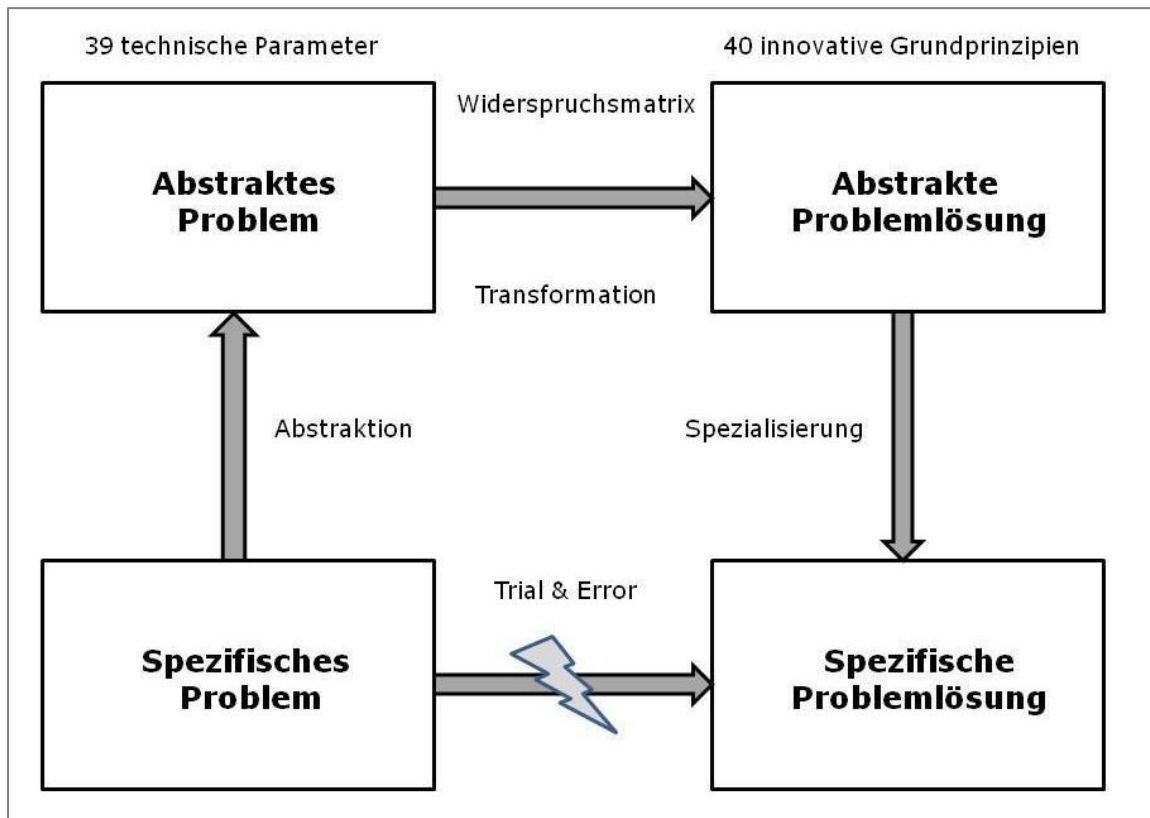
Dabei erkannte er, dass Innovationen durch die Überwindung von Widersprüchen entstehen. Wenige Lösungsprinzipien bestimmen diese Theorie des erfinderischen Problemlösens. Am Beginn stehen die genaue Beschreibung des Problems und die abstrakte Definition des erwarteten Resultats. Die methodischen Werkzeuge führen möglichst nahe an dieses Ziel. Die wichtigsten methodischen Werkzeuge sind:

- 40 Innovationsprinzipien zum Auflösen technischer Konflikte
- vier Separationsprinzipien zum Auflösen physikalischer Widersprüche
- die Widerspruchsmatrix
- ein System von 76 Standardlösungen
- der Lebenszyklus eines Produkts oder Systems in Form einer S-Kurve

Die Schritte zur Problemlösung folgen dem evolutionären Prinzip von Versuch und Irrtum mit zunehmender Annäherung an die ideale Lösung.

In der Region Heilbronn-Franken arbeiten etwa 25-30 Unternehmen erfolgreich mit dieser Methode zur systematischen Erzeugung von Innovationen. Das Prinzip der Anwendung:

Abbildung 88: TRIZ-Methode



Quelle: <http://www.triz-wiki.de> (Abruf: 18.08.2011)

Die Gruppe um den IHK-Geschäftsführer Peter Schweiker tauscht Erfahrungen aus und findet immer neue Anwendungen für diese Technik des Erfindens. TRIZ trägt zum Erfolg der Region im globalen Wettbewerb bei.

Projektfabric Albstadt – Innovation und technische Textilien

Im Strukturwandel der Textilindustrie hat die Produktion technischer Textilien für die Fahrzeugproduktion und das Bauwesen („Textilbeton“), Sicherheitstextilien und Medizintextilien etc. dem Raum Albstadt neue Geschäftsfelder eröffnet. Dazu sind Fertigungstechniken und innovative Betriebskonzepte entwickelt worden. Hinzu kommt das Geschäftsfeld „Information in der beruflichen Weiterbildung“. Mit der Fachhochschule Albstadt-Sigmaringen und großen Unternehmen wie Groz-Beckert sowie dem Cluster „Textil und Bekleidung“ stehe die beabsichtigte Breitenwirkung dieser „Ideenfabric“ im Mittelpunkt der Programmgestaltung. Zurzeit werde die bauliche Umsetzung des Projekts vorbereitet (s. dazu Fallstudie Albstadt).

7.3 Unternehmensnetzwerke und Cluster

Die Strategie des Wirtschaftsministeriums von Baden-Württemberg zur Entwicklung von regionalen Clustern und landesweiten Kompetenznetzwerken zielt auf wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Unternehmen im Lande. Im ländlichen Raum sollen auch die vielen KMU am Innovationsmanagement und Technologietransfer beteiligt werden. Der Clusteratlas gibt Auskunft über bestehende und im Aufbau befindli-

che Cluster, ihren vertikalen Aufbau entlang der Wertschöpfungsketten und die horizontale Ausbreitung des Produktportfolios.

Im Rahmen der Interviews wurde der Kontakt zu dem zuständigen Referat Clusterpolitik gesucht, um die Relevanz der Strategie für den ländlichen Raum zu erfahren und das Erreichen der Ziele mit den Rückmeldungen aus der Praxis abzugleichen.

Drei Zielsetzungen der Clusterpolitik seien aus Sicht des Wirtschaftsministeriums für den ländlichen Raum von besonderer Bedeutung:

- Die geographische Konzentration von Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette einer Branche, die zielgerichtet untereinander und mit Einrichtungen aus Wissenschaft und Forschung kooperierten, werde zu Clustern zusammengeführt.
- Der Schwerpunkt der Aktivitäten liege auf der Förderung und Unterstützung von insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen in der Anpassung an den wirtschaftlichen und technologischen Wandel. Ziel seien selbsttragende Wachstumsprozesse.
- Erschließung internationaler Märkte, die Bewältigung des demografischen Wandels, Qualifizierung von Fachkräften und die Förderung von Existenzgründungen seien Aufgaben, die besonders den KMU im ländlichen Raum zugutekämen.

Im Sprachgebrauch der IHK und Wirtschaftsförderung bestehen daneben Unternehmensnetzwerke einfacherer Zielsetzung und Organisationsstruktur als unverbindlichere Formen lokaler oder branchenbezogener Abstimmungen. Der Erfahrungsaustausch gilt als Ansatz für weitergehende Formen der Kooperation und Vorstufen des Clusterformats. Wirtschaftsförderungsgesellschaften und Kammern organisieren und betreuen die Netzwerke. Denn darin sähen sie einen wesentlichen Faktor für eine wettbewerbsfähige Wirtschaftsentwicklung des ländlichen Raumes. Sie unterschieden zwischen

- Netzwerken, die dem Erfahrungsaustausch und der Branchenentwicklung dienen,
- Netzwerken im Sinne der virtuellen Fabrik, um Kapazitäten auszulasten und Kompetenzen zu bündeln,
- unternehmerischen Kooperationen, um gemeinsame Projekte zu planen und umzusetzen.

Die Gesprächspartner bestätigten, dass insbesondere für ländliche KMU Netzwerkkonstruktionen eine wichtige Quelle der Orientierung und Anregung zu Innovationen sind. Auch wegen der Vorteile bei der Auftragsbeschaffung und der wirtschaftlichen Bearbeitung von großen Projekten sind KMU an Netzwerken interessiert. Die befragten mittelständischen Unternehmen verwiesen neben Vorteilen aber auch auf Risiken hin:

- Die Konkurrenzsituation zwischen Unternehmen mit ähnlichem Produktportfolio, die auf dem Markt im direkten Vergleich stehen, bleibe dominant. Schon ein geringer Informationsvorsprung der Konkurrenz könne erhebliche wirtschaftliche Nachteile verursachen.
- Zunehmend wichtiger werde die lokale und regionale Konkurrenz um Fachkräfte. Die Gefahr von Abwerbungen würden durch die Kooperation auf der Ebene von Mitarbeitern die Risiken deutlich erhöht.

- Die Firmenphilosophie sei oft auf ein starkes Profil und auf Marktführerschaft ausgerichtet. Dazu gerieten Kooperationsbereitschaft und übergreifende Wertvorstellungen in Konkurrenz. „Einzelkämpfermentalität“ sei immer noch weit verbreitet.

In den Unternehmensgesprächen und den Diskussionen mit den Wirtschaftsförderern wurden auch Einschätzungen zu Clustern diskutiert. In der Region Heilbronn-Franken basiert das Cluster „Packaging Valley Germany e.V.“ auf einem langen Wachstum der Branche in der Raumschaft Öhringen – Schwäbisch Hall – Crailsheim. In Ehingen (Donau) wurde der Aufbau des Clusters „Nutzfahrzeuge Schwaben (CNS) e.V.“ angesprochen. In Albstadt entsteht ein Cluster „Technische Textilien – Textile Technik“ als wichtiger Bestandteil der Umstrukturierung der Textilbranche. Sie zeigen die Vielfalt der Voraussetzungen und Motive von Clusterbildungen.

7.3.1 Beispiele aus der Praxis

Packaging Valley formalisierte vor vier Jahren ein über lange Zeit gewachsenes Cluster der Verpackungsmaschinenindustrie im Osten der Region Heilbronn-Franken als Verein, der vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg gefördert wird. Die beteiligten Unternehmen sind sowohl vertikal entlang der Wertschöpfungskette vernetzt als auch horizontal mit z.T. konkurrierenden Produkten. Der Verein hat 41 Mitglieder. Allerdings fehlen wichtige Unternehmen der Branche. Ein Unternehmen hat sich wieder zurückgezogen.

Bisher sind gemeinsame Messeauftritte, Schulungen des Managements und eine Vielzahl bilateraler Kooperationen als Vorteile eines organisierten Clusters zu erkennen. Mit externem Geschäftsführer, der zugleich in Schwäbisch Hall dem Haus der Wirtschaft vorsteht und einem Unternehmer aus der Branche als Vorsitzenden des Vereins, wird Neutralität und Sachverstand in der Vereinsspitze vereint.

Deutliche Erfolge in der weltweiten Wahrnehmung bei Kunden zeigten die Vorteile gemeinsamer Standortwerbung. Das wichtigste Ergebnis wäre in der Vertrauensbildung und dem fairen Umgang mit Konkurrenten zu sehen. Dagegen sei die Bündelung der Interessen in Forschung und Entwicklung bisher ausgeblieben. Hier herrsche harte Konkurrenz um neue Produkte und Verfahren. Die Teilhabe von kleinen Unternehmen, Neu- und Ausgründungen sei noch unterentwickelt.

In der Raumschaft um Albstadt, die vom Strukturwandel in der Textilindustrie hart getroffen wurde, entsteht ein Cluster aus mehreren Geschäftsfeldern. Sie umfassten technische Textilien und Aufgaben der Verfahrenstechnik, des Maschinenbaus und der Materialentwicklung. Hinzu kämen neue Vermarktungsstrategien. Die Trendwende zu wiedergewonnener Wettbewerbsfähigkeit in diesem Segment der Textilindustrie solle in enger Abstimmung mit Forschungseinrichtungen der Region und darüber hinaus erreicht werden.

Die Verzahnung des ländlichen Raumes mit dem Verdichtungsraum Ulm/Neu-Ulm ist vielfältig. Das zeigt die **Clusterinitiative „Nutzfahrzeuge Schwaben (CNS) e.V.“** Sie umfasst 36 Mitglieder und 6 Institutionen der Produktfelder Nutzfahrzeuge und Sonderfahrzeuge mit den zugehörigen Komponentenherstellern. Für Ehingen ist dies ein weiterer Ansatz zu interkommunaler Kooperation mit dem Oberzentrum. Aus dem Verbund mit dem Ausbildungs- und F+E-Standort Ulm resultieren wesentliche Impulse der wirtschaft-

lichen Wettbewerbsfähigkeit der Region Donau Iller, die in weiten Teilen dem ländlichen Raum zugerechnet wird. Diese weit in den ländlichen Raum hineinreichende Ausstrahlung von Oberzentren ist neben den Verdichtungsbereichen im ländlichen Raum typisch für die dezentrale Organisation wirtschaftlicher Potenziale in Baden-Württemberg.

Gesprächspartner aus der Wirtschaftsförderung nennen drei unterschiedliche Ansätze der Clusterentwicklung, die für den Ländlichen Raum in Baden-Württemberg typisch seien:

- Gewachsene Strukturen würden in ein organisatorisches Format überführt mit einer unternehmensneutralen Geschäftsführung.
- Clusterbildung und Innovationsmanagement würden als institutionelle Strategie zur Überwindung von Strukturkrisen im ländlichen Raum eingesetzt. Sie seien durch hohe Motivation aller Akteure gekennzeichnet.
- Regionale Kooperation von Unternehmen und Kommunen des ländlichen Raumes würden über die Grenzen der Gebietskategorien der Landesplanung hinweg mit universitären Standorten der Agglomerationsräume regionale Clusterstruktur entwickeln.

Gemeinsames Ziel der Clusterbildungen sei die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit vor allem der KMU. Ihre große Zahl entscheide über die Wettbewerbsfähigkeit von Raumschaften. Die Teilhabe an Clustern sei für KMU notwendig, da sie unter dem Druck des Tagesgeschäfts strategische Konzeptionen nicht über längere Zeiträume verfolgten. Vielfach bleibe ihnen der Zugang zu F+E-Einrichtungen verwehrt. In der Umsetzung dieser Ziele für KMU liege die besondere Qualität der Clusterpolitik für den ländlichen Raum.

Als vorteilhaft gelten folgende Aspekte:

- Durch das „Branding“ des Standortes und verstärkte internationale Wahrnehmung hätten Unternehmen im ländlichen Raum Vorteile gegenüber Wettbewerbern.
- Die Spannung zwischen Kooperation und Konkurrenz steigere die wirtschaftliche Dynamik und Innovationskraft, begünstige Ausgründungen, Neugründungen und Ansiedlungen, um die Fertigungstiefe zu erweitern, das Produktportfolio zu ergänzen und das Geschäftsfeld auszuweiten.
- Die Netzwerke zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen gewännen hohe Komplexität und Innovationskraft durch die Vielfalt der Aufgaben und den Austausch von Erfahrungen innerhalb der Clusterthematik.
- Start-ups und kleine Unternehmen fänden durch Clusterstrukturen eher Zugang zu Forschungseinrichtungen, um Nischenprodukte zu entwickeln und Wachstum zu generieren.

Transparenz und offene Kommunikation unter Konkurrenten erfordere ein hohes Maß an gegenseitigem Vertrauen und die Bereitschaft zum fairen Interessenausgleich. Missbrauch habe schwerwiegende Folgen und müsse geahndet werden. Zur Verminderung des Risikos trügen Kooperationen entlang von Wertschöpfungsketten bei. Das Diversifizieren der Produkte zwischen direkten Konkurrenten und die Bildung von festen Unternehmensverbänden sei der schwierigere Weg, um das Wachstum von Clustern nachhaltig anzulegen. Staatliche Zuwendungen müssten das im Blick behalten.

Aus Sicht clustererfahrender Unternehmen seien die Erfolge einer regionalen Zusammenarbeit hoch zu bewerten. Wachstumsfelder erhielten wichtige Impulse. Wissensbasierte Entwicklungen und effiziente Kooperation mit anwendungsorientierter Forschung be-

schleunigten Innovationen, ergäben Vorteile in der internationalen Arbeitsteilung und bei der Erschließung von Synergiepotenzialen.

Kritischer ist die Sicht der IHK in Bezug auf die staatliche Clusterförderung. Es wird die Gefahr gesehen, dass Clusterinitiativen, die aus landesweiten Clusterwettbewerben hervorgehen, nicht nachhaltig angelegt und finanziert werden. Man präferiere Cluster, die aus eigener Kraft über längere Zeiträume gewachsen sind. Hier würde der Kooperation entlang der Wertschöpfungsketten der Vorzug gegeben.

7.4 Kommunale Fallstudien aus den fünf Gebietstypen der Clusteranalyse

Wie oben ausgeführt, war es das Ziel der Interviews, über die mit statistischen Daten belegbaren Entwicklungstrends und -faktoren hinaus Einschätzungen zu Standortwahl, Standortbewertung und Zukunftsperspektiven exemplarischer Standorte des ländlichen Raumes im engeren Sinne zu gewinnen. Da die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Städte und Gemeinden entscheidend vom Zusammenwirken der Kommunen mit den Unternehmen abhängt, waren beide Sichtweisen – die der Unternehmer wie die der Kommune – Gegenstand der Interviews.

Unternehmen bewerten das Infrastruktur- und Flächenmanagement der Kommune, die Aktivitäten der Wirtschaftsförderung und den Service als wichtige Faktoren der Standortqualität. Der Wettbewerb um Fachkräfte gibt den „weichen“ Standortfaktoren, der Daseinsvorsorge in den Kommunen, verstärkt Gewicht. Für die Städte und Gemeinden stehen Art und Umfang der Beschäftigung sowie die Qualität der angebotenen Dienstleistungen im Vordergrund. Dabei kommt nicht zuletzt auch den Einnahmen aus Steuern und Gebühren Bedeutung zu.

Unternehmen und Gemeinden profitieren von sozialer Kohäsion und von der Integration von Migranten, hoher Wohnqualität, von Kultur- und Freizeitangeboten. Die Summe dieser lokal beeinflussbaren Qualitätsmerkmale sind Aufgaben der Standortqualifizierung und -sicherung. Standortqualität wird auch von der Lage im Raum, der Zentralität, regionaler und überregionaler Infrastruktur bestimmt, die für lokale Akteure nicht zur Disposition stehen. Beides zusammen prägt den Standort. Auf diese von Ort zu Ort wechselnden Bedingungen werden die drei dominanten Faktoren zukünftiger Wettbewerbsfähigkeit projiziert:

- die demografische Entwicklung,
- der Bestand sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und
- die Erreichbarkeit von Daseinsvorsorgeeinrichtungen und Arbeitsplätzen.

Die Fallstudien als Sicht auf die kommunale Ebene mit ihren je eigenen Indikatorenprofilen erschließen an Beispielen von Städten und Gemeinden des ländlichen Raumes im engeren Sinne die Reaktion auf demografische Veränderungen und Tendenzen der SVP-Beschäftigung in der kommunalen Praxis. Die Gespräche mit Unternehmen, die am Ort eine wichtige Rolle spielen, beleuchten die kommunalwirtschaftliche und branchenspezifische Situation. Das Interview mit der Verwaltungsspitze ergänzt diese Aussagen aus kommunaler Sicht. Beide geben Einschätzungen zur Standortqualität und Zu-

kunftsperspektiven des Wirtschaftsstandorts ab. Schließlich erfassen die Gespräche standortqualifizierende Strategien und Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit.

Der standardisierte Gesprächsleitfaden umfasste daher drei komplexe Fragestellungen:

1. Wie bewerten Sie die Ergebnisse der Clusteranalyse für Ihren Standort?
2. Wie schätzen Sie die Qualität des Wirtschaftsstandorts ein und wie bewerten Sie seine Zukunftsperspektive?
3. Welche standortqualifizierenden Strategien verfolgen Sie, welche Maßnahmen sind damit verbunden?

Die erste Frage zielte auf eine allgemeine Bewertung der Indikatorengruppen – SVP-Beschäftigung und demografische Entwicklung. Auf Grundlage des Vergleichs des Clusterprofils mit dem lokalen Profil wird nach Ursachen für deutliche Abweichungen gefragt.

Die Auswahl der Standorte erfasst Unterschiede der Einwohnerzahl und Zentralität. Verteilungsmuster der Gebietstypik – großflächig monotone oder kleinräumig heterogene – bilden ein weiteres Auswahlkriterium. Regionen mit hohen Anteilen des ländlichen Raumes wie Heilbronn-Franken oder Ost-Württemberg wurden vorrangig berücksichtigt. Für folgende Kommunen des ländlichen Raumes wurden Fallstudien erstellt:

- Cluster A:* Ehingen (Donau), 25.770 EW, RP Tübingen und Weikersheim, 7.512 EW, RP Stuttgart,
Cluster B: Bad Mergentheim, 22.505 EW, RP Stuttgart,
Cluster C: Sinsheim, 35.482 EW, RP Karlsruhe,
Cluster D: Bopfingen, 12.299 EW, RP Stuttgart und Bartholomä, 2.144 EW, RP Stuttgart,
Cluster E: Albstadt, 45.565 EW, RP Tübingen und Schönau (Schwarzwald), 2.441 EW, RP Freiburg

Die Fallstudien umfassen einen knappen statistischen Teil, der tabellarisch die lokalen Werte der zehn Indikatoren den Durchschnittswerten des jeweiligen Clustertyps gegenüberstellt. Positive und negative Abweichungen werden mit den Gesprächspartnern diskutiert. Außerdem wurde ein Erreichbarkeitsprofil des Standortes erstellt. Die Gesprächspartner in den Kommunen erhielten schon vor dem Interview diese statistischen Auswertungen mit dem standardisierten Gesprächsleitfaden.

7.4.1 Fazit aus den Fallstudien

Die Ergebnisse sind als induktiver Erfahrungsgewinn zu werten, als Beispiele kommunaler Strategien zur Bewältigung demografischer Veränderungen und Sicherung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit. Die Wirkung der kommunalen Handlungskonzepte zur Sicherung der Daseinsvorsorge, zur Verbesserung der Wohnqualität und sozialer Kohärenz bestimmt auch die Bewertungen des Standortes durch die befragten Unternehmen. Ihre Investitionsentscheidungen und Beschäftigungspolitik stehen in Wechselwirkung mit dem Gewerbeflächenmanagement und dem kommunalen Service für die Unternehmen. Die Verfügbarkeit von Fachkräften wird auch von der Qualität der sozialen Infrastruktur und der Versorgungslage mit Waren und Dienstleistungen bestimmt. Dabei spielen die Einwohnerzahl und das Maß an Zentralität eine bedeutende Rolle. Denn das Angebot an Waren und Dienstleistungen, die Ausstattung mit Schulen und sozialer Infrastruktur gewinnt mit zunehmenden zentralörtlichen Funktionen an nachhaltiger Qualität.

Von besonderer Bedeutung sind dezentrale Ausbildungsstätten wie duale Hochschulen und Fachhochschulen, ergänzt um private Hochschulen und unternehmensinterne Ausbildung. Kooperationen mit Universitäten und Hochschulen im Sinne der offenen Hochschule könnte eine weitere Option dezentraler Aus- und Weiterbildung sein. Ihre zertifizierten Abschlüsse, die Qualifikation und permanente Weiterbildung nahe dem Standort sichern dem ländlichen Raum dauerhaften Wissens- und Technologietransfer aus den Zentren der Forschung und Entwicklung. Hier sind die Kommunen und übergemeindliche Verbünde gefordert, die Innovationskraft ihres Wirtschaftsstandortes in enger Abstimmung mit den Unternehmen zu entwickeln. Bei der Überwindung von Strukturkrisen wie in der Textilbranche oder bei der Entwicklung neuer Geschäftsfelder wie der Mechatronik sind Rumschaften im Vorteil, die über Ausbildungsstätten und Forschungseinrichtungen verfügen. Im Folgenden werden die Ergebnisse der acht Fallstudien in knapper Form zusammengefasst. Ausführlichere Darstellungen und die Statistiken werden im Anhang hinzugefügt.

7.4.2 Bewertung der Ergebnisse der Clusteranalyse

Die Reaktion der kommunalen Akteure auf die Ergebnisse der Clusteranalyse war realistisch. Wichtig war zu vermitteln, dass nur Indikatoren der demografischen Entwicklung, der SVP-Beschäftigung und Kriterien der Erreichbarkeit den Gebietstyp charakterisieren und dass sie keine „Qualitätshierarchie“ von A nach E bilden. Dadurch gelang es, pauschales Konkurrenzdenken abzuwehren und die Operationalisierung der Ergebnisse für kommunale Qualifizierungsstrategien nutzbar zu machen.

Der Vergleich des lokalen Indikatorenprofils mit den Durchschnittswerten des jeweiligen Clusters, dem die Fallstudie zugeordnet wird, zeigte z.T. signifikante Abweichungen. Die Ursachen dafür wurden mit den kommunalen Gesprächspartnern diskutiert und in den Zukunftsperspektiven berücksichtigt. Die Indikatoren der Beschäftigung zeigten dabei die Langzeitwirkung von Strukturkrisen wie in Albstadt, die noch lange nachwirken. Auch in Bopfingen besteht noch ein hoher Sockel an Arbeitslosigkeit aus der untergegangenen Lederverarbeitung.

Ausgelöst durch die rasche Erholungsphase seit 2009 reagierten einige Gesprächspartner kritisch auf die Ergebnisse des Analysezeitraumes 2002-2007/08. Sie führten an, dass die jüngsten Daten zur Beschäftigung deutlich günstiger ausfielen. Andere argumentierten ähnlich in Bezug auf die demografischen Indikatoren. Neue Wohngebiete hätten Zuwanderung ausgelöst, die Ergebnisse aus dem Zeitraum 2002-2007/08 relativierten.

Die Gebietstypik in Verbindung mit einer genauen Analyse der signifikanten Abweichungen einzelner Indikatoren hat sich als wichtiges Instrument der Orientierung für längerfristige Entwicklungsstrategien erwiesen. Kleine Städte und Gemeinden in peripherer Lage wie Bartholomä, Bopfingen, Schönau und Weikersheim, die z.B. Defizite der Versorgung mit Waren und Diensten, insbesondere die Erosion des Einzelhandelsbesatzes im Zuge des Generationenwechsels beklagten, erkennen den Zwang zur Anpassung an Einwohnerverluste und den veränderten Altersaufbau. Sie sind sich der Konsequenzen des demografischen Wandels an peripheren Standorten bewusst. Mit der Schließung von Kindergärten kündigen sich heute schon gravierende Auswirkungen auf die soziale Infra-

struktur an. Lösungen für die vielschichtigen Probleme der Daseinsvorsorge und des Einwohnerschwundes vor allem in kleinen Gemeinden des ländlichen Raumes fehlen. Partiiell werden kooperative Lösungen gesucht. Der Vorschlag eines Bürgermeisters, in der Raumschaft um sein Unterzentrum modellhafte Strategien einer übergemeindlichen, arbeitsteiligen Daseinsvorsorge zu entwickeln, stößt immer noch auf Skepsis bei den Nachbargemeinden. In diesen peripheren Lagen wird die Verfügbarkeit von Fachkräften vor allem nach 2020 ganz entscheidend von neuen Strukturen der Daseinsvorsorge bestimmt. Bürgermeister und Wirtschaftsförderer befürchten, dass Unternehmen zur Abwanderung gezwungen werden, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Deutlich wurde, dass es zu wenige Modelle nachhaltiger Entwicklung durch kooperative Daseinsvorsorge unter den Bedingungen einschneidender demografischer Veränderungen gibt, an denen sich Akteure orientieren könnten. Die Folgen der Umschichtungen im Altersaufbau und die stark rückläufige Zahl der Erwerbstätigen nach 2020 sind den Gesprächspartnern nicht in vollem Ausmaß bewusst. Es fehlen Strategien zur nachhaltigen Sicherung von Entwicklungskernen insbesondere in den Gebietstypen „D“ und „E“. Die Erprobung an konkreten Beispielen, wie sie Bopfingen vorschlägt, würde eine bestehende Lücke in den Förderkulissen schließen. Denn die heute noch bestehenden Optionen zur Anpassung werden, wie die Szenarien der demografischen Entwicklung zeigen (vgl. Kapitel 6), am Ende dieser Dekade drastisch reduziert. Davon wird dann auch die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Mitleidenschaft gezogen.

Größere Städte, zumeist Mittelzentren wie Sinsheim oder Ehingen (Donau), sehen eine Stagnation der Einwohner bis 2030 als lösbares Problem der Infrastruktur, die sich dem veränderten Altersaufbau anpassen muss. Auf den Fachkräftemangel ihrer Unternehmen reagieren sie mit Initiativen zur Stärkung des Ausbildungsangebotes sowie des Wissens- und Technologietransfers wie Bad Mergentheim oder Albstadt. Dort soll um den Standort von Fachhochschulen, dualen Hochschulen und privaten Ausbildungsgängen zu Bachelor- und Masterabschlüssen ein Schwerpunkt für Forschung und Entwicklung eingerichtet werden.

Durch die Sanierung älterer Wohnungsbestände und neue Baulandausweisungen, die Ertüchtigung des Dienstleistungsangebotes und den Ausbau verlässlicher Kinderbetreuung wird versucht, Fachkräften günstige Lebensbedingungen zu bieten. Die Gemeinden beklagen Mängel der regionalen Verkehrsinfrastruktur, die sie als Hemmnis der Wirtschaftsentwicklung sehen.

Als besonders förderlich für den Ausbau der Beschäftigung wird z.B. in Ehingen (Donau) oder Weikersheim – aber auch in Bopfingen – ein intensives Gewerbeflächenmanagement der Kommunen angeführt. Städte wie Bad Mergentheim oder Albstadt sehen im Ausbau der Zusammenarbeit von örtlichen Hochschulen mit Unternehmen den Weg zu verbesserter Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft. Ihre Forderung nach Bündelung der Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen zu Wissens- und Innovationskernen zeigen Ansätze einer Strategie der dezentralen Konzentration auf Entwicklungskerne im Ländlichen Raum Baden-Württembergs.

Problematisch werden die Auswirkungen der Alterung und Schrumpfung der Einwohnerschaft an peripheren Standorten wie Bartholomä aber auch Bopfingen gesehen. Obwohl bisher keine Engpässe in der Rekrutierung von Fachkräften von den Unternehmen be-

klagt wurden, sehen die Bürgermeister in Zukunft erheblichen Abwanderungsverlusten entgegen. Die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit wird in Frage gestellt, wenn es zur Abwanderung von Unternehmen aus Mangel an Fachkräften kommt.

Die Erreichbarkeit von SVP-Beschäftigung im Umland, von Hochschulen und Versorgungseinrichtungen ist in hohem Maße von der Lage an Entwicklungsachsen und zu Oberzentren abhängig. In den Gesprächen mit Unternehmen haben diese harten Standortfaktoren an Einfluss verloren. Die Firma Henkel in Bopfingen macht deutlich, dass der konzerninterne Wettbewerb heute global austragen werde. Dabei überträfen die Qualifikation und die Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter, die Unterstützung der Stadt und die örtlich vorhandene Infrastruktur gewisse Lagenachteile bei weitem. Die umfangreichen Erweiterungen von Betriebsflächen und die Einstellung von Mitarbeitern bestätigten die Qualität des Standortes Bopfingen. Ähnliche Argumente zugunsten des ländlichen Raumes als Wirtschaftsstandort kamen von Unternehmen in Ehingen, Bartholomä, Weikersheim und Schönau. Die Dezentralisierung habe durch die verbreitete Anwendung Neuer Medien und ihrer virtuellen Ubiquität in der letzten Dekade an Einfluss auf die Standortwahl und Investitionsentscheidungen gewonnen.

Die Ergebnisse der Clusteranalyse und die jeweilige Zuordnung zur Gebietstypik stoßen z.B. in Albstadt oder Sinsheim auf Widerspruch, wo in den Jahren seit 2008 erhebliche Fortschritte in der Wirtschaftsentwicklung des Standortes zu verzeichnen seien. Man sieht sich auf Augenhöhe mit Zentren ähnlicher Größenordnung im Lande.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Gebietstypologie als Orientierungshilfe für die Entwicklung der Beschäftigung akzeptiert wird. Die Indikatoren werden von den Kommunen öfters mit Hinweisen auf eine zwischenzeitliche Verbesserung kommentiert.

Die Wanderungssaldi der 18-24-Jährigen werden in ihren Langzeitwirkungen auf den Umfang der Erwerbstätigkeit, die Verfügbarkeit von Fachkräften und die soziale Kohäsion möglicherweise unterschätzt. Die lokalen Indikatorenprofile von Bad Mergentheim und Albstadt zeigen die positiven Effekte durch Hochschulstandorte. In Bartholomä, Bopfingen aber auch Weikersheim und Schönau fehlen Konzepte, wie auf die kritische Bildungswanderung zu reagieren sei. Denn bisher liegen keine Erkenntnisse über Zahl und Kompetenz der Rückwanderer vor. Hier wäre eine breiter angelegte Studie über Bildungswanderung im ländlichen Raum notwendig, um die Effekte auf wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und soziale Kohäsion in der Praxis zu erkunden.

7.4.3 Standortqualifizierende Strategien und Maßnahmen

Die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaft und die Sicherung, wenn möglich Verbesserung des Wirtschaftsstandorts hatte bei den Gesprächspartnern aus den Kommunen hohe bis höchste Priorität. In den Unternehmernessprächen wurde dieses Engagement als wichtiger Standortfaktor geschätzt. Beispiele wie Bopfingen oder Weikersheim zeigen den Erfolg intelligenter und erfindungsreicher Wirtschaftsförderung auf lokaler Ebene auch in Unterzentren. In den Mittelzentren treten besondere Aufgaben und Zielsetzungen in den Vordergrund. In Albstadt ist es der Strukturwandel nach einer schweren Beschäftigungskrise in der Textilbranche, in Bad Mergentheim sollen Synergien des Kur- und Medizinsektors mit dem mittelständisch organisierten Produktionssektor vernetzt werden. Beide werden durch die Hochschuleinrichtungen in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung unterstützt. Sinsheim will die Gunst der Lage und Synergien aus vorhandenen Attraktoren des Tourismus zum Ausbau der Dienstleistungen und der Touristik nutzen.

Der Schluss liegt nahe, dass die starken Mittelzentren des Ländlichen Raumes in Baden-Württemberg erhebliche Spielräume für eine spezifische Schwerpunktbildung erkannt haben und nutzen. Das gilt für die Verpackungsbranche im Kreis Schwäbisch Hall ebenso wie für neue Geschäftsfelder der Textil- und Maschinenbaubranche in Albstadt. Die Cluster- und Netzwerkiniciativen des Landes tragen – in Ansätzen erkennbar – zur Bildung überörtlicher Netzstrukturen und Clustern bei. Der darin erhoffte Vorteil für KMU im ländlichen Raum wurde in den Aktivitäten der Kammern deutlich. Für sie fehlen Orientierungen auf dem Markt der Qualifizierung und beruflichen Weiterbildung. Niederschwellige Angebote zu Hochschulen und Universitäten war ein anderes Desiderat der Wirtschaftsförderung für KMU. Beide – berufliche Qualifizierung ebenso wie der Zugang zu Forschungs- und Entwicklungskompetenz – sind für die große Zahl kleiner, mittelständischer Unternehmen des ländlichen Raumes von entscheidender Bedeutung für ihre zukünftige wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit.

Drei Strategien der Standortqualifizierung waren aus den Gesprächen mit kommunalen Partnern zu erkennen:

1. *Mit eigenen Personalstellen und städtischen Wirtschaftsförderungsgesellschaften werden wichtige Serviceleistungen für Unternehmen erbracht.*

Kommunale Wirtschaftsförderung sucht den direkten Kontakt zu den Unternehmen:

- In Weikersheim werden Gründern Gebäude vorfinanziert, um den Unternehmen in den ersten Jahren Spielräume für Investitionen in Maschinen und Entwicklungsleistungen zu eröffnen.
- Ehingen (Donau) hält 100 ha planreifes Gewerbebauland vor, um auf Erweiterungs- und Ansiedlungswünsche schnell zu reagieren.
- Bad Mergentheim führt vorhandene Potenziale des Gesundheitswesens, der Umwelt- und Bautechnik mit externer Medizintechnik zusammen. Die Hochschulen am Ort werden einbezogen.

- Sinsheim hat eine Strategie zum Ausbau des Dienstleistungs- und Touristiksektors entwickelt, die vorhandene Ressourcen nutzt und weitere erschließt.
- Bopfingen praktiziert ein innovatives Flächenrecycling und stärkt mit Gewerbeausstellungen seine Identität als Wirtschaftsstandort in Ost-Württemberg.

2. *Schwerpunktsetzungen, die vorhandene Stärken ausbauen, tragen zur Schärfung des Standortprofils bei und fördern Zukunftsentwicklungen.*

Typisch dafür sind Strategien zur Ausweitung des Dienstleistungssektors oder die Erweiterung des Tourismus, die Unterstützung der Landwirtschaft bei der Eröffnung neuer Produktionslinien:

- Sinsheim sieht im Handel und Tourismus die besten Chancen, den Standort aufzuwerten und Beschäftigung zu sichern.
- Albstadt und Bad Mergentheim bauen den Handel in der Kernstadt aus, erweitern die Geschäftsflächen und verbreitern das Angebot an Waren und Dienstleistungen.
- Ehingen (Donau) entwickelt gemeinsam mit der Bürgerschaft ein neues Konzept für die historische Innenstadt, um den Zentralitätsgewinn durch ein breites Angebot an Arbeitsplätzen auch für das Zentrum der Stadt nutzbar zu machen.
- Weikersheim mit seinem breiten Spektrum an Wirtschaftsleistungen baut Kultur und Tourismus für die Raumschaft weiter aus. Gleichzeitig fördert es die Verbreiterung der Erwerbsbasis der Landwirte in den Ortsteilen durch den Ausbau der Biogasproduktion.
- Bartholomä sieht im Tourismus eine Chance, seine Wirtschaftsleistung zu steigern und Infrastruktur zu sichern.

3. *Die Verbesserung der Rahmenbedingungen des Standorts in Bezug auf das Wohnen, die kommunale Infrastruktur, die Daseinsvorsorge und übergemeindliche Kooperationen hilft Fachkräfte zu binden.*

Die Probleme durch den demografischen Wandel nehmen zu, je geringer die Zahl der Einwohner ist und je stärker Einwohnerverluste zu erwarten sind. Kleine Gemeinden ohne zentralörtliche Funktion zeigen schon heute negative Wanderungsbilanzen und den Verlust von Daseinsvorsorge. Aus den Gesprächen ist zu schließen:

- In allen kleineren Kommunen – aber auch darüber hinaus – muss Daseinsvorsorge in Zukunft kooperativ und arbeitsteilig organisiert werden.
- Mittelzentren haben das Potenzial und zumeist auch die Steuerkraft, um ihre Zentren auszubauen bzw. zu stabilisieren, die Verkehrsinfrastruktur und Mobilität zu verbessern. Sie können die Unverwechselbarkeit des Standorts, die Vielfalt ihrer Kultur und ihres Freizeitangebotes ausbauen.
- Besondere Vorteile haben Hochschulstandorte oder Städte in der Nähe von Oberzentren. Sie können Innovationsmanagement und qualifizierende Ausbildungswege günstig erreichen. Zentralität und Innovationskraft in ihrer je spezifischen Form wird von den kommunalen Gesprächspartnern als Gestaltungsmöglichkeit und Vorteil im Standortwettbewerb instrumentalisiert. Die Entwicklung eines je eigenen Standortprofils wird als ein wichtiger kommunaler Beitrag zur Förderung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit gesehen.

7.4.4 Standortbewertung und Standortperspektiven

Die Standortqualität der untersuchten Städte und Gemeinden unterscheiden sich in der Einwohnerzahl und den zentralörtlichen Funktionen, in der Lage zu Agglomerationsräumen und Entwicklungsachsen. Auch der Branchenbesatz und die SVP-Beschäftigung am Arbeitsort bzw. am Wohnort weisen starke Unterschiede auf. Daher sind die Wertungen der Gesprächspartner nur in der Grundtendenz verallgemeinerbar. Ausführliche Darstellungen befinden sich im Anhang.

Gemeinsam sind allen Standorten im ländlichen Raum mit einer leistungsfähigen Kommunikationsinfrastruktur erkennbare Standortverbesserungen durch die Anwendung der Informations- und Kommunikationstechnik. Weitsichtige Unternehmer und Wirtschaftsförderer sehen darin einen ähnlich umfassend wirkenden Impuls, wie ihn die individuelle Mobilität für die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raumes seit Mitte des 20. Jahrhunderts ausgelöst habe. Die Dezentralisierung der Erreichbarkeit von Nachrichten, Bildern, bis hin zu komplexen Programmen zur Steuerung von Prozessen, erweitere die Standortqualität des ländlichen Raumes nachhaltig. Neue Medien der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) hätten ferner Kundenkontakte und den Zugang zu Innovationen deutlich verbessert. Sie brächten Standorte mit leistungsfähiger IKT-Infrastruktur entscheidend voran. Wissensbasierte Wertschöpfung und Innovationstransfer seien in Zukunft nicht mehr vorrangig auf die Agglomerationsräume ausgerichtet. Unternehmen wie die Wittenstein-Gruppe, EBM-Pabst, Bürkert und viele andere agierten von ihrem Hauptgeschäftssitz im ländlichen Raum aus weltweit.

Bewertungen der Standorte aus Sicht der Unternehmen

Die befragten Unternehmen bewerteten ihre Standorte in allen Gebietstypen überwiegend positiv. Einhellig hoben sie die Zuverlässigkeit und den Leistungswillen der Mitarbeiter als besondere Standortqualität des ländlichen Raumes hervor. Heimatverbundenheit und Familientraditionen ermöglichten den Aufbau stabiler Belegschaften. Die Verankerung der Unternehmen in der Bürgergesellschaft, in Vereinen und Kirchengemeinden bringe beiden Seiten Vorteile. Die hohe Wertschätzung der Mitarbeiter kann als allgemeine Erfahrung und gewichtiger Standortvorteil des ländlichen Raumes gewertet werden. Standorte im ländlichen Raum böten erhebliche Kostenvorteile, bedingt durch die zum Teil sehr geringen Bodenpreise für Gewerbe- und Industriebauland. Die Kostenvorteile setzen sich in den Lebenshaltungskosten der Mitarbeiter, in Bauleistungen und Mieten fort. Die Unternehmen könnten auch ihre Gestaltungsfreiheit bei Löhnen und Gehältern nutzen, um Kosten zu sparen. Autobahnahe Standorte mit Gleisanschluss bringen auch im ländlichen Raum deutliche Kostenvorteile oft auch gegenüber ungünstigen Lagen in Verdichtungsräumen. Kostenentlastend wirken auch die virtuellen Formen der Raumüberwindung und Kommunikation, die Reisen ersetzen und Dienstleistungen vereinfachen.

Nachteilig sind an peripheren Standorten ohne nahen Autobahn- oder Bahnanschluss lange Wege für Güter und Personen. Auch die Zersplitterung der Gewerbeflächen auf viele kleine Standorte hat Nachteile. Es fehlten gemeinsame Einrichtungen und ein Centermanagement. Große, interkommunale Gewerbegebiete böten einen breit angelegten Service. Dort gelänge nachhaltige Imagepflege und erfolgreiche Standortwerbung.

Die überschaubare Zukunftsperspektive der Standorte wurde von den Unternehmen durchweg als gut bezeichnet. Der Fachkräftemangel erfordere Zuwanderung und Qualifizierung – lösbare Probleme, die man seit Jahren kenne. Diese positive Perspektive wird sehr stark von der gegenwärtigen Erholungs- und Wachstumsphase geprägt.

Die langfristige Perspektive demografischer Veränderungen bis 2030 interessiert die Unternehmen dagegen nicht wirklich. Ihre Zukunftserwartungen sind kurzfristiger angelegt. Für sie ist der Fachkräftemangel vor allem ein Versagen der Politik, der es nicht gelungen ist, rechtzeitig auf die absehbaren Engpässe und Qualitätsmängel der Ausbildung zu reagieren. Daher sähen sie sich gezwungen, die Nachwuchsförderung selbst in die Hand zu nehmen. Unternehmensinterne berufliche Ausbildung ist eine weit verbreitete Praxis, wie oben dargestellt wurde. Auch das Problem der Zuwanderung würden sie zielgerichtet und effizient lösen, wenn endlich die Rahmenbedingungen günstiger für weltweite Zuwanderung gegeben wären.

Bewertung der Kommunen

Die Städte und Gemeinden bewerten ihre Situation unterschiedlich. Die Mittelstädte sind durchweg von einer positiven Entwicklung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit überzeugt. Das gilt auch, wenn die Indikatoren zu Beschäftigung und demografischer Entwicklung – wie in Albstadt – negative Werte aufweisen. Denn sie sähen sich in der Lage, auch bei stagnierenden Einwohnerzahlen die Standortqualität zu sichern und weiter auszubauen. Dagegen sehen sich kleine Gemeinden in peripherer Lage von den Folgen der Einwohnerverluste, insbesondere von der Abwanderung der 18-24-Jährigen, in der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit bedroht. Schon auf mittlere Sicht drohe die wirtschaftliche Dynamik peripherer Standorte unter dem Fachkräftemangel Schaden zu leiden. Sie sähen einer überaus schwierigen Zukunft ihrer Gemeinden entgegen.

Bewertung der Wirtschaftsförderung

Von der Abnahme der Erwerbspersonen bis 2030 in den vier Sektoren seien beide – Unternehmen wie Kommunen betroffen. Während die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Bruttowertschöpfung in der vergangenen Dekade und auch jetzt nach der Krise deutlich zunähme, schwinde das verfügbare Arbeitskräftepotenzial. Vor allem Mangel an jungen gut ausgebildeten Mitarbeiter stelle für KMU ein kaum lösbares Problem dar. Eine Disparität der Entwicklungschancen sei auch bei den Unternehmen zu beobachten. Die großen mittelständischen Unternehmen und leistungsstarke, innovative KMU sähen positiv in die Zukunft. Sie seien in der Konkurrenz um Fachkräfte erfolgreich. Dagegen bräuchten vor allem kleine Unternehmen Hilfe bei der Qualifizierung des Personals und bei der Suche nach Partnern des Innovationsmanagements.

Die differenzierte Darstellung auf einzelne Standorte ist in den Fallstudien des Anhangs zu finden.

7.5 Bewertung sozialer Kohäsion und ihres Einflusses auf die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit

Verlässlichkeit, Leistungswille und umsichtiges Handeln ebenso wie seelische Ausgeglichenheit und solidarisches Verhalten sind Eigenschaften, die von Unternehmern als wichtige Standortfaktoren des ländlichen Raumes genannt wurden. Dafür werden logistische Nachteile akzeptiert, Defizite in der Erreichbarkeit von Flughäfen und ICE-Verbindungen hingenommen. Denn die immer breitere Anwendung der IKT – neue, virtuelle Formen der Raumüberwindung – verbesserten die Standortqualität auch an peripheren Orten. Damit gewannen weiche Standortfaktoren wie gesellschaftlicher Zusammenhalt, Einbindung der Unternehmen in die Bürgergesellschaft und in Vereine an Gewicht bei Standortentscheidungen.

Auch die Mitarbeiter profitieren von sozialer Kohäsion und vom familiären Zusammenhalt. Das Wohnen im Generationenverbund erleichtert Kinderbetreuung und Hilfen für Ältere gleichermaßen. In Gesprächen mit den kommunalen Verwaltungen wird die große Zahl der Vereine und bürgerschaftlichen Initiativen, die Feste und kirchliche Feiern organisieren, als Beleg für die Verbundenheit mit dem Heimatort gewertet. Die daraus resultierende Betriebstreue nennen die Unternehmer einen Vorzug, der zu stabilen Belegschaften und der Kumulation von Erfahrung beiträgt.

Es gibt gute Argumente das Wohnen auf dem Lande. Vor kurzem publizierte Lederbogen et al. (2011) die Ergebnisse einer vergleichenden neurologischen Studie über unterschiedliche Qualität der Stressresistenz und der seelischen Ausgeglichenheit zwischen Stadt- und Landbewohnern. Sie verwendeten bildgebende Verfahren zur Darstellung neuronaler Prozesse, um das weithin bekannte Phänomen neurowissenschaftlich zu belegen. Danach erzielten auf dem Land aufgewachsene Personen unter Stress bessere Ergebnisse, leiden kaum an Angstzuständen und sind seelisch ausgeglichener. Diese Erkenntnisse bestätigen die hohe Wertschätzung, die Unternehmer für ihre Mitarbeiter aus dem ländlichen Raum zum Ausdruck bringen. Auch in Zukunft ist die Mentalität der Menschen auf dem Lande ein wichtiger Standortfaktor.

Gespräche mit Studenten aus einer Kleinstadt im ländlichen Raum ergaben, dass nicht der Wunsch nach urbaner Lebensart der Grund für die Abwanderung nach dem Studium wäre. Die Ursache liege in ihren hoch spezialisierten Kompetenzen, für die es keine Arbeit in vertretbarer Nähe des Heimatortes gäbe. Nicht mangelnde Heimatbindung verhindere ihre gewünschte Rückkehr, sondern fehlende Arbeitsplätze für ihre spezifische Qualifikation. Daher ist die Ausrichtung auf Kompetenzen notwendig, die in den Unternehmen gesucht werden. Dazu ist die frühzeitige Orientierung in den Schulen über die Karrierechancen der lokalen Wirtschaft und studienbegleitende Kontakte zu Unternehmen erforderlich.

Unternehmen, die Begabte gezielt vor und während des Studiums fördern, die Kontakte zu den Hochschulen der Region aufbauen, klagen nicht über den Mangel an hochqualifizierten Mitarbeitern, denn sie begleiten die Nachwuchskräfte für ihre spezifischen Zwecke über den gesamten Ausbildungsweg.

Die Gesprächspartner aus den Unternehmen sind sich im Klaren, nicht jeder der Geförderten würde sich langfristig binden. Dennoch sollte die Zahl Hochqualifizierter, die im familiären und gesellschaftlichen Umfeld verbleiben, den Fachkräftemangel mindern helfen. Nicht selten erfolge der berufliche Aufstieg der Generationen im selben Unternehmen. Eltern oder Verwandte hätten schon über Jahrzehnte dort gearbeitet. Der familiäre Zusammenhalt im Generationenverbund und die Bindung an Vereine, Kirchengemeinden und Jahrgangsgruppen sind vor allem in kleineren Kommunen und in den Ortsteilen von Flächengemeinden stark ausgeprägt. Dort bieten sie Ansatzpunkte, um prekäre demografische Entwicklungen positiv zu beeinflussen. Dazu ist die enge Abstimmung zwischen Unternehmen, Schulen und Kommunen notwendig, wie sie in den Fallstudien zu beobachten war.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Sicherheit sind weit mehr als ein Wirtschaftsfaktor, aber sie sind für Unternehmen im ländlichen Raum ein wichtiges Argument der Standortwahl.

8 Empfehlungen für die ländliche Entwicklungspolitik

8.1 Vorbemerkungen

Die Ergebnisse des Forschungsvorhabens haben Handlungsherausforderungen für eine räumliche Entwicklungspolitik im ländlichen Raum deutlich hervortreten lassen. Zwar lässt sich feststellen, dass Baden-Württemberg vom demografischen Wandel im Ländervergleich weniger stark betroffen ist und auch die schwere Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre hat das Land mit Bravour gemeistert. Der absehbare Bevölkerungsrückgang, gekoppelt an eine starke Alterung der Bevölkerung und ein Abschmelzen des Erwerbspersonenpotenzials fordert die Politik aber dennoch heraus. Ohne entschiedenes politisches Handeln auf allen relevanten Ebenen – vom Land bis zur Kommune – droht dem ländlichen Raum ein ausgeprägter Polarisierungsprozess mit spürbaren wirtschaftlichen Disparitäten und übermäßig abweichenden Lebensbedingungen. Es gilt daher, an den richtigen Stellschrauben für eine auch zukünftig stabile wirtschaftliche Entwicklung und hohe Lebensqualität in ländlichen Gemeinden zu drehen.

Dabei ist zunächst anzuerkennen, dass dem Bevölkerungsrückgang in ländlichen Räumen nicht flächenhaft entgegengewirkt werden kann. Dennoch stehen das Land, die Kreise und Gemeinden in der Verantwortung, mit den ihr zur Verfügung stehenden Instrumenten negativ-zirkuläre Prozesse der Raumentwicklung zu dämpfen, die sich aus einer Kausalität von Bevölkerungsverlusten, Facharbeitskräftemangel und Unternehmensabwanderungen ergeben könnten. Gleichzeitig ist zu konstatieren, dass sich die Rahmenbedingungen ländlicher Entwicklungspolitik in den vergangenen Jahren entscheidend verändert haben. Denn die finanzpolitischen Spielräume der öffentlichen Hand für eine breite „Auf-fangplanung“ zugunsten der in ihrer Entwicklung zurückbleibenden Teile des Ländlichen Raumes dürften in den kommenden Jahren deutlich kleiner sein als noch in den letzten Dekaden des vergangenen Jahrhunderts. Die Zeiten, in denen gewünschte räumliche Entwicklungen vor allem mit dem Medium Geld angestoßen oder unterstützt wurden, scheinen auch in Baden-Württemberg vorbei zu sein. Damit sind die Reichweite und Eingriffstiefe einer realistischen ländlichen Entwicklungspolitik neu zu definieren.

Grundsätzlich bieten sich einer ländlichen Entwicklungspolitik zwei unterschiedliche strategische Ansatzpunkte, die in Tabelle 16 mit der beispielhaften Nennung von strategiespezifischen Handlungsansätzen veranschaulicht werden:

- Erstens kann mit einer aktiven Entwicklungspolitik versucht werden, dem demografischen Wandel sowie wirtschaftlicher Stagnation entgegenzuwirken. Eine solche Politik zielt darauf ab, Rahmenbedingungen für Zuwanderung von Bevölkerung zu generieren, mit welcher die zunehmenden natürlichen Bevölkerungsverluste zumindest teilweise kompensiert werden können. Klassische Instrumente solcher Politikkonzepte sind eine expansive Infrastrukturpolitik und eine wachstumsorientierte regionale Strukturpolitik.
- Zweitens kann das Ziel der Politik eher in einer Anpassung an die veränderten demografischen und ökonomischen Bedingungen gesehen werden. Anpassung be-

deutet dabei nicht in erster Linie, einem als problematisch angesehenen Trend entgegenwirken zu wollen. Anpassung bedeutet vielmehr, bestehende Strukturen und Systeme auf veränderte Bedingungen (hier eine erodierende Bevölkerungsbasis) einzustellen. Für ländliche Räume können insbesondere der Umbau der örtlichen Siedlungsstruktur sowie Anpassungen der regionalen und lokalen Infrastruktursysteme (als sog. Daseinsvorsorge) an eine schrumpfende Nachfrage erforderlich werden.

Ziel einer solcherart verstandenen Anpassungspolitik ist es demnach nicht, wirtschaftlich schwächeren Räumen den „Anschluss nach oben“ zu ermöglichen (z.B. durch staatlich finanzierten Infrastrukturausbau und die regionale Wirtschaftsförderung). Anliegen ist vielmehr die Gewährleistung eines politisch akzeptablen Minimums an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Infrastrukturausstattung. Um Missverständnisse zu vermeiden, ein solches – für bestimmte Teilräume des Ländlichen Raumes – neu definiertes Entwicklungsverständnis bedeutet keinesfalls „Aufgabe“ oder „passive Sanierung“ von Räumen, sondern eher qualitätssichernde „Redimensionierung“ des Bestands.

Die räumliche Entwicklungspolitik sollte von beiden Strategien in regional bzw. örtlich angepasster Weise Gebrauch machen. In bislang wirtschaftlich erfolgreichen Regionen des ländlichen Raumes können Verbesserungen der technischen und sozialen Infrastruktur mit dem Ziel einer Attraktivierung für Zuwanderung durchaus sinnvoll sein. Das gleiche gilt möglicherweise aber nicht für Regionen, in denen bereits heute Schrumpfungsprozesse in relevantem Umfang festzustellen sind und in denen folglich die Tragfähigkeit der Daseinsvorsorge unter Druck steht. Hier sind eher Anpassungs- und Umbaukonzepte vonnöten, die darauf abzielen, eine hohe Standort- und Lebensqualität auch unter Bedingungen geringerer demografischer Tragfähigkeit zu erhalten. Erforderlich ist damit eine stärker regional- und standortdifferenzierte Entwicklungs- und Strukturpolitik, die auf die spezifischen teilräumlichen Bedingungen und Zukunftsaussichten abstellt. Die in diesem Bericht vorgestellte Clustertypologie kann diesbezüglich eine erste territoriale Orientierung geben.

Tabelle 16: Beispielhafte Nennung von Handlungsansätzen im Rahmen der Strategien „aktive Entwicklung“ und „Anpassung“

Handlungsfeld	Strategie „aktive Entwicklung“	Strategie „Anpassung“
Verkehrspolitik	Bedarfsorientierte Schließung von Netzlücken und Beseitigung von Leistungsengpässen	Bestandserhaltung und bedarfsgerechte Netzanpassung unter Einschluss von Leistungsrücknahmen
Infrastrukturpolitik	Bedarfsorientierter Ausbau und Bestandserhaltung	Restrukturierung durch Standortkonzentration und Flexibilisierung
Siedlungspolitik	Bereitstellung neuer Bauflächen bei nachweisbarem Bedarf	Bestandsorientierte Innenentwicklung und Rückbau nicht mehr benötigter Bauflächen
Strukturpolitik	Förderung von Unternehmensansiedlungen im Rahmen regionaler Clusterausbildungen	Pflege des örtlichen und regionalen Gewerbebestandes

Eigene Darstellung

Aus den Ergebnissen dieses Forschungsvorhabens lassen sich mehrere Kernanliegen für eine zukünftige ländliche Entwicklungs- und Strukturpolitik ableiten:

- die Vermeidung einer sich selbst verstärkenden Abwärtsentwicklung strukturschwacher ländlicher Gebiete durch die Stärkung ländlicher Zentralorte, verbunden mit der Forderung nach einer stärkeren räumlichen Fokussierung verfügbarer raumwirksamer Mittel,
- die Mobilisierung unausgeschöpfter Erwerbspersonenpotenziale, um dem demografisch bedingten Problem der Arbeitskräfteverfügbarkeit entgegen zu wirken,
- die Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderung, um den veränderten ökonomischen und demografischen Bedingungen gerecht zu werden,
- die Anpassung der öffentlichen Daseinsvorsorge ohne schwerwiegende Einbußen der Versorgungsqualität und bei Begrenzung der Kosten für öffentliche Haushalte und privater Akteure und
- die verstärkte Mobilisierung und Kooperation der Akteure im Ländlichen Raum.

Im Folgenden werden diese Punkte in Form von Handlungsempfehlungen eingehender dargestellt. Verwiesen sei hier auch auf die umfangreiche Nennung guter fachlicher Beispiele in Kapitel 7.

8.2 Handlungsempfehlungen

8.2.1 Räumliche Schwerpunktbildung ländlicher Entwicklungsförderung

Eine räumlich indifferente Förderung ländlicher Gebiete („Gießkanne“) gilt zu Recht als ineffektiv, sie gefährdet damit das Ziel einer langfristigen Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes insgesamt und seines Ländlichen Raumes. Erforderlich ist daher eine stärker standortdifferenzierte ländliche Entwicklungspolitik, die in ein territoriales Raumkonzept für das gesamte Land eingebunden sein sollte. Die Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs kann weiter gestärkt werden, indem die ausgeglichene Raumstruktur ausgebaut wird, ohne veränderte demografische oder fiskalische Realitäten aus dem Blickfeld zu verlieren. Zu stärken ist ein Netz von Ober- und Mittelzentren im Verdichtungs- und im Ländlichen Raum, in denen leistungsstarke und attraktive Bildungs-, Forschungs- und Kulturstätten mit verantwortbaren Vorhaltungskosten angeboten werden können. Wenn im Übergang zur Innovationsökonomie Wissen zum entscheidenden Produktionsfaktor wird, sind solche Standorte aktiv zu stärken, an denen die Weitergabe von Wissen und die Diffusion von Innovationen aufgrund der räumlichen Nähe von „Wissensarbeitern“, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und betrieblichen FuE-Abteilungen einfacher vonstattengeht – dies sind primär die Groß- und Mittelstädte.

Die Vorgabe eines solchen raum- und siedlungsstrukturellen Rahmens für die zukünftige Standort- und Strukturpolitik entfaltet zudem nicht zu unterschätzende Orientierungswirkung für die Fachplanungsträger wie auch die privaten Akteure und ihre mittel- und langfristigen Standort- und Investitionsentscheidungen. Darüber hinaus erscheint eine territoriale Fokussierung der Entwicklungs- und Förderpolitiken auch angesichts verengter fiskalischer Handlungsmöglichkeiten dringend geboten, gleichwohl erfordert sie erhebliche politische Vermittlung bei den lokalen und regionalen Entscheidungsträgern. Denn in

Zukunft werden auch solche Gebiete benannt werden müssen, in denen ein Ausbau von Infrastruktur und eine Neuerschließung von gewerblichen Nutzflächen in größerem Umfang nicht mehr sinnvoll erscheinen. Hier steht die Pflege, der Umbau und in extremeren Fällen auch der Rückbau von Siedlungssubstanz und Infrastruktur im Vordergrund.

Die hier nur knapp skizzierte Strategie einer stärkeren räumlichen Schwerpunktbildung bei der Förderung ländlicher Entwicklung grenzt sich bewusst ab von weiterreichenden Forderungen, die wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklung weitgehend auf regionale „Leistungszentren“ zu konzentrieren, wie dies der Zukunftsrat der Bayerischen Staatsregierung (2010) vor kurzem vorgeschlagen hat (siehe auch Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009). Nach dieser Vorstellung würden dünn besiedelte ländliche Regionen – in der Terminologie des Berlin-Instituts „nicht förderbare“ oder „verlorene“ Regionen – von staatlichen Leistungen z.B. im Bereich der Infrastrukturpolitik weitgehend abgekoppelt. Die Abgrenzung zu derartigen Politikkonzeptionen begründet sich zum einen damit, dass – wie in diesem Gutachten gezeigt wurde – der Ländliche Raum Baden-Württembergs in hohem Maße Wachstumsbeiträge erbringt und in weiten Teilen als entwicklungsfähig anzusehen ist. Zum anderen ist zu konstatieren, dass eine weitreichende Fokussierung auf wenige Agglomerationsräume – unabhängig davon, wie gut dies aus einer ökonomischen Perspektive begründet erscheinen mag – in keinster Weise auf politische und gesellschaftliche Akzeptanz stoßen würde, was die öffentlichen Reaktionen auf das Gutachten des Bayerischen Zukunftsrates unterstrichen haben. Eine nachhaltige Entwicklungs- und Strukturpolitik kann aber nur auf einer breiten Akzeptanzbasis langfristigen Erfolg haben.

8.2.2 Sicherung und Entwicklung des Humankapitals

In den Kapiteln 3 und 6 wurde deutlich herausgestellt, dass das rückläufige Erwerbspotenzial die größte Bürde für eine auch zukünftig stabile wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raumes darstellt. Die hier ansässigen (oder ansiedlungswilligen) Unternehmen sind auf einen ausreichend großen Pool qualifizierter Arbeitskräfte angewiesen. Dies fordert den Unternehmen effektivere Strategien der Rekrutierung von Fachkräften ab, es erfordert aber auch ein gesteigertes Problembewusstsein der politischen Entscheidungsträger und eine offene Thematisierung von Fragen der Abwanderung und Schrumpfung. Während der Austritt aus dem Arbeitsmarkt eines bedeutenden Anteils der Erwerbstätigen eine unausweichliche Konsequenz der demografischen Altersstruktur darstellt, können bei zahlreichen Gesellschaftsgruppen Maßnahmen ergriffen werden, die Abwanderung abzufedern helfen und zu einer Steigerung des Erwerbspotenzials beitragen.

Junge Menschen

Die wichtigste Gesellschaftsgruppe stellen in diesem Zusammenhang junge Menschen dar, deren Wanderungsverhalten – wie in Kapitel 3 gezeigt – in den vergangenen Jahren zu Gunsten des Agglomerationsraumes verschoben hat. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass die sinkende Attraktivität des Ländlichen Raumes Baden-Württembergs für Menschen in diesem Alter nicht wie in vielzitierten Abwanderungsregionen wie Ostdeutschland in gleichem Maße auf Basis fehlender Beschäftigungsperspektiven erklärbar ist. Denn diese haben sich im gleichen Zeitraum weiter verbessert, wie in Kapitel 2 verdeut-

licht wurde. Der primäre Ansatzpunkt einer verstärkten Bindung junger Menschen im ländlichen Raum liegt damit eher im Bildungsbereich. Die vergleichsweise geringe Zahl an Studienangeboten stellt ein eindeutiges Defizit des ländlichen Raumes dar, das durch seine charakteristischen Standortvorteile wie Naturnähe oder attraktive Wohnverhältnisse nicht zu kompensieren ist. Eine moderate quantitative Ausweitung der Hochschulbildungsmöglichkeiten in regionalen Mittelzentren wäre daher eine zu prüfende Politikoption. Dabei ist auch dem Belang einer engen fachlichen Orientierung der neu geschaffenen Angebote auf die bestehenden Schwerpunkte der regionalen Wirtschaftsstruktur Aufmerksamkeit zu schenken. Den Standorten der Dualen Hochschulen kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu. Auch ist zu prüfen, welche „Lücken“ es konkret im Studienangebot des ländlichen Raumes gibt, die junge Menschen selbst bei genereller Präferenz für den ländlichen Raum zur Abwanderung in den Agglomerationsraum zwingen. Denn ist der Umzug in den Agglomerationsraum erst einmal vollzogen, kann nach einem mehrjährigen Aufenthalt von einem „Umdefinieren“ des Heimatbegriffs ausgegangen werden. Ohne eine inkrementelle Angleichung des Gefälles der Bildungschancen zwischen den beiden Raumkategorien sind in Zeiten beständig steigender Abiturienten- und Studierendenanteile weitere Maßnahmen zur Abmilderung des Fortzuges junger Menschen aus dem Ländlichen Raum begrenzt erfolgversprechend.

Neben der schulischen und akademischen Bildung muss auch die Einbindung der regionalen Wirtschaft eine Strategie sein, um junge Menschen von der Abwanderung aus dem ländlichen Raum abzuhalten. Die Ausbildungs- und Arbeitsmarktperspektiven, die Regionen des ländlichen Raumes bieten, sollten frühzeitig in den weiterführenden Schulen kommuniziert werden. Die in Kapitel 7 enthaltenden Beispiele zeigen die hier einzuschlagende Richtung plastisch auf. Erfolgt eine berufliche Orientierung erst spät, vollzieht sie sich in der Regel umfassender, womit auch die Wahrscheinlichkeit steigt, dass Angebote in deutlich weiterer Entfernung wahrgenommen werden.

Jedoch genügt es für eine Politik, die sich zum Ziel setzt, Abwanderung junger Menschen entgegen zu wirken, nicht, sich lediglich auf eine quantitativ ausreichende Bereitstellung von Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten zu verlassen. Ein weiterer geeigneter Ansatzpunkt kann in einer verstärkten sozialen, kulturellen und politischen Aktivierung jüngerer Menschen liegen. Ein effektiviertes Mitspracherecht etwa bei Fragen des Freizeitangebots oder bei der Gestaltung des Angebots des öffentlichen Personennahverkehrs (z.B. Wochenendverkehr, Nachtverkehr) kann entscheidend dazu beitragen, dass junge Menschen sich in ihren Bedürfnissen ernst genommen fühlen, Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen gewinnen und sich zukünftig selbst stärker politisch engagieren (Behn et al. 2009, S. 228). Gerade abseits der traditionellen Vereinsstrukturen bietet der ländliche Raum ein deutliches geringeres kulturelles Angebot als es dies in Großstädten der Fall ist. Umso wichtiger ist es daher, junge Menschen zur aktiven Partizipation einzuladen. Der Freizeitbereich eignet sich in diesem Zusammenhang besonders, da er unmittelbar den Interessensbereich der Jugendlichen tangiert und ihnen durch Entscheidungsträger signalisiert wird, dass ihre Belange Gehör finden. Die Partizipation dient dabei sowohl dazu, Defizite durch die Jugendlichen aufzudecken als auch Heimatbindung und Kooperationsbereitschaft bei ihnen zu forcieren. Dem Argument fehlender finanzieller Ressourcen ist dabei entgegen zu halten, dass gerade unter diesen Bedingungen dem Einsatz und Einfallsreichtum junger Menschen besondere Bedeutung zukommt und entsprechend angeregt werden muss (BMVEL 2005).

Frauen

Eine weitere Bevölkerungsgruppe, deren Lebenssituation im ländlichen Raum eine gesonderte Betrachtung verdient, sind Frauen. Im Kontext der Abwanderung junger Menschen kommt dem weiblichen Geschlecht eine besondere Rolle zu. Eine überproportionale Abwanderung junger Frauen, wie sie sich heute bereits in strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands beobachten lässt, kann ein bedeutendes demografisches Risiko darstellen. Die Folgen sind ein Verlust gut ausgebildeter Erwerbspersonen, ein unausgewogenes Geschlechterverhältnis und eine weitere Verschärfung der Probleme der natürlichen Bevölkerungsdynamik. Gründe dürften auch in dem zunehmenden Bildungserfolg junger Frauen zu suchen sein, der bereits jenen männlicher Altersgenossen übersteigt. Dabei nimmt die eigene Berufstätigkeit heute bei jungen Frauen einen deutlich höheren Stellenwert ein als bei Frauen anderer Altersgruppen. Gleichzeitig weisen sie aber auch eine starke Familienorientierung auf (Becker et al. 2006). Zwar bietet der ländliche Raum in diesem Zusammenhang Vorteile als Wohnstandort, diese werden jedoch im Zuge eingeschränkter qualifizierter Beschäftigungsmöglichkeiten und daraus resultierenden langen Pendelentfernungen in Zeiten steigender Mobilitätskosten stark beschnitten. Es muss also das Ziel sein, die Verfügbarkeit von adäquaten Beschäftigungsoptionen in annehmbarer Distanz weiter zu stabilisieren, insbesondere auch um zu gewährleisten, dass Frauen nicht lediglich solchen Beschäftigungen nachgehen, für die sie überqualifiziert sind. Hierzu empfiehlt sich vor allem eine Förderung kleinerer regionaler Arbeitsmarktzentren.

Die hohe Bedeutung, die Frauen im ländlichen Raum Berufstätigkeit und Familie beimessen, lenkt den Blick auf die Vereinbarkeit dieser beiden Lebensbereiche. Dabei lassen sich Zusammenhänge zwischen dem Ausbildungs- und Einkommensniveau und ihrer Kinderzahl beobachten. So sinkt die Zahl der Kinder mit zunehmendem Einkommen und besserer Bildung (IW 2004; Schneider/Dorbritz 2011). Es lässt sich vermuten, dass die hohen Opportunitätskosten in Form von Einkommenseinbußen und Einschränkungen der Karriereoptionen, dazu führen, dass der Kinderwunsch lediglich in begrenzter Zahl oder gar nicht realisiert wird. Eine einseitige Förderung der häuslichen Kinderbetreuung würde aber zu zusätzlichen Defiziten beim Erwerbspersonenpotenzial führen. Auf der anderen Seite muss bei einer Politik, die auf eine gute Ausbildung und die aktive Teilnahme junger Frauen am Arbeitsmarkt setzt, damit gerechnet werden, dass sich viele Frauen gegen Nachwuchs entscheiden und berufliche Ziele verfolgen. Daher muss eine nachhaltige Politik es ermöglichen, dass junge Frauen auch im ländlichen Raum eine ihrer Ausbildung entsprechenden Erwerbstätigkeit mit einem Dasein als Mutter verbinden können. Wie in den meisten westdeutschen Bundesländern entspricht auch in Baden-Württemberg die Betreuungsquote der unter 3-jährigen noch nicht den Zielvorgaben von Bund und Ländern und kann lediglich für einen geringen Teil der Kleinkinder eine Betreuung garantieren. Hinzu kommt auch hier ein ausgeprägtes Gefälle zu Ungunsten der Land- gegenüber der Stadtkreise (Pflugmann-Hohlstein 2010, S. 13). Auch bei betrieblichen Vereinbarungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie besteht in Baden-Württemberg Aufholbedarf. Hier liegt Baden-Württemberg mit einem Anteil von lediglich 3% aller Betriebe, die solche Vereinbarungen mit ihren Mitarbeitern geschlossen haben, deutlich unter dem westdeutschen Durchschnitt von 7% (Bösch 2010, S. 49).

Neben diesen eher „harten“ Faktoren ist aber auch die Akzeptanz von außerhäuslicher Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit junger Mütter in der Gesellschaft eine relevante

Einflussgröße dafür, ob Frauen sich trotz beruflicher Ambitionen für eine Elternschaft entscheiden. Hohe Rollenerwartungen an die Frauen und die Überzeugung, dass außerhäusliche Betreuung die Kinder in ihrer Entwicklung hemmen könnte, finden vor allem in Westdeutschland noch eine weite Verbreitung (Schneider/Dorbritz 2011). Auch im Ländlichen Raum Baden-Württembergs ist daher anzustreben, dass neben der Schaffung einer ausreichenden Infrastruktur der Kinderbetreuung und der Sicherung adäquater Beschäftigungsverhältnisse ebenso ein stärkeres Bewusstsein für die Bedürfnisse junger berufstätiger Mütter gebildet wird.

Eine weitere Stellschraube bietet die geschlechterspezifische Ausbildung junger Frauen. Noch immer übersteigt in den sogenannten MINT-Berufen (**M**athematik, **I**nformatik, **N**aturwissenschaft, **T**echnik) der Anteil männlicher Beschäftigter derer weiblicher um ein Vielfaches. Diese Diskrepanz konnte zwar durch ein überproportionales Wachstum weiblicher Beschäftigter in den vergangenen Jahren etwas verringert werden. Da diese Berufsfelder sich durch eine starke Beschäftigungsausweitung auszeichnen und der Anteil von Frauen auch im Jahre 2009 in Baden-Württemberg lediglich 17% betrug (Bösch 2010, S. 48), besteht aber weiterhin Bedarf, die Begeisterung von Mädchen und jungen Frauen für technische und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge und Berufe zu steigern. Der Grundstein hierfür muss allerdings bereits auf den weiterführenden Schulen in Form einer gesteigerten Sensibilität gegenüber geschlechtsspezifischen Barrieren in naturwissenschaftlichen Fächern und einer angepassten Vermittlung der Lehrinhalte gelegt werden. Auch hier hat Kapitel 7 den Rahmen der Möglichkeiten an praktischen Beispielen aufgezeigt.

Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund

Im Zusammenhang mit dem prognostizierten Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials wird häufig Zuwanderung aus anderen Ländern als ein möglicher Pfad genannt, um zukünftige Defizite an Fachkräften zu kompensieren. Nachdem die Zuwanderung in den letzten Jahren immer mehr zurückgegangen ist, treten die Auswirkungen einer geringen Fertilität noch deutlicher hervor. Hinzu kommt der Anspruch, dass Zuwanderer über ein überdurchschnittliches Qualifikationsniveau verfügen sollten und im Falle von Nicht-EU-Ausländern für einen Aufenthalt in Deutschland den Nachweis eines vergleichsweise hohen Einkommens benötigen. Abzuwarten bleibt, ob sich durch die neugewonnene Freizügigkeit für osteuropäische Arbeitnehmer oder durch jüngere Menschen aus Südeuropa in Zukunft wieder stärkere Wanderungsgewinne realisieren lassen. Der Erfolg einer qualifizierten Zuwanderung hängt dabei nicht nur davon ab, wie gut Zuwanderungssysteme oder Anwerbemaßnahmen konzipiert werden, „sondern entscheidend sind die Offenheit von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik und vor allem die effektive Platzierung der Einwanderer“ (Thränhardt 2010, S. 3). Zentrale Bedeutung kommt hier zunächst der Anerkennung ausländischer Qualifikationen und der aktiven Vermittlung der Menschen in ein diesen Qualifikationen entsprechendes Arbeitsverhältnis zu. Dazu ist aber auch von Arbeitgeberseite eine entsprechende Würdigung des Potenzials von Migranten nötig. Mit Bezug auf den ländlichen Raum stellt sich vor allem die Frage nach der sozialen Integration ausländischer Mitbürger. Interkulturelle Sensibilität und die Wertschätzung fremder Kultureinflüsse sind auch durch den geringeren Anteil ausländischer Einwohner oftmals weniger stark ausgeprägt als in städtischen Räumen. Auf der anderen Seite gibt es jedoch durch die stärkeren persönlichen Bindungen in ländlichen Dorf- und Kleinstadtgemeinschaften auch Potenziale, die einem anonymen Nebeneinander entgegenwirken hel-

fen können. Ansatzpunkte einer besseren Integration finden sich unter anderem im Schulbereich. Eine Sensibilisierung des Lehrpersonals aber auch die Vermittlung interkultureller Kompetenz im Unterricht müssen in diesem Sektor als Querschnittsaufgabe verstanden werden, damit Menschen aus anderen Kulturen ihre Potenziale in Zukunft besser verwirklichen können. Nur über gesteigerte Integrationsbemühungen kann die Bildungssituation künftiger Generationen nachhaltig verbessert und die Neigung zur Ausübung qualifizierter Tätigkeiten erhöht werden. Das Thema Integration darf daher keinesfalls auf die großen Städte mit ihren höheren Migrantenanteilen und hier insbesondere auf die sozialen Brennpunkte verkürzt werden. Auch in ländlichen Räumen ist eine verstärkte Integrationspolitik erforderlich.

Ältere Arbeitnehmer

Im kommenden Jahrzehnt wird ein immer größerer Anteil der Belegschaft von Unternehmen zur Gruppe der über 55-jährigen gehören. Dabei wird das Potenzial dieser Altersgruppe sehr unterschiedlich bewertet. Während in zahlreichen Unternehmen ein hohes Alter von Bewerbern einen kritischen Faktor bei der Auswahl darstellt, sehen wissenschaftliche Arbeiten Defizite im Bereich der geistigen Beweglichkeit und der Geschwindigkeit der Informationsverarbeitung kompensiert durch umfangreiche Lebens- und Berufserfahrung und ein gehobenes Urteilsvermögen. Ein genereller Zusammenhang zwischen Alter und Arbeitsleistung mit Ausnahme spezieller Fälle wie schwerer körperlicher Arbeit ist nicht festzustellen (Bruggmann 2000). Diese Sichtweise muss aber auch in Politik und Wirtschaft Verbreitung finden, setzt man sich zum Ziel, die Ressourcen, die ältere Arbeitnehmer darstellen, in Zeiten eines verknappten Arbeitskräftepotenzials umfassender zu nutzen. Lebenslanges Lernen muss dabei zu einer Selbstverständlichkeit im Arbeitsalltag der Menschen werden. Hier gilt es auch bei Unternehmen ein Bewusstsein zu schaffen, dass Kompetenzentwicklung von Mitarbeitern nicht als Zeitverlust zu sehen ist, sondern in Zukunft ein unmittelbar bestimmender Faktor des Unternehmenserfolgs sein wird.

Gerade kleine und mittlere Unternehmen sollten daher darin unterstützt werden, Weiterbildungsbedarf bei Mitarbeitern zu identifizieren und entsprechende Angebote wahrzunehmen. Während in Großbetrieben mit langer Kultur der Personalarbeit Zugangswege zu Bildungsangeboten meist in befriedigendem Maße begehbar sind, fällt es Betrieben mit geringerer Beschäftigtengröße schwerer, einen Überblick über passende Angebote zu gewinnen und Mitarbeiter für diese freizustellen (Heidemann 2000, S. 21). Weiterbildung fußt hier meist nicht auf einer systematischen Bedarfsermittlung und strategischer Planung, sondern vollzieht sich arbeitsintegriert in ungeplanter, informeller Weise. Durch die starke Fokussierung auf die kurz- und mittelfristige Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmer sind KMU von Weiterbildungsanbietern meist nur schwer zu erreichen (Lücke et al 2009, S. 151). Daher muss es als Herausforderung gesehen werden, auch Mitarbeiter von KMU über bedarfsgerechte Schulungsangebote besser zu informieren und dort für eine Weiterbildungskultur zu sorgen, die den zunehmend älteren Beschäftigtenstamm in Systeme des lebenslangen Lernens zu integrieren vermag.

Hier kann das Konzept der „offenen Hochschule“ Impulse geben, in dem ländlichen Fachhochschulen niedrigschwellige Weiter- und Fortbildungsangebote insbesondere an Arbeitnehmer aus kleinen und mittleren Unternehmen richten. Auch die örtlichen Berufsschulzentren können diesbezüglich wichtige Aufgaben übernehmen. Die Etablierung bzw. der Ausbau solcher regionaler Wissensnetzwerke kann helfen, regionsexternes Wissen in die

Regionen und die dort ansässigen Unternehmen zu lenken. Letztere sind aufgerufen, ihre Erfolgsfaktoren (wie z.B. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die unternehmensinternen Aufstiegsmöglichkeiten) jüngeren Zielgruppen nahezubringen.

Die Sicherung der Arbeitskräfteverfügbarkeit impliziert auch eine Veränderung der Grundsätze ländlicher Infrastrukturpolitik. Sinnvoll erscheint eine konsequente Schwerpunktverlagerung von der technischen („harten“) zur wissensbezogenen („weichen“) Infrastruktur. In einem Land mit einem weit überdurchschnittlichen Ausbaugrad der Verkehrsinfrastruktur kann ein solcher Strategiewechsel einfach vollzogen werden. Verfügbare Strukturmittel sollten zukünftig verstärkt in solche Maßnahmen fließen, die einen aktiven Beitrag zur Förderung regionaler Wissensnetzwerke versprechen. Neben dem Ausbau der Hochschulinfrastruktur rücken dabei Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramme für ältere Arbeitnehmer in den Vordergrund.

8.2.3 Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderung

Die veränderten Bedingungen regionaler Entwicklung mahnen auch eine Weiterentwicklung der Aktivitäten und Instrumente der ländlichen Wirtschaftsförderung auf den unterschiedlichen politischen Ebenen an. Es wurde deutlich, dass insbesondere kleine und mittlere Unternehmen verstärkten Bedarf nach diesbezüglichen Unterstützungsleistungen artikulieren. Wichtig ist dabei vor allem das engere Zusammenwirken der verschiedenen Ebenen, auf denen Wirtschaftsförderung betrieben wird.

Die kommunale und übergemeindliche Ebene ist und bleibt das entscheidende Handlungsfeld für die einzelnen Betriebe. Ihre Anforderungen an den Standort sowie ihre Erwartungen auf kommunale Unterstützung bei der Befriedigung eines Flächenbedarfs, bei der zügigen Regelung von Bauanträgen, der Bereitstellung technischer Infrastruktur und eines weitreichenden Service der Wirtschaftsförderung müssen dort geregelt werden. Hier besteht besonderer Handlungsbedarf in der übergemeindlichen Zusammenarbeit, und zwar

- bei der Entwicklung leistungs- und entwicklungsfähiger Gewerbegebiete oder Gewerbeflächenpools als übergemeindlich organisierte Einheiten mit professionellem Management,
- bei der Beratung und Unterstützung vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen bei der Qualifizierung und Rekrutierung von Mitarbeitern,
- im leichten Zugang zu Hochschul- und Forschungseinrichtungen bei Produktentwicklungen und Vermarktungsstrategien,
- im Auf- und Ausbau von Netzwerk- und Clusterstrukturen für die Komplementierung von Wertschöpfungsketten bzw. der Ausweitung von Fertigungstiefe und dem Kapazitätsausgleich (Prinzip der virtuellen Fabrik) und
- bei der Erschließung neuer Märkte und der Erweiterung von Kundenstämmen.

Diese Serviceleistungen erfordern professionelle Beratung und enge Abstimmung mit der Wirtschaftsförderung auf den Ebenen des Landkreises und der Region. Die Stärken der

kommunalen und übergemeindlichen Ebene ist der enge persönliche Bezug und eine Vertrauensbasis zwischen den Akteuren.

Dabei sollte folgenden Themen in Zukunft verstärkte Bedeutung beigemessen werden:

- eine verstärkte Nachwuchsförderung als Gemeinschaftsaufgabe von Gemeinden, Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Unternehmen zur systematischen Vorbereitung der Schüler auf die Arbeitswelt,
- die Standortqualifizierung durch intelligentes Flächenmanagement bevorzugt durch Recycling, effiziente Infrastruktur und Einfügung der Gewerbegebiete in das Ortsbild, flankierend auch durch die Sicherung der Daseinsvorsorge und hohe Wohnqualität,
- die Entwicklung übergemeindlicher Einrichtungen der Wirtschaftsförderung und gemeinsames Gewerbegebietsmanagement unter professioneller Leitung – insbesondere für KMU,
- die Entwicklung überregional wahrgenommener Standortprofile von kommunalen und interkommunalen Gewerbeflächenpools, auch durch die Beteiligung an Messen und durch Werbekampagnen.

Zu empfehlen sind übergemeindliche Kooperationen als arbeitsteiliger Verbund von Gemeinden um zentrale Orte. Das Flächenmanagement, die Infrastrukturplanung und der Service für Unternehmen werden darin als gemeinsame Aufgaben wahrgenommen.

In Zukunft wird es auch darauf ankommen, die gemeindlichen Wirtschaftsförderungsaktivitäten noch effektiver mit dem Handeln der Landkreise und Regionen Bedeutung zu vernetzen. Letztere sind Aktionsräume für

- die mittelfristige Sicherung des Fachkräftepotenzials und größerer Gemeinschaftsprojekte der Nachwuchsförderung,
- den Ausbau und Steuerung von regionalen Netzwerken und Clustern,
- die Organisation des Innovations- und Technologietransfers zwischen den regionalen F+E-Einrichtungen und den Unternehmen,
- regionale Orientierungshilfen im heterogenen Feld privater, öffentlich-rechtlicher und staatlicher Qualifizierungsangebote und
- die Standortwerbung im nationalen und internationalen Maßstab.

Der überörtlichen Wirtschaftsförderung kommen somit insbesondere solche Aufgaben zu, die auf kommunaler Ebene nicht angemessen wahrgenommen werden können. Dabei muss beachtet werden, dass zwischen kommunaler und interkommunaler Wirtschaftsförderung eine klare Aufgabentrennung vorgenommen wird. Es ist allerdings festzustellen, dass eine solche horizontale und vertikale Integration der Wirtschaftsförderung noch nicht erreicht ist. Als Hemmnisse erweisen sich vor allem das Konkurrenzdenken der Kommunen, was den Aufbau übergemeindlicher Strukturen der Wirtschaftsförderung erschwert und die Entwicklung leistungsfähiger Gewerbebestände und Gewerbeflächenpools behindert sowie das Fehlen einer umfassenden Strategie zur Abwendung ein-

schneidender Folgen des Fachkräftemangels und des drohenden drastischen Rückgangs der Erwerbspersonen.

Daher zielen die Empfehlungen auf eine neue Kultur übergemeindlicher Kooperation, durch die Maßnahmen zur Qualifizierung endogener Erwerbspersonenpotenziale, einer breit angelegten Nachwuchsförderung und bedarfsorientierten Zuwanderung effektiver umgesetzt werden können. Gleiches gilt für die gezielte Förderung von Gründungen und innovativen KMU, eingebettet in breit angelegte Strategien der Verfahrens- und Produktentwicklung sowie der Profilierung von Netzwerken und Clustern.

Standortentwicklung durch Konzentration

Die diffuse, kleinteilige Struktur von Gewerbegebieten im Ländlichen Raum erschwert die Entwicklung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit erheblich. Daher sollte in Zukunft der Entwicklung größerer, mit eigenem Management ausgestatteter übergemeindlicher Standortstrukturen größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Entwicklung leistungsfähiger Standorte als überregional wahrnehmbare „Marke“ kann nach zwei Richtungen erfolgen. Ein erster Ansatzpunkt besteht im Auf- und Ausbau interkommunaler Gewerbegebiete bis zu einer Größe, die ein „Centermanagement“ ermöglicht. Dazu sind logistisch und infrastrukturell günstig gelegene Standorte bei standortgezogenen Förderungen zu präferieren. Sie bieten vor allem KMU die Chance,

- niedrighschwellige und zielgenaue Lösungen bei der Qualifizierung von Mitarbeitern und für ihre Probleme der Produkt- und Verfahrensentwicklung durch Kooperation mit F+E-Einrichtungen zu erreichen,
- Netzwerke für den Erfahrungsaustausch, für den Ausbau der Fertigungstiefe und für Kooperationen bei der gemeinsamen Projektakquisition und Realisierung unter neutralem Management zu bilden und
- effiziente Formen der Fachkräfterekrutierung durch die Mithilfe des Centermanagements zu erreichen, ergänzt um kooperative Nachwuchsförderung mit Schulen und Hochschulen der Raumschaft.

Kommunal sollte der unmittelbare Kontakt der Teilnehmergeinde des IKG mit Unternehmen vor allem Fragen des Gewerbeflächenmanagements und des Bau- und Planungssektors umfassen, lokale Unternehmensnetzwerke aufbauen und weitere Servicefunktionen am Standort anbieten. Dazu müssen angemessen große Serviceeinheiten gebildet werden.

Ein zweiter Handlungsansatz liegt in der Weiterentwicklung der Idee des Gewerbeflächenpools, der die Gewerbestandorte einer Raumschaft durch ein gemeinsames Poolmanagement bewirtschaften lässt. Der Vorteil hierbei ist die Einbeziehung auch kleiner und peripherer Standorte in ein Poolmanagement, das die oben angeführten Aufgaben flächenhaft erfüllt. Wesentliche Vorteile liegen in

- der geringeren Inanspruchnahme von un bebauter Landschaft,
- der Diversität unterschiedlicher Standortqualitäten, die ein breites Spektrum von Standortmerkmalen und -kosten zur Auswahl bietet,

- der Versorgung einer ganzen Raumschaft mit qualitativem Service und der Bildung eines unverwechselbaren Standortprofils als Summe unterschiedlicher Qualitäten und
- die erhebliche Entlastungswirkung bei den Kosten für die eigenständige Erschließung von Gewerbestandorten, insbesondere bei reinen Angebotsplanungen.

Nachteilig wirken allerdings nach den bisherigen Erfahrungen die kommunalen Egoismen und die Komplexität vertraglicher Regelungen, um den Status quo möglichst exakt in Bezug auf Gewerbesteuer, Infrastrukturkosten und Ansiedlungspolitik abzubilden. Dafür sind andere, einfachere Modelle auf der Basis gemeinsamer Ziele zur Sicherung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit zu erarbeiten.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass die Entwicklung bereits seit längerem in Richtung leistungsfähiger Gewerbegebiete läuft. Dies sollte mit Nachdruck und durch die Förderung beispielhafter Entwicklungen insbesondere für Gewerbeflächenpools vorangetrieben werden.

8.2.4 Sicherung einer Infrastruktur und Daseinsvorsorge

Eine weitere zentrale Herausforderung ländlicher Entwicklungspolitik liegt in der Anpassung der Daseinsvorsorge an eine quantitativ verringerte Nachfrage nach öffentlichen und privaten Dienstleistungen. Ohne eine Steuerung durch die öffentliche Hand drohen ein ungeordneter Ausdünnungsprozess ländlicher Infrastruktursysteme und erhebliche Kostensteigerungen sowohl für die öffentliche Hand als auch die privaten Haushalte als Nachfrager. Allerdings wird in Regionen mit stärkerem Rückgang der Bevölkerungszahlen eine Ausdünnung der Standortnetze sozialer Infrastruktur mittelfristig kaum vermeidbar sein. Dies betrifft insbesondere Angebote der Kinderbetreuung und Jugendarbeit, der Bildung, der medizinischen Versorgung und des Einzelhandels. Mit einer stärkeren Bündelung höherwertiger Leistungen in ländlichen Zentralorten könnte sowohl eine Begrenzung von Kostensteigerungen als auch eine Sicherung der Qualität öffentlicher Dienstleistungen gelingen. Nachteilig wirken allerdings spürbare Erreichbarkeitseinbußen, da in dünner besiedelten ländlichen Räumen viele Angebote entfallen würden und lange Wege bei Aufsuchen der Einrichtungen eintreten. Deshalb sollte eine Strategie der „Rezentralisierung“ in dünn besiedelten ländlichen Räumen von einer weitgehenden Ausschöpfung verfügbarer Dezentralisierungs- und Flexibilisierungsspielräume bei Erbringung von Daseinsvorsorgeleistungen begleitet werden. Danach würden unterausgelastete Einrichtungen in gewissen Grenzen toleriert und Infrastrukturleistungen vermehrt in kooperativer Funktionsergänzung durch mehrere Zentren oder Gemeindeverbände erbracht (Siedentop 2009). Effizienzreserven liegen auch in der Gestaltung von Öffnungszeiten, der Leistungsbündelung in Gemeinde- und Sozialzentren mit kombinierten Angeboten an ärztlicher Versorgung, gesundheitlicher Beratung und Pflegedienstleistungen oder in der Ergänzung oder Substitution stationärer Einrichtungen durch mobile Angebote.

Durch eine intelligente Kombination von Zentralisierung und Dezentralisierung kann die wohnortnahe Versorgung mit Daseinsvorsorgeleistungen auch in dünn besiedelten ländlichen Räumen flächendeckend gewährleistet werden. Eine Gestaltungsvision liegt möglicherweise in der Zentralisierung höherwertiger Infrastrukturleistungen in weitmaschigen Netzen höherstufiger zentraler Orte, während die flächendeckende Befriedigung von

Grundbedürfnissen durch Dezentralisierung, Flexibilisierung und Mobilisierung gelingen kann. Voraussetzung dafür ist aber die Überwindung der immer noch verbreiteten Kooperationskepsis in lokalpolitischen Milieus und der schwach ausgeprägten Kultur der Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planung von Restrukturierungskonzepten der Daseinsvorsorge. Auch sollten die Möglichkeiten IT gestützter öffentlicher Dienstleistungen weiter ausgeschöpft werden. Der in den vergangenen Jahren erfolgte Ausbau der ländlichen Netzinfrastrukturen bietet hier immer bessere Rahmenbedingungen.

Die Anpassung an den demografischen Wandel ist indes keine staatliche Aufgabe allein, sie verlangt vielmehr nach einer umfassenden kommunalen Entwicklungspolitik. Während die Gemeinden die Ursachen des demografischen Wandels kaum beeinflussen können, verfügen sie bei der Anpassung an rückläufige Bevölkerungszahlen und eine alternde Gesellschaft über wirkungsvolle Instrumente, mit welchen negative Auswirkungen begrenzt werden können. Insbesondere die Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge muss hier als prioritäres Handlungsfeld genannt werden, welches den Entscheidungsträgern bereits heute langfristig orientierte Entscheidungen abverlangt. Von zentraler Bedeutung sind dabei eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit und übersektorale Perspektive bei der Planung und Bewirtschaftung von Infrastrukturleistungen.

Ein geeigneter Ansatzpunkt könnte diesbezüglich auch in der Etablierung von nachbarschaftlichen Handlungsräumen sein, wie dies beispielsweise im Schweizer Raumkonzept vorgesehen ist. In solchen dezentralen Gebietskulissen werden die jeweiligen Handlungs Herausforderungen benannt und regional angepasste Entwicklungsstrategien formuliert. Dies beinhaltet auch, dass die Akteure der einzelnen Handlungsräume die jeweiligen Stärken ihres Raumes identifizieren und weiterentwickeln. Mit den Instrumenten der „regionalen Verantwortungsgemeinschaft“ sowie der „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“ (BMVBS 2011) existieren bereits beispielhafte Anknüpfungspunkte für solche eher informelle, sektorübergreifende und kooperativ orientierte Entwicklungsstrategien, mit denen staatliche, kommunale und zivilgesellschaftliche Akteure gemeinsam getragene Leitlinien für die Entwicklungspolitik formulieren. Es ist zu prüfen, ob die Vergabe staatlicher Fördermittel für Infrastrukturmaßnahmen in Zukunft an die Existenz solcher Konzepte gebunden werden sollte.

In diesem Zusammenhang sollte auch darüber nachgedacht werden, inwieweit die bereits heute in Ansätzen erkennbare Ablösung staatlicher, kommunaler oder privatwirtschaftlicher Verantwortung für die Erbringung von Infrastrukturleistungen zugunsten von stärker bürgerschaftlich organisierten Trägermodellen gefördert werden kann. Die zahlreichen guten Beispiele von bürgerschaftlich organisierten Bürgerbussen, Dorfläden oder vereinsgeführten Sportflächenbewirtschaftung verdeutlichen ein bedeutendes Potenzial, bei dem es zu prüfen gilt, in welchem Maße es mobilisiert und langfristig eingebunden werden kann.

8.2.5 Kommunikation und bürgerschaftliches Engagement

Demografische Schrumpfung ist kein abrupt auftretendes Phänomen. Bei einsetzenden Bevölkerungsverlusten nehmen die Haushaltszahlen regelmäßig noch zu und auch die anhaltende Wohnbautätigkeit kann die Illusion nähren, dass Bevölkerungsverluste nur eine vorüber gehende Entwicklungsphase darstellen. Die Erfahrungen in Regionen mit

früherer Betroffenheit durch den demografischen Wandel zeigen aber, dass eine frühzeitige Auseinandersetzung mit dem im Großen und Ganzen gut prognostizierbaren demografischen Entwicklungspfad einer Region oder einer Kommune von entscheidender Bedeutung ist. Wird erst reagiert, wenn Schrumpfungsprobleme augenscheinlichen Charakter annehmen, können Fehlentwicklungen kaum mehr abgewendet werden. Die Landes-, Regional- und Kommunalpolitik sollte daher bereits in einem frühen Stadium absehbare demografische Perspektiven und ihre möglichen Implikationen offensiv und öffentlichkeitswirksam kommunizieren.

Insbesondere die Gemeinden sind dazu aufgerufen, mit geeigneten Mitteln die Kreativität der Bürgerschaft für eine Weiterentwicklung der Kommune unter veränderten demografischen Bedingungen zu mobilisieren. Als geeignete Instrumente haben sich hier unter anderem Zukunftswerkstätten und partizipatorische Stadtentwicklungskonzepte erwiesen, mit denen Gestaltungsvisionen und Ideen von Bürgerinnen und Bürgern diskutiert und anschließend realisiert werden können. Die Aktivierung zivilgesellschaftlichen Engagements ist gerade in stark schrumpfenden Räumen eine hervorzuhebende Herausforderung. Staatliche und kommunale Politik sollte sich hier verstärkt als Impulsgeber und Moderator zivilgesellschaftlicher „Auffangreaktionen“ verstehen.

8.2.6 Mobilisierung regionaler Akteure und regionale Kooperation

Wie bereits die Strategien der Sicherung der Daseinsvorsorge und die Ansätze zur Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderung verdeutlichen, ist die Antwort auf zahlreiche Herausforderungen in Zukunft nicht allein auf kommunaler Ebene zu suchen. Im Sinne eines „Regionalmanagements“ muss darauf hingearbeitet werden, endogene Potenziale von Regionen und ihre Entscheidungsträger stärker zu aktivieren. Es wird zunehmend erkannt, dass lokale Akteure die Entwicklungschancen ihrer Region wie auch ihre Hindernis besser einzuschätzen wissen als übergeordnete Entscheidungsträger. Als Adressaten einer verstärkten regionalen Kooperation sind zunächst die Vertreter aus Politik und Verwaltung zu nennen. Grundsätzlich ist aber auch eine Partizipation von Akteure aus Privatwirtschaft, Interessensvertretungen und Bürgerschaft anzustreben. Zwar steigt mit der Anzahl der Teilnehmer die Schwierigkeit konsensualer Entscheidungsfindung. Auf der anderen Seite sorgt sie aber auch für die nötige Akzeptanz der Beschlüsse bei den Interessensgruppen. Die Ausgestaltung und der Formalisierungsgrad von Kooperationen können dabei je nach Themenfeld und Zieldefinition verschiedene Formen annehmen. Grundsätzlich besteht jedoch bei rein informellen Kooperationsformen stets die Gefahr einer verminderten Effektivität, in dessen Folge es möglicherweise zu einem starken Motivationsverlust der Mitwirkenden kommen kann. Eine zumindest rudimentäre Formalisierung in Bezug auf die Entscheidungsfindung und die Verbindlichkeit getroffener Vereinbarungen sollte daher erfolgen.

Die Handlungsfelder, in denen sich Schnittmengen zwischen benachbarten Kommunen ergeben können, sind mannigfaltig. Neben der bereits angesprochenen Zukunftsplanung der Daseinsvorsorge, in Rahmen welcher interkommunale Kooperation einen besonderen Stellenwert erhalten wird, sind es vor allem Maßnahmen zur Verbesserung der weichen Standortfaktoren des Wohnens und des Wirtschaftens, in denen Potenziale zur gemeinsamen Aufgabenbewältigung liegen. Zu nennen sind hier zunächst gemeinsame Touris-

mus- und Freizeitkonzepte, Landschafts- und Naturschutzmaßnahmen, gemeinsame Abstimmung des ÖPNV oder der Ausbau des Regionalmarketings. Gemein ist ihnen, dass sie in der Regel ein vergleichsweise geringes Konfliktpotenzial zwischen den Akteuren bergen und sich schnell erste positive Effekte nachweisen lassen. Auf diese Weise können Erfolge auf jenen Gebieten dazu beitragen, dass eine Zusammenarbeit von vormals Unbekannten oder sogar Kontrahenten ermöglicht wird. Damit einher geht oftmals ein verbessertes Kooperationsklima, das sich auch jenseits der Projektkontexte positiv auswirkt und so den Weg bereiten kann, dass in Zukunft auch bei Handlungsfeldern mit größeren Investitionsvolumina (z.B. Bauleitplanung, Straßenverkehr) eine gemeinsame Strategie entwickeln lässt. Des Weiteren rückt die Region als identitätsstiftende Raumeinheit möglicherweise bei anhaltender erfolgreicher Kooperation stärker ins Bewusstsein kommunaler Entscheidungsträger, so dass sich ein regionales Bild der Region verfestigt und bei künftigen Maßnahmen im Entscheidungskalkül zunehmende Berücksichtigung findet (Diller 2003). Somit muss bei Projekten zur regionalen Kooperation immer auch der Weg als eines der Ziele angesehen werden.

Die Mobilisierung der Akteure zur regionalen Kooperation über Förderprogramme ist weiter zu forcieren. Auch das Instrument des Förderwettbewerbs ist in diesem Kontext als geeigneter Impulsgeber für die Anregung gestalterischen Handelns zu begrüßen. Allerdings darf regionale Kooperation nicht zum reinen Selbstzweck verkommen. Den Anstoßpunkt müssen stets konkrete lokal identifizierte Defizite bilden und nicht die Aussicht auf zusätzliche finanzielle Zuwendungen. Auch kann der Wettbewerbsgedanke nicht auf die gesamte Förderlandschaft übertragen werden. Es drohen ein Verlust der Impulswirkung und eine zeitliche und finanzielle Überforderung der Antragsteller. Darüber hinaus gilt es die Wirkungen in Regionen, die aus Förderwettbewerben ausgeschieden sind, kritisch zu hinterfragen. Gerade in Räumen, die ohnehin eher zu Verlierern der jüngeren Entwicklung gehören, kann eine wiederholte Zurückweisung von Entwicklungskonzepten zu Frustration führen. Daher sollte sichergestellt werden, dass zwischen den um Fördermittel konkurrierenden Regionen eine Chancengleichheit hergestellt wird, welche die spezifischen Voraussetzungen in der finanziellen und personellen Ausstattung der Regionen berücksichtigt und eine einseitige Vergabe von Fördermitteln entgegen wirkt.

8.2.7 Evaluierung der Förderpolitik

Der Transfer volkswirtschaftlicher Ressourcen von Wachstumsregionen in strukturschwächere Landesteile wird zunehmend unter Effizienzgesichtspunkten kritisch gesehen. So werden den vorhandenen Mechanismen zum interregionalen Ausgleich oftmals nur geringe Erfolge zugeschrieben. Um diesen Vorwürfen zu begegnen, aber auch um den Einsatz von Fördermitteln in Zukunft effizienter zu gestalten, sollte über einen verstärkten Einsatz von Evaluierungsmaßnahmen nachgedacht werden. Während bei Neueinführung von Förderinstrumenten dem Aspekt der Wirkungsabschätzung vermehrt Bedeutung beigemessen wird, finden derartige Ansätze bei den Standardinstrumenten der Landes- und Regionalplanung nur selten hinreichend Beachtung. Dabei sind Evaluierungsmaßnahmen im besten Fall nicht nur als temporäre Unterstützungsleistung sondern als permanente strategische Komponente in die Förderlandschaft zu implementieren (Schwab 2009). Zweifelsohne stellt es eine große Herausforderung dar, die Entwicklungsimpulse von Fördermaßnahmen derart zu isolieren, dass ein Vergleich zu einer angenommenen alternati-

ven Entwicklung zulässig ist. Trotzdem darf dies nicht als Rechtfertigung herangezogen werden, auf Evaluierungsmaßnahmen generell zu verzichten. Neben dem Ziel, die Effektivität konkreter Fördermaßnahmen abschätzen zu können, führt eine feste Integration auch zu einer Kompetenzbildung auf dem Gebiet der Förderevaluation und ermöglicht eine systematische Rückkoppelung in zukünftige Entscheidungsprozesse. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass Maßnahmenevaluation auch immer die konkrete Benennung von Zielen und eine Entwicklung von Zielindikatoren erfordert. Somit wirkt sie bereits in der Entstehungsphase in die Ausgestaltung von Fördermaßnahmen hinein.

9 Literaturverzeichnis

Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2007): Methodenbeschreibung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) der Länder.

Aring, J., Sinz, M. (2006): Neue Leitbilder der Raumentwicklung in Deutschland. Modernisierung der Raumordnungspolitik im Diskurs. In: DIP 165, S. 43-60.

Axhausen, K., Fröhlich, P., Tschopp, M. (2005): Entwicklung der Erreichbarkeit der Schweizer Gemeinden: 1950 bis 2000. In: RuR, Heft 06/2005, S. 385-399.

Backhaus, K., Erichson, B., Plinke, W., Weiber, R. (2006): Multivariate Analysemethoden. Eine Anwendungsorientierte Einführung. Berlin.

Bade, F.-J. (2006): Gewinner und Verlierer der wissensbasierten Ökonomie. Tagung der Evangelischen Akademie Loccum: Wirtschaftsförderung in der Wissensgesellschaft. Loccum.

Bade, F.-J., Niebuhr, A. (1999): Zur Stabilität des räumlichen Strukturwandel. In: Jahrbuch für Regionalwissenschaft, Jg. 19, S. 131 ff.

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2006): Öffentliche Daseinsvorsorge und demographischer Wandel. Erprobung von Anpassungs- und Entwicklungsstrategien in Modellvorhaben der Raumordnung. Bonn.

Becker, H., Gombert, P., Moser, A. (2006): Perspektiven und Probleme von Frauen in ländlichen Räumen. Braunschweig.

Behn, S., Schaffranke, D., Siebert, I. (2009): Gegenstrategien in der kommunalen Jugendarbeit und Jugendhilfeplanung. In: Schubarth, W., Speck, K. (Hrsg.): Regionale Abwanderung Jugendlicher – Theoretische Analysen, empirische Befunde und politische Gegenstrategien. München, S. 223-242.

Bell, D. (1985): Die nachindustrielle Gesellschaft. Frankfurt am Main.

Bleisch, A., Koellreuter, C. (2003): Die Erreichbarkeit von Regionen. In: IBC Modul Erreichbarkeit, Schlussbericht Phase 1. Basel: BAK Basel Economics.

Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2009): Demografischer Wandel. Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder. Berlin.

Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) (Hrsg.) (2005): Junge Menschen gestalten ländliche Räume - Leitfaden zum Modellprojekt „Entwicklung eines Informations- und Kommunikationszentrums für junge Menschen“ am Beispiel Ivenack. Berlin.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BMVBS/BBR) (Hrsg.) (2006): Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland. Berlin/Bonn.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BMVBS/BBR) (Hrsg.) (2009): Chancen und Risiken steigender Verkehrskosten für die Stadt- und Siedlungsentwicklung unter Beachtung der Aspekte der postfossilen Mobilität. BBSR-Online-Publikation, Heft 03/2009. Berlin/Bonn.

Bösch, N. (2010): Frauen und Männer am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB Regional. IAB Baden-Württemberg 02/2010)

Brachat-Schwarz, W. (2004): Das Ende der Suburbanisierung? Langfristige Bevölkerungsentwicklung in den Mittelzentren und Umlandgemeinden Baden-Württembergs. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Heft 04/2004, S. 19-22.

Brachat-Schwarz, W. (2008): Reurbanisierung – Gibt es eine „Renaissance der Städte“ in Baden-Württemberg? In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Heft 11/2008, S. 5-13.

Brachat-Schwarz, W. (2010): Aktuelle Trends im Wanderungsgeschehen in Baden-Württemberg. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Heft 11/2010, S. 20-24.

Brandt, A., Krätke, S., Hahn, C., Borst, R. (2008): Metropolregionen und Wissensvernetzung. Berlin: Beiträge zur europäischen Stadt- und Regionalforschung, Band 6.

Braun, B., Chilla, T., Morhardt, T. (2008): Jenseits der Speckgürtel: Wanderungsabsichten von Schulabsolventen und der demographische Wandel im ländlichen Raum. Das Beispiel des Landkreises Haßberge in Unterfranken. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 3/2008, S. 260-270.

Bröcker, J., Schulz, A. (2007): Die Erreichbarkeit der Arbeitsmärkte für Berufspendler aus den Gemeinden Schleswig-Holsteins. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB Regional. IAB Nord 01/2007).

Bruggmann, M. (2000): Die Erfahrung älterer Mitarbeiter als Ressource. Wiesbaden.

Brümmerhoff, D. (2007): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Rostock.

Buch, T., Hamann, S., Niebuhr, A. (2010): Der Wettbewerb um kluge Köpfe nimmt zu. Wanderungsbilanzen deutscher Metropolen. IAB-Kurzbericht 16/2010. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Bundesagentur für Arbeit (2009): Qualitätsbericht: Statistik der Arbeitslosen und Arbeitssuchenden. Nürnberg.

- Bundesagentur für Arbeit** (2010): Qualitätsbericht: Statistik der sozialversicherungspflichtigen und geringfügigen Beschäftigung. Nürnberg.
- Champion, T.** (2001): Urbanization, suburbanization, counterurbanization and reurbanization. In: Paddison, R. (Hrsg.): Handbook of urban studies. London: Sage Publications, S. 143-161.
- Cornelius, I.** (2004): Wanderungsbewegungen von Deutschen und Ausländern seit 2000. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Heft 08/2004, S. 17-18.
- Diller, C.** (2003): Regionalentwicklung durch neue Kooperationen – von wem und für wen? In: Standort – Zeitschrift für angewandte Geographie, Heft 02/2003, S. 79-84.
- Dominé, A.** (2007): Dynamik des Ländlichen Raums Baden-Württembergs wird schwächer. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Heft 05/2007, S. 49-53.
- Falck, O., Heblich, S.** (2008): Wirtschaftspolitik in ländlichen Regionen. Berlin: Volkswirtschaftliche Schriften 553.
- Fischer, B., Vullhorst, U., Werner, J.** (2009): Wirtschaftskrisen und Konjunkturzyklen in Baden-Württemberg seit 1950. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Heft 09/2009, S. 3-11.
- Flik, R.** (2002): Von der Agrar- zur Dienstleistungsgesellschaft: Baden-Württemberg 1800-2000. In: Cost, H., Körber-Weik, M. (Hrsg.): Die Wirtschaft von Baden-Württemberg im Umbruch. Stuttgart.
- Florida, R.** (2002): The rise of the creative class ... and how it's transforming work, leisure, community, & everyday life. New York.
- Franzen, N.** (2008): Herausforderung Vielfalt – Ländliche Räume im Struktur- und Politikwandel. Hannover.
- Gebauer, I., Luley, T., Breuninger, C.** (2009): Breitbandzugang als Standortfaktor für Unternehmen im ländlichen Raum Baden-Württembergs. Auswertung einer Unternehmensbefragung in Baden-Württemberg. Stuttgart: Universität Stuttgart.
- Gehrke, B., Krawczyk, O., Legler, H.** (2007): Forschungs- und wissensintensive Wirtschaftszweige in Deutschland: Außenhandel, Spezialisierung, Beschäftigung und Qualifikationserfordernisse. Aktualisierung und Überarbeitung unter Berücksichtigung der NIW/ISI-Listen 2006. Hannover: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung (Studien zum deutschen Innovationssystem 17)
- Geppert, K., Gornig, M.** (2010): Mehr Jobs, mehr Menschen: die Anziehungskraft der großen Städte wächst. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 19/2010).
- Glaeser, E. L.; Gottlieb, J. D.** (2006): Urban resurgence and the consumer city. In: Urban Studies, Heft 8, S. 1275-1299.

Gornig, M., Häußermann, H. (1994): Regionen im Süd/Nord- und West/Ost-Gefälle. In: Roth, R., Wollmann, H. (Hrsg.): Kommunalpolitik. Opladen.

Häußermann, H. (2009): Der Suburbanisierung geht das Personal aus. Eine stadtsoziologische Zwischenbilanz. In: Stadtbauwelt 181, S. 52-57.

Hahne, U. (2009): Zukunftskonzepte für schrumpfende ländliche Räume. Von dezentralen und eigenständigen Lösungen zur Aufrechterhaltung der Lebensqualität und zur Stabilisierung der Erwerbsgesellschaft. In: Neues Archiv für Niedersachsen. Zeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesentwicklung, Heft 01/2009, S. 2-25.

Heidemann, W. (2000): Lebenslanges Lernen und Beschäftigungsfähigkeit – das europäische Modell der Berufsbildung in der Krise? Düsseldorf.

Herfert, G., Osterhage, F. (2011): Wohnen in der Stadt: Gibt es eine Trendwende zur Reurbanisierung? In: Herfert, G., Brake, K. (Hrsg.): Reurbanisierung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (im Erscheinen).

Herz, R., Werner, M., Marschke, L. (2002): Anpassung der technischen Infrastruktur. In: BMVBW (Hrsg.): Fachdokumentation zum Bundeswettbewerb „Stadtumbau Ost“. Experten zu städtebaulichen und wohnungswirtschaftlichen Aspekten des Stadtumbaus in den neuen Ländern. S. 50-60. Berlin.

Hesse, M. (2010): Reurbanisierung oder Metropolisierung? In: disP 180, S. 36-46.

HM Treasury; Office of the Deputy Prime Minister (2006): Devolving decision making: 3 - Meeting the regional economic challenge: The importance of cities to regional growth. London.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) (2004): Deutschland altert – die demographische Herausforderung. Köln.

Kaldybajewa, K., Mielitz, B., Thiede, R. (2006): Minijobs: Instrument für Beschäftigungsaufbau oder Verdrängung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung? In: RVaktuell 04/2006, S. 126-132.

Koziol, M. (2004): Folgen des demographischen Wandels für die kommunale Infrastruktur. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Heft 2004/1, S. 69-83.

Kunzmann, K. (2004): Culture, creativity and spatial planning. In: Town Planning Review, Jg. 75, Heft 4, S. 383-404.

Leber, N.; Kunzmann, K. (2006): Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume in Zeiten des Metropolenfiebers. In: disP 166 03/2006, 58-70.

Lederbogen et al. (2011): City living and urban upbringing affect neutral social stress processing in humans. In: Nature, Vol. 474, S. 498-501.

- Lücke, C., Lindner, M., Niedlich, S., Schönfeld, P.** (2009): Bedarfsorientierte Weiterbildung – Innovationsimpulse für KMU. In: Emminghaus, C., Tippelt, R. (Hrsg.): *Lebenslanges Lernen in regionalen Netzwerken verwirklichen – Abschließende Ergebnisse zum Programm „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“*. S. 149 – 168. Bielefeld.
- Meth, D.** (2002): *Mobilität im ländlichen Raum – Lösungsansätze zur Sicherung der Erreichbarkeit*. Wien: Universität für Bodenkultur Wien.
- MKRO (Ministerkonferenz für Raumordnung)** (2008): *Demographischer Wandel und Daseinsvorsorge. Eckpunktebeschluss der 35. Ministerkonferenz für Raumordnung am 29. April 2008 in Stuttgart*. Berlin.
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD)** (Hrsg.) (2006): *Das neue Paradigma für den ländlichen Raum – Politik und Governance*. Paris.
- Peschel, K., Bröcker, J.** (1986): Die Arbeitsmarktentwicklung in den Raumordnungsregionen der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1970 und 1984. In: Akademie für Raumforschung (Hrsg.): *Analyse regionaler Arbeitsmarktprobleme*. Hannover.
- Peter, F.** (2006): Verschuldung der Gemeinden im Landkreis Böblingen. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 01/2006, S. 44-47.
- Pflugmann-Hohlstein, B.** (2010): Aktuelle Entwicklungen in der Kinderbetreuung. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 06/2010, S. 9-13.
- Schmidt, H., Wolf, R.** (2010): Entwicklung der Schülerzahlen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs bis 2020/21. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 09/2010, S. 3-9.
- Schneider, N., Dorbritz, J.** (2011): Wo bleiben die Kinder? Der niedrigen Geburtenrate auf der Spur. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 10-11/2011, S. 26-34.
- Schwaab, O.** (2009): Evaluierung von Raumentwicklungspolitik in Deutschland. In: Widmer, T., Beywl, W., Fabian, C. (Hrsg.): *Evaluation – ein systematisches Handbuch*. Wiesbaden.
- Seitz, H.** (1995): Konvergenz: Theoretische Aspekte und empirische Befunde für westdeutsche Regionen. In: *Konjunkturpolitik*, Heft 41, S. 168-198.
- Siebel, W.** (2008): Wohnen in der Innenstadt. In: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, Heft 01/2008, S. 37-46.
- Siedentop, S.** (2008): Die Rückkehr der Städte? Zur Plausibilität der Reurbanisierungshypothese. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 3/4, S. 193-210.
- Siedentop, S.** (2009): Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen – Problemausmaß und Lösungsansätze. In: Malburg-Graf, B. (Hrsg.): *Potenziale und aktuelle Problemstellungen ländlicher Räume in Baden-Württemberg. Beiträge des 3. Hochschultages*

2008 „Strukturentwicklung ländlicher Raum in Baden-Württemberg, S. 68-90. Stuttgart: Institut für Geographie.

Siedentop, S., Gornig, M., Weis, M. (2011): Integrierte Szenarien der Raumentwicklung in Deutschland: Ergebnisse eines Ressortforschungsprojektes im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Politikberatung kompakt, Heft 60. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.

Siedentop, S., Kausch, S., Einig, K., Gössel, J. (2003): Siedlungsstrukturelle Veränderungen im Umland der Agglomerationsräume. „Forschungen“, Band 114. Bonn: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2010): Finanzstatistik Kompakt – Finanzen des Landes Baden-Württemberg und seiner Gemeinden/Gemeindeverbände. Stuttgart.

Storper, M., Scott, A.J. (2009): Rethinking human capital, creativity and urban growth. In: Journal of Economic Geography, Heft 2, S. 147-167.

Südekum, J. (2002): Wie sinnvoll ist die Regionalpolitik der Europäischen Union. In: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Heft 2. S. 121-141.

Thierstein, A., Langer-Wiese, A., Förster, A. (2011): Ein Wirkungsmodell für Stadtentwicklung: Kreativ, attraktiv, wettbewerbsfähig. In: Frey, O. Koch, F. (Hrsg.): Die Zukunft der Europäischen Stadt. Stadtpolitik, Stadtplanung und Stadtgesellschaft im Wandel. Wiesbaden, S. 103-118.

Thränhardt, D. (2010): Braucht Deutschland Einwanderer? Und was ist zu tun? In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Mobility & Inclusion – Managing Labour Migration in Europe. Berlin, S. 31-36.

Treuner, P., Winkelmann, U., Junesch, R. (1994): Abschätzung der räumlichen Verteilung öffentlicher Finanzströme. Beiträge der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Band 127. Hannover.

Weinmann, T. (2009): Typisierung baden-württembergischer Kreise aufgrund ihres wirtschaftlichen Profils. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Heft 03/2009, S. 43-49.

Winkelmann, U. (2008): Berufspendler in Baden-Württemberg – Wo sind die Arbeitswege am längsten? In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Heft 08/2008, S. 35-40.

Wördenweber, M. (1985): Clusteranalysen bei gemischtskalierten Datensätzen: unter besonderer Berücksichtigung der Gewichtung von Variablen und Variablengruppen. Münster: Betriebswirtschaftliche Schriftenreihe 22.

Zukunftsrat der Bayerischen Staatsregierung (2010): "Zukunftsfähige Gesellschaft - Bayern in der fortschreitenden Internationalisierung". München.

Anhang 1: Zuordnung der Wirtschaftszweige

Zuordnung der Wirtschaftszweige zu den Wirtschaftssektoren nach WZ 2003

Primärer Sektor:

- Land- und Forstwirtschaft (A)
- Fischerei und Fischzucht (B)

Produzierendes Gewerbe:

- Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (C)
- Verarbeitendes Gewerbe (D)
- Energie- und Wasserversorgung (E)
- Baugewerbe (F)

Handel, Gastgewerbe und Verkehr:

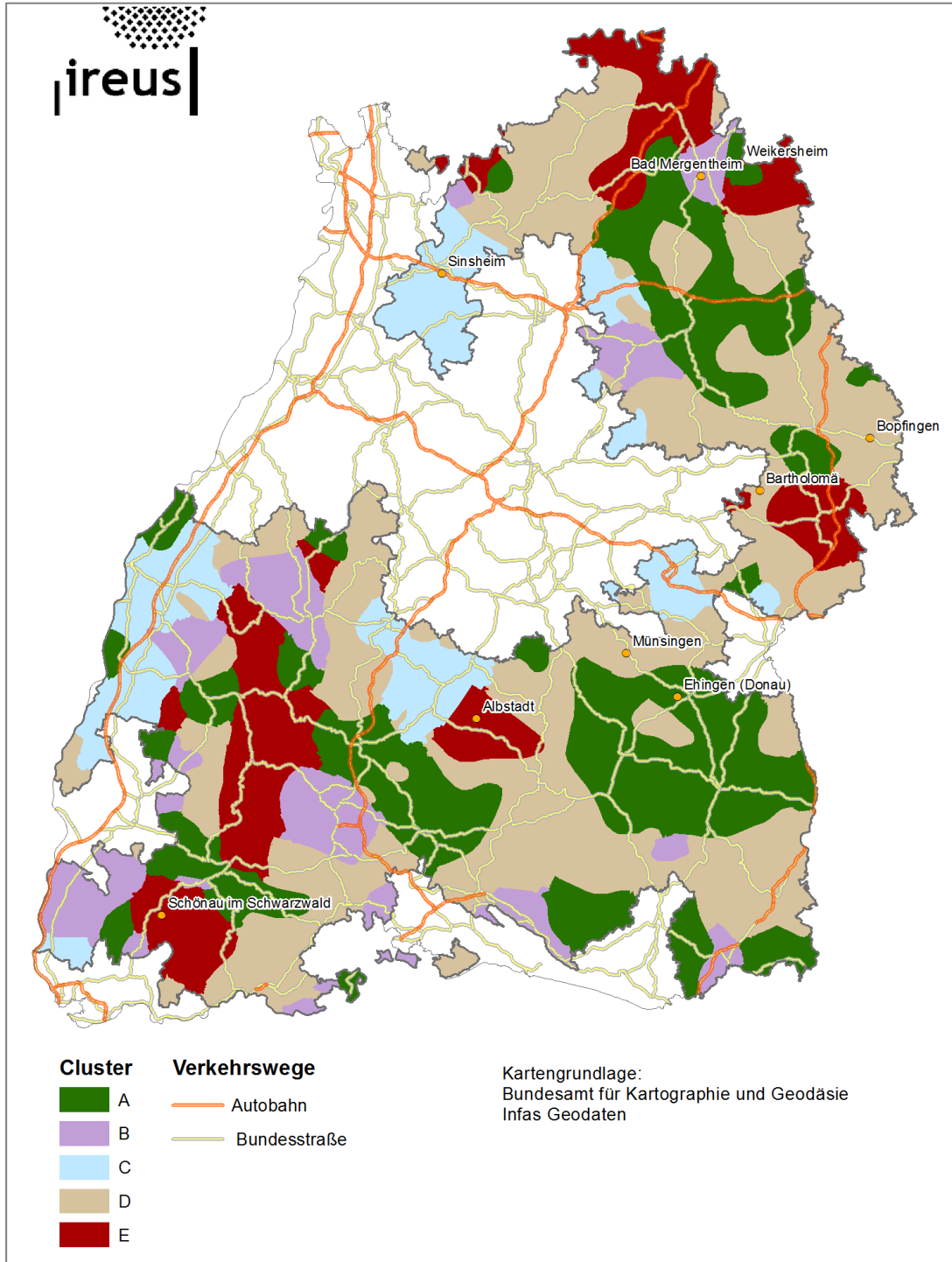
- Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern (G)
- Gastgewerbe (H)
- Verkehr und Nachrichtenübermittlung (I)

Sonstige Dienstleistungen:

- Kredit- und Versicherungsgewerbe (J)
- Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt (K)
- Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung (L)
- Erziehung und Unterricht (M)
- Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (N)
- Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (O)
- Private Haushalte (P)
- Exterritoriale Organisationen und Körperschaften (Q)

Anhang 2: Kommunale Fallstudien

Abbildung A1: Lage der Fallstudiengemeinden



Eigene Darstellung

Fallstudie Weikersheim – Clustertyp „A“

Im Tauber- und Vorbachtal sind Unterschiede der Clustertypik auf engem Raum zu beobachten. Dort sollte eine typische Kleinstadt in ländlicher Umgebung Auskunft geben über lokale Abweichungen vom Clustertyp „A“. Weikersheim steht für ein breites Spektrum der Beschäftigung in allen Wirtschaftssektoren und für die demographischen Probleme peripherer Lagen.

Tabelle A1: Strukturdaten der Gemeinde Weikersheim (2009)

Einwohner	7510
SVP-Beschäftigte am Arbeitsort	1681
SVP-Beschäftigte am Wohnort	2568
Einpendler	999
Auspendler	1886

Quelle: Statistische Landesamt Baden-Württemberg 2010

Einschätzungen zum Ergebnis der Clusteranalyse

Weikersheim sähe sich in seinen Anstrengungen zur Entwicklung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit bestätigt. Der Mangel an Bauplätzen habe zu Abwanderung geführt. Ein neues Baugebiet werde zügig aufgesiedelt. Dementsprechend sei der Wanderungssaldo in den letzten Jahren deutlich günstiger ausgefallen. Gegen die einschneidenden Verluste durch Bildungswanderung wisse Bürgermeister Kornberger keinen Rat. Hier wie in anderen peripher gelegenen Kommunen stelle der Verlust junger aktiver Bürger ein ernstes Problem für die lokale Wirtschaft, mehr noch für die Bürgergesellschaft dar.

Der positiven Entwicklung in den Dienstleistungen stehe nur im Analysezeitraum geringeres Wachstum im verarbeitenden Gewerbe gegenüber. Die Ansiedlungserfolge seit 2009 würden das geringere Wachstum im Zeitraum der Clusteranalyse kompensieren.

Weikersheim ziehe aus dem Vergleich der Indikatorenprofile folgende Schlüsse:

- Der systematische Ausbau des Gewerbestandortes würde fortgesetzt. Neugründungen und Erweiterungen bestehender Unternehmen würden durch umfangreiche Investitionen die SVP-Beschäftigung ausweiten.
- Die negativen Wanderungssalden der Demographie erforderten die Stärkung der Innenstadt und ländlich geprägter Ortskerne als Wohnstandorte.
- Die übergemeindliche Förderung Hochqualifizierter solle Bildungswanderern die Rückkehr in die Raumschaft erleichtern.

Das Fazit des Bürgermeisters lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die Clusteranalyse zeige Schwächen auf, bestätige jedoch die insgesamt positive wirtschaftliche Entwicklung der Stadt in einem problematischen Umfeld. Diese Bewertung der Ergebnisse wurde von den drei befragten Unternehmen geteilt. Vorteile des Wirtschaftsstandorts sähen die Unternehmen in der hohen Qualität der Infrastruktur und Daseinsvorsorge, der Standorttreue der Mitarbeiter, der hohen Qualität „weicher“ Standortfaktoren. Nachteilig seien die weiten Wege zu Autobahnen und Flughäfen.

Standortqualifizierende Strategien und Maßnahmen

Weikersheim verfolgt in der Sicherung und Entwicklung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit eine Doppelstrategie:

- Die Stadt engagiert sich in übergemeindlichen Initiativen des Tourismus („Liebliches Taubertal“), der Kultur („Hohenloher Kultursommer“) und der Nachwuchsförderung („Kreative Köpfe“).
- Gleichzeitig hat sie eine aktive und innovative städtische Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die Flächen recycelt und neue erschließt, Gründer und Ausgründungen fördert und den Unternehmen am Ort einen breit angelegten Service anbietet.

Weikersheim steht für eine breit angelegte Stadtwirtschaft. Die Stadt baut ihren Service für das produzierende Gewerbe und den Dienstleistungsbereich weiter aus, aktualisiert schrittweise das Angebot an Daseinsvorsorge auf hohem Niveau und zugleich die Kultur weit über dem Standard vergleichbarer Stadtgrößen. Die städtische Wirtschaftsförderung schließt auch die Landwirtschaft in den Teilorten ein, wo sie in einem Projekt der Biogasproduktion Tierhaltung und Energiewirtschaft in vorbildlicher Weise kombiniert.

Bürgermeister Kornberger und der Gemeinderat gäben dem Ausbau der Wirtschaft hohe Priorität:

- Das städtische Gewerbeflächenmanagement sei langfristig auf Bodenbevorratung, moderates Wachstum und Flächenrecycling angelegt.
- Die städtische WFG unterstütze Ausgründungen und Startups durch Vorleistungen bei den Gebäudeinvestitionen in den ersten fünf Jahren und biete ihnen eine Vielzahl von Serviceleistungen.
- Der Bürgermeister pflege permanent Kontakt mit den ortsansässigen Unternehmen, um Entwicklungen frühzeitig zu erkennen.
- Die Umsteuerung auf Handel und technische Dienstleistungen in der Beschäftigung am Arbeitsort werde systematisch ausgebaut (Automotivdienstleister, Großhandel für Freizeit und Sportartikel sowie Energiedienstleister investieren umfangreich).
- Hohe Priorität habe derzeit der Strukturwandel des traditionellen Einzelhandels in der Altstadt. Hier würden die Instrumente und Programme der Stadtsanierung intensiv genutzt, denn die Situation des traditionellen Einzelhandels sei als prekär einzustufen.

Ergänzt und flankiert würden die Maßnahmen zur Sicherung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit durch ein umfangreiches Kulturprogramm (Jeunesses Musicales, Hohenloher Kultursommer, Ausstellungen Bildender Kunst, etc.). Die Vorhaltung verlässlicher Betreuung für Kinder geht weit über die Pflichtaufgaben hinaus. Kinderbetreuung bestehe für alle Altersgruppen ohne Wartezeiten. Bauland und Wohnraum zu moderaten Preisen für junge Haushalte sowie ein umfängliches Freizeitangebot biete kostengünstige Lebensbedingungen nahe der Natur.

Standortbewertung und Standortperspektiven

Alle befragten Unternehmen bewerteten die Zukunftsperspektiven günstig, denn Stadt und Unternehmen hätten sich schon seit Jahren auf die demografischen Veränderungen eingestellt. Mit intensiver Nachwuchsförderung und familienfreundlicher Infrastruktur (alle Schulformen und Altersgruppen hätten eine verlässliche Ganztagesbetreuung) seien günstige Voraussetzungen geschaffen worden. Die Unternehmen befürchten schon in naher Zukunft Engpässe bei qualifiziertem, technischem Personal. Das Interesse der Unternehmen an Szenarien jenseits dieser Dekade sei nicht sehr ausgeprägt. Dazu seien die von ihnen bedienten Märkte zu volatil und die technischen Innovations- und Produktzyklen zu dynamisch.

Bürgermeister Kornberger sieht auch in der Landwirtschaft gute Aussichten für eine erfolgreiche Teilhabe am wirtschaftlichen Wettbewerb der Zukunft. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt habe an der Gründung einer Gesellschaft zur Biogasproduktion mitgewirkt, die von 41 Höfen und einigen weiteren Anlegern in Verbindung mit N-ergie, dem Gaslieferanten der Raumschaft, gegründet wurde. Die hier gewählte Form verwertet Abfälle der Landwirtschaft aus der Tierhaltung. Energiepflanzen würden nur auf Restflächen produziert. Dadurch entstehen weder Monokulturen noch Pachtpreissteigerungen, die andernorts zu Konflikten führen. Damit wird auch die Landwirtschaft in ein nachhaltiges Wirtschaftsgefüge eingegliedert, das von regionalen Produkten für die Gastronomie bis zu Wertschöpfungen aus der Energiewirtschaft reiche. In der breiten Aufstellung der Stadtwirtschaft über alle Wirtschaftssektoren sähe er auch in Zukunft die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Stadt gewährleistet. Denn die ansässigen Betriebe investierten in großem Umfang. Er sehe das örtliche Unternehmen im Handwerk und produzierenden Gewerbe aber auch Großhandel und industrielle Dienstleister gut für die Zukunft gerüstet.

Tabelle A2: Indikatoren der Gemeinde Weikersheim

Variablen der Clusteranalyse	Cluster A	Weikersheim	Gemeinden im 10 km Umkreis
Entwicklung der SVP-Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe (2002 - 2007, in %)	7,0	4,2	29,8
Entwicklung der SVP-Beschäftigten in den Dienstleistungssektoren (2002 - 2007, in %)	3,6	16,6	14,6
Anteil der Arbeitslosen an der Summe der SVP-Beschäftigten und Arbeitslosen (2008, in %)	4,2	7,7	6,9
Anteil der Hochschulabsolventen an den SVP-Beschäftigten (2008, in %)	6,8	6,7	10,0
Anteil der SVP-Beschäftigten tätig in wissensintensiven Wirtschaftszweigen (2007, in %)	40,7	37,0	51,3
Kumulierter Geburtensaldo bezogen auf 1.000 Einwohner (2002 - 2008)	5,1	5,2	6,1
Kumulierter Wanderungssaldo bezogen auf 1.000 Einwohner (2002 - 2008)	7,7	-6,9	-7,9
Anteil der über 64-jährigen an der Bevölkerung (2008, in %)	18,5	20,8	19,5
Kumulierter Wanderungssaldo der 18 - 24-jährigen bezogen auf 1.000 Einwohner der Altersgruppe (2002 - 2008)	12,5	-11,9	3,7
Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen (Potenzialansatz) (2008)	39.500	22.797	-

Eigene Berechnungen

Tabelle A3: Erreichbarkeitsindikatoren der Gemeinde Weikersheim (Pkw-Fahrzeit zur nächst gelegenen Einrichtung)

Indikator	Minuten
Erreichbarkeit der nächsten Apotheke	6
Erreichbarkeit der nächsten Autobahnauffahrt	37
Erreichbarkeit des nächsten Regionalverkehrsbahnhofs	6
Erreichbarkeit des nächsten Fernverkehrsbahnhofs	53
Erreichbarkeit des nächsten Gymnasiums	5
Erreichbarkeit des nächsten Krankenhauses der Grundversorgung	23
Anzahl in 15 Minuten erreichbarer Hausärzte	9
Erreichbarkeit des nächsten internationalen Flughafens	107
Erreichbarkeit der nächsten Hochschule mit mehr als 1.000 Studierenden	50

Eigene Berechnungen

Fallstudie Ehingen (Donau) – Clustertyp „A“

Der Ländliche Raum südlich und südwestlich von Ulm liegt zusammenhängend im Clustertyp „A“. Neben Biberach ist darin Ehingen als ein wirtschaftlich leistungsstarkes Mittelzentrum ausgewiesen. Mit seiner großen Gemarkung reicht es noch bis in das Biosphärengebiet Schwäbische Alb. Die Spannweite der Chancen und Problemlagen – Konzerne in Zukunftsbrachen einerseits, von Verödung betroffene Ortsteile andererseits, sprachen für diese Fallstudie.

Tabelle A4: Strukturdaten der Gemeinde Ehingen (Donau) (2009)

Einwohner	25702
SVP-Beschäftigte am Arbeitsort	11491
SVP-Beschäftigte am Wohnort	9458
Einpendler	6616
Auspendler	4583

Quelle: Statistische Landesamt Baden-Württemberg 2010

Einschätzungen zum Ergebnis der Clusteranalyse

Ehingen sähe sich durch den Indikatorenvergleich in seiner nachhaltigen Stadtentwicklung bestätigt. Für die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaft Sorge die Stadt durch die Bereitstellung von Gewerbeflächen und neuen Wohngebieten. Das Flächenangebot werde durch die Innenstadtsanierung ergänzt, die dem Handel neue Verkaufsflächen erschließt. Wie Oberbürgermeister Baumann feststellt, habe die großzügige Bereitstellung von Flächen wesentlich zur Wirtschaftsentwicklung der letzten Dekaden beigetragen.

Der Rückgang der SVP-Beschäftigung im produzierenden Gewerbe sei nach 2007 durch Ansiedlungen und Unternehmenserweiterungen wettgemacht worden. Denn von der Wirtschaftsflaute in 2004/5 und der Krise 2008/9 hätten sich die Unternehmen schnell erholt. Die Beschäftigung im Dienstleistungssektor werde durch die geplanten großflächigen Erweiterungen der innerstädtischen Einkaufslagen neue Impulse erhalten. Daher sähe der Oberbürgermeister die negativen Abweichungen der Beschäftigungsindikatoren als zeitlich begrenzt an. Insgesamt ziehe er aus dem Ergebnis der Clusteranalyse folgende Schlüsse:

- Innerhalb der Kommunalpolitik habe die Wirtschaftsleistung der Unternehmen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Weltfirmen Liebherr, Schlecker und Sappi auch weiterhin Priorität. Hinzukommen müsse die Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen.
- Die Entwicklung der Beschäftigungslage habe sich in jüngster Zeit deutlich verbessert. Es herrsche Vollbeschäftigung. Ansiedlungen und Erweiterungen bestehender Unternehmen ließen einen Anstieg der SVP-Beschäftigung erwarten.
- Die Wohnbaupolitik der vergangenen Dekaden habe wesentlich zu der günstigen Entwicklung demographischer Indikatoren und zur Abwendung des Fachkräftemangels beigetragen.

Oberbürgermeister Baumann werte das Ergebnis der Clusteranalyse daher als Bestätigung des bisherigen Kurses der expansiven Stadtentwicklung. Neben der Sanierung der historischen Stadt müsse auf der weitläufigen Gemarkung mit 17 Teilorten auch die problematische Entwicklung in den Ortskernen peripherer Ortsteile stärker Beachtung finden.

Standortqualifizierende Strategien und Maßnahmen

Das langfristig angelegte kommunale Flächenmanagement ermögliche schnelle Entscheidungen bei Ansiedlungen, Unternehmenserweiterungen und im Flächenrecycling. Die Stadt verfüge über ca. 100 ha planreifes Gewerbebauland, das nach Bedarf erschlossen werde. Zur kostengerechten Beschaffung des Rohbaulandes trage eine frühzeitige und gründliche Information der Eigentümer und eindeutige Preisvorgaben des Gemeinderates bei. Die Stärkung der KMU und die Ansiedlung von Aus- und Neugründern erhalte in Zukunft hohe Priorität, um die Abhängigkeit der Stadtwirtschaft von den drei großen Unternehmen zu reduzieren.

Die Stärkung der historischen Stadt als Wohn- und Handelsstandort ist in den letzten Jahren gemeinsam mit Finanzinstituten vorbereitet worden. Die Stadt schaffe mit den Förderprogrammen der Stadtsanierung günstige Bedingungen für Investoren. Die Quartiere um den Marktplatz würden gründlich umgestaltet. Für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit bedeute das zusätzliche SVP-Beschäftigung einerseits, neue Standards in der Versorgung der Stadt und des Umlandes mit Waren und Dienstleistungen andererseits. In diese umfänglichen Veränderungen der identitätsstiftenden Mitte wird die Bürgerschaft einbezogen. Vor allem die Eigentümer in den Sanierungsgebieten sollen teilhaben am Entstehen eines neuen Leitbildes für die Innenstadt.

Die strategische Allianz mit dem Oberzentrum Ulm über die „Innovationsregion Ulm“ sowie die Clusterinitiative „Nutzfahrzeuge Schwaben (CNS) e.V.“ und die Region Donau-Iller habe sich bewährt. Die Kontakte der Unternehmen zu F+E-Einrichtungen der Universität Ulm und ihre Kompetenzzentren sicherten den Innovationstransfer und erleichterten den Unternehmen die Rekrutierung von Fachkräften.

Standortbewertung und Standortperspektiven

In Unternehmensgesprächen wird dem Wirtschaftsstandort Echingen hohe Qualität bescheinigt:

- Die Zuverlässigkeit und der Leistungswille der Mitarbeiter, ihre Betriebstreue und ihre Verankerung in den Heimatorten sicherten den Unternehmen günstige Personalstrukturen und effizientes Wirtschaften. Nur partiell könne von Fachkräftemangel gesprochen werden. Gemeinsam mit der Stadt organisiere man eine jährliche Ausbildungsmesse, die den Jugendlichen Einblick gewähre in die Unternehmen, Karrierewege aufzeige und Kontakte zu den Ausbildern ermögliche.
- Die Stadtverwaltung biete vor allem bei Bau- und Immobilienproblemen schnelle konstruktive Hilfen. Sie bemühe sich um die Förderung des Nachwuchses und stelle Kontakte zu den Schulen her. Der direkte Kontakt zur Verwaltungsspitze löse Probleme zuverlässig und schnell.
- Schwierig zu erreichen seien die Fernverbindungen von Echingen aus. Der Kfz-Verkehr nach Ulm leide permanent unter Engstellen und Staus. Seit langem mahnten die Unternehmen und die Verwaltung Verbesserungen an.

Oberbürgermeister Baumann sieht die Abhängigkeit von den drei großen Unternehmen kritisch. Obwohl sie in unterschiedlichen Sektoren und Branchen agierten, wäre die Stadt

krisenanfällig. Er sähe im Ausbau und der Neuansiedlung mittelständischer KMU die Chance zu weiterer Differenzierung des Branchenspektrums. Außerdem zielten seine zukünftigen Bemühungen auf die Erweiterung des Dienstleistungssektors, des Tourismus und der Kultur. Alles in allem werte er die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Ehingen positiv.

Tabelle A5: Indikatoren der Gemeinde Ehingen (Donau)

Variablen der Clusteranalyse	Cluster A	Ehingen	Gemeinden im 10 km Umkreis
Entwicklung der SVP-Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe (2002 – 2007, in %)	7,0	0,3	-0,4
Entwicklung der SVP-Beschäftigten in den Dienstleistungssektoren (2002 – 2007, in %)	3,6	2,9	2,7
Anteil der Arbeitslosen an der Summe der SVP-Beschäftigten und Arbeitslosen (2008, in %)	4,2	4,1	4,6
Anteil der Hochschulabsolventen an den SVP-Beschäftigten (2008, in %)	6,8	4,7	4,6
Anteil der SVP-Beschäftigten tätig in wissensintensiven Wirtschaftszweigen (2007, in %)	40,7	47,9	40,6
Kumulierter Geburtensaldo bezogen auf 1.000 Einwohner (2002 - 2008)	5,1	11,7	10,2
Kumulierter Wanderungssaldo bezogen auf 1.000 Einwohner (2002 - 2008)	7,7	7,0	7,3
Anteil der über 64-jährigen an der Bevölkerung (2008, in %)	18,5	17,1	17,3
Kumulierter Wanderungssaldo der 18 - 24-jährigen bezogen auf 1.000 Einwohner der Altersgruppe (2002 - 2008)	12,5	67,0	54,3
Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen (Potenzialansatz) (2008)	39.500	47.326	

Eigene Berechnungen

Tabelle A6: Erreichbarkeitsindikatoren der Gemeinde Ehingen (Donau) (Pkw-Fahrzeit zur nächst gelegenen Einrichtung)

Indikator	Minuten
Erreichbarkeit der nächsten Apotheke	7
Erreichbarkeit der nächsten Autobahnauffahrt	43
Erreichbarkeit des nächsten Regionalverkehrsbahnhofs	9
Erreichbarkeit des nächsten Fernverkehrsbahnhofs	38
Erreichbarkeit des nächsten Gymnasiums	10
Erreichbarkeit des nächsten Krankenhauses der Grundversorgung	7
Anzahl in 15 Minuten erreichbarer Hausärzte	25
Erreichbarkeit des nächsten internationalen Flughafens	78
Erreichbarkeit der nächsten Hochschule mit mehr als 1.000 Studierenden	35

Eigene Berechnungen

Fallstudie Bad Mergentheim – Clustertyp „B“

Innerhalb der Region Heilbronn-Franken liegt die Stadt in einem heterogenen Feld der Gebietstypik. Sie repräsentiert den Clustertyp „B“ mit z.T. deutlichen Abweichungen in den demographischen Indikatoren. Als Standort eines breiten Bildungs- und Ausbildungsangebotes, als Kurstadt und Gesundheitszentrum, übernimmt es Mittelpunktfunktionen im Main-Tauber-Kreis. Die Ansiedlung der Würth-Gruppe auf einem Konversionsgelände ergänzt den Dienstleistungsbereich und mit der Würth-Akademie und der dualen Hochschule auch die regionale Hochschullandschaft.

Tabelle A7: Strukturdaten der Gemeinde Bad Mergentheim (2009)

Einwohner	22511
SVP-Beschäftigte am Arbeitsort	10569
SVP-Beschäftigte am Wohnort	7740
Einpendler	6528
Auspendler	3699

Quelle: Statistische Landesamt Baden-Württemberg 2010

Ergebnisse der Clusteranalyse, Einschätzungen und Schlussfolgerungen

Auffallend hoch ist der Verlust an SVP-Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe. Er resultiert aus der Abwanderung eines Laborglasproduzenten ins Umland und aus Restrukturierungsmaßnahmen größerer Unternehmen wie ROTO und Bembé. Diese Verluste hätten sich seit 2007 nicht weiter fortgesetzt, daher sei von einer Stabilisierung auszugehen. Die Dienstleistungsbranchen hätten vielfältige kleine und mit der Logistikabteilung von Würth Industrie Service einen größeren Zuwachs seit 2007. Hinzu komme der Bau des „Aktiv-Centers“ am Bahnhof, der einen Impuls der SVP-Beschäftigung im Dienstleistungssektor auslösen werde. Daher sei mit einer Zunahme in Richtung auf die Durchschnittswerte des Clusters B zu rechnen.

Bei der demographischen Entwicklung sei die negative natürliche Entwicklung auf einen Mangel an günstigen Bauplatzangeboten für Familien im Analysezeitraum zurückzuführen. Inzwischen seien Neubaugebiete entstanden, die weitgehend aufgesiedelt wären. Eine Ursache für die ungünstige Saldierung von Geburten und Sterbefällen könne auch in den häufigeren Todesfällen der Alteinrichtungen liegen, die in der Stadt ihren Standort haben.

Die positiven Wanderungssaldos resultierten zum einen aus einer ganzen Reihe von Alteinrichtungen, die auch als Geschäftsfeld der Gesundheitsdienste zu werten seien, zum anderen aus den Studierenden der dualen Hochschule und der privaten Hochschule der Würth-Gruppe, die berufsbegleitend den Bachelor- und Masterabschluss in den Wirtschaftswissenschaften anbietet.

Oberbürgermeister Glatthaar zieht aus der Clusteranalyse folgende Schlüsse:

- Die inzwischen wieder wachsende SVP-Beschäftigung wolle er für Verbindungen der Gesundheitsvorsorge, klinische Praxis und Medizintechnik im Sinne einer Clusterinitiative nutzen.

- Die Bildungswanderung an der Dualen Hochschule solle durch den Aufbau weiterer Studiengänge und Studienplätze intensiviert werden. Sein Ziel sei es, einen Schwerpunkt der Wissensvermittlung für die Raumschaft einzurichten.
- Der beschlossene Ausbau der Kinderbetreuung, weitere familienfreundliche Angebote der Stadt und die Intensivierung des Wohnungsbaus solle die Einwohnerzahl erhöhen. Die Zuwanderung im Bereich der Senioren wird hierzu einen weiteren Beitrag leisten. Allerdings wird die Zuwanderung in die Alteneinrichtungen den Saldo auf Dauer belasten.

Die Einordnung der Stadt in den Gebietstyp „B“ hält Oberbürgermeister Glatthaar für richtig. Als Orientierung für seine strategischen Überlegungen in der ersten Amtsperiode, die er gerade angetreten habe, seien die Ergebnisse ermutigend.

Standortqualifizierende Strategien und Maßnahmen

Die Anpassung der Kurkliniken und sonstigen Kureinrichtungen an die verschiedenen Stufen der Gesundheitsreform sei verarbeitet. Nach wie vor sei das Gesundheitswesen eine wichtige Säule der Stadtwirtschaft. Sie solle in drei Richtungen weiter entwickelt werden:

- Der gerontologische Teil solle gestärkt und durch private Investitionen im Bereich des Wohnungsbaus erweitert werden. Mehrere Projekte in der Stadtmitte seien geplant.
- Medizinische Einrichtungen sollten durch Kooperationen mit Medizintechnik aus anderen Raumschaften neue innovative Geschäftsfelder entwickeln, die als Teilnehmer eines Kompetenznetzwerkes auch KMU und Gründer aus vor- und nachgelagerten Branchen innovative Geschäftsfelder erschließen solle.
- Bad Mergentheim als Handelsplatz erhalte zurzeit neue Kapazitäten durch den Ausbau des bestehenden Kaufhauses Kuhn, die Ansiedlung von C&A, der Bau des Activ-Centers am Bahnhof sowie weitere Projekte. Die Kaufkraftbindung solle durch den Tourismus und das Wellnessangebot ergänzt werden.
- Als Standort wichtiger Unternehmen im Bereich Bauelemente und der ihm vorgelagerten Branchen solle an den Hochschulen den MINT-Fächern mehr Ausbildungskapazität zugewiesen werden.
- Mit dem Stadtwerk Tauberfranken und Unternehmen der Umwelttechnik erhalte in Zukunft auch der Energiesektor mehr Gewicht. Dazu trüge auch die günstige Standortprognose für die Gewinnung von Windenergie bei.

Die langjährige Erfahrung von Oberbürgermeister Glatthaar in der Standortentwicklung und Wirtschaftsförderung sei eine solide Basis der kommunalen Strategie zum Ausbau der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der Stadt. Die engen Beziehungen zu den großen Unternehmen der Region erleichtern Konzepte wie den Aufbau eines gesundheits- und medizintechnischen Clusters. Besonderes Gewicht hätte der Aufbau eines Schwerpunktes für berufliche Bildung, Wissens- und Technologietransfer.

Standortbewertung und Standortperspektiven

Für Unternehmen sei die Qualität der weichen Standortfaktoren hervorzuheben, die günstigen Voraussetzungen zur Rekrutierung von Fachkräften und das breite Branchenspektrum. Weniger günstig zu bewerten seien die Fernverbindungen und die Anschlüsse

an das Autobahnnetz mit überlasteten Streckenabschnitten. Die Kooperationsbereitschaft von Unternehmen, Hochschulen und Kommunen in der Nachwuchsförderung erleichtere die Rekrutierung von Fachkräften.

Oberbürgermeister Glatthaar sieht seine Stadt zwischen vier Metropolregionen gut aufgestellt. Rhein-Neckar im Westen, Nürnberg im Osten, Würzburg im Norden und Stuttgart-Heilbronn im Süden hätten je unterschiedlichen Charakter in der Wirtschaftsstruktur, in den F+E-Schwerpunkten und im Ausbildungsangebot. Er sähe diese Mittellage im Ländlichen Raum als Chance einer eigenständigen Entwicklung mit großräumiger Vernetzung. Dazu gäbe es Ansatzpunkte:

- Ausbau des gesamten Bildungssektors von allen Arten allgemeinbildender Schulen über Berufsschulen bis zu dualen Hochschulen mit der Perspektive auf Kooperation mit Fachhochschulen und Universitäten im Sinne der offenen Hochschule.
- Verbindung des Sektors „Gesundheit/Gerontologie“ mit dem medizintechnischen Sektor. Der Kur- und Klinikbereich solle mit Geschäftsfeldern wichtiger Unternehmen der Raumschaft vernetzt werden, ergänzt um Fachärzte.
- Weiterentwicklung des Sektors regenerative Energien und Energieeffizienz, die von den Stadtwerken Bad Mergentheim, der Handwerkerschaft und Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes bereits in Angriff genommen würde. Wichtige Voraussetzungen dafür seien durch die günstigen Standortbedingungen für Windkraft gegeben. Aber auch Biomasse und Wasserkraft sollen weiter ausgebaut werden.
- Der Umweltsektor erhält weitere Impulse durch die Einrichtung des ökologischen Zentrums im denkmalgeschützten „Gärtnerhaus“, wodurch auch der Bezug zur Weiterentwicklung der Bau- und Freiraumkultur in der traditionsbewussten Stadt erreicht werden solle. Dazu gehörten auch lokale Unternehmen der Umwelt- und Recyclingtechnik mit innovativen Ideen.

Diese Breite innovativer Geschäftsfelder will Oberbürgermeister Glatthaar, der erst seit kurzem sein Amt angetreten hat, in den nächsten Jahren gemeinsam mit den Unternehmen der Raumschaft ausbauen. Dazu suche er Partner in der Wissenschaft und Förderung durch Land und Bund, um Bad Mergentheim zu einem wirtschaftlich starken Mittelzentrum auszubauen.

Tabelle A8: Indikatoren der Gemeinde Bad Mergentheim

Variablen der Clusteranalyse	Cluster B	Bad Mergentheim	Gemeinden im 10 km Umkreis
Entwicklung der SVP-Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe (2002 – 2007, in %)	-6,6	-13,6	1,5
Entwicklung der SVP-Beschäftigten in den Dienstleistungssektoren (2002 – 2007, in %)	2,2	4,5	4,9
Anteil der Arbeitslosen an der Summe der SVP-Beschäftigten und Arbeitslosen (2008, in %)	5,9	4,8	5,0
Anteil der Hochschulabsolventen an den SVP-Beschäftigten (2008, in %)	6,6	6,4	7,4
Anteil der SVP-Beschäftigten tätig in wissensintensiven Wirtschaftszweigen (2007, in %)	34,7	43,3	46,4
Kumulierter Geburtensaldo bezogen auf 1.000 Einwohner (2002 - 2008)	-12,0	-29,1	-21,75
Kumulierter Wanderungssaldo bezogen auf 1.000 Einwohner (2002 - 2008)	27,1	42,9	32,4
Anteil der über 64-jährigen an der Bevölkerung (2008, in %)	20,9	22,9	21,9
Kumulierter Wanderungssaldo der 18 - 24-jährigen bezogen auf 1.000 Einwohner der Altersgruppe (2002 - 2008)	70,1	142,4	116,5
Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen (Potenzialansatz) (2008)	49400	40008	

Eigene Berechnungen

Tabelle A9: Erreichbarkeitsindikatoren der Gemeinde Bad Mergentheim (Pkw-Fahrzeit zur nächst gelegenen Einrichtung)

Indikator	Minuten
Erreichbarkeit der nächsten Apotheke	7
Erreichbarkeit der nächsten Autobahnauffahrt	19
Erreichbarkeit des nächsten Regionalverkehrsbahnhofs	9
Erreichbarkeit des nächsten Fernverkehrsbahnhofs	51
Erreichbarkeit des nächsten Gymnasiums	11
Erreichbarkeit des nächsten Krankenhauses der Grundversorgung	10
Anzahl in 15 Minuten erreichbarer Hausärzte	29
Erreichbarkeit des nächsten internationalen Flughafens	88
Erreichbarkeit der nächsten Hochschule mit mehr als 1.000 Studierenden	33

Eigene Berechnungen

Fallstudie Sinsheim – Clustertyp „C“

Die Stadt ist Teil eines großflächigen Gebietstyps „C“ im Nordwesten des Landes. Mit der Lage an der A6 und der Nähe zur Metropolregion Rhein-Neckar sind günstige Ausgangsbedingungen gegeben. Eine besondere Herausforderung ist die weit gespannte Gemarkungsfläche mit Teilorten unterschiedlicher Größe, Lage und Struktur.

Tabelle A10: Strukturdaten der Gemeinde Sinsheim (2009)

Einwohner	35566
SVP-Beschäftigte am Arbeitsort	11779
SVP-Beschäftigte am Wohnort	12447
Einpendler	6423
Auspendler	7091

Quelle: Statistische Landesamt Baden-Württemberg 2010

Ergebnisse der Clusteranalyse, Einschätzungen und Schlussfolgerungen

Die positiven Zuwächse der SVP-Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor zeigten die hohe wirtschaftliche Dynamik des Wirtschaftsstandortes. Dazu trüge die günstige Verkehrslage aber auch eine gezielte Förderung des breiten Branchenspektrums bei. Nicht minder eindrucksvoll seien die demographischen Indikatoren für Sinsheim. Dazu trügen die hohe Wohnqualität und die gute Infrastrukturausstattung der Teilorte einen wesentlichen Anteil bei. Für den Clustertyp „C“ repräsentiere die Stadt den Typus des wachstumsorientierten Mittelzentrums im Ländlichen Raum.

Die Verwaltungsspitze rechnet sich zu jenen Mittelzentren des Ländlichen Raumes, die in der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit führend seien. Sie ziehe daraus folgende Schlussfolgerungen:

- Der breite Branchenmix im verarbeitenden Gewerbe solle um Schwerpunkte im Dienstleistungsbereich ergänzt werden. Dadurch solle eine ausgeglichene Wirtschaftsstruktur erreicht werden.
- Der Handel in der Kernstadt solle in der Breite und Tiefe des Sortiments ausgebaut werden. Dazu gäbe es Interesse bei Markenanbietern und Investoren. Daher erhalte die Sanierung und Entwicklung der Kernstadt in Zukunft Vorrang vor dem Ausbau der Teilorte, der weitgehend abgeschlossen sei.
- Wissensbasierte Beschäftigung und der Anteil von Hochschulabsolventen in den Unternehmen liege deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Das entspräche der Branchenstruktur. Da diese nur langsam verändert werden könne, setze die Stadt auf Handel und Tourismus als Vehikel zur Modernisierung des Wirtschaftsstandorts.

Oberbürgermeister Geinert verweist auf die hohen Investitionen der letzten Jahre in den Teilorten zum Ausbau der Infrastruktur und Erweiterung der Wohngebiete. Die Werte der Clusteranalyse zeigten, dass jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, der Kernstadt Priorität einzuräumen.

Standortqualifizierende Strategien und Maßnahmen

Die Indikatoren der Clusteranalyse bestätigten die eingeschlagene Strategie der Stärkung des Dienstleistungssektors. Dazu verfolgt die Stadt mehrere Strategien:

- Die Rhein-Neckar-Arena solle stärker mit der Stadt Sinsheim als Marke in Verbindung gebracht werden, um die Ausstrahlung von Großveranstaltungen und Sportevents besser für die Standortwerbung zu nutzen. In diesem Sinne wirke auch das erweiterte Nutzungsprogramm der Arena als Tagungsstätte und gastronomischer Treffpunkt.
- Das Messegelände solle zum Outlet-Center umgenutzt werden, denn die verkehrsgünstige Lage und der Abstand zu Oberzentren bediene den Ländlichen Raum zwischen Odenwald und Stromberg Kraichgau und Neckar. Dagegen gäbe es Widerstand der Oberzentren. Das Raumordnungsverfahren sei im Gange.
- Das Tourismuskonzept greife nach Süden und Westen in den Naturpark Stromberg-Heuchelberg aus. Mit dem Technikmuseum an der Autobahn A6 habe Sinsheim selbst eine viel besuchte Attraktion. Zusammen mit der Rhein-Neckar-Arena bestehe ein touristisches Potenzial, das weiter entwickelt werden solle, z.B. durch den Bau des Bäderparks.
- Die Stadt biete ein sehr breites Angebot an sozialer Infrastruktur. Die verlässliche Betreuung von Kindern und die Einrichtung von Ganztageschulen seien weit überdurchschnittlich. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf solle gemeinsam mit den Unternehmen weiterentwickelt werden.

Standortbewertung und Standortperspektiven

Die Verkehrsgunst des Wirtschaftsstandortes und die kurzen Wege zu den Verdichtungsräumen Heilbronn und Heidelberg-Mannheim würden von den Unternehmen als besonderer Standortvorteil gewertet. Auch die Rekrutierung von Fachkräften sei noch kein aktuelles Problem. Allerdings sei die Konkurrenz der Verdichtungsräume um Fachkräfte spürbar.

Oberbürgermeister Geinert sieht darüber hinaus erhebliche Vorteile in der Zugehörigkeit zu einer der aktivsten deutschen Metropolregionen. Die Organe dieser länderübergreifenden Kooperation stünden für einen Interessenausgleich zwischen Verdichtungsraum und Ländlichen Raum. Sinsheim profitiere von der Image- und Standortwerbung der Metropolregion Rhein-Neckar. Es habe Anteil an der Gewerbeansiedlungspolitik und der Wirtschaftsförderung der Metropolregion. Unternehmen wie städtische Verwaltungsspitze sehen Sinsheim auf einem guten Weg. Die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit werde auch in Zukunft weiter ausgebaut.

Tabelle A11: Indikatoren der Gemeinde Sinsheim

Variablen der Clusteranalyse	Cluster C	Sinsheim	Gemeinden im 10 km Umkreis
Entwicklung der SVP-Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe (2002 – 2007, in %)	-6,7	2,4	-5,0
Entwicklung der SVP-Beschäftigten in den Dienstleistungssektoren (2002 – 2007, in %)	3,0	6,8	7,3
Anteil der Arbeitslosen an der Summe der SVP-Beschäftigten und Arbeitslosen (2008, in %)	6,2	6,4	6,5
Anteil der Hochschulabsolventen an den SVP-Beschäftigten (2008, in %)	5,6	5,5	5,4
Anteil der SVP-Beschäftigten tätig in wissensintensiven Wirtschaftszweigen (2007, in %)	30,3	27,8	28,1
Kumulierter Geburtensaldo bezogen auf 1.000 Einwohner (2002 - 2008)	-0,4	3,9	-0,04
Kumulierter Wanderungssaldo bezogen auf 1.000 Einwohner (2002 - 2008)	14,4	19,5	15,3
Anteil der über 64-jährigen an der Bevölkerung (2008, in %)	18,7	17,3	17,8
Kumulierter Wanderungssaldo der 18 - 24-jährigen bezogen auf 1.000 Einwohner der Altersgruppe (2002 - 2008)	26,4	33,2	9,3
Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen (Potenzialansatz) (2008)	91700	164634	

Eigene Berechnungen

Tabelle A12: Erreichbarkeitsindikatoren der Gemeinde Sinsheim (Pkw-Fahrzeit zur nächst gelegenen Einrichtung)

Indikator	Minuten
Erreichbarkeit der nächsten Apotheke	2
Erreichbarkeit der nächsten Autobahnauffahrt	3
Erreichbarkeit des nächsten Regionalverkehrsbahnhofs	3
Erreichbarkeit des nächsten Fernverkehrsbahnhofs	26
Erreichbarkeit des nächsten Gymnasiums	5
Erreichbarkeit des nächsten Krankenhauses der Grundversorgung	4
Anzahl in 15 Minuten erreichbarer Hausärzte	64
Erreichbarkeit des nächsten internationalen Flughafens	64
Erreichbarkeit der nächsten Hochschule mit mehr als 1.000 Studierenden	24

Eigene Berechnungen

Fallstudie Bopfingen – Clustertyp „D“

Ein weit ausladender Cluster „D“ in der Region Ost-Württemberg wird flankiert von Cluster „A“ um Aalen und Cluster „E“ um Heidenheim. Als grenznahes Unterzentrum liegt die Stadt auch im Einflussbereich des Mittelzentrums Nördlingen. In seinem Indikatorenprofil kommt es den Durchschnittswerten von „D“ sehr nahe.

Tabelle A13: Strukturdaten der Gemeinde Bopfingen (2009)

Einwohner	12244
SVP-Beschäftigte am Arbeitsort	3311
SVP-Beschäftigte am Wohnort	4120
Einpendler	1846
Auspendler	2655

Quelle: Statistische Landesamt Baden-Württemberg 2010

Ergebnisse der Clusteranalyse, Einschätzungen und Schlussfolgerungen

Bopfingen zeige im Indikatorenvergleich günstigere Werte in der Beschäftigung – jedoch deutlich kritischere Werte bei den demographischen Indikatoren. Abweichungen von den Mittelwerten des Gebietstyps „D“ hätten folgende Gründe:

- Die hohen Arbeitslosenwerte seien eine Nachwirkung der untergegangenen Lederverarbeitung. Die dort beschäftigten Migranten und ihre Kinder hätten erhebliche Probleme mit der beruflichen Qualifikation. Daraus resultierten erhöhte Arbeitslosigkeit der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund. Zudem bleibe bei jeder Firmenschließung ein Rest der Perspektivlosen übrig, die dann in der Statistik manchmal über Jahre weiter geführt würden.
- Der negative Geburtensaldo seit 2000 führe in nur neun Jahren zu einem deutlichen Rückgang der unter 15-Jährigen um 319 Kinder oder nahezu 14% der Altersgruppe. In der Elterngeneration der 25-40-Jährigen betrüge im gleichen Zeitraum der Verlust ca. 460 Personen oder ca. 17% – ein kritischer Wert. Diese Folge der Abwanderung im Zuge des Strukturwandels wirke lange nach.
- Auch der Wanderungssaldo 2002-2008 bezogen auf 1.000 EW mit ca. -16% ist die Folge von Arbeitsplatzverlusten. Die Einwohnerschaft schrumpfte in diesem Zeitraum um 323 EW. Nachdem sie 2002 mit 12.622 EW ihren höchsten Stand erreicht hatte, fiel sie bis 2009 auf 12.244 EW.

Diese kontinuierliche Schrumpfung der Einwohnerschaft zeige die Notwendigkeit für Bopfingen, die Anpassung an eine ziemlich schnelle Bevölkerungsabnahme zügig in Angriff zu nehmen.

Die intensive Form der Wirtschaftsförderung und weitreichende Hilfestellungen der Stadt z.B. im Flächenmanagement hätten in jüngster Zeit Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit. Defizite im Einzelhandel und der Daseinsvorsorge wären aber auch in der jetzigen Erholung der Konjunktur nicht zu beheben. Bürgermeister Dr. Bühler zieht Schlussfolgerungen daraus vor allem für die Anpassungen der Infrastruktur an den Einwohnerschwund:

- Er schlägt eine übergemeindliche und arbeitsteilige Anpassungsstrategie mit den Umlandgemeinden vor, die auch die längerfristigen demografischen Veränderungen frühzeitig in den Planungen berücksichtigt.
- Er sieht in gemeinsamen Maßnahmen mit den Umlandgemeinden Chancen zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts. Interkommunale Abstimmung solle der Abwanderung von Fachkräften und dem Rückzug von Unternehmen entgegenwirken.
- Die Defizite der Verkehrsinfrastruktur seien ein wesentliches Hemmnis bei der Sicherung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der Raumschaft zwischen Nördlingen und Aalen.

Die Einstufung in den Cluster „D“ verbinde Bürgermeister Dr. Bühler mit dem strategischen Ziel, demographische Auswirkungen, die er für kaum beeinflussbar hielte, schon jetzt durch Anpassung der Infrastruktur und Sicherung der Beschäftigung als übergemeindliche Aufgabe in Angriff zu nehmen.

Standortqualifizierende Strategien und Maßnahmen

Die Stadt unterstütze die lokale Wirtschaft durch weitreichende Vorbereitungen der Flächenaufbereitung und Flächenmanagement:

- Die im Strukturwandel der Lederindustrie frei gewordenen Flächen würden unter erheblichen finanziellen Aufwand der Stadt recycelt. Das Gewerbeflächenmanagement aktiviere Restflächen, die im Besitz der Stadt sind. Wegen der hohen Kosten für Rohbauland würde auf weitere Ausweisungen verzichtet und auf Nachverdichtung gesetzt.
- Die Sanierung der historischen Altstadt und der Quartiere des Einzelhandels solle die Funktionsfähigkeit der Stadt als Versorgungszentrum zwischen Ellwangen, Heidenheim und Aalen sicherstellen. Dazu ist auch eine großflächige Einkaufsstätte geplant, um den Kaufkraftabfluss zu stoppen.
- Die notwendige Anpassung der Infrastruktur und der Daseinsvorsorge an die schrumpfende Einwohnerzahl und den veränderten Altersaufbau will Bopfingen mit seinen Umlandgemeinden gemeinsam planen. Dies ist angesichts der Dynamik des demografischen Wandels eine dringliche Aufgabe, die staatlicher Förderung bedarf.

Die Stadtsanierung als Instrument der Neuordnung der innerstädtischen Geschäftsflächen des Einzelhandels und anderer Dienstleistungsflächen müsse einen Beitrag zur wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Dienstleistungsunternehmen leisten.

Standortbewertung und Standortperspektiven

Die Unternehmen bewerten die Standortqualität wegen der Leistungsfähigkeit, der Zuverlässigkeit und der Betriebstreue der Mitarbeiter hoch. Außerdem sind die Standortkosten gering. Eine besonders geschätzte Qualität sei die aktive Förderung der lokalen Wirtschaft durch die Stadtverwaltung.

Die Lage zu den wichtigen Fernverbindungen würde unterschiedlich eingeschätzt. Die Nord-Süd-Verbindung über die A7 wäre zuverlässig und gut erreichbar. Dagegen sei die

Ost-West-Verbindung über die B29 völlig unzureichend. Auch der ÖPV müsse dringend verbessert werden.

Bürgermeister Dr. Bühler sieht eine positive Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe – im Möbelhandel, in der Holzindustrie und der Chemie – einem Abkömmling der untergegangenen Lederverarbeitung. Zwischen 1995 und 2009 nahm die Zahl der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe zu. Der Gesamtumsatz hat sich in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt. Die Zahl der Beschäftigten stieg um 560 Personen – ca. 65%. In jüngster Zeit gäbe es Rückschläge, aber auch die Bereitschaft, am Standort Bopfingen nachhaltig zu investieren. Dennoch hege er Zweifel. Eigentlich müsste die Stadt nach der zentralörtlichen Funktion einen Einpendlerüberschuss aufweisen. Das Gegenteil sei der Fall. In der Summe sieht Bürgermeister Dr. Bühler auf längere Sicht Gefahren für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Standortes aufgrund der negativen Entwicklungen der Demografie.

Tabelle A14: Indikatoren der Gemeinde Bopfingen

Variablen der Clusteranalyse	Cluster D	Bopfingen	Gemeinden im 10 km Umkreis
Entwicklung der SVP-Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe (2002 – 2007, in %)	-6,0	-3,12	-2,39
Entwicklung der SVP-Beschäftigten in den Dienstleistungssektoren (2002 – 2007, in %)	2,6	1,64	0,75
Anteil der Arbeitslosen an der Summe der SVP-Beschäftigten und Arbeitslosen (2008, in %)	6,2	8,32	8,42
Anteil der Hochschulabsolventen an den SVP-Beschäftigten (2008, in %)	4,8	3,14	3,71
Anteil der SVP-Beschäftigten tätig in wissensintensiven Wirtschaftszweigen (2007, in %)	27,3	28,19	32,02
Kumulierter Geburtensaldo bezogen auf 1.000 Einwohner (2002 - 2008)	0,9	-7,34	-2,41
Kumulierter Wanderungssaldo bezogen auf 1.000 Einwohner (2002 - 2008)	-1,9	-15,96	-15,54
Anteil der über 64-jährigen an der Bevölkerung (2008, in %)	18,6	19,20	18,22
Kumulierter Wanderungssaldo der 18 - 24-jährigen bezogen auf 1.000 Einwohner der Altersgruppe (2002 - 2008)	-64,8	-65,41	-128,88
Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen (Potenzialansatz) (2008)	41.500	33.039	---

Eigene Berechnungen

Tabelle A15: Erreichbarkeitsindikatoren der Gemeinde Bopfingen (Pkw-Fahrzeit zur nächst gelegenen Einrichtung)

Indikator	Minuten
Erreichbarkeit der nächsten Apotheke	4
Erreichbarkeit der nächsten Autobahnauffahrt	17
Erreichbarkeit des nächsten Regionalverkehrsbahnhofs	5
Erreichbarkeit des nächsten Fernverkehrsbahnhofs	32
Erreichbarkeit des nächsten Gymnasiums	7
Erreichbarkeit des nächsten Krankenhauses der Grundversorgung	20
Anzahl in 15 Minuten erreichbarer Hausärzte	16
Erreichbarkeit des nächsten internationalen Flughafens	102
Erreichbarkeit der nächsten Hochschule mit mehr als 1.000 Studierenden	30

Eigene Berechnungen

Fallstudie Bartholomä – Clustertyp „D“

Die Gemeinde steht für periphere Lagen. Die Landschaft auf der Hochfläche der Schwäbischen Alb ist touristisches Ziel. Ein hoher Anteil der SVP-Beschäftigten pendelt zu Arbeitsplätzen um Aalen, Gmünd oder Geislingen (Steige). Handwerk, touristische Einrichtungen und produzierendes Gewerbe bieten Beschäftigung am Ort. Der Anteil Selbständiger ist relativ hoch.

Tabelle A16: Strukturdaten der Gemeinde Bartholomä (2009)

Einwohner	2146
SVP-Beschäftigte am Arbeitsort	344
SVP-Beschäftigte am Wohnort	809
Einpendler	190
Auspendler	655

Quelle: Statistische Landesamt Baden-Württemberg 2010

Ergebnisse der Clusteranalyse, Einschätzungen und Schlussfolgerungen

Bei den Beschäftigten im produzierenden Gewerbe bleibt der Verlust an Arbeitsplätzen geringer als der Durchschnittswert für „D“. Alle anderen Indikatoren zur Beschäftigung sind z.T. deutlich ungünstiger. Noch problematischer sind die Werte der demographischen Indikatoren. Der Wanderungssaldo und der Geburtensaldo sind es, die in ihrer Langzeitwirkung die Bevölkerungsverluste ansteigen lassen.

Für Bürgermeister Kuhn legt der Indikatorenvergleich insbesondere die kritischen demographischen Werte offen. Hier würden vor allem nach 2020 erhebliche Probleme der Daseinsvorsorge und der Altersremanenz zu kritischen Folgeproblemen führen. Eine intensive Auseinandersetzung des Gemeinderates mit den absehbaren Folgen des Einwohnerverlustes und die Veränderungen im Altersaufbau hätten das Bewusstsein für die prekäre Lage geschärft. Eine nachhaltige Entwicklungsstrategie für die kommende Dekade soll Anpassungsmaßnahmen auch im Hinblick auf die Gemeindefinanzen und neue Schwerpunkte der Beschäftigung berücksichtigen. Schlussfolgerungen sind:

- Unterstützung der KMU am Ort – insbesondere bei den schwierigen Problemen des Generationenwechsels.
- Ausbau von Wertschöpfung und Beschäftigung im Tourismus durch übergemeindliche Zusammenarbeit.
- Entwicklung von kostengünstigen Mobilitätskonzepten für die große Zahl der Auspendler.
- Erweiterung der bestehenden Kooperationen mit Nachbarkommunen im GVV zur Rationalisierung der Verwaltung und Sicherung der Infrastruktur.
- Erarbeitung einer nachhaltigen Strategie der Anpassung an den Einwohnerrückgang im Verbund mit Nachbargemeinden.

Bürgermeister Kuhn und der Gemeinderat würden durch die Clusteranalyse in ihrer Sorge um die Zukunft der Gemeinde bestätigt. Selbständige sähen oft keine Perspektive für einen erfolgreichen Generationenwechsel in der Grundversorgung der Gemeinde mit Waren und Dienstleistungen. Diese negativen Zukunftsperspektiven kontrastierten zu dem intensiven Vereinsleben und dem positiven Lebensgefühl der heute aktiven Generation.

Standortqualifizierende Strategien und Maßnahmen

Zurzeit sei die Grundversorgung gesichert. Die Wirtschaftsleistung im verarbeitenden Gewerbe, Handwerk und im Tourismus wäre von der zurückliegenden Krise kaum betroffen. Daher gelte die Erhaltung dieser Situation und die allmähliche Anpassung an die demografischen Herausforderungen als generelle Ausrichtung der Kommunalpolitik. Die strategische Ausrichtung auf die Zukunft gälte vor allem der Sicherung der Daseinsvorsorge, der zeitgemäßen Weiterentwicklung touristischer Einrichtungen und Angebote. Die Stabilisierung der Einwohnerentwicklung nach den hohen Wanderungsverlusten zwischen 2005-2009 sei ein vorrangiges Ziel. Bürgermeister Kuhn suche nach Möglichkeiten, mit einem bescheidenen eigenen Budget und hoher Förderquote eine nachhaltige Strategie der Anpassung an die unabwendbaren Veränderungen des Altersaufbaus und der daraus resultierenden Folgewirkungen mit der Bürgerschaft zu erarbeiten. Ziel ist auch, die bestehenden Kooperationen mit Nachbarkommunen auszuweiten. Die Maßnahmen dürften allerdings den Rahmen der verfügbaren kommunalen Finanzen nicht überschreiten. Die Beantragung von ELR- und LEADER-Mitteln sei dafür vorgesehen. Mit der übergemeindlich anzulegenden Anpassungsstrategie würden folgende Ziele verfolgt:

- Abklärung arbeitsteiliger und kostensparender Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden zur Sicherung der Daseinsvorsorge.
- Nachhaltige Finanzierung einer angepassten Infrastruktur in Betreuung und Versorgung Älterer.
- Übergemeindliche Strategie für den Tourismus als entwicklungsfähiger Erwerbszweig, Weiterentwicklung der lokalen Tourismuskonzepte zu einer Marke für den Albuch.
- Netzwerkbildung der Unternehmen mit den zentralen Einrichtungen des Innovationstransfers und der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung.
- Übergemeindliches Gewerbeflächenmanagement (z.B. Gewerbeflächenpool, etc.), um am Wirtschaftswachstum verkehrsgünstigerer Standorte teilzuhaben und verbesserten Service für die Unternehmen zu erreichen.
- Sicherung des ÖPV und Einrichtung koordinierter Formen der Mobilität.
- Ausbau der IKT-Infrastruktur und Entwicklung neuer Anwendungsfelder der Telearbeit sowie IKT-Anwendungen in der Versorgung mit Waren und Diensten.

Bürgermeister Kuhn sieht die Notwendigkeit zur kooperativen und übergemeindlichen Daseinsvorsorge als wichtigste Aufgabe, um das Arbeitskräftepotenzial für die Unternehmen zu sichern. Denn die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit hinge davon ab.

Standortbewertung und Standortperspektiven

Die Unternehmensgespräche erbrachten ein hohes Maß an Zufriedenheit mit dem Wirtschaftsstandort: Die Kostensituation sei günstig, die Logistik auf die größeren Distanzen ausgerichtet. Bisher bestünden weder Fachkräftemangel noch Nachwuchsprobleme bei Azubis. Die Kooperation mit der Gemeindeverwaltung ermöglicht zügige Erweiterungen, die jetzt nach der Wirtschaftskrise notwendig würden.

Bürgermeister Kuhn und der Gemeinderat hätten die ungünstigen Perspektiven der demographischen Entwicklung erkannt. Sie bedrohte auch die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Die bürokratische Überlastung der Kommunalverwaltungen, die er durch Ausla-

gerung von Funktionen in die Verwaltungsgemeinschaft zu beheben versuche, enge den Spielraum kleiner Gemeinden wie Bartholomä ein. Er fordere Modelle übergemeindlicher Kooperation ein, die der Sicherung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und der Daseinsvorsorge dienen.

Tabelle A17: Indikatoren der Gemeinde Bartholomä

Variablen der Clusteranalyse	Cluster D	Bartholomä	Gemeinden im 10 km Umkreis
Entwicklung der SVP-Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe (2002 - 2007, in %)	-6,0	17,09	-5,07
Entwicklung der SVP-Beschäftigten in den Dienstleistungssektoren (2002 - 2007, in %)	2,6	-1,81	-4,20
Anteil der Arbeitslosen an der Summe der SVP-Beschäftigten und Arbeitslosen (2008, in %)	6,2	7,87	5,67
Anteil der Hochschulabsolventen an den SVP-Beschäftigten (2008, in %)	4,8	1,87	3,93
Anteil der SVP-Beschäftigten tätig in wissensintensiven Wirtschaftszweigen (2007, in %)	27,3	21,52	19,35
Kumulierter Geburtensaldo bezogen auf 1.000 Einwohner (2002 - 2008)	0,9	7,37	7,20
Kumulierter Wanderungssaldo bezogen auf 1.000 Einwohner (2002 - 2008)	-1,9	-11,06	-18,77
Anteil der über 64-jährigen an der Bevölkerung (2008, in %)	18,6	18,47	18,73
Kumulierter Wanderungssaldo der 18 - 24-jährigen bezogen auf 1.000 Einwohner der Altersgruppe (2002 - 2008)	-64,8	-208,59	-119,39
Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen (Potenzialansatz) (2008)	41.500	45.220	---

Eigene Berechnungen

Tabelle A18: Erreichbarkeitsindikatoren der Gemeinde Bartholomä (Pkw-Fahrzeit zur nächst gelegenen Einrichtung)

Indikator	Minuten
Erreichbarkeit der nächsten Apotheke	10
Erreichbarkeit der nächsten Autobahnauffahrt	34
Erreichbarkeit des nächsten Regionalverkehrsbahnhofs	18
Erreichbarkeit des nächsten Fernverkehrsbahnhofs	27
Erreichbarkeit des nächsten Gymnasiums	12
Erreichbarkeit des nächsten Krankenhauses der Grundversorgung	25
Anzahl in 15 Minuten erreichbarer Hausärzte	9
Erreichbarkeit des nächsten internationalen Flughafens	70
Erreichbarkeit der nächsten Hochschule mit mehr als 1.000 Studierenden	26

Eigene Berechnungen

Fallstudie Schönau (Schwarzwald) – Clustertyp „E“

In den höheren Lagen des mittleren und südlichen Schwarzwaldes finden sich gehäuft Gemeinden des Gebietstyps „E“. Hier wirken sich sowohl die topographischen Bedingungen als auch die Zuschnitte der Gemarkungen nachteilig auf die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit aus. Schönau zählte zu den innovativen Kommunen dieses Raumes, die dennoch mit negativen Entwicklungen der Beschäftigung, der Erreichbarkeit und der demographischen Entwicklung zu kämpfen haben.

Tabelle A19: Strukturdaten der Gemeinde Schönau (Schwarzwald) (2009)

Einwohner	2412
SVP-Beschäftigte am Arbeitsort	1052
SVP-Beschäftigte am Wohnort	857
Einpendler	763
Auspendler	568

Quelle: Statistische Landesamt Baden-Württemberg 2010

Ergebnisse der Clusteranalyse, Einschätzungen und Schlussfolgerungen

Die Stadt Schönau habe erhebliche Einbrüche in der SVP-Beschäftigung. Im Dienstleistungsbereich sei dies -14,2% gegenüber dem Clusterprofil besonders ausgeprägt. Während der Geburtensaldo in Schönau mit 6,76 auf 1.000 EW deutlich im Plus liege, weist der Durchschnitt des Clusters einen Wert von -13,6 auf. Dagegen sind die Wanderungsbilanzen ungünstig. Insbesondere die Abwanderung der Altersgruppe der 18 - 24-Jährigen sei kritisch zu bewerten. Die geographische Lage im Oberen Wiesental zwischen Feldberg und Belchen sei schwierig. Die SVP-Beschäftigung am Arbeitsort sei wieder im Anstieg. 2009 wurde der tiefste Stand mit 1.052 erreicht. 2010 waren es schon 53 mehr. Auch die Zahl der Berufspendler nehme wieder zu. Der Kontrast zwischen der positiven Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe und der deutlichen Abnahme der SVP-Beschäftigung im Dienstleistungssektor führt in der Summe der SVP-Beschäftigung am Arbeitsort zwischen 2003-2010 dennoch zu einer Abnahme um 215 Arbeitsplätze (ca. 1,5%). In diesem Zeitraum nahm die Bevölkerung dank der positiven natürlichen Bevölkerungsentwicklung um 126 EW (ca. 0,5%) ab.

Demografie und Beschäftigung würden als kritisch wahrgenommen. Denn einige Unternehmen wären auf Geschäftsfeldern tätig, die geringe Perspektiven bieten. Dagegen wachsen die innovativen Unternehmen wie Heinzmann und EWS, die von der Energiewende und der Verteuerung der fossilen Energieträger profitierten. Daher verweise das Ergebnis der Clusteranalyse auf eine temporäre Schwächephase. Die Schlussfolgerungen aus den gegensätzlichen Entwicklungen legten eine Doppelstrategie zur Sicherung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit nahe:

- Die Freisetzung von Mitarbeitern und verfügbare Produktionsflächen ermöglichen den aufstrebenden Unternehmen am Ort Entwicklungschancen, die es auszubauen gilt.

- Die Infrastruktur und die Versorgung mit Waren und Diensten wird sich schrittweise auf einen deutlichen Rückgang der Einwohnerzahl und ihr höheres Durchschnittsalter einstellen müssen.

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern haben bisher keinen Fachkräftemangel aufkommen lassen. Das relative Arbeitsplatzangebot mit 445 auf 1.000 EW läge deutlich über den Werten für Kommunen mit ähnlicher Einwohnerzahl (226). Daher wird das Ergebnis der Clusteranalyse als realistisch eingeschätzt nach dem Kollaps der Bürstenproduktion und Strukturschwächen in der Textilbranche im Oberen Wiesental. Daher müssen die Beschäftigten am Wohnort immer weitere Wege zu den Industriearbeitsplätzen in Forchheim, Lörrach, Basel und Freiburg in Kauf nehmen.

Standortqualifizierende Strategien und Maßnahmen

Mittelständische Familienbetriebe im Oberen Wiesental haben einen Initiativkreis Oberes Wiesental (IOW) gegründet, der in Arbeitskreisen gemeinsamen Einkauf organisiert, Standortmarketing betreibt und die Kooperation mit Schulen organisiert. In regelmäßigen Treffen werden Erfahrungen ausgetauscht und die Zusammenarbeit in der Standortwerbung vorbereitet. Historische Bedeutung hat Schönau auch als Beamtenstadt. Sie verfüge über alle Schularten bis zum Gymnasium sowie verlässliche Kinderbetreuung. Der touristische Sektor biete zu allen Jahreszeiten ein breites Angebot. Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Vereinen und Bürgergruppen habe die Strukturkrise der Textilindustrie ohne Qualitätsverlust überstanden.

Standortbewertung und Standortperspektiven

Die Enge des Oberen Wiesentals von Todtnau über Schönau bis Zell steht in Konkurrenz zum Mittleren und Unteren Wiesental mit hoher Industriedichte und breiten Arbeitsplatzangeboten im produzierenden Gewerbe und den Dienstleistungssektoren. Die permanente Abwanderung von Arbeitskräften aus der Textilindustrie erfolgt seit den 70er-Jahren. Fachkräfte und Unqualifizierte wurden in großer Zahl freigesetzt. Bis in die 70er-Jahre beschäftigte die Zell-Schönau AG an beiden Standorten zahlreiche Mitarbeiter. 1992 wurden die Betriebe geschlossen. Dennoch könne die Stadt Schönau dank einer für die Einwohnerzahl guten Ausstattung mit Infrastruktur und guter ÖPV-Verbindungen nicht zuletzt durch die hohe Wohn- und Freizeitqualität als erfolgreicher Wirtschaftsstandort gelten. Das zeige der hohe Einpendleranteil (2009: 134 Einpendler auf 100 Auspendler) und das relative Arbeitsplatzangebot mit 445 Beschäftigten auf 1000 Einwohner.

Die wirtschaftliche Entwicklung stützt sich heute auf wenige größere Unternehmen wie die Heinzmann GmbH, den weitaus größten Steuerzahler, Frisetta Kunststoff GmbH, Frisetta Polymer GmbH und Interbros. Neuerdings gewinnen die „Stromrebell“ vom Elektrizitätswerk Schönau immer größere Bedeutung z.B. durch die Ausweitung auf den Gashandel. Mit ca. 40 Beschäftigten sind sie derzeit noch ein eher kleinerer Arbeitgeber in Schönau.

Der Umsatz im verarbeitenden Gewerbe von Schönau, dem wichtigsten Wirtschaftszweig, der 2006 mit über 90 Mio. einen Höchststand erreicht hatte, fiel 2009 auf ca. 65 Mio. Die befragten Unternehmen bewerten ihre Zukunft dennoch positiv, da die Erholung zügig vorankomme.

Tabelle A20: Indikatoren der Gemeinde Schönau (Schwarzwald)

Variablen der Clusteranalyse	Cluster E	Schönau	Gemeinden im 10 km Umkreis
Entwicklung der SVP-Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe (2002 – 2007, in %)	-8,7	-6,07	-7,69
Entwicklung der SVP-Beschäftigten in den Dienstleistungssektoren (2002 – 2007, in %)	0,6	-13,36	-14,21
Anteil der Arbeitslosen an der Summe der SVP-Beschäftigten und Arbeitslosen (2008, in %)	5,8	4,51	5,11
Anteil der Hochschulabsolventen an den SVP-Beschäftigten (2008, in %)	6,7	6,01	6,15
Anteil der SVP-Beschäftigten tätig in wissensintensiven Wirtschaftszweigen (2007, in %)	37,4	38,65	24,58
Kumulierter Geburtensaldo bezogen auf 1.000 Einwohner (2002 - 2008)	-13,6	6,76	-2,12
Kumulierter Wanderungssaldo bezogen auf 1.000 Einwohner (2002 - 2008)	-18,0	-49,31	-23,31
Anteil der über 64-jährigen an der Bevölkerung (2008, in %)	21,8	21,10	21,12
Kumulierter Wanderungssaldo der 18 - 24-jährigen bezogen auf 1.000 Einwohner der Altersgruppe (2002 - 2008)	-104,8	-237,72	-141,63
Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen (Potenzialansatz) (2008)	35.000	27.376	---

Eigene Berechnungen

Tabelle A21: Erreichbarkeitsindikatoren der Gemeinde Schönau (Schwarzwald) (Pkw-Fahrzeit zur nächst gelegenen Einrichtung)

Indikator	Minuten
Erreichbarkeit der nächsten Apotheke	9
Erreichbarkeit der nächsten Autobahnauffahrt	44
Erreichbarkeit des nächsten Regionalverkehrsbahnhofs	22
Erreichbarkeit des nächsten Fernverkehrsbahnhofs	53
Erreichbarkeit des nächsten Gymnasiums	8
Erreichbarkeit des nächsten Krankenhauses der Grundversorgung	30
Anzahl in 15 Minuten erreichbarer Hausärzte	6
Erreichbarkeit des nächsten internationalen Flughafens	60
Erreichbarkeit der nächsten Hochschule mit mehr als 1.000 Studierenden	50

Eigene Berechnungen

Fallstudie Albstadt – Clustertyp „E“

Der Strukturwandel der Textilindustrie in der Region Neckar-Alb hat Albstadt in besonderem Maße getroffen. Die Clusterstruktur weist die nachhaltige Wirkung der Strukturkrise in den Textilbranchen nach. In der Raumschaft entstanden hohe Verluste an Arbeitsplätzen, Betriebsaufgaben und Insolvenzen. Sie belasteten die kommunalen Haushalte. Der Einbruch der SVP-Beschäftigung wirkt auch noch längerfristig auf die demografischen Indikatoren nach. Daher steht Albstadt für die Wiedergewinnung wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit nach einer tiefen Krise.

Tabelle A22: Strukturdaten der Gemeinde Albstadt (2009)

Einwohner	45327
SVP-Beschäftigte am Arbeitsort	17839
SVP-Beschäftigte am Wohnort	15026
Einpendler	8254
Auspendler	5441

Quelle: Statistische Landesamt Baden-Württemberg 2010

Ergebnisse der Clusteranalyse, Einschätzungen und Schlussfolgerungen

Die Indikatoren zur Lage der SVP-Beschäftigung zeigen im Analysezeitraum 2002-2007 noch Werte der Strukturkrise. Eine so tiefgreifende Veränderung der Wirtschaftsstruktur reduziere die SVP-Beschäftigung langfristig. Sie hinterließe Arbeitslosigkeit bei Älteren und Abwanderung der jüngeren Beschäftigten. Dadurch steige der Anteil an Arbeitslosen und das Durchschnittsalter der Bevölkerung. Die negativen Werte der Indikatoren wirkten daher auch noch in der Erholungsphase nach. Positive Auswirkungen des Strukturwandels, z.B. der positive Wanderungssaldo der 18 - 24-Jährigen, gingen auf die Ansiedlung der FH Albstadt-Sigmaringen zurück – eine Schlüsselentscheidung für die positive Entwicklung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit.

Die Zuordnung zu Cluster „E“ wird kritisch gesehen. Denn die Krise der Beschäftigung in der Textilbranche wird schrittweise kompensiert durch neue Produktlinien in den Textilunternehmen wie Industrie- und Medizintextilien und Nischenprodukte sowie durch Maschinenbau und Elektrotechnik. Sie expandierten und nehmen Fachkräfte der Textilbranche auf. Bürgermeister Mänder argumentiert:

- Die Zeitspanne der Clusteranalyse greife zu kurz, um den langwierigen Prozess der wirtschaftlichen Erholung zu erfassen. Die SVP-Beschäftigung am Arbeitsort nimmt zwar weiter ab (zwischen 2003-2010 um ca. 1850 Beschäftigte = ca. 10%). Der Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes sei in diesem Zeitraum jedoch von 1,43 Mrd. auf 1,66 Mrd. gewachsen – ein Indiz für effektive Strukturverbesserungen.
- Die Stadterneuerung habe den Dienstleistungssektor gestärkt. Gerade in dem Zeitraum nach 2007 seien deutliche Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur erfolgt. Die Ansiedlungen von wichtigen Marken (H&M, Müller, Osiander, etc.) mit einem Zuwachs von ca. 6.000 qm Verkaufsfläche und einem Investitionsvolumen von ca. 30 Mio. hätten die Kaufkraftbindung erhöht und zusätzlich Arbeitsplätze geschaffen.

- Das Modellprogramm Stadtumbau West hätte sowohl in der Beseitigung von Gewerbebrachen als auch im Wohnungsbau wesentlich zur Überwindung städtebaulicher Missstände aus den Krisenjahren beigetragen (Gewerbebrache Riedstraße, Wohngebiet Striegel Nord, etc.).
- Für Unternehmen habe die Förderung im Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum einen wichtigen Beitrag zur Umstrukturierung geleistet.

Zusammenfassend verweist Bürgermeister Mänder auf die Dynamik des Strukturwandels in den Unternehmen, die Verbesserungen der Mobilitätsinfrastruktur und die erfolgreiche Innenstadtsanierung seit 2007, die wesentlich zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Albstädter Wirtschaft beitragen.

Der Verlauf der Einwohnerentwicklung zeige seit 1975 den gravierenden Einwohnerverlust in der Krise. Die Einwohnerzahl stabilisiere sich bei ca. 45.000 EW. Der Wanderungssaldo der 18 - 24-Jährigen sei ein Vorteil des Hochschulstandorts Ebingen, der den Unternehmen und der Stadt helfe, Normalität zu erlangen.

Bürgermeister Mänder wertet daher das negative Ergebnis der Clusteranalyse nur als Teilaspekt der langfristigen Nachwirkungen. Die wichtigen Unternehmen der Textilindustrie, wie z.B. Groz-Beckert und der Trikotagenhersteller Mey hätten den Zugang zu neuen Produkten und Märkten geschafft. Eine Reihe neuer Gründungen besetzten zukunftsfähige Nischen. Maschinenbau und Elektrotechnik habe expandiert.

Die Stadt habe die Infrastruktur modernisiert, mit den Programmen der Stadterneuerung den Dienstleistungssektor entscheidend gestärkt und die Modernisierung des Wohnungsbestandes vorangetrieben. Die städtischen Finanzen sind solide und hätten die Krisenjahre ohne nennenswerte Einbrüche der kommunalen Steuern überstanden. Daher sähe er die Stadt für die Zukunft gut positioniert.

Standortqualifizierende Strategien und Maßnahmen

Albstadt gelang die Einwerbung wichtiger Modellvorhaben (Stadtumbau West, EULE-Leuchtturmprojekt, etc.). Damit stünden umfängliche Fördermittel zur Verfügung, um die Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandortes nachhaltig zu verbessern, die Daseinsvorsorge auszubauen und den Wohnungsbestand zu modernisieren. Diese staatlichen und kommunalen Vorleistungen begleiten die Umstrukturierung des verarbeitenden Gewerbes, ermöglichen den Ausbau des Dienstleistungssektors und sorgen für eine bessere Auslastung der touristischen Infrastruktur. Darauf bauten die Zukunftsinvestitionen der privaten Wirtschaft auf.

Der Ausbau von Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen habe den Grund gelegt für die Erholung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit. Die Stadt setzte den negativen Folgen der Krise erfolgreiche Restrukturierungsmaßnahmen entgegen:

- Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur sei mit dem Innentunnel weitgehend abgeschlossen.
- Der ÖPV sei durchgängig getaktet.
- Die städtebauliche Erneuerung in den Stadtteilen, insbesondere im Stadtkern von Ebingen sei weit fortgeschritten, wichtige Marken seien hinzugekommen.

- Der Wohnungsbestand aus der Nachkriegszeit wäre den heutigen Erfordernissen des Wohnungsmarktes angepasst worden, die Dichte sei verringert worden, der Eigentumsanteil gestiegen.
- Der Wandertourismus („Traufgänge“) hätte die Auslastung der Kapazitäten des Gaststättengewerbes wesentlich verbessert und Wochenenddefizite beseitigt.
- Der Ausbau der Fachhochschule hätte entscheidende Vorteile für die Unternehmen der Raumschaft gebracht. Unternehmerische und öffentlich-private Forschungsinitiativen im Textilbereich sicherten neue Marktzugänge.
- Der soziale Zusammenhalt in der Krise und bei ihrer Überwindung drücke sich im Ehrenamt, im intensiven Vereinsleben und Initiativen zur Selbsthilfe aus. Daseinsvorsorge und Wohnstandortqualität seien im Vergleich der Mittelzentren überdurchschnittlich.

Selbst wenn sich die Erholung noch nicht in der SVP-Beschäftigung abbilde, sähe die Verwaltungsspitze die Rahmenbedingungen für die positive Entwicklung des Wirtschaftsstandortes gegeben. Der Ausbau der Infrastruktur, umfängliche Maßnahmen der Stadterneuerung und des Stadtumbaus seien nur durch erhebliche staatliche Zuwendungen in den letzten 10 Jahren möglich gewesen:

Ca. 25 Mio.	GVFG-Mittel
Ca. 5 Mio.	ELR-Mittel im Schwerpunkt Gemeinschaftsaufgaben
Ca. 20 Mio.	Stadterneuerungsprogramme
Ca. 20 Mio.	<u>Sonstige Förderung</u>
Ca. 70 Mio.	Insgesamt

Das ELR hätte im gleichen Zeitraum ca. 6,5 Mio. € im Schwerpunkt Arbeiten an Unternehmen ausgereicht. 5,2 Mio. € erhielten private Maßnahmen aus diesem Programm. Alles in allem wären fast 100 Mio. € in 10 Jahren an staatlichen Zuwendungen geflossen. Die Stadt hätte in diesem Zeitraum ca. 55 Mio. € Eigenmittel eingesetzt. Dieses Ausmaß an Investitionen hat Wirkung gezeigt in den Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit von Albstadt. Die Neuorientierung der wichtigen Branchen des produzierenden Gewerbes hätte auf dieser soliden Basis bereits erfolgreich begonnen.

Eine nachhaltig integrierte kommunale Entwicklungsstrategie – NIKE im Rahmen des Modellprojekts EULE zur innovativen Kommunalentwicklung in Baden-Württemberg markiere den nächsten Schritt der Revitalisierung in Albstadt. Sie binde Bürgerschaft und Unternehmen in eine umfassende Konzeption der Zukunftsbewältigung ein.

Aktionsfelder von NIKE sind:

- „Geschäftsfeld“ textile Kultur Albstadt.
- Naturwissenschaftlich-technische Bildung in Albstadt.
- Alb-Stadt für alle.
- Albstadt klimagerecht und urban.

Mit der Konkretisierung von „Albstadt-Projekt fabric 2025“ wird ein zentrales Thema (angelsächsisch fabric = Stoff, Gewebe, Gefüge) Gegenstand und Leitbild des Strukturwandels in der Stadt und der Raumschaft. Als Strategien dieser Initiative werden genannt:

- Innovation im Bereich technischer Textilien und textiler Techniken.

- Vernetzen mit den Akteuren des Clusters „Textile Technologien“.
- Entwicklung neuer Produkte und neuer Vertriebswege im Bekleidungs-gewerbe.

Mit „Albstadt-Projekt fabric 2025“ wurde bereits begonnen. Fachhochschule, groze-Beckert-Stiftung und die Stadt arbeiten am Programm eines Innovations- und Transfer-zentrums, das mit dem Cluster technische Textilien vernetzt werden soll. Damit soll die neue Ära der Textilindustrie in Albstadt auch eine bauliche Entsprechung und ein „Inno-vationszentrum“ erhalten.

Standortbewertung und Standortperspektiven

Der Wirtschaftsförderer verweist auf die sichtbaren Erfolge der Neupositionierung der großen Unternehmen in der Produktion von Industrietextilien, aber auch in der Beklei-dungsproduktion und im Vertrieb. Neu ausgerichtet auf das obere Qualitätssegment seien auch Unternehmen in Handel mit Bekleidung erfolgreich. Der Wiederaufstieg einer in wei-ten Teilen untergegangenen Branche sei geglückt. Albstadt habe den Strukturwandel, der anderen Regionen noch bevorstehe, erfolgreich eingeleitet.

Nicht zu unterschätzen sei die Zuwanderung in der Altersgruppe der 18 - 24-Jährigen in ihrer positiven Auswirkung auf den Arbeitsmarkt. Im Zuge der Restrukturierung der Tex-tilindustrie entstünden Startups und Ausgründung, die das Potenzial von Mitarbeitern untergegangener Unternehmen nutzten. Neue Entwicklungen im Textilbereich, Maschi-nenbau, der Medizintechnik besetzten Nischen und operierten immer erfolgreicher. Die Fachhochschule werde weiter ausgebaut. Dort fänden die Unternehmen qualifizierte Fachkräfte und Unterstützung in der Forschung. Darüber hinaus entstünden öffentlich-privater Aktivitäten der Forschungsförderung.

Die Standortqualität sei durch die städtischen Projekte des letzten Jahrzehnts wesentlich verbessert worden. Das gälte für das verarbeitende Gewerbe, den Dienstleistungssektor, aber auch für den Tourismus. Parallel dazu würden Nachkriegssiedlungen grundlegend erneuert. Der Altersquerschnitt dort entspräche Neubaugebieten. Niedrige Gebühren und Gemeindesteuern, kostengünstiges Gewerbebauland und günstige Wohnkosten seien Wettbewerbsvorteile des Standortes. Daher sähe sich Albstadt in der Konkurrenz um wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit auf Augenhöhe mit den wichtigen Mittelzentren im Ländlichen Raum.

Der Optimismus ist verständlich. Erhebliche Zuwendungen von Bund und Land für Inves-titionen in die Infrastruktur, die Stadterneuerung und den Strukturwandel haben die Kernstadt Ebingen, aber auch die Teilorte, aufgewertet. Dennoch hatten Indikatoren zur Beschäftigung und die Bevölkerungsentwicklung auch über 2007 hinaus ihren negativen Trend fortgesetzt. Das stimmt mit Erfahrungen über die Langfristigkeit negativer Trends bei grundlegender Umstrukturierung der Wirtschaft überein, die auch andernorts beo-bachtet werden. Die Zuweisung des Gebietstyps „E“ ist daher als Orientierungsmarke im mühsamen Weg zu alter Bedeutung zu bewerten.

Tabelle A23: Indikatoren der Gemeinde Albstadt

Variablen der Clusteranalyse	Cluster E	Albstadt	Gemeinden im 10 km Umkreis
Entwicklung der SVP-Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe (2002 – 2007, in %)	-8,7	-11,7	-13,1
Entwicklung der SVP-Beschäftigten in den Dienstleistungssektoren (2002 – 2007, in %)	0,6	-0,2	0,3
Anteil der Arbeitslosen an der Summe der SVP-Beschäftigten und Arbeitslosen (2008, in %)	5,8	7,3	7,8
Anteil der Hochschulabsolventen an den SVP-Beschäftigten (2008, in %)	6,7	5,4	4,9
Anteil der SVP-Beschäftigten tätig in wissensintensiven Wirtschaftszweigen (2007, in %)	37,4	42,4	37,4
Kumulierter Geburtensaldo bezogen auf 1.000 Einwohner (2002 - 2008)	-13,6	-19,8	-16,57
Kumulierter Wanderungssaldo bezogen auf 1.000 Einwohner (2002 - 2008)	-18,0	-20,7	-17,4
Anteil der über 64-jährigen an der Bevölkerung (2008, in %)	21,8	23,5	22,2
Kumulierter Wanderungssaldo der 18 - 24-jährigen bezogen auf 1.000 Einwohner der Altersgruppe (2002 - 2008)	-104,8	59,3	4,0
Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen (Potenzialansatz) (2008)	35.000	40.171	

Eigene Berechnungen

Tabelle A24: Erreichbarkeitsindikatoren der Gemeinde Albstadt (Pkw-Fahrzeit zur nächst gelegenen Einrichtung)

Indikator	Minuten
Erreichbarkeit der nächsten Apotheke	6
Erreichbarkeit der nächsten Autobahnauffahrt	21
Erreichbarkeit des nächsten Regionalverkehrsbahnhofs	8
Erreichbarkeit des nächsten Fernverkehrsbahnhofs	48
Erreichbarkeit des nächsten Gymnasiums	10
Erreichbarkeit des nächsten Krankenhauses der Grundversorgung	10
Anzahl in 15 Minuten erreichbarer Hausärzte	31
Erreichbarkeit des nächsten internationalen Flughafens	87
Erreichbarkeit der nächsten Hochschule mit mehr als 1.000 Studierenden	17

Eigene Berechnungen